

Chronik der hauptstadt Mannheim für das jahr 1900-

Mannheim. Stadtrat, Friedrich Walter

Chronik

der Hauptstadt Mannheim

für das Jahr

1900



Die Planken nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1900.

Chronik
der Hauptstadt Mannheim
für das Jahr 1900

I. Jahrgang

Im Auftrage des Stadtrats bearbeitet

von

Dr. Friedrich Walter



Mannheim
Verlag der Stadtgemeinde
1901

Dr. Haas'sche Druckerei
Mannheim

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen

Vorwort

Mit diesem Buche liegt der hiesigen Einwohnerschaft zum ersten Mal eine gedruckte Mannheimer Stadtchronik vor. Deshalb ist es am Platze, daß der Verfasser einige einführende Geleitworte vorausschickt und die Leser über die Entwicklung der Chronikidee, sowie über Zweck und Anlage der neu ins Leben getretenen Veröffentlichung unterrichtet.

Bereits vor einem Menschenalter nahm die Stadtverwaltung zu dem Gedanken einer Stadtchronik Stellung. Im April 1863 wurde auf Anregung des Bürgermeisters Achenbach, der im Gemeinderat den Mangel einer zuverlässigen, die ältere und neuere Geschichte Mannheims umfassenden Stadtchronik beklagte (die älteren Geschichtswerke von Lissignolo, Baroggio u. a. genügten nicht mehr), an den Lyceumsprofessor und Direktor des Großherzoglichen Antiquariums in Mannheim, C. B. A. Fickler, einen Gelehrten, der sich durch seine historischen und antiquarischen Forschungen einen weithin geachteten Namen erworben hat, die Anfrage gerichtet, ob er die Abfassung einer städtischen Chronik im Auftrag des Gemeinderats übernehmen wolle. Fickler erklärte sich darauf alsbald bereit, eine Chronik der Stadt von den ältesten Zeiten bis zum Schluß des letzten Jahres auszuarbeiten und überreichte gleichzeitig einen Arbeitsplan, worin er u. a. sagt: „Die Chronik der Stadt ist eine Sache der Vergangenheit und Zukunft, letzterer gehört die regelmäßige Fortsetzung, jener die Darstellung der älteren und neueren Geschichte an." Er scheidet also Geschichte und Jahreschronik und will die jährlich zu gebenden chronikalischen Übersichten über die neusten Ereignisse als Fortsetzung und Ergänzung des Geschichtswerkes betrachtet wissen.

In der Einleitung zur Chronik von 1863 setzt Fickler die leitenden Grundsätze für Anlegung und Weiterführung städtischer Jahreschroniken dar, wie er sie sich dachte. Die Chronik wird (wohl aus Sparsamkeitsgründen) nur im Manuskript

hergestellt. Für einzelne Abschnitte wird in Aussicht genommen, sie im Druck zu veröffentlichen und zwar als litterarische Beigabe zu den Adreßbüchern; dies wird erstmals für 1865 geplant. Fickler betont:

„Das Werk ist keine Geschichte, sondern eine Chronik, d. h. es stellt die Begebenheiten nicht in ihrem Zusammenhange, nicht in ihrem Vollendetsein, nicht mit der Enthüllung ihrer Ursachen und Wirkungen, sondern in ihrem Werden dar, in ihrem Zutagetreten, in ihren Verbindungen mit scheinbar oft ganz fremdartigen Umständen, in ihrer Trennung von den Beweggründen, durch welche sie hervorgerufen, von den Wirkungen, von denen sie gefolgt wurden. So liefert sie der späteren Geschichtschreibung nur den Stoff, den diese zu verarbeiten hat. Die letztere erst wird das Einzelne der Aufzeichnung als Glied des Ganzen nachweisen, als nicht zufällig Zusammengewürfeltes, sondern als einen organischen Teil der Landes-, der Weltgeschichte, welche beide ja bis in diese Niederungen hinab ihre Wirkung üben. Aus dem gleichen Grunde bildet sie kein Urteil über die Thatsachen und Erscheinungen, mit deren Darstellung sie sich beschäftigt; solch ein Urteil könnte ja nur ein mangelhaftes, müßte bei dem Mangel eines ruhigen Überblicks in den meisten Fällen ein schiefes sein . . ."

Fickler erinnert weiterhin an die alten Chroniken der mittelalterlichen Städte, in denen Tag für Tag, Monat für Monat die bemerkenswerten Ereignisse erzählt und ohne inneren Zusammenhang aneinandergereiht werden. Besonderen Wert legt er auf die Festhaltung der einzelnen Momente der inneren Entwicklung des Gemeinwesens:

„Ganz besonders wird die innere Geschichte der Stadt betont werden, die ja meistenteils die Schöpferin der nächsten Zukunft wird, jedenfalls den Maßstab dafür abgiebt, ob ein Gemeinwesen im Vor- oder Rückschreiten ist."

Nach diesen Prinzipien hat Fickler seine Jahres-Chroniken verfaßt. Er erzählt darin in bunter Reihenfolge, lediglich nach chronologischer Anordnung: Naturereignisse außergewöhnlicher Art, Unglücksfälle und Verbrechen, die allgemeineres Aufsehen erregten, wichtigere Staatsereignisse, städtische Angelegenheiten, ferner das Bemerkenswerte aus Kirche und Schule, Kunst und Wissenschaft und aus der Thätigkeit der Vereine. Diese Chroniken umfassen die Jahre 1863 bis einschließlich 1866 und liegen nur im Manuskript vor (Originalmanuskripte Ficklers mit Register und Abschriften der drei ersten Jahrgänge im Stadtarchiv).

Jahrgang	1863	umfaßt	im	Originalmanuskript	160	Folioseiten,
„	1864	„	„	„	226	„
„	1865	„	„	„	335	„
„	1866	„	„	„	399	„

Das bedeutende Anwachsen der letzten Jahrgänge erklärt sich durch die eingehende Berücksichtigung der wichtigen politischen Ereignisse dieser Jahre. Schon in den letzten Monaten des Jahrgangs 1863 ergab sich für den Verfasser die

Notwendigkeit, eine gewisse Rubrizierung des ungeordneten Stoffes eintreten zu lassen, und in den folgenden Jahrgängen bildete sich dann ein festes Dispositionsschema heraus, dem die Einzelereignisse untergeordnet wurden: 1. Staat und Gemeinde, 2. Kirche und Schule, 3. Kunst und Wissenschaft, 4. Heer und Turnwesen, 5. Handel und Gewerbe, 6. Verschiedenes, 7. Witterungsverhältnisse.

Die Statistik ist, wohl infolge gänzlichen Fehlens des erforderlichen Materials oder der Lückenhaftigkeit offiziell festgestellter Daten, nur in sehr geringem Maße beigezogen. Für die Lokalgeschichte enthalten diese Fickler'schen Chronikbände wertvolle Beiträge, und es ist sehr zu bedauern, daß dieses Unternehmen nicht über das Jahr 1866 hinaus fortgesetzt werden konnte. Fickler scheint durch seine Berufsgeschäfte und andere Arbeiten an der Weiterführung gehindert worden zu sein. Der Band 1866 wurde erst im Dezember 1868 abgeliefert. Am 18. Dezember 1871 starb Fickler.[1] Seine Geschichte Mannheims blieb unvollendet, seine Chroniken wurden nicht weitergeführt.

In der nächsten Zeit wandte sich die Aufmerksamkeit zunächst der Geschichte der Stadt zu. Am 6. Okt. 1874 erstattete Gemeinderat Rechtsanwalt Heinrich von Feder[2] einen Bericht in dieser Angelegenheit, worin er es für wünschenswert erklärte, daß auf Grund eingehender Quellenforschung ein im Druck zu verbreitendes, allgemein verständliches Geschichtswerk geschaffen werde, und sich selbst zur Abfassung desselben bereit erklärte. Bereits im Jahre 1877 erschien seine höchst verdienstvolle zweibändige Geschichte Mannheims im Verlag von J. Bensheimer hier. Er schließt dieses Werk mit dem Jahre 1849 ab und bemerkt im Schlußwort des zweiten Bandes (S. 371):

„Daß die Darstellung in manchen Beziehungen noch lückenhaft sein mußte, daß vielleicht manches übersehen wurde, was erwähnenswert war, ist leider eine natürliche Folge des Mangels einer städtischen Chronik, die es sich gerade zur Aufgabe setzt, das historische Material zur Geschichte der Stadt selbst zu sammeln und fortzuführen. Das in früheren Jahren Versäumte läßt sich jetzt nicht mehr nachholen. Das vorliegende Buch muß daher auch die Stelle einer solchen Chronik vertreten. Aber vom Jahre 1850 an läßt sich jener Mangel ergänzen und damit wäre eine sichere Grundlage für eine einstige Fortführung der Geschichte der Stadt gewonnen! Die kommenden Jahrhunderte werden mit ebenso fremden Augen das 19. Jahrhundert betrachten, wie uns die Erscheinungen des 17. und 18. Jahrhunderts zum großen Teil fremd waren. Es ist eine notwendige Rücksicht auf das städtische Gemeinwesen, dem man

1) Eine kurze Biographie Karl Aloys Ficklers von A. Thorbecke findet sich in den Badischen Biographien I (1881) S. 247—249. Er war 1810 in Konstanz geboren und seit 1851 Lyceumsprofessor in Mannheim.

2) Geboren zu Wertheim 20. Januar 1822, gestorben daselbst 19. März 1887, Biographie Feders von Karl Baer in den Badischen Biographien IV (1891), S. 115—125 mit besonderer Berücksichtigung seiner politischen Wirksamkeit.

angehört, und die kommenden Geschlechter, den geschichtlichen Zusammenhang zwischen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft nicht verschwinden zu lassen, sondern wach zu erhalten."

Feders Anregung blieb zunächst ohne Folgen. Erst im Anfang des Jahres 1892, also 15 Jahre nach dem Erscheinen der Feder'schen Geschichte, wurde auf Anregung des Herrn Oberbürgermeisters Beck die Chronik-Frage wieder aufgerollt. Ein Gutachten des Herrn Oberbürgermeisters vom 30. August 1892, die Chronik der Stadt Mannheim betreffend, giebt eine Zusammenstellung des Resultates einer Umfrage, die bei zahlreichen deutschen Städten über die Führung einer Stadtchronik gehalten wurde, und knüpft daran Vorschläge für die Schaffung Mannheimer Jahreschroniken, die in den Wirkungskreis einer Kommission für städtische Geschichte gehören sollten. An eine Anzahl hiesiger Herren wurde daraufhin seitens des Stadtrats das Ersuchen gerichtet, in diese Kommission einzutreten, aber es kam nicht zu einer Konstituierung derselben, da aus der Chronikidee die Absicht der Herausgabe eines ausführlichen städtischen Verwaltungsberichts erwuchs und diese zunächst verwirklicht wurde.

Im Dezember 1899 regte der derzeitige Vorstand des im Jahre 1894 begründeten Statistischen Amts, Direktor Schott, die Wiederaufnahme der bisher ergebnislos verlaufenen Bestrebungen zur Schaffung einer städtischen Chronik an und wurde daraufhin zunächst mit der Sammlung des Materials für eine Chronik des Jahres 1900 beauftragt. Der Unterzeichnete wurde zur Mitarbeit hierbei aufgefordert. Am 1. Oktober 1900 trat der Verfasser in ein Vertragsverhältnis zur Stadtgemeinde, kraft dessen er mit der Abfassung einer auf neuen Quellenforschungen beruhenden, als Festgabe zum 300jährigen Stadtjubiläum 1906 gedachten Geschichte Mannheims und im Zusammenhang damit mit der Neuordnung und Instandsetzung des Stadtarchivs betraut wurde; hierbei übernahm er gleichzeitig die Verpflichtung, „die Bearbeitung der von der Stadtgemeinde fortan alljährlich (erstmals für das Jahr 1900) in Buchform herauszugebenden Stadtchronik, sowie die Sammlung des hierfür im Laufe des Jahres sich ergebenden Materials zu besorgen."

Zunächst wurde nun eine neue Umfrage bei über 50 deutschen Städten angestellt und denselben ein Fragebogen zugesandt, worin u. a. Auskunft erbeten wurde: über den Bearbeiter der Chronik, ihre typographische Ausstattung, Art des Erscheinens, Druckkosten und Ladenpreis, wodurch eine Ergänzung zu den Ergebnissen der Umfrage vom Januar 1892 erzielt werden sollte.

Als Resultat beider Umfragen ergab sich, daß von der Mehrzahl der Städte, welche um Auskunft gebeten wurden, keine städtische Chronik geführt wird. Ein anderer Teil beschränkt sich darauf, handschriftliche chronikartige Aufzeichnungen

von einem Magistratsbeamten anfertigen zu lassen, ein weiterer Teil benutzt die jährlich oder für eine Periode von mehreren Jahren im Druck erscheinenden amtlichen Verwaltungsberichte zu meist sehr nebensächlich behandelten chronikalischen Mitteilungen und nur ein ganz kleiner Teil giebt jährlich gedruckte Chronikbücher heraus, die von jedermann zu einem billigen Preise erworben werden können. Von Städten unserer Nachbarschaft sind dies: Karlsruhe (seit 1885), Heidelberg (seit 1893) und Stuttgart (seit 1898). In allen drei Städten, ganz besonders aber in Stuttgart, dessen beide jetzt vorliegenden Chronikjahrgänge mit wissenschaftlicher Gründlichkeit des Inhalts eine künstlerisch vornehme äußere Ausstattung vereinigen, haben diese Veröffentlichungen in weiten Kreisen der Bevölkerung außerordentlichen Anklang gefunden.

Daß den nur handschriftlich auf dem Rathaus vorhandenen Chroniken eben auch nur ein sehr beschränkter Wert zukommt, bedarf kaum eines besonderen Hinweises. Der Zweck einer Chronik im modernen Sinn wird nur dann erfüllt, wenn sie durch den Druck der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird.

Und was wollen denn nun diese jährlichen Veröffentlichungen, was ist der Zweck dieser Chroniken?

Sie wollen eine nach sachlichen Gesichtspunkten geordnete Übersicht über die gesamten städtischen Ereignisse des Berichtsjahres geben.*) Alle bemerkenswerten Erscheinungen des vielverzweigten Lebens der Großstadt sollen sich darin wiederspiegeln. Diese Chroniken, die fortan regelmäßig fortgesetzt werden, sollen Gedenkbücher, Nachschlagewerke für die Mitwelt und lokalhistorische Quellenwerke für die späteren Geschlechter sein.

Sie wenden sich also zunächst an die Mitwelt, an diejenigen, die das darin Aufgezeichnete miterlebt oder selbst mitgeschaffen haben, all das in ihrer Erinnerung festhaltend, was im Verlauf eines Jahres in der Vaterstadt, im Interesse derselben und ihrer Einwohner geschehen ist. Bürgersinn und Gemeinsinn wollen diese Chroniken pflegen und mit der Heimatliebe, dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, in weitesten Kreisen das Verständnis für die Aufgaben und Leistungen der Vaterstadt wecken. Von der Vielseitigkeit unseres städtischen Lebens, einer für manchen wohl überraschenden Vielseitigkeit giebt schon dieser erste Chronik-Jahrgang beredte Kunde. Der Stoff ist reich, in vielen Kapiteln überreich, und so mußte sich der Verfasser häufig auf das Allernotwendigste beschränken, um den Umfang des Buches nicht unzweckmäßig anwachsen zu lassen und seine allgemeine Verwendbarkeit nicht einzuschränken.

---

*) Ereignisse hier im weitesten Sinn verstanden. Die Anfügung und Voranstellung der beiden Kapitel: Weltereignisse und politisches Leben und Das Großh. Haus bedarf wohl keiner Rechtfertigung.

Auch dem Mannheimer, der fern von seiner Heimatstadt lebt, aber deren Entwicklung mit warmem Interesse verfolgt, werden diese Chroniken, die ihm der Freund oder Verwandte sendet, eine willkommene Gabe zur Information sein über das, was seine ehemaligen Mitbürger bewegt und beschäftigt, was sie erstrebten und erreichten. Und vielleicht werden diese Veröffentlichungen auch in anderen Städten bei denen Interesse finden, die sich über einzelne Ereignisse, Einrichtungen u. s. w. in unserer Stadt zu unterrichten wünschen; denn sie werden darin Anhaltspunkte zu weiterer Orientierung finden.

Der Nachwelt, den kommenden Geschlechtern soll die Chronik gleichfalls als Nachschlagewerk dienen und zugleich als Quellenwerk für die lokale Geschichtsforschung, worin sich die Ereignisse nach möglichst authentischen Nachrichten aufgezeichnet finden, wohl geordnet und in inneren Zusammenhang gebracht, aber nicht als Geschichte im eigentlichen Sinn, denn auf eine historische Beurteilung der dargestellten Geschehnisse muß selbstverständlich schon deshalb verzichtet werden, weil eine solche erst nach Ablauf eines größeren Zeitabschnitts, nach dem Abschluß bestimmter Entwicklungsphasen möglich ist.

Als Festgabe zum 300jährigen Stadtjubiläum wird Ende 1905 ein zweibändiges Prachtwerk erscheinen, dessen erster Band die Geschichte Mannheims bis 1870 darstellt und dessen zweiter Band das Werden der Großstadt seit der Begründung des neuen Deutschen Reichs schildern und den Zustand des modernen Mannheim beschreiben soll. Wenn sich späterhin Jahr für Jahr an dieses Werk gewissermaßen als dessen auf breitere Basis gestellte Fortsetzung ein Chronikjahrgang anreiht, so ist Fiders ursprüngliche Idee und der in den anfangs citierten Worten Feders liegende Wunsch erfüllt; unsere Nachkommen werden uns sicherlich Dank dafür wissen.

Könnte der angedeutete Zweck der Chronik nicht auf andere Weise: etwa durch die städtischen Verwaltungsberichte oder durch Sammeln und Aufbewahren der Tageszeitungen erfüllt werden? Durch die Verwaltungsberichte*) nicht, weil diese ihrer Aufgabe entsprechend nur denjenigen Teil des städtischen Lebens behandeln, welcher in direkter Beziehung zur Gemeindeverwaltung steht, also eine Reihe von Kapiteln der Chronik unberücksichtigt lassen, ferner aber weil diese Berichte ihrem rein amtlichen Zweck entsprechend viel ausführlicher und geschäftsmäßiger gehalten werden müssen, als es bei der Chronik im Interesse ihrer populären Verbreitung der Fall sein darf. Durch die Presse nicht, weil diese den Interessen des Tages und in vielen Fällen auch der subjektiven Partei-Anschauung dient,

*) Der erste Verwaltungsbericht des Stadtrats erschien 1896 für die Jahre 1892—94 in zwei umfangreichen Bänden (870 u. 986 S.), worin auch aktenmäßige historische Rückblicke auf die Entwicklung der einzelnen Gemeindeeinrichtungen usw. enthalten sind.

die Wißbegier des Augenblicks befriedigt, die Ereignisse so aneinander anreiht, wie es die Berichterstattung des Tages erfordert, minder Wichtiges neben Wichtigem schildert, und in dieser Schilderung oft so sehr aufs Einzelne eingeht, daß es — um mit dem Karlsruher Chronisten zu reden — schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit, ganz besonders aber späteren Geschlechtern Mühe kostet, sich durch die Masse der das städtische Leben durchflutenden großen und kleinen Ereignisse durchzuarbeiten und ein Gesamtbild festzuhalten.*) Dieses Bild aber festzuhalten ist doppelt wünschenswert in unserer raschlebigen Zeit, wo über dem Heute das Gestern wie im Flug ins Meer der Vergessenheit sinkt, in einem so schnell sich weiterentwickelnden Gemeinwesen, wo alljährlich die größten, die verschiedenartigsten Aufgaben sich drängen, und bei einer so emsig und rastlos schaffenden Bevölkerung, die in des Lebens Kämpfen und Lasten kaum einen Moment der Ruhe, Sammlung und Rückschau findet.

Die Chronik kann somit weder durch die Verwaltungsberichte noch durch die Tageszeitungen ersetzt werden. Aber diese wie jene bilden eine wichtige Quelle für die Chronik; neben den Berichten einzelner Behörden, Ämter, Betriebe u. s. w., der Schulen und Vereine, und soweit nicht direkt das städtische Aktenmaterial benutzt wurde. Besonders wertvoll ist für die Mannheimer Chronik der Jahresbericht der Handelskammer, auf den sie sich bei ihren Mitteilungen über Handel, Industrie und Verkehr in erster Linie zu stützen hat. Ihr Knochengerüst gleichsam aber bildet die Statistik, die mit ihren Tabellen, ihren Berechnungen und ziffernmäßigen Vergleichungen das untrüglichste Bild von der Entwicklung des städtischen Lebens und seinen Haupterscheinungen giebt. Inbezug auf die Statistik dürfte der Mannheimer Chronist einen wesentlichen Vorsprung gegen den manch anderer Stadt haben, denn hier ist ihm mit den Veröffentlichungen des Statistischen Amts der Stadt (Monatsberichte, Jahresberichte, Untersuchungen über spezielle Gebiete der Statistik und Volkswirtschaft) ein Material an die Hand gegeben, wie er es sich reichhaltiger und wertvoller kaum denken könnte. Dieses statistische Material hat denn auch reichliche Verwertung gefunden und ist die Grundlage für die textliche Ausgestaltung der meisten Chronikkapitel geworden. Da jedoch die Publikationen der städtischen Statistik ihrer Aufgabe gemäß sich auf ein engeres Gebiet beschränken, als die Chronik erfordert, waren zahlreiche weitere statistische Erhebungen und Berechnungen nötig.

Die mühsame Sammlung und Verarbeitung des für diesen ersten Chronikjahrgang erforderlichen weitschichtigen Materials wurde mit Ausnahme des größten Teils

*) Und wer weiß, was in 50 oder 100 Jahren von den heutigen Zeitungsblättern noch vorhanden ist! Ihr Papier wird dann vielleicht so mürbe geworden sein, das es beim Berühren in Fetzen zerblättert und in Staub zerfällt.

von Abschnitt IV und einiger weiterer kleinerer Beiträge, die Herr Revisor Karl Seeger beisteuerte, ausschließlich vom Verfasser besorgt. Bei dem Charakter, den diese Publikation trägt, hat sich der Verfasser selbstverständlich größtmögliche Objektivität zur ersten Pflicht gemacht und allen Seiten seiner Aufgabe gerecht zu werden versucht. Er darf daher wohl die Erwartung aussprechen, daß man dieses Bestreben einer auf das rein Sachliche gerichteten Darstellung anerkennen wird, selbst wenn, was bei der Schwierigkeit der die verschiedenartigsten Gebiete städtischen Lebens umfassende Aufgabe kaum zu vermeiden war, einige Abschnitte noch sehr der Vervollkommnung bedürftig erscheinen. Die Wünsche oder Beanstandungen, die hierbei geltend gemacht werden können, werden, in die Form thatsächlicher Verbesserungsvorschläge gebracht, dem Werke und seinen weiteren Jahrgängen nur von Vorteil sein.

Die Gliederung des Stoffes möge selbst für sich reden! Verwertet sind dabei die Erfahrungen, die an den Chroniken anderer Städte zu machen waren. In einigen Punkten sind deren Dispositionen als Vorbild benutzt, in vielen anderen Punkten aber erschienen selbständige Abweichungen und Änderungen empfehlenswert, die vielleicht als Verbesserungen erkannt werden.

Auf die äußere Ausstattung, die typographische Erscheinung des Buches, mußte bei dem doppelten Zweck, den die Chronik bei Mit- und Nachwelt verfolgt, besonderer Wert gelegt werden. Sie soll Kunde geben von der modernen Leistungsfähigkeit des Druckgewerbes; sie soll dauerhaft sein und freundlich; sie soll dem Buche Sympathie gewinnen; sie soll charakteristisch und künstlerisch vornehm wirken, ohne den Rahmen einer gewissen Einfachheit zu überschreiten. Dies waren die Grundsätze, die hierfür aufgestellt worden sind. Inwieweit das Ziel erreicht wurde, möge der Leser beurteilen!

Der Druck und die Herausgabe ist ausschließlich auf Kosten der Stadtgemeinde erfolgt. Als Papier wurde eine haltbare, holzfreie Büttenpapierimitation gewählt; ihr gelblicher Ton steht mit dem Charakter der Schriftart, der sog. Offenbacher Schwabacher, die sich durch kräftige, gut leserliche und schön geformte Lettern auszeichnet, bestens im Einklang. Von künstlerischem Buchschmuck nach dem Vorbild der Stuttgarter Chronik mußte vorläufig noch abgesehen werden; doch ist er für spätere Jahrgänge ins Auge gefaßt, ebenso die vollständige Ersetzung der Autotypie-Illustrationen durch Lichtdruckbilder.

Diese weitere Ausgestaltung der Chronik hängt davon ab, wie weit das Interesse der Einwohnerschaft an ihren ersten Jahrgängen sich kundgiebt, ob das Unternehmen hier denselben Anklang findet wie auswärts. Hoffen wir dies!

Der Verfasser hat sich bemüht, sein Bestes dazu beizutragen, daß aus dem ersten Jahrgang Zweck und Wert einer gedruckten, für jedermann zu billigem Preise

käuflichen Chronik ersichtlich ist, und hat größtmögliche Sorgfalt auf diese Arbeit verwendet; allein er ist sich bewußt, daß der vorliegende erste Band noch recht weit von dem, was ihm als Ziel vorschwebt, entfernt geblieben ist, und bittet bei den wohl für jeden Leser erkennbaren zahlreichen Schwierigkeiten dieser erstmaligen Arbeit um gütige Nachsicht. Um Nachsicht besonders auch wegen etwaiger Unvollständigkeiten in dem oder jenem Kapitel. Eine Vervollständigung und Vervollkommnung wird für die folgenden Jahrgänge angestrebt; sie ist aber nur dann zu erreichen, wenn der Verfasser seitens aller Beteiligten durch rechtzeitige Übersendung geschriebener oder gedruckter Berichte, Notizen aller Art unterstützt wird. Anregungen und Berichtigungen für den nächsten Jahrgang sind ihm jederzeit willkommen.

Wenn der vorliegende erste Band das ursprünglich angenommene Maß des Umfangs überschritten hat, so war dies deshalb nicht zu vermeiden, weil sich in fast sämtlichen Kapiteln die Notwendigkeit herausstellte, auf frühere Jahre zurückzugreifen.

Die Chronik erscheint in diesem Jahre später, als ursprünglich beabsichtigt war und für die Zukunft in Aussicht genommen ist. Diese Verzögerung erklärt sich dadurch, daß die Fertigstellung des Manuskripts, die Verhandlungen wegen Druck und Ausstattung und die Drucklegungsarbeiten selbst beim erstmaligen Erscheinen einen größeren Zeitaufwand beanspruchten. Jahrgang II wird bedeutend früher in den Händen des Publikums sein.

So gehe denn diese Chronik zum ersten Mal in die Öffentlichkeit hinaus und trage dazu bei, die Liebe zur Heimat, das Interesse an der Vaterstadt und ihren Aufgaben zu kräftigen und zu fördern!

Mannheim, 15. Juni 1901.

Dr. Friedrich Walter

1900

Ehrentafel

Auf dieser Ehrentafel, die den Ehrenplatz zu Anfang der Chronik erhielt, werden alljährlich die Namen aller derer aufgezeichnet, welche der Stadt eine Stiftung irgend welcher Art für wohlthätige oder gemeinnützige Zwecke überwiesen haben.

I.

Der Witwe des Kaufmanns Julius Aberle, Henriette geb. Michaelis in Mannheim stand nach Anordnung der Stifter seit dem 8. Januar 1900 der lebenslängliche Genuß von drei Vierteilen der Zinsen aus dem Kapitalvermögen der David und Jeanette Aberle-Stiftung von 120000 Mk. zu. Frau Henriette Aberle leistete mit Schreiben vom 21. Januar 1900 auf diesen Anspruch dauernd Verzicht, um das gesamte Erträgnis der zum Andenken an ihren früh verstorbenen Gatten von dessen Eltern errichteten Stiftung dem Zwecke der letzteren — der Unterstützung armer Rekonvaleszenten behufs Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit — unverkürzt zuzuwenden.

II.

Privatmann August Herzberger in Mannheim errichtete mit letztwilliger Anordnung vom 20. März 1894 eine Stiftung im Kapitalbetrage von 25000 Mark, deren Zinsen nach dem Ableben seiner Ehegattin und dreier älteren Verwandten alljährlich an drei junge, mindestens 25jährige, hier ansässige, erwiesenermaßen solide und geschäftstüchtige Handwerker ohne Unterschied der Konfession zur Verteilung kommen sollen. Durch Staatsministerialentschließung vom 15. Dezember 1900 erlangte die Stiftung Rechtswirksamkeit.

III.

Der im November 1900 zu Bukarest verstorbene Prokurist Rudolf Fenner vermachte durch Testament vom 15./27. August 1899 den Armen der Stadt Mannheim die Summe von 4000 Mark.

IV.

Bankpräsident Geheimer Kommerzienrat Carl Eckhardt hier wendete der von ihm 1892 begründeten Carl Eckhardt-Stiftung — zur Beschaffung der Heiratsausstattung unbemittelter Mädchen — am 31. Dezember 1900 ein weiteres Kapital von 5000 Mark zu.

V.

Im Oktober 1899 fand in den Sälen des Apollotheaters ein von einem privaten Komité veranstalteter Bazar statt. Aus dem Reinerträgnis wurden u. a. im Januar 1900 zugewiesen: dem Hoftheater-Pensionsfond Mark 20176.90, der Witwen- und Waisenstiftung des Hoftheaters Mark 10000.

VI.

An weiteren Schenkungen sind im Jahre 1900 zugeflossen:

a) dem Geschenkefond der Armenkommission	M. 9682.80
b) dem Geschenkefond des Oberbürgermeisters	„ 650.—
c) der Hoftheater-Pensionsanstalt	„ 1300.—
d) der Witwen- und Waisenstiftung Großh. Hoftheaters	„ 1150.—

Darunter sind besonders zu erwähnen die Gaben von Rechtsanwalt Dr. Richard Kahn mit Mark 2500.—, Stadtrat Bernhard Herschel mit Mark 700.—, Adolf Mayer-Reinach mit Mark 700.—, Louis Hirsch mit Mark 500.—, Stadtrat Fritz Hirschhorn mit Mark 500.—, Kommerzienrat Victor Lenel mit Mark 500.—, Friedrich Oesterlin mit Mark 500.—, M. Thalmann mit Mark 500.—, Fabrik wasserdichter Wäsche Lenel, Bensinger & Comp. in Neckarau mit Mark 500.—.

VII.

Der städtischen Gemäldesammlung wurden Bilder zum Geschenk gemacht von Frau Friedrich Lauer, Wwe., Clara geb. Sauerbeck, von Frau August Gernandt geb. Roux in Carouge bei Genf und von Privatier Phil. Haußer (siehe Abschnitt XV.)

VIII.

Anläßlich der im Dezember 1900 herrschenden Kohlennot spendeten die Firmen Raab, Karcher & Co., die Rheinische Gummi- und Celluloidfabrik Neckarau und Stachelhaus & Buchloh hier je 500 Zentner, die Firma Johs. Putzhardt 300 Zentner Kohlen zur Verteilung an die hiesigen Armen. Die Firma Johs. Putzhardt stellte ferner der Armenkommission 10000 Zentner, die Firma

Nedden & Reichert 20 000 Zentner und die Firma Gebrüder Kröll ein nicht näher bezeichnetes Quantum Kohlen um einen gegenüber dem Tageswert erheblich geminderten Preis behufs Abgabe an Minderbemittelte zur Verfügung.

IX.

Als Anerkennung für die von der Berufsfeuerwehr geleistete rasche und erfolgreiche Hülfe bei Brandfällen wurden dem Bürgermeisteramte im Jahre 1900 zur Verwendung für die Mannschaft Geschenke übergeben:
von der Firma Hoffstaetter & Co., von der Firma S. A. Kahn, von Geh. Kommerzienrat Lanz, von Kaufmann Peter Fußer, von Bäckermeister Heinrich Gundel, von der Firma Bassermann & Herrschel, von der Firma Stachelhaus & Buchloh, im Gesamtwert von 285 Mark.

X.

In der Stadtratsitzung vom 15. Juni anläßlich der Beratung über die Umgestaltung des Neckarauer Waldes in eine Parkanlage konnte Oberbürgermeister Beck dem Kollegium die erfreuliche Mitteilung machen, daß Kommerzienrat und Generalkonsul Karl Reiß in Aussicht gestellt habe, die Stadtgemeinde als Erbin der in seinem Privatbesitz befindlichen sog. Fasaneninsel im Neckarauer Wald einzusetzen.

I. Weltereignisse und politisches Leben

1. Weltereignisse

In der Streitfrage, ob der 1. Januar 1900 oder 1901 als Beginn des neuen Jahrhunderts anzusehen sei, entschieden die meisten deutschen Regierungen für den erstgenannten Tag, und so wurde denn am 1. Januar 1900 an vielen Orten in feierlicher Weise der Jahrhundertwende gedacht. Auch die hiesige Stadtverwaltung schloß sich dieser Auffassung an; in der ersten Stadtratsitzung des neuen Jahres, am 5. Januar, sprach der Vorsitzende dem Kollegium anläßlich des Eintritts in das neue Jahrhundert die besten Glückwünsche aus und verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß der glückliche Stern, der in der letzten Hälfte des vergangenen Säculums über der Stadt Mannheim geleuchtet habe, derselben auch im neu begonnenen treu bleiben möge.

Es war dies die dritte Jahrhundertwende, welche die Stadt Mannheim erlebte, die erste aber, welche sie erhobenen Hauptes begehen durfte. Als man 1700 schrieb, war Mannheim eine verwüstete Festung, die sich langsam aus den Trümmern französischer Zerstörungswut wieder erhob, anno 1800 eine verlassene Residenz, in der nach dem Wegzug des kurpfälzischen Hofes und nach schwerer Kriegsnot das städtische Leben kummervoll daniederlag, nun aber anno 1900 eine blühende Handels- und Industriestadt, gefördert durch die Segnungen eines dreißigjährigen Friedens, erstarkt durch die Erfolge thatkräftigen Bürgerfleißes und eines gewaltigen großstädtischen Aufschwungs. Während ein Jahrhundert zuvor die letzten Trümmer des alten morschen Reichs auseinanderbröckelten, ist unsere Stadt heute als Bestandteil des badischen Staats, dem sie nun bald hundert Jahre als zweite Hauptstadt angehört, ein Glied in dem mit Blut und Eisen festgefügten Organismus des neu erstandenen Deutschen Reiches und hat an dessen gedeihlicher Entwicklung teilgenommen, hat aus seiner politischen Kräftigung, seinem inneren Ausbau vielseitige Vorteile gezogen.

Einen wichtigen Markstein im Ausbau des Deutschen Reiches und im Rechtsleben des deutschen Volkes bildet das Jahr 1900 durch die Einführung eines neuen einheitlichen deutschen Rechts, des **bürgerlichen Gesetzbuches**.

Die Periode beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs, die Reich, Staat und Stadt im letzten Jahrfünft erlebten, kam um die Mitte des Jahres, dem diese Chronik gilt, zum Abschluß, und in dem Auf und Nieder der Weltwirtschaft begann eine Zeit des Rückgangs, von der aber zu hoffen ist, daß unser Volk sie ohne schwere Schädigungen überstehen wird.

Diese Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur, die kurz nach Eröffnung der Pariser Weltausstellung hervortrat und sich alsbald in Handel und Wandel bemerkbar machte, führte im Verlauf des Jahres 1900 manch schwere Sorge mit und rollte manch bange Frage auf, aber der hoffnungsvolle, vertrauenssichere Blick in die Zukunft konnte dadurch nur zeitweise getrübt, nicht dauernd verdunkelt werden.

Auch in politischer Beziehung war das vergangene Jahr reich an Ereignissen, die ihren Einfluß auch auf unser Gemeinwesen geltend machten. Und diese Weltereignisse sind es, die den Chronisten zunächst zu beschäftigen haben, soweit sie ihre Schatten auch nach Mannheim hineinwarfen.

Der Freiheitskampf der Transvaalrepublik und des Oranjefreistaats gegen Großbritannien, der im Oktober 1899 entbrannte, dauerte auch im Jahre 1900 noch fort. Die Sympathie des deutschen Volkes blieb den trotz schwerer Niederlagen und Schicksalsschläge tapfer ausharrenden Buren treu. Wie anderwärts, so wurden auch in Mannheim Sammlungen für die Buren veranstaltet, an denen sich Angehörige aller Stände rege beteiligten.

Zu einer großen Kundgebung für die Buren gestaltete sich die Versammlung, welche hier am 21. Dezember im überfüllten Stadtparksaale auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe der Friedensgesellschaft stattfand.

Hierbei redete nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden Dr. Meuser zunächst Dr. Molenar aus München, nach ihm **Dewet**, der Neffe des berühmten Burenführers, ein junger Mann von ca. 25 Jahren. Dewet sprach holländisch, weshalb Dr. Molenar als Dolmetscher fungirte. Das Unglück seines Volkes (führte Dewet hierbei den Zeitungsberichten zufolge aus) sei es gewesen, daß es früher als die Engländer nach Afrika gekommen sei, und daß die Engländer gefunden hätten, daß Afrika zu gut für die Buren sei. Immer wieder hätten die Briten seinem Stamme die Heimat genommen, erst seien die Diamantenfelder, dann die Goldgruben, die von den Buren entdeckt wurden, schuld daran gewesen. Im Namen seines Volkes bitte er um Hilfe, damit es seine Freiheit zurückbekomme. Die Buren wollten die Freiheit, weil sie von einem Volke abstammten, das stets frei war, frei ist und auch immer frei sein will. Dewet schloß: „Wir wollen nichts als unsere Freiheit, und wenn wir die nicht bekommen, wollen wir lieber verderben. Wir wollen keinen Reichtum, kein Geld, nur das Land zurück, das jetzt in eine Wüste verwandelt ist. Helfen Sie uns!"

Das Publikum war außerordentlich enthusiasmiert. Die Versammlung nahm folgende Resolutionen an: 1) An den Reichskanzler: „Die am heutigen Tage von ca. 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung drückt den Buren für den Heldenmut, den sie in dem ihnen aufgezwungenen Verteidigungskampfe gegen England an den Tag gelegt haben, ihre Bewunderung und vollste Sympathie aus. Dieser Krieg und nicht zum wenigsten die grausame Art, auf die er in allerjüngster Zeit von England geführt wird, beweist auf's neue, wie notwendig es ist, auch in den Streitigkeiten der Völker die rohe Gewalt durch das Recht zu ersetzen. Die Versammlung hält es daher für die Pflicht der europäischen Mächte, auf baldige Beendigung des Krieges durch Einsetzung des von den Buren von Anfang an verlangten Schiedsgerichts hinzuwirken." Die 2) an den Präsidenten Krüger gerichtete Resolution hatte folgenden Wortlaut: „Die von der deutschen Friedensgesellschaft einberufene, von etwa 3000 Personen besuchte Versammlung sendet Ihnen begeisterte Grüße und spricht die Hoffnung aus, daß bald der Tag kommen möge, an dem der Raubkrieg Englands gegen die Buren durch ein Schiedsgericht ein Ende finden möge." Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Buren schloß Dr. Meuser die Versammlung.

Mit den chinesischen Wirren brachte das Jahr 1900 eine schwere Krisis in Ostasien, deren Folgen sich heute noch nicht übersehen lassen. Zum Schutz der deutschen Interessen und zur Sühnung der Vergehen wider das Völkerrecht entsandte die deutsche Regierung außer einem Panzergeschwader ein aus Freiwilligen der Armee gebildetes ostasiatisches Expeditionskorps unter Führung des Generalleutnants v. Lessel (bisher 28. Division, Karlsruhe) nach China und am 6. August wurde dem Generalfeldmarschall Grafen Waldersee das Oberkommando über die verbündeten Truppen in Petschili übertragen.

Vom 2. Badischen Grenadierregiment Kaiser Wilhelm I. No. 110 traten in's Expeditionskorps über: Hauptmann Blumenstein und Leutnant Jantzen. Am 15. Juli gingen vom hiesigen Regiment 23 Soldaten und 1 Sergeant ab. Sie wurden mit den übrigen Freiwilligen des XIV. Armeekorps in die 2. Kompagnie des 4. Ostasiatischen Infanterieregiments eingereiht (Kommandeur: Oberst Hoffmeister vom 60. Infanterieregiment). Am 17. Juli verabschiedete sich in Karlsruhe das Großherzogspaar von diesen Mannschaften. Am 6. August fuhr der Transportdampfer „Phönicia" mit dem 4. Ostasiatischen Infanterieregiment an Bord nach China ab.

Im Laufe des August wurden vier weitere Ergänzungsbataillone formiert, und unter den Verstärkungsmannschaften, die jedes der ostasiatischen Infanterieregimenter erhielt, wurde die 9. Kompagnie des 2. Regiments aus Mannschaften des badischen Armeekorps gebildet.

An den Sammlungen, die auf Veranlassung des Centralkomités der deutschen Vereine vom Roten Kreuz zur Unterstützung der deutschen Truppen in Ostasien und ihrer Angehörigen veranstaltet wurden, beteiligte sich auch Mannheims Einwohnerschaft mit Geldspenden und Liebesgaben in regster Weise.

Am 29. Juli wurde König Humbert von Italien durch Mörderhand getötet. Bei dem Trauergottesdienst, der für den Verstorbenen am 9. August in der hiesigen Jesuitenkirche gehalten wurde, waren Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, des Offizierkorps usw. zugegen. Vor dem Hochaltar war ein prachtvoller Katafalk errichtet. Nach der Predigt eines italienischen Geistlichen wurde das Seelenamt celebriert.

Am 14. April wurde die Pariser Weltausstellung eröffnet, an der sich auch eine Anzahl von Mannheimer Firmen beteiligte. Der Stadtgemeinde Mannheim wurde für ihre Beteiligung an der Ausstellung deutscher Ingenieurwerke die goldene Medaille verliehen. Sie brachte zur Ausstellung: zwei große Pläne der Mannheim-Ludwigshafener Hafenanlagen und eine Reihe photographischer Ansichten der Stadt.

Den schmiedeeisernen Ständer zu letzteren fertigte ebenso wie ein großes, schmiedeeisernes Thor (ca. 6 Meter hoch und 4 Meter breit, für die hiesige neue Gewerbeschule bestimmt) im Auftrag der Stadtgemeinde der hiesige Kunstschlosser Josef Neuser, der dafür die goldene Medaille erhielt. Das Mannheimer Gewerbe und die Mannheimer Industrie errang bei dieser großen Weltkonkurrenz ehrenvolle Erfolge, wie denn überhaupt auf dieser Ausstellung deutsche Arbeit sich auf's vorteilhafteste ausgezeichnet hat. Von den staatlichen Reisebeihilfen zum Besuch der Ausstellung, die seitens des Großherzoglichen Ministeriums des Inneren an Gewerbetreibende und Arbeiter bewilligt wurden (im ganzen 39 550 M. an 202 Personen) entfiel eine namhafte Summe auch auf Mannheimer Gewerbetreibende und Arbeiter, die dadurch in die Lage versetzt wurden, sich dem Studium der Ausstellung widmen zu können. Die Stadtgemeinde Mannheim gewährte in derselben Weise Reisezuschüsse an städtische Beamte, Handwerker usw. in der Gesamthöhe von 2 870 M.

2. Politisches Leben

Von politischen Ereignissen im Großherzogtum Baden sei erwähnt: der Rücktritt des Ministers des Innern Dr. Eisenlohr, der durch Allerhöchste Entschließung vom 15. September seinem Ansuchen entsprechend auf den 1. Oktober unter Anerkennung seiner langjährigen, ausgezeichneten und erfolgreichen Dienste seines Amtes enthoben wurde.

Eisenlohr wurde im Jahre 1833 in Mannheim geboren. Er wurde 1867 Ministerialrat, 1883 Ministerialdirektor. Als Minister Turban im Oktober 1893 zurücktrat, wurde Eisenlohr sein Nachfolger als Präsident des Ministeriums des Innern. Im Jahre 1899 wurde ihm der Ministertitel verliehen.

Sein Nachfolger wurde der seitherige Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Schenkel unter Ernennung zum Präsidenten des Ministeriums des Innern und zum Geheimen Rat erster Klasse.

In der Frage der Wahlrechtsreform richtete Geh. Rat Schenkel am 8. Dezember einen Erlaß an die Amtsvorstände, worin er, bezugnehmend auf seine Rede beim Bankett des badischen Handelstages, die Stellungnahme der Regierung kennzeichnete:

„Die Regierung ist bereit, zur Einführung des direkten, allgemeinen, geheimen Wahlrechts bei den Wahlen zur Zweiten Kammer mitzuwirken, aber nur unter der Voraussetzung, daß die von einer unbeschränkten, direkten, gleichen Wahl zu erwartenden Gefahren durch geeignete Zusätze verhütet oder doch wesentlich abgeschwächt werden. Als ein solcher ergänzender Zusatz kommt unter anderm insbesondere eine Regelung in Betracht, bei welcher den durch das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht in die Zweite Kammer zu wählenden Abgeordneten ein kleinerer Bruchteil von Abgeordneten beigegeben wird, welche entweder von den Vertretungen der Kreisverbände und der größeren Städte oder von den Vertretungen der wirtschaftlichen Interessenverbände gewählt werden." Ferner betraf der Erlaß die Amtsverkündiger und ihre Stellung zur Politik der Großh. Regierung.

Zu den Fraktionen, welche die Forderung des bedingungslosen direkten Landtagswahlrechts erheben (Centrum, Freisinn, Demokratie und Sozialdemokratie), gesellte sich auch die Nationalliberale Partei, indem sie auf die Geltendmachung der sogenannten Cautelen verzichtete, hierunter besonders auf die früher erhobene Forderung, daß zu der Zahl der direkt zu wählenden Abgeordneten, welche die gleiche wie bisher bleiben solle (63), weitere 7 Abgeordnete hinzuträten, welche von den die badische Staatsangehörigkeit besitzenden Mitgliedern der Bürgerausschusse der fünf größten Städte des Landes in geheimer Wahl zu wählen seien.

Die schwerwiegenden Bedenken, welche von Seiten des hiesigen Bürgerausschusses dagegen geltend gemacht wurden, daß die Bürgerausschüsse der fünf größten Städte Vertreter in die zweite Kammer entsenden sollten, fanden ihren Ausdruck in einem Antrag an den Stadtrat, der in der Bürgerausschußsitzung vom 19. Juni eingereicht wurde und den Vorschlag einer diesbezüglichen Eingabe an die zweite Kammer enthielt. Es heißt darin: „Durch die Vollmacht des Bürgerausschusses, eine politische Wahl vorzunehmen, würden notwendigerweise nicht nur bei der Wahl der Vertreter zu den städtischen Körperschaften, sondern auch bei den Beratungen und Beschlüssen derselben politischen Gesichtspunkte und Tendenzen in den Vordergrund gedrängt werden. Darunter müßte aber das einträchtige Zusammenwirken des Bürgerausschusses und die sachliche Behandlung der städtischen Angelegenheiten entschieden leiden. Wir erblicken sonach in der Ermächtigung des Bürgerausschusses zur Entsendung eines Vertreters in die Ständeversammlung eine Quelle von Unzuträglichkeiten, die Übertragung des politischen Kampfes in die städtische Verwaltung und dadurch eine schwere Schädigung des Gemeinwesens". Der Stadtrat lehnte es ab, obigem Antrag weitere Folge zu geben, da sich der Bürgerausschuß mit rein politischen Fragen nicht zu beschäftigen habe.

Der Freisinnige Verein Mannheim feierte am 10. und 11. November das Fest seines zehnjährigen Bestehens mit einem Kommers, einer öffentlichen Versammlung, deren Hauptredner Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. Wiemer-Berlin war, und einem Festessen.

3. Die Vertretung der Gemeinde in den gesetzgebenden und Selbstverwaltungs-Körperschaften

Die Stadt Mannheim gehört zu dem die Amtsbezirke Mannheim, Schwetzingen und Weinheim umfassenden 11. Bad. Reichstagswahlkreis, der in der laufenden Wahlperiode durch Stadtrat August Dreesbach in Mannheim vertreten ist. Die Hauptwahl fand am 16. Juni 1898 mit folgendem Ergebnis statt:

	Wahlkreis	Stadt Mannheim
Zahl der Wahlberechtigten	42040	23821
„ „ abgegebenen Stimmen	33117	19517
Hiervon entfielen auf:		
Stadtrat August Dreesbach (Sozialdemokrat)	15244	10221
„ Ernst Bassermann (Nationalliberal)	8047	4515
Mechaniker Andreas König (Centrum)	4667	1846
Stadtrat Karl Vogel (Demokrat)	2319	1995
Consul Karl Köster in Heidelberg (Antisemit)	2097	918
Zersplittert bezw. ungültig waren	43	22

Bei der zwischen den beiden Erstgenannten erforderlich gewordenen engeren Wahl vom 24. Juni 1898

wurden Stimmen abgegeben	33421	19602
wovon entfielen		
auf August Dreesbach	19052	12487
„ Ernst Bassermann	14369	6900
ungültig und zersplittert waren	269	215

Von den 63 Abgeordneten zur zweiten Kammer der badischen Landstände hat die Stadt Mannheim, welche den 45. Wahlbezirk bildet, 3 zu wählen. Die dermaligen Abgeordneten Mannheims sind:

Stadtverordneter Robert Kramer (Sozialdemokrat),
gewählt am 10. November 1897 bis 1901,
Stadtrat August Dreesbach (Sozialdemokrat),
gewählt am 16. November 1899 bis 1903,
Stadtrat Anton Geiß (Sozialdemokrat), gewählt am 16. November 1899 bis 1903.

Die Wahl geschieht indirekt durch von den Urwählern ernannte Wahlmänner. Es betrug bei den Wahlen der Wahlmänner

	am 27. Oktober 1897	am 9. November 1899
die Zahl der Wahldistrikte	64	69
„ „ „ stimmberechtigten Urwähler . . .	14998	17927
„ „ „ Abstimmenden	10890	10136
„ „ „ Wahlmänner	489	526

Von den Stimmen der Wahlmänner entfielen bei der Hauptwahl

	vom 10. November 1897	vom 16. November 1899
auf Robert Kramer (Sozialdemokrat)	335	
„ Emil Mayer (Nationalliberal)	91	
„ Karl Vogel (Demokrat)	43	
„ August Dreesbach (Sozialdemokrat)		384
„ Anton Geiß (Sozialdemokrat)		383
„ Emil Mayer (Nationalliberal)		97
„ Heinrich Kern (Nationalliberal)		97

Der 1. Kammer der Landstände gehören infolge landesherrlicher Berufung z. Zt. folgende Mannheimer Einwohner an: Geheimer Kommerzienrat Philipp Diffené, Kommerzienrat Ferdinand Scipio.

Kreisverband. Der Amtsbezirk Mannheim bildet mit den Bezirken Schwetzingen und Weinheim den 9. badischen Kreis. Die Abgeordneten der Kreisversammlung und die Mitglieder des Kreisausschusses sind aus dem Mannheimer Adreßbuch für 1901 S. 514 f. zu ersehen.

Dem Bezirksrat des Amtsbezirks Mannheim gehören folgende Einwohner hiesiger Stadt an: Heinrich Kern, August Ludwig, Victor Lenel, Emil Engelhard, Karl Sinner, Andreas König.

II. Das Großherzogliche Haus

Das Großherzogliche Haus wurde durch den am 19. Juni erfolgten Tod der Fürstin-Mutter Josephine von Hohenzollern in tiefe Trauer versetzt. Die im hohen Alter von 86 Jahren aus dem Leben geschiedene Fürstin war die zweite Tochter des Großherzogs Karl und der Großherzogin Stephanie von Baden. Sie verlebte mit ihren Schwestern, den Prinzessinnen Louise und Marie, einen Teil ihrer Jugendzeit im Mannheimer Schlosse, dem Witwensitz der Großherzogin Stephanie. Josephine wurde die Gemahlin des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern († 1885), mit dem sie 51 Jahre hindurch in glücklichster Ehe lebte. (Vgl. über sie: Mannheimer Geschichtsblätter 1900 Nr. 8/9, Sp. 189.)

Im Namen der Stadtgemeinde Mannheim sprach Oberbürgermeister Beck den Großherzoglichen Herrschaften tiefstes Beileid aus, worauf folgendes Danktelegramm einging:

Der so freundliche Ausdruck treuer Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste meiner geliebten Tante von Hohenzollern, den Sie mir im Namen der Stadtgemeinde darbrachten, erfüllte mich mit aufrichtiger Dankbarkeit. Ich ersuche Sie, der Vermittler meines herzlichsten Dankgefühls für diese werte Kundgebung zu sein. Die verstorbene Fürstin hat der Stadt Mannheim, an die sich die wertesten Jugenderinnerungen knüpften, stets ein sehr dankbares Andenken bewahrt und diesen Gefühlen gar oft Ausdruck verliehen. Friedrich, Großherzog.

Anfang März erkrankte Ihre Königliche Hoheit die Frau Großherzogin an Influenza und Bronchialkatarrh, doch nahm die Krankheit einen günstigen Verlauf, so daß bereits nach 14 Tagen eine gut fortschreitende Rekonvalescenz konstatiert werden konnte. Auf die geplante Teilnahme an der Feier der Enthüllung des hiesigen Bismarckdenkmals mußte Seine Königliche Hoheit der Großherzog infolge Unwohlsein verzichten. Ein heftiger Bronchialkatarrh, von dem er im Mai befallen wurde, machte ihm unmöglich, die Offiziere und Mannschaften der Torpedobootdivision bei ihrer Landung in Mannheim zu begrüßen.

Im März wurde das Großherzogliche Haus durch die Verlobung des Prinzen Max mit der Prinzessin Maria Louise von Cumberland erfreut. Die Stadtgemeinde Mannheim fehlte selbstverständlich nicht unter den Gratulanten. Die Hochzeit fand am 10. Juli in Gmunden statt, in Gegenwart des Kaisers von Österreich, des Großherzoglichen Paares, der Prinzessin Wilhelm von Baden, (Mutter des Bräutigams) und vieler anderer Fürstlichkeiten.

Auf die Glückwunschtelegramme der Stadtgemeinde liefen folgende Antworten an den Oberbürgermeister ein:

Gmunden, 10. Juli.

Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für den so liebevollen Ausdruck treuer Glückwünsche, welche Sie im Namen der Stadt mir übermitteln. Ich bitte der Vertreter meines wärmsten Dankes zu sein für diesen erneuten Beweis der treuen Anteilnahme ihrer lieben Mitbürger an dem Glück und Wohlergehen meines Hauses. Friedrich, Großherzog.

Karlsruhe, 12. Juli.

Ihnen und der Bevölkerung der Hauptstadt Mannheim spreche ich meinen herzlichen Dank aus für die Teilnahme an dem freudigen Ereignis in meiner Familie. Prinzessin Wilhelm.

Am 14. Juli fand der feierliche Einzug des neuvermählten Paares in Karlsruhe statt. Am folgenden Tag wurden die Vertreter der badischen Städte empfangen, welche die Hochzeitsgabe derselben überreichten, und zwar zunächst in effigie, da sich die Fertigstellung verzögert hatte. Diese Hochzeitsgabe bestand in 38 Stück vergoldetem Tafelsilber, geschmückt mit dem Alliancewappen des fürstlichen Paares. Die dazu gehörige Truhe ist in reicher Einlegearbeit, mit Broncebeschlägen gearbeitet und ruht auf einem in gleicher Weise ausgeführten Untersatztische.

Am 13. Juli wurde der 25jährige Gedenktag des Eintritts Seiner Königlichen Hoheit des Erbgroßherzogs in das Karlsruher Leibgrenadierregiment dortselbst festlich begangen.

Der Geburtstag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs am 9. September wurde von hiesiger Stadt in der gewohnten Weise gefeiert. Beim offiziellen Festessen im Pfälzer Hof brachte der Großherzogliche Landeskommissär, Ministerialrat Pfisterer den Toast auf den Großherzog aus.

Nach dem Festgottesdienst fand im großen Rathaus-Saale die Überreichung des vom Großherzog für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr gestifteten Ehrenzeichens für 25jährige treue Dienstzeit statt.

Genannte Dekoration fiel in diesem Jahre zu: dem Landwirt Jacob Geiger II in Käferthal (5. Kompagnie). Die städtische Medaille für 20jährige Dienstzeit erhielt Ludwig Langer (Obmann der 2. Kompagnie). Eine Anzahl weiterer Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr erhielt das vom Verwaltungsrat gestiftete Diplom für 12jährige Dienstzeit. Hieran schloß sich die Überreichung des durch landesherrliche Verordnung vom 11. November 1895

gestifteten Ehrenzeichens für treue Arbeit an folgende neun Personen: Johann Ferdinand Bürgi Schriftsetzer bei der Mannheimer Vereinsdruckerei; Johann Ludwig Götz, Füllhausarbeiter bei der Zuckerraffinerie Mannheim; Valentin Klemm, Fabrikaufseher beim Verein chemischer Fabriken dahier; Johann Köhler, Fuhrmann bei Güterbestätter Jakob Reichert und Sohn; Karl Kropp, Fabrikarbeiter bei der chem. Fabrik von Gg. Karl Zimmer; Hermann Rees, Monteur bei der Firma Mohr & Federhaff dahier; Adam Schmitt Fabrikarbeiter bei der Mannheimer Spiegelmanufaktur Waldhof; Adam Stapf, Fuhrmann bei Leopold Kaufmann dahier; Bernhard Zeilinger, Fabrikarbeiter bei der Mannheimer Spiegelmanufaktur Waldhof. Von hiesigen Bahnbediensteten wurden durch Verleihung dieses Ehrenzeichens dekoriert: Bahnhofarbeiter Martin Bender von hier und die Bahnarbeiter Philipp Ochs II von Plankstadt, Abraham Schuhmacher von Plankstadt und Johann Kohl von Brühl.

Als Festvorstellung wurde im Hoftheater „Der Cid" von Peter Cornelius aufgeführt. Am Abend zuvor veranstaltete der Militärverein eine Vorfeier im Theater mit Aufführung der Donizetti'schen Oper „Die Regimentstochter", die durch einen von Hofschauspieler Godeck verfaßten und vorgetragenen Prolog eingeleitet wurde. Anschließend daran feierte der Militärverein im Ballhaus sein 10jähriges Stiftungsfest.

Am 3. Dezember, dem Geburtstag der Frau Großherzogin fand, wie alljährlich, die Preisverteilung des Vereins zur Verbesserung des Dienstbotenwesens statt. Hierbei erhielten 58 Dienstboten Preise. Das von der Großherzogin gestiftete silberne Ehrenkreuz für 25jährige treue Dienstzeit wurde an 4 Dienstboten verliehen.

III. Reichs- und Staatsbehörden, Militär

1. Die Reichsbehörden

In der Zusammensetzung der hiesigen Reichsbehörden sind keine wichtigeren Personalveränderungen erfolgt. Die Darstellung ihrer Thätigkeit — Post, Telegraphenamt, Reichsbank — wird an anderer Stelle der Chronik erfolgen, in den Abschnitten: Verkehrswesen und wirtschaftliches Leben.

Die Reichskontrolle für Zölle und Steuern wird am hiesigen Platze ausgeübt durch den kgl. preuß. Steuerinspektor Polle, welcher als Stationskontrolleur beigeordnet ist dem Großh. Hauptzollamt, Großh. Hauptsteueramt in Mannheim, dem Großh. Finanzamt in Schwetzingen, sowie den kgl. bayerischen Hauptzollämtern in Kaiserslautern, Landau und Ludwigshafen. Die Verwaltung der Reichssteuern in den Amtsbezirken Mannheim, Weinheim, Schwetzingen und dem Ort Waghäusel erfolgt durch das Großh. Hauptsteueramt Mannheim.

2. Die Staatsbehörden

Verwaltung. An Stelle des im Januar verstorbenen Freiherrn Rüdt von Collenberg wurde der bisherige Vorstand des Großh. Bezirksamts Mannheim, Geh. Regierungsrat Alexander Pfisterer, zum Ministerialrat und Großh. Landeskommissär für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach ernannt. Vorstand des hiesigen Bezirksamts wurde am 17. März Geheimer Regierungsrat Edmund Lang, der vorher Amtsvorstand in Bruchsal und von 1879 bis 1885 Amtmann in Mannheim gewesen war. Zu Oberamtmännern wurden ernannt die Amtmänner Dr. Lucas Strauß und Oskar Schäfer.

Die Gemeinde Seckenheim einschließlich Rheinau ist nach landesherrlicher Verordnung mit Wirkung vom 1. Mai 1900 von Schwetzingen losgetrennt und dem Bezirksamt, Amtsgericht und Hauptsteueramt Mannheim zugeteilt worden.

Das hiesige Polizeipersonal umfaßte Ende des Berichtsjahrs 5 Polizeikommissäre, 6 Polizeiwachtmeister, 6 Polizeisergeanten und 168 Schutzmänner (am 1. Januar 1900 um 6 Mann vermehrt). Der städtische Beitrag für die Schutzmannschaft belief sich (außer den auf rund 14000 Mark zu veranschlagenden Nutzungswerten und Mietpreisen für Wachtlokale) auf 159061 Mark.
Da das bisherige Buchsystem auf der allgemeinen Meldestelle den großstädtischen Verhältnissen hiesiger Stadt nicht mehr entsprach, wurde im November eine Neuregelung des Meldewesens durch Einführung des anderwärts erprobten Kartensystems beschlossen. Für Feststellung der gesamten ortsanwesenden Bevölkerung wurden mit Genehmigung Großh. Statistischen Landesamts die Formulare der allgemeinen Volkszählung benutzt.

Eine Zusammenstellung der für die Stadt Mannheim und für die Gemeinden des Amtsbezirks Mannheim bestehenden zahlreichen orts- und bezirkspolizeilichen Vorschriften nach dem Stande vom 1. Juli 1900, erschien von Polizeikommissär Mitsch verfaßt. Die im Berichtsjahre neu erlassenen ortspolizeilichen Vorschriften siehe in Abschnitt IV.

Mit dem Bau des neuen Amthauses im Quadrat L 6 wurde im Herbst des Berichtsjahres begonnen.
Zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung im Bezirk Mannheim wurde ernannt: Geheimer Regierungsrat Brecht in Schwetzingen, zum stellvertretenden Vorsitzenden Oberamtmann Dr. Strauß in Mannheim.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung treten gemäß § 105 des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 mit Wirkung vom 1. Januar 1901 in Kraft an Stelle der bisherigen nach Berufsgenossenschaften errichteten Schiedsgerichte. Für das Großherzogtum sind vier derartige Schiedsgerichte gebildet worden mit dem Sitze in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz. Der Vorteil dieser umfassenden Neuerung besteht für die durch Unfall verletzten Arbeiter darin, daß sie in vielen, wohl den meisten Fällen ihre Rechte vor dem Schiedsgericht selbst vertreten können, da dieses in Zukunft entweder am Wohnorte des Betreffenden oder doch in dessen erreichbarer Nähe seinen Sitz hat. Früher hatte jede Unfall-Berufsgenossenschaft und beinahe jede Section ihr besonderes oft weit von dem Wohnorte des Verunglückten abgelegenes Schiedsgericht und nur in besonderen Fällen wurden Reise- und sonstige Auslagen zu den schiedsgerichtlichen Verhandlungen vergütet, während beim Ausbleiben des Verletzten ohne denselben nach Lage der Akten entschieden wurde.

Justiz. Trotz der am 1. Mai 1899 erfolgten Abzweigung des Heidelberger Landgerichts hat sich der Geschäftsstand des hiesigen Großh. Landgerichts bei dem starken Anwachsen Mannheims und des industriereichen Bezirks so erheblich erweitert, daß eine Vermehrung des Gerichtshofs um 1 Direktor und 3 Räte nötig wurde, die vom Juli 1900 ab erfolgte. Danach zählte das hiesige Landgericht: 1 Präsidenten, 3 Direktoren und 16 Kollegialmitglieder (Räte und Assessoren), sowie 3 Strafkammern, 4 Civilkammern und 2 Kammern für Handelssachen.*)

*) Bei Zugehörigkeit des jetzigen Landgerichtsbezirks Heidelberg (Amtsgerichte Heidelberg, Wiesloch und Sinsheim) zählte der Mannheimer Gerichtshof: 1 Präsidenten, 3 Direktoren und 16 Räte, und war eingeteilt in 3 Strafkammern, 4 Civilkammern und 2 Kammern für Handelssachen.

Als Nachfolger des † Landgerichtspräsidenten Baumstark (siehe Abschnitt V) wurde der bisherige Oberlandesgerichtsrat Gustav Christ zum Präsidenten des hiesigen Landgerichts ernannt. Landgerichtsrat Friedrich Wengler wurde zum Landgerichtsdirektor befördert.

Über die Geschäftsthätigkeit im Jahre 1900 (1899) geben folgende Ziffern Aufschluß.

Es fanden Schwurgerichtsverhandlungen statt	20	(25)
23 (29) Personen wurden verurteilt, darunter 1 zum Tode (siehe Kap. XVII), und 1 (3) freigesprochen.		
Vor den Strafkammern in erster Instanz fanden Hauptverhandlungen statt	427	(417)
ergingen Urteile	408	(400)
wonach in erster Instanz verurteilt wurden	523	(525)
freigesprochen wurden	52	(63)
Es ergingen:		
Urteile wegen Verbrechen	286	(271)
Urteile wegen Vergehen	122	(129)
Vor den Strafkammern in der Berufungsinstanz		
fanden Hauptverhandlungen statt	257	(291)
ergingen Urteile	232	(273)
Bei Großh. Staatsanwaltschaft		
waren anhängig Vorverfahren	5442	(5352)
Hiervon wurden beendet		
durch Einstellung des Verfahrens seitens der Staatsanwaltschaft	2471	(2070)
durch Beschluß der Strafkammer auf Nichteröffnung des Hauptverfahrens	48	(44)
Durch Eröffnung des Hauptverfahrens		
vor einem Schöffengericht	1657	(1848)
vor einem Schwurgericht oder einer Strafkammer	430	(421)
auf andere Art	378	(414)
Von Strafsachen waren anhängig bei den Strafkammern .	727	(725)
in I. Instanz 429 (397)		
in Berufungsinstanz 298 (328)		
Schwurgerichtssachen waren anhängig	40	(47)
Von Civilsachen waren anhängig:		
bei den Civilkammern	1844	(1789)
Haupttabelle 1339 (1257)		
Ehetabelle 101 (110)		
Arresttabelle 144 (136)		
Berufungstabelle 260 (286)		

bei den Kammern für Handelssachen		1759 (1392)
Haupttabelle	1655 (1317)	
Arresttabelle	104 (75)	
Zusammen bei den Civil- und den Kammern für Handelssachen		3603 (3181)
Es fanden statt mündliche Verhandlungen		
vor den Civilkammern		2541 (2388)
vor den Kammern für Handelssachen		2051 (1741)
Es ergingen:		
Beweisbeschlüsse		949 (801)
contradiktorische Urteile		978 (960)

Wenn man vergleicht, daß die Gesamtzahl der beim hiesigen Landgericht anhängig gewordenen Civilsachen

1897: 3340
1898: 3535
1899: 3181
1900: 3603

und die Zahl der hierdurch hervorgerufenen mündlichen Verhandlungen

1897: 4201
1898: 4476
1899: 4129
1900: 4592

betrug, so erkennt man aus diesen Zahlen deutlich, daß die Geschäftslast des hiesigen Landgerichts nach der durch die Errichtung des Heidelberger Landgerichts verursachten, aber auf das eine Jahr 1899 beschränkt gebliebenen Verminderung im Jahre 1900 den früheren Stand nicht nur wieder erreicht, sondern bereits überholt hat.

Auch beim Großherzoglichen Amtsgericht ist eine mit der wachsenden Bevölkerung schnell zunehmende Geschäftsvermehrung zu konstatieren. Im September 1899 mußte eine elfte, im September 1900 eine weitere, zwölfte Richterabteilung gebildet werden. Von letzterem Zeitpunkt an trat folgende Geschäftseinteilung in Kraft.

Richterabteilung I.

Allgemeine Dienstaufsicht, Aufsicht über sämtliche Gerichtsvollzieher.
Sämtliche Einwendungen gegen das Vollstreckungsverfahren der Gerichtsvollzieher.
Civilsachen der Stadt Lit. A, B, C, D, innerhalb des Rings.
Führung der Handels-, Genossenschafts-, Schiffs-, Börsen-, Muster-, Vereins- und Güterrechtsregister.

Richterabteilung II.

Civilsachen der Stadt Mannheim Lit. E, F, G, H, J und K innerhalb des Rings, sowie Lindenhof.

Richterabteilung III.

Civilsachen der Stadt Lit. L bis mit U innerhalb des Rings.

Richterabteilung IV.

Civilsachen der Stadt — Schwetzingervorstadt und östliche Stadterweiterung außerhalb der Ringstraße (Kaiser- und Friedrichsring).

Civilsachen gegen Personen, welche außerhalb des Gerichtsbezirks in Bayern (rechtsrheinisch), Württemberg und Hessen wohnen.

Richterabteilung V.

Civilsachen der Stadt Mannheim von der Rheinbrücke bis zur Neckarbrücke westlich des Rings, Mühlau, Neckarvorland, Neckardamm und jenseits des Neckars.

Civilsachen gegen Personen, welche außerhalb des Gerichtsbezirks im Großherzogtum Baden in der bayerischen Rheinpfalz und Elsaß-Lothringen wohnen.

Richterabteilung VI.

Civilsachen der Vororte Neckarau, Käferthal, Waldhof, sowie der Orte Feudenheim, Sandhofen, Wallstadt, Seckenheim und Rheinau.

Civilsachen gegen Personen, welche außerhalb des Bezirks in Preußen, Sachsen und den Norddeutschen Bundesstaaten wohnen.

Requisitionen in Civilsachen.

Richterabteilung VII.

Freiwillige Gerichtsbarkeit der Stadt — Altstadt, Neckarvorstadt, Lindenhof, Schwetzinger-Vorstadt.

Richterabteilung VIII.

Freiwillige Gerichtsbarkeit der Vororte Käferthal, Waldhof, Neckarau und sämtlicher Landorte.

Civilsachen der Orte Ladenburg, Ilvesheim, Neckarhausen und Schriesheim.

Richterabteilung IX.

Strafsachen der Stadt Mannheim, westlich der breiten Straße einschließlich Schloß, Lindenhof mit dem Hauptbahnhof, mit Ausnahme der Polizei- und Finanzstrafsachen.

Richterabteilung X.

Strafsachen der Stadt Mannheim östlich der Breiten Straße, Schwetzingervorstadt und östliche Stadterweiterung, mit Ausnahme der Polizei- und Finanzstrafsachen.

Richterabteilung XI.

Strafsachen der Vorstädte Neckarau, Käferthal, Waldhof, sowie der Orte Sandhofen, Feudenheim und Rheinau.

Polizei- und Finanzstrafsachen des ganzen Amtsgerichtsbezirks.

Richterabteilung XII.

Strafsachen der Neckarvorstadt, der Landorte Ilvesheim, Neckarhausen, Ladenburg, Schriesheim, Seckenheim und Wallstadt mit Ausnahme der Polizei- und Finanzstrafsachen.

Requisitionen in Strafsachen.

Dem Dienstvorstand des hiesigen Amtsgerichts, Oberamtsrichter Gießler, wurde der Titel Amtsgerichtsdirektor verliehen.

Am 10. August wurden das Schöffengericht, die Richter- und Gerichtsschreiberei-abteilungen für alle Strafsachen ins alte Gymnasium verlegt. Die bisherige Aula des Gymnasiums wurde als Schöffengerichts-Sitzungssaal in Gebrauch genommen. Es schwebten Verhandlungen wegen Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes hinter dem alten Gymnasium.

Bei der folgenden Übersicht über die Thätigkeit des Großh. Amtsgerichts werden zunächst die Strafsachen, sodann die Civilsachen behandelt.

Beim Amtsgericht Mannheim waren im Jahre 1900 (1899) anhängig:

Privatklagesachen	670	(613)
Anklagesachen	2597	(2523)
wegen Vergehen	2011	(1891)
wegen Übertretungen	586	(632)

Sitzungen der Schöffengerichte fanden statt:

ordentliche	282	(292)
außerordentliche	1	(0)

Hauptverhandlungen vor den Schöffengerichten:

in Privatklagesachen	221	(354)
in Anklagesachen	2523	(2464)
Es ergingen Urteile der Schöffengerichte	2269	(2263)
Hierunter in Privatklagesachen	168	(183)

Durch die ergangenen schöffengerichtlichen Urteile erster Instanz wurden Personen

in Anklagesachen	verurteilt	2422	(2434)
	freigesprochen	470	(402)
in Privatklagesachen	verurteilt	125	(160)
	freigesprochen	49	(50)

Unter den Strafsachen befinden sich 1 (3), in welchen das Amtsgericht als Rheinschiffahrtsgericht zuständig war.

Eine bedeutende Geschäftsvermehrung weist nachstehende Statistik der Geschäftsthätigkeit des Amtsgerichts in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten auf.

Es wurden anhängig:

Sühnesachen	187	(159)
darunter Ehesachen: 172 (147)		
Mahnsachen	4878	(3739)
Gewöhnliche Prozesse	8196	(7149)

Urkundenprozesse	817	(463)
(darunter Wechselprozesse: 804 (454)		
Entmündigungssachen	22	(24)
Aufgebotsverfahren	16	(11)
Arreste und einstweilige Verfügungen	245	(195)
Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits	186	(164)
Verteilungsverfahren	12	(18)
Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens	37	(39)
Andere Anträge betreffend Zwangsvollstreckung	2965	(2094)
Die Zahl der in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten stattgehabten mündlichen Verhandlungen betrug	11511	(9739)
Darunter kontradiktorische Verhandlungen	3733	(3274)
Konkursverfahren waren anhängig:		
überjährige	29	(32)
diesjährige	40	(38)
Konkursverfahren wurden eröffnet	36	(26)
Gesamtzahl der Rechtspolizeisachen		3743
Hiervon betrafen:		
Standesregister-Berichtigungen		53
Vormundschaftssachen		2880
Zwangserziehung		75
Anordnung einer Nachlaßverwaltung		4
Am Schlusse des Berichtsjahres waren Vormundschaften anhängig:		
über Minderjährige		2773
„ Geisteskranke und Geistesschwache		119
„ Verschwender		14
„ Trunkenbolde		1
Pflegschaften		44
Im Berichtsjahr wurden gefertigt:		
Kauf- und Tauschurkunden		1378
Unterpfandsverschreibungen		1776
Registereinträge haben stattgefunden:		
ins Vereins-Register		26
„ Güterrechts-Register		444
„ Schiffs-Register		124

ins Handels-Register 653
„ Genossenschafts-Register 9
„ Muster-Register 33
„ Börsen-Register 5

Mit Wirkung vom 1. Mai 1900 ab erfolgte eine Neueinteilung des Amtsgerichtsbezirks Mannheim in 8 Notariatsdistrikte in nachstehender Weise:

Distrikt I (Wörner).
Stadt Mannheim Lit. A—D innerhalb der Ringstraße; dazu die westliche Hälfte des Schlosses. Der zwischen Kaiserring, Friedrichsfelder- und Schwetzingerstraße gelegene Stadtteil.

Distrikt II (Knecht).
Stadt Mannheim Lit. E—K innerhalb der Ringstraße.

Distrikt III (Mattes).
Stadt Mannheim Lit. L—O innerhalb der Ringstraße, dazu die östliche Hälfte des Schlosses. Gemarkung Mannheim zwischen Schwetzingerstraße, Kaiser- und Friedrichsring und Neckar.

Distrikt IV (Esselborn).
Stadt Mannheim Lit. P—U innerhalb der Ringstraße.

Distrikt V (Beßler).
Gemarkung Mannheim zwischen Luisenring, Parkring, Neckar und Rhein. Käferthal.

Distrikt VI (Mayer).
Lindenhof einschließlich des Hauptbahnhofs. Neckarau. Seckenheim mit Rheinau.

Distrikt VII (Carlebach).
Die nördlich des Neckars gelegenen Teile der Gemarkung Mannheim außer Käferthal, also insbesondere die Neckarvorstadt, die Neckargärten, Waldhof und Wohlgelegen. Die Landgemeinden Feudenheim und Sandhofen mit Schaarhof, Kirschgartshäuserhof und Sandtorf.

Distrikt Ladenburg (Ritter).
Ilvesheim, Ladenburg, Neckarhausen, Schriesheim, Wallstadt.

Bei den übrigen Großherzoglichen Behörden sind keine wichtigeren Personalveränderungen oder Neuorganisationen vorgekommen.

* * *

Konsulate. Dem an Stelle des † Herrn Walter J. Hoffmann zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Mannheim ernannten Herrn Heaton W. Harris wurde seitens der Reichsregierung das Exequatur zu Ausübung seiner konsularischen Funktionen erteilt.

3. Militär

Im Bestand der Garnison (I. und III. Bataillon des 2. Badischen Grenadierregiments Kaiser Wilhelm I. No. 110 nebst Regimentsstab) sind während des Berichtsjahres keine Veränderungen eingetreten.

Die Herbstmanöver fanden in der Zeit vom 29. August bis 27. September in der Gegend von Walldürn und Boxberg statt. Die Rückkehr in die Kasernen erfolgte am Abend des 27. September unter der üblichen regen Anteilnahme der Einwohnerschaft. Die Mannschaften wurden hierbei wie in früheren Jahren auf Kosten der Stadt bewirtet.

Der Kasernenbau am großen Exerzierplatz wurde soweit gefördert, daß die Übersiedelung beider Bataillone dorthin bestimmt im Jahre 1901 erfolgen kann. Im Reichshaushaltsetat wurden für den Neubau und die Ausstattungsergänzung einer Kaserne mit Zubehör für zwei Bataillone Infanterie nebst Regimentsstab, eines Bezirkskommandogebäudes, sowie von Magazinanlagen als fünfte Rate 700000 Mark pro 1901 gefordert. Pro 1900 wurden als vierte Rate bewilligt 850000 Mark. Die Gesamtbaukosten betragen nach dem Voranschlag 2753600 Mark, von denen nach Bewilligung der angeforderten 700000 Mark im Ganzen 2423000 Mark genehmigt sind, so daß noch 330600 Mark der späteren Bewilligung vorbehalten bleiben.

Zur Stammrolle meldeten sich während des Berichtsjahres im städtischen Militärbureau an:

Aus der Jahresklasse 1898		
in der Altstadt	1009	
in Käferthal-Waldhof	59	
in Neckarau	84	
		1152 Militärpflichtige
Aus der Jahresklasse 1899		
in der Altstadt	1240	
in Käferthal-Waldhof	80	
in Neckarau	110	
		1430 "
Aus der Jahresklasse 1900		
in der Altstadt	1869	
in Käferthal-Waldhof	105	
in Neckarau	185	
		2159 "
zusammen im Jahre 1900		4741 Militärpflichtige.

Gesuche um Zurückstellung, Befreiung oder vorzeitige Entlassung vom Militärdienste wurden eingereicht und der Ersatzkommission zur weiteren Entscheidung vorgelegt:

Altstadt	87
Käferthal-Waldhof	6
Neckarau	11
zusammen	104

Anträge auf Gewährung der reichsgesetzlichen Unterstützung für die Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes wurden entgegengenommen:

Altstadt	586
Käferthal-Waldhof	61
Neckarau	76
zusammen	723

Die Gesamtsumme der von der Stadtkasse vorschüßlich ausbezahlten und von der Staatskasse wieder zurückersetzten Unterstützungen betrug im Berichtsjahre 10411 M. 74 Pfg.

Einquartiert waren in Mannheim im Berichtsjahre 21 Offiziere, 800 Mann und 14 Pferde und zwar Reserve- und Landwehrmannschaften des hiesigen Regiments, ferner das Heidelberger Bataillon auf 7 Tage anläßlich des hier stattgehabten Bataillonsexerzierens und der Stab des 3. Badischen Feldartillerie-Regiments No. 50 auf dem Rückmarsch von Griesheim.

IV. Die Gemeindeverwaltung

1. Die Organe der Gemeindeverwaltung

Die Organisation des Stadtrats (27 Mitglieder mit Einschluß des Oberbürgermeisters und der drei Bürgermeister), des Bürgerausschusses (96 in drei Klassen gewählte Stadtverordnete) und des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten (5 Mitglieder) blieb im Berichtsjahre unverändert.

Zu Beginn des Jahres 1900 bestanden 51 städtische Kommissionen. 27 derselben waren durch Ortsstatut bezw. Satzungen mit selbständigen Verwaltungsbefugnissen, 12 insbesondere auch mit Dekreturenrecht ausgestattet, 24 lediglich zur Vorberatung von im Stadtrate zu behandelnden Angelegenheiten berufen. Zwei der ortsstatutarisch organisierten Kommissionen, die Kulturkommission und der Verwaltungsrat der Abfuhranstalt, wurden im Laufe des Jahres aufgelöst.

Da mit der Eingemeindung der Vororte der städtische landwirtschaftlich nutzbare Grundbesitz wie überhaupt die Aufgaben der Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Landwirtschaftspflege bedeutend erweitert wurden, mußten die Funktionen der bisherigen, 1889 konstituierten Kulturkommission in anderer Weise verteilt werden. Es wurde durch Ortsstatut vom 12. Januar 1900 eine Kommission der Fuhr- und Gutsverwaltung gebildet und die bisherige Abfuhranstalt in eine Fuhr- und Gutsverwaltung umgewandelt, deren Geschäftskreis sich erstreckt: auf die Landwirtschaftspflege, die Verwaltung des nutzbaren Grundbesitzes usw. der Stadtgemeinde, die Bürgerannahme- und Bürgergenußangelegenheiten der Vororte, die Entleerung der Abort- und Dunggruben des Stadtgebiets, Beiseiteschaffung und möglichste Verwertung des Grubeninhalts, Abfuhr der Haushaltungsabfälle, Reinigung der gepflasterten Stadtstraßen, Abfuhr des Straßenkehrichts, Begießen der Straßen im Sommer, Besorgung der Fuhrleistungen für städtische Zwecke, Betrieb der Desinfektionsanstalt. Vollzugsorgan der Kommission bezüglich der forstwirtschaftlichen Angelegenheiten ist der Vorstand des Großherzoglichen Forstamts Mannheim, Oberförster Näßle, dem der Stadtrat gemäß Vertrag vom 14. Juli 1899 mit Wirkung vom 1. August 1899 die Verwaltung des Käferthaler und Neckarauer Stadtwaldes übertrug. Zur Zuständigkeit der Tiefbauamts-Abteilung „Stadtgärtnerei" gehören: Stadtgärtnerei, Schulgarten, Parks, Promenaden und Anlagen, mit Einschluß derjenigen innerhalb der Stadtwälder,

Baumpflanzungen in der Gemarkung der Altstadt, abgesehen von den Obstbäumen an Gewann- und Feldwegen. Die Vorberatung der im Stadtrat zu behandelnden wichtigeren Angelegenheiten dieses Geschäftszweiges geschieht in der als beratendes Kollegium neugebildeten „Park- und Anlagenkommission".

Die Straßenbahnkommission als selbständige und die historisch-litterarische Kommission als beratende Kommission sind im Berichtsjahre neu hinzugekommen.

Zur Bildung der historisch-litterarischen Kommission gab Veranlassung die am 17. Juli 1900 vom Bürgerausschuß beschlossene Herausgabe eines als Festgabe zum dreihundertjährigen Stadtjubiläum im März 1906 erscheinenden Prachtwerkes, dessen erster die Geschichte hiesiger Stadt bis zur Neubegründung des Deutschen Reiches enthaltender Teil in Verbindung mit der wissenschaftlichen Durchforschung und Instandsetzung des Stadtarchivs Dr. Friedrich Walter übertragen wurde, während der zweite das moderne Mannheim behandelnde Teil unter Zuziehung zahlreicher Mitarbeiter und unter Redaktion des Statistischen Amts bezw. des Amtsvorstands Direktor Schott herausgegeben werden soll. Dem festlichen Anlaß entsprechend wird die Ausstattung dieses Werkes eine besonders reiche sein. Für die Gesamtkosten der Drucklegung, Ausstattung und aller obenerwähnten im Zusammenhang hiermit stehenden Arbeiten bewilligte der Bürgerausschuß einen aus Anlehensmitteln zu schöpfenden Kredit von M. 60800 mit zehnjähriger Verwendungsfrist.

Die Funktionen des Gemeindewaisenrats wurden der Armenkommission übertragen.

Mit Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der damit zusammenhängenden Nebengesetze ist das Amt der Waisenrichter aufgehoben worden. Ihre Dienstobliegenheiten sind teils auf das Vormundschaftsgericht, teils auf zwei neu errichtete Behörden übergegangen, die örtliche Inventurbehörde und den Gemeindewaisenrat. Auf Grund des Ortsstatuts und Gemeindebeschlusses vom 16. Januar 1900 wurden in hiesiger Stadt zwei örtliche Inventurbehörden mit je drei Mitgliedern errichtet, welche die bisher von den Notaren in Gemeinschaft mit den Waisenrichtern ausgeführten Vermögensaufnahmen und Siegelungen vorzunehmen haben. Den Mitgliedern der Inventurbehörden (ehemaligen Waisenrichtern) wurde vom Stadtrat die Funktion des Gemeindewaisenrats (als eines Hilfsorgans des Vormundschaftsgerichts, welches die Führung der Vormundschaft zu überwachen und ein eventuelles Einschreiten des Amtsgerichts als Vormundschaftsgerichts zu veranlassen hat) übertragen, und zwar zur unentgeltlichen Mitbesorgung, doch beschloß der Bürgerausschuß am 11. Dezember eine nachträgliche Geldentschädigung von M. 6000, zugleich aber (mit Wirkung vom 1. Januar 1901) die Überweisung der Geschäfte des Gemeindewaisenrats an die Armenkommission. Dieselbe läßt diese Geschäfte durch zwei besondere Beamte besorgen und nimmt jeweils, wenn es sich um Waisenfürsorge handelt, die Bezeichnung „Gemeindewaisenrat" an. Die hiesige Armenverwaltung hat dadurch das wertvolle Recht erhalten, die der Armenfürsorge anvertraute Jugend auch dann noch zu überwachen, wenn sie zwar keiner materiellen Unterstützung mehr, dafür aber einer die elterliche Aufsicht ersetzenden Fürsorge in Bezug auf ihr sittliches und leibliches Wohl um so dringender bedarf, d. h. in der Zeit vom 14.—21. Lebensjahr.

In der Zusammensetzung des Stadtrats sind während des Berichtsjahres keine Veränderungen eingetreten. Am 11. Juni fand die Wiederwahl des Oberbürgermeisters Otto Beck auf eine weitere, im Oktober 1900 beginnende neunjährige Amtsdauer statt.

Nach Schluß der Wahlhandlung begab sich der Vorstand des Stadtverordnetenkollegiums zu Oberbürgermeister Beck; der Obmann, Geheimer Kommerzienrat Diffené, teilte dem einstimmig wiedergewählten Stadtoberhaupt das glänzende Resultat der Wahlhandlung mit und sprach dabei Namens des Stadtverordnetenvorstands der Thätigkeit des Oberbürgermeisters, dem die Stadt eine Ära des Aufschwungs und Gedeihens verdanke, wärmste Anerkennung aus. In der Bürgerausschußsitzung vom 19. Juni feierte Stadtverordnetenvorstand Fulda die Verdienste des Oberbürgermeisters, der sodann in seiner Erwiderung für das Vertrauen dankte, das die Bürgerschaft ihm und seiner Thätigkeit durch diese Neuwahl entgegengebracht habe. Er werde auch weiterhin unparteiisch seines Amtes walten und seine ganze Kraft in den Dienst der Gemeinde stellen. Ein von seiner bisherigen Geschäftsführung abweichendes Programm vermöge er nicht zu entwickeln; das beste Programm für den Oberbürgermeister sei eine glückliche Entwickelung der Stadt.

Nach einer längeren ernsten Erkrankung und hierdurch bedingten Abwesenheit kehrte Oberbürgermeister Beck Ende Dezember wieder nach Mannheim zurück, um in alter Frische und Rüstigkeit seine Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Er wurde in der Stadtratssitzung vom 28. Dezember durch herzliche Willkommensworte begrüßt, die Bürgermeister Martin im Namen des Kollegiums an ihn richtete. Die Liedertafel gab ihrer Verehrung Ausdruck, indem sie ihrem wiedergenesenen Ehrenmitglied ein Gesangs-Ständchen brachte.

Über Veränderungen im Bürgerausschuß ist folgendes zu berichten. An Stelle der durch Wegzug ausgeschiedenen Stadtverordneten Robert Horn und Philipp Baßler wurden am 17. Juli 1900 Steinhauer Paul Hoffmann in Mannheim und am 9. Oktober 1900 Spengler Theodor Laubengaier in Neckarau zu Stadtverordneten gewählt. Für den am 22. Dezember 1900 verstorbenen Stadtverordneten Georg Peter fand die Ergänzungswahl erst im Jahre 1901 statt.

In der Organisation der städtischen Amtsstellen ist insofern eine Aenderung eingetreten, als für die bisher zur Zuständigkeit des Tiefbauamts gehörigen Angelegenheiten des Straßenbahnwesens mit Wirkung vom 1. Februar das Straßenbahnamt neu errichtet wurde. Die Zahl der städtischen Beamten, ausschließlich der Lehrer, hat sich 1900 von 495 auf 567 vermehrt.

Von technischen Beamten waren im Berichtsjahr für ordentliche und außerordentliche Unternehmungen beschäftigt:

beim Tiefbauamt	80
beim Hochbauamt	36
beim Gas- und Wasserwerk	25
beim Straßenbahnamt	8
beim Schlacht- und Viehhof	1
beim Feuermeldebureau	1
bei der Ortsbaukommission	4
zusammen	155 technische Beamte,

für welche ein Gesamtgehaltsaufwand von M. 423 645 erforderlich war.

An wichtigeren Personalveränderungen ist das Ausscheiden des Vorstandes des Hochbauamts, Stadtbaurats Uhlmann — dessen Stelle vom ersten Architekten Hauser provisorisch versehen wird — und der Vorstände der Straßenbau- sowie der Sielbau-Abteilung des Tiefbauamts, Inspektoren Kasten und Berger, zu verzeichnen. Als Leiter des Straßenbahnamts wurde Direktor Ottokar Löwit, früher in Basel, angestellt.

Dem Verwaltungsassistenten Wolfgang Siegel bei der Grund- und Pfandbuchführung wurden anläßlich seines am 1. März gefeierten 40jährigen Dienstjubiläums unter Behändigung eines Ehrengeschenks die Glückwünsche des Stadtrats ausgesprochen. Demselben wurde die silberne Verdienstmedaille verliehen. Dem am 1. April aus dem städtischen Dienst ausgeschiedenen Sekretär und Friedhofverwalter F. Becker wurde vom Großherzog das Verdienstkreuz des Ordens vom Zähringer Löwen verliehen.

Wichtige Veränderungen vollzogen sich im Grundbuchwesen. Zu den Bundesstaaten, in denen das Immobiliarsachenrecht des bürgerlichen Gesetzbuchs mangels eines für die praktische Handhabung der neuen Gesetzesbestimmungen geeigneten Grundbuchs noch nicht in Kraft getreten ist, gehört auch das Großherzogtum Baden, wo man jedoch seit 1897 damit beschäftigt ist, für die einzelnen Gemeinden Grundbücher im Sinn der Reichsgesetze herzustellen. In Mannheim wurde diese Arbeit im Laufe des Berichtsjahrs beendet. Die neuen Realfolien und Grundbuchhefte, in welchen die jedes Grundstück betreffenden Angaben aus den bisherigen Grund- und Pfandbüchern aufgenommen worden sind und welche nach Inkraftsetzung des neuen Grundbuchrechts als das reichsrechtliche Grundbuch gelten, wurden vom 15. Oktober bis 30. November zu Jedermanns Einsicht offengelegt, wodurch allen Beteiligten die Möglichkeit zur Prüfung der Einträge auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit, und namentlich denjenigen Personen, welche über die angelegten Realfolien und die Grundbuchhefte noch nicht besonders gehört worden waren, Gelegenheit zur Wahrung ihrer Interessen gegeben werden sollte. Die Einführung des neuen Grundbuchrechts brachte eine Umwälzung in der Organisation der Grundbuchbehörden mit sich. Während in den kleineren Gemeinden des Großherzogtums den Notaren das staatliche Grundbuchamt übertragen wurde, steht es den Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern frei, das Grundbuchamt als Gemeindeamt einzurichten bezw. weiterzuführen. Nach reiflicher Erwägung aller hierbei in Betracht kommenden Fragen entschloß sich der Stadtrat zu letzterem, und der Bürgerausschuß erklärte sich in der Sitzung vom 26. Februar 1901 damit einverstanden.
Am 19. Mai tagte der Stadtrat zum ersten Mal im neuen Sitzungssaal; aus diesem Anlaß fand eine entsprechende Begrüßung der Mitglieder durch den Oberbürgermeister statt. In den 61 Sitzungen des Stadtrats wurden 1983 Gegenstände

auf Grund mündlicher Verhandlungen und 12264 Sachen durch Offenlage erledigt. Der Bürgerausschuß tagte in 13 Sitzungen und erledigte dabei 136 Angelegenheiten, und zwar 116 Fälle durch einstimmige Annahme des stadträtlichen Antrages. In 5 Fällen erfolgte Vertagung bezw. Zurücknahme der Vorlage. Die verschiedenen städtischen Kommissionen hielten insgesamt 331 Sitzungen ab, davon entfallen auf

die technische Kommission	49
die Gehalts- und Pensionskommission	14
die Haushaltskommission	53
die Theaterkommission	11
die Armenkommission	46
die Friedhofkommission	11
die Kommission für Fuhr- und Gutsverwaltung	7
die Straßenbahnkommission	12
der Verwaltungsrat der Gas- und Wasserwerke	19
der Verwaltungsrat des Schlacht- und Viehhofes	10
die Schulkommission	10

Die Zahl der Geschäftsnummern hat betragen:

beim Stadtrat	51378
bei der Armenkommission	45021
bei der Krankenhauskommission	11983
beim Gemeinde- und Gewerbegericht	46785
beim Arbeiterversicherungs-Bureau	492
bei der Grund- und Pfandbuchführung	18941
beim Rektorat der Volksschulen	21250
beim Hochbauamt	5309
beim Tiefbauamt	15008
bei den übrigen Kommissionen und Amtsstellen	53419
Zusammen	269586

Dekreturen werden erteilt:

für die Stadtkasse und ihre Nebenkassen	31859
für die Armenkasse und ihre Nebenkassen	3933
für die Friedhofkasse	727
für die Krankenhauskasse	2451
für die Gas- und Wasserwerkskasse	6299
für die Schlacht- und Viehhofkasse	2269
für die Fuhr- und Gutsverwaltungskasse	4244
für die Straßen- und Pferdebahnkasse	94
für die Stiftungskassen	1624
Zusammen	53600

Vor dem der Rechtsprechung in bürgerlichen Bagatellsachen dienenden Gemeindegericht wurden in 197 Sitzungen 3709 Fälle erledigt, und zwar durch Entscheidung 2704, durch Vergleich 144, durch Zurücknahme usw. 861. Beim Sühneamt für Beleidigungen und Körperverletzungen wurden 867 Klagen anhängig gemacht, hiervon blieben beruhen 95 infolge Ausbleibens des Klägers oder beider Teile, 131 wurden durch Vergleich erledigt, in 601 Fällen scheiterte der Sühneversuch. Das Gewerbegericht Mannheim, dessen Bezirk die Gemeinden: Mannheim mit Vororten, Sandhofen, Wallstadt, Feudenheim, Ilvesheim, Schriesheim und Seckenheim, also den engeren Industriebezirk des hiesigen Platzes umfaßt, erledigte 1023 von 1090 anhängig gemachten Klagen (1899: 837 von 902). Hiervon waren 216 Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer, 870 Klagen von Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber, 4 von Arbeitern gegen Arbeiter. Erledigt wurden durch Vergleich 287, durch Verzicht 335, in sonstiger Weise 401. —

Über den Stand der städtischen Arbeiterschaft unterrichtet nachstehende Tabelle.

Betrieb (Amtsstelle)	Arbeiterzahl am Schlusse des Vorjahres	Zugang im Berichtsjahr	Abgang im Berichtsjahr durch			Zusammen Abgang im Berichtsjahr	Stand am Schluß des Berichtsjahres
			Austritt	Entlassung	Krankheit u. Tod		
Fuhr- u. Gutsverwaltung	183	415	219	32	151	402	196
Gas- und Wasserwerke .	352	385	233	28	9	270	467
Schlacht- und Viehhof . .	29	82	49	15	6	70	41
Tiefbauamt	418	369	109	14	220	343	444
Zus. im Berichtsjahr	982	1251	610	89	386	1075	1148

Am 1. April 1899 trat der „städtische Lohnklassentarif" und „die allgemeine Arbeitsordnung für die Lohnarbeiter der Stadt Mannheim" (Gemeindebeschluß vom 21. Februar 1899) in Kraft.

Der Tarif enthält außer einer Reihe anderer Bestimmungen eine Einteilung aller voll erwerbsfähigen Lohnarbeiter je nach Beschäftigung, Vorbildung und Leistungen in vier Lohnklassen und innerhalb dieser in je drei vom Dienstalter abhängige Lohnstufen. Maximallohn: Lohnklasse A mit 11 und mehr Dienstjahren M. 4.50, Minimallohn: Lohnklasse D mit 0—5 Dienstjahren M. 2.70. In Ergänzung hierzu erließ der Stadtrat unterm 29. Juni 1900 „Grundsätze für die Regelung der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung der städtischen Arbeiter", welche in der Sitzung vom 17. Juli 1900 zur Kenntnis des Bürgerausschusses

gebracht wurden. Hiernach erhält der städtische Arbeiter nach 10jähriger Dienstzeit für sich im Falle seiner Invalidität die Anwartschaft auf Pension mit 30—75% des Jahresverdienstes und für seine Angehörigen im Falle seines Todes die Anwartschaft auf Witwengeld mit 30% und Waisengeld mit 6—24% des Lohnanschlags. Reichsrenten kommen hiervon in Abzug, dagegen werden Beiträge für die Versorgungskasse nicht erhoben.
Als Vertretungen der Arbeiter wurden (nach den vom Stadtrat am 9. Juni 1899 erlassenen Statuten) erstmals am 24. Juni 1899 Arbeiterausschüsse gewählt. Dieselben sind nach Arbeitsgruppen gebildet; wählbar sind die Arbeiter von mindestens 30 Lebens- und 5 Dienstjahren.

Im Berichtsjahre wurde der Lohnklassentarif infolge einer durch die Steigerung der Lebensmittelpreise veranlaßten Eingabe der Arbeiterausschüsse einer Revision unterzogen und folgendermaßen festgesetzt (Stadtratsbeschluß vom 26. Oktober 1900).

		neu festgesetzt:	bisher:
Lohnklasse A.			
Anfangslohn	M.	3.90	3.90
Höchstlohn	„	4.50	4.50
Zulage nach 1 Jahr	„	—.10	—.—
„ „ weiteren 4 Jahren	„	—.25	—.30
„ „ „ 5 „	„	—.25	—.30
Lohnklasse B.			
Anfangslohn	M.	3.30	3.30
Höchstlohn	„	4.—	3.90
Zulage nach 1 Jahr	„	—.20	—.—
„ „ weiteren 4 Jahren	„	—.25	—.30
„ „ „ 5 „	„	—.25	—.30
Lohnklasse C.			
Anfangslohn	M.	3.—	3.—
Höchstlohn	„	3.50	3.30
Zulage nach 1 Jahr	„	—.20	—.—
„ „ weiteren 4 Jahren	„	—.15	—.15
„ „ „ 5 „	„	—.15	—.15
Lohnklasse D.			
Anfangslohn	M.	2.80	2.70
Höchstlohn	„	3.30	3.—
Zulage nach 1 Jahr	„	—.20	—.—
„ „ weiteren 4 Jahren	„	—.15	—.15
„ „ „ 5 „	„	—.15	—.15

Der hierdurch entstehende jährliche Mehraufwand wurde auf M. 28350 veranschlagt. Hierzu kamen verschiedene andere Beschlüsse wie z. B. die Einführung einer dritten Schicht für die Feuerhausarbeiter des Gaswerks (Aufwand M. 17000) u. a., wodurch der für Durchführung des Lohntarifs und der Arbeitsordnung im Februar 1899 ermittelte Aufwand von M. 46321 auf M. 88776 und mit Einrechnung obiger M. 28350 und der jährlichen Belastung aus der Ruhegehalts- und Hinterbliebenen-Versorgung mit M. 12092 auf M. 129218 angewachsen ist.

Diese Angelegenheit beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 12. Dezember 1900, wobei die diesbezügliche Vorlage des Stadtrats angenommen wurde. Dabei wurde der Wunsch einer Erhöhung des Minimallohnes auf M. 3.— ausgesprochen, was einer jährlichen Mehrausgabe von M. 25000 gleichkommen würde.

Zu Anfang des Berichtsjahres gelangte die vom I. städtischen Revisor Karl Seeger im Auftrag des Stadtrats zusammengestellte gedruckte „Sammlung der für die Stadt Mannheim giltigen Ortsstatuten und der damit zusammenhängenden Satzungen und Gemeindebeschlüsse" zur Verteilung an die städtischen Kollegien, die damit ein wichtiges Nachschlagebuch erhielten. Die von Bürgermeister Bräunig 1886 bearbeitete erste Auflage der „Sammlung der Ortsstatuten, Satzungen und Bestimmungen für die Stadt Mannheim" war vergriffen und veraltet.

Im Berichtsjahre wurden die nachfolgenden Ortsstatuten, Gemeindebeschlüsse, ortspolizeilichen Vorschriften erlassen und die folgenden Satzungen bezw. Verträge vereinbart:

a) Ortsstatuten und Gemeindebeschlüsse	Beschluß des Stadtrats	Zustimmung des Bürgerausschusses	Staatsgenehmigung
1. Ergänzung des Gehaltstarifs zur städtischen Dienst- und Gehaltsordnung vom 8. Februar 1899, betr. Oberfeuermann und Wehrmänner bei der Berufsfeuerwehr	21. Dezember 1899	16. Januar 1900	—
2. Festsetzung des Zinsfußes bei der Sparkasse	5. Januar 1900	16. Januar 1900	—
3. Ortsstatut über die Bildung zweier örtlicher Inventurbehörden . . .	12. Januar 1900	16. Januar 1900	1. Februar 1900
4. Überlassung der eingehenden Gebühren für Inventuren an die Mitglieder der Inventurbehörden . .	23. November 1900	16. Januar 1900	1. Februar 1900
5. Ortsstatut über die Verwaltung der Fuhr- und Gutsangelegenheiten	12. Januar 1900	16. Januar 1900	22. März 1900
6. Begräbnis- u. Friedhofordnung, hier Ausdehnung derselben auf den Stadtteil Neckarau	2. Februar 1900	20. Februar 1900	14. März 1900
7. Gewährung eines städtischen Zuschusses zum Gehalt der Hauptlehrerinnen an der höheren Mädchenschule	2. Februar 1900	20. Februar 1900	20. März 1900

a) Ortsstatuten und Gemeindebeschlüsse	Beschluß des Stadtrats	Zustimmung des Bürgerausschusses	Staatsgenehmigung
8. Festsetzung der Gebühren für den Betrieb des Schlacht- u. Viehhofes	27. März 1900	3. April 1900	26. April 1900
9. Abänderung der Einführungsbestimmungen zur Gehaltsordnung der Hauptlehrer v. 23. Juni 1899	2. Mai 1900	15. Mai 1900	—
10. Ortsstatut über die Verwaltung der städtischen Straßenbahn . . .	19. Mai 1900	29. Mai 1900	22. August 1900
11. Grundsätze für die Regelung der Alters- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter	29. Juni 1900	17. Juli 1900	—
12. Ergänzung der Dienst- und Gehaltsordnung, § 35 a, Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung nicht pensionsberechtigter Beamten . .	29. Juni 1900	17. Juli 1900	10. Septb. 1900
13. Abänderung des § 15 Ziffer 1 der Satzungen der Sparkasse, Erweiterung der Kapitalanlagen . . .	5. Oktober 1900	30. Oktober 1900	26. November 1900
14. Bewilligung eines Funktionsgehalts an die Oberlehrer der Volks- und Bürgerschule	5. Oktober 1900	30. Oktober 1900	—
15. Ortsstatut betreffend die Organisation des Gemeindewaisenrats	16. November 1900	11. Dezember 1900	28. Dezember 1900
16. Gemeindebeschluß wegen Rückerhebung der Lasten des Bürgergenusses in den Stadtteilen Käferthal und Neckarau	30. November 1900	12. Dezember 1900	5. Januar 1901

b) Satzungen und Verträge	Beschluß des Stadtrats	Zustimmung des Bürgerausschusses	Staatsgenehmigung
1. Vertrag über den Betrieb des Crematoriums	21. September 1900	9. Oktober 1900	—
2. Abänderung des Vertrags mit der Badischen Bank betreffend den Checkverkehr der städtischen Kassen	21. September 1900	9. Oktober 1900	—
3. Vertrag mit der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft über den Bau und Betrieb von Vorortbahnen	21. Dezember 1900	8. Januar 1901	—

c) Ortspolizeiliche Vorschriften	Beschluß Großh. Bezirksamts	Zustimmung des Stadtrats	Vollziehbarkeitserklärung des Großh. Landeskommissärs
1. Schlachthofordnung	27. April 1900	23. Februar 1900	27. April 1900
2. Viehhof- und Viehmarktordnung	2. Mai 1900	24.u.27.April 1900	1. Mai 1900
3. Fleischbeschauordnung	8. Juni 1900	1. Juni 1900	16. Juni 1900
4. Der Verkehr mit Kuhmilch . . .	31. August 1900	31. August 1900	12.September 1900
5. Erstreckung der Friedhof- und Begräbnisordnung auf Neckarau	27. März 1900	27. März 1900	31. August 1900
6. Feuerbestattungsordnung	11. Oktober 1900	27. März 1900	31. August 1900
7. Ergänzung der Bauordnung . .	10.September 1900	3. August 1900	8. September 1900
8. Ergänzung der Straßenpolizeiordnung	25. Januar 1900	5. Januar 1900	22. Januar 1900
9. Ergänzung der Straßenpolizeiordnung	17. Mai 1900	11. April 1900	15. Mai 1900
10. Ergänzung der Straßenpolizeiordnung	13. Oktober 1900	3. August 1900	8. Oktober 1900
11. Aufstellung der Taxameterdroschken	19. Dezember 1900	30.November 1900	—

2. Der städtische Haushalt

Die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde kamen im Jahre 1899 in der Stadtkasse sowie in 11 vom Stadtrechner und 10 von selbständigen Rechnern geführten Nebenkassen zur Darstellung. Vom 1. Januar 1900 ab wurden die Einnahmen und Ausgaben 1. der Volks- und Bürgerschule, 2. der land- und forstwirtschaftlichen Angelegenheiten, 3. des Vermögensgrundstocks behufs getrennter Rechnungsführung aus der Stadtkasse ausgeschieden. Die Volks- und Bürgerschulkasse und die Grundstockskasse führt der Stadtrechner, die Gutskasse (2.) der Rechner der Fuhr- und Gutsverwaltung. Seit Mai 1900 wird auch die Friedhofkasse vom Stadtrechner verwaltet. Im Oktober 1900 wurden die Straßenbahn- und die Pferdebahnkasse unter besonderer Verrechnung neu errichtet. Ende 1900 bestanden sonach die Stadthauptkasse und 27 Nebenkassen, abgesehen von der Sparkasse, der Leihhauskasse und den Kassen der weltlichen Ortsstiftungen.

Die Stadthauptkasse (Wirtschaftskasse) schloß Ende 1900 ab

mit einer Gesamteinnahme von	M.	8851506.78
und einer Gesamtausgabe von	„	8768435.22
somit betrug der Kassenvorrat pro 1901	M.	83071.56

Von den **Einnahmen** entfallen:

1.	Auf Liegenschaften, Mietzinse, Pachtgelder, Gebäudenutzungswerte, Dienstwohnungsanschläge	M.	710385.39 = 10,94	Prozent
2.	Zinsen von Aktiv-Kapitalien	„	761151.81 = 11,72	„
3.	Auf Strafen, Taxen und Gebühren . .	„	135110.63 = 2,08	„
4.	Ertrag von Markt-, Lager-, Wag- und Aichungsanstalten	„	160760.04 = 2,48	„
5.	Auf das Gaswerk	„	438662.— = 6,76	„
6.	Auf das Wasserwerk	„	294717.60 = 4,54	„
7.	Auf die Abfuhranstalt	„	10121.42 = 0,16	„
8.	Auf die Schlachthauskasse	„	25326.44 = 0,39	„
9.	Auf die Viehhofkasse.	„	17212.98 = 0,26	„
10.	Auf das Elektrizitätswerk	„	56654.43 = 0,87	„
11.	Auf die Umlagen	„	3306018.90 = 50,92	„
12.	Auf die Verbrauchssteuern.	„	369136.24 = 5,69	„
13.	Auf die übrigen Einnahmen.	„	207277.22 = 3,19	„
		M.	6492535.10 = 100	Prozent.

Von den **laufenden Wirtschaftsausgaben**, zuzüglich der für Schuldentilgung gemachten Aufwendungen, treffen:

1.	Auf ertragbare Liegenschaften	M.	31145.82 = 0,44	Prozent
2.	Auf Markt-, Lager-, Wag- und Aichungsanstalten	„	56334.30 = 0,86	„
3.	Auf Straßen, Wege, Plätze, Straßenkanäle und dergl. — Unterhaltung —	„	888521.90 = 13,50	„
4.	Auf Fluß- und Dammbaubeiträge . . .	„	64588.62 = 0,98	„
5.	Auf die Schulen: Volks- und Bürgerschule M. 1275277.21; Mittelschulen . . . . „ 224371.53; Gewerbeschule . . . . „ 50784.77; Schifferschule . . . . „ 632.64; Ingenieurschule . . . „ 11000.—	„	1562066.15 = 23,75	„
6.	Auf die Polizei	„	203694.68 = 3,10	„
7.	Auf die Gesundheitspflege	„	182955.— = 2,78	„
8.	Auf die Armen- und Krankenpflege . .	„	440665.73 = 6,70	„
9.	Auf Einrichtungen zum Schutz und zur Versicherung gegen Feuersgefahr . . .	„	89344.36 = 1,36	„
	Übertrag	M.	3519316.56	

Übertrag M. 3519316.56

10. Auf die Landwirtschaft- und Gemarkungsverhältnisse	„	45705.30 =	0,70 Prozent.
11. Auf das Theater	„	218440.52 =	3,32 „
12. Auf wissenschaftliche Anstalten und Vereine	„	60967.38 =	0,93 „
13. Auf Kreisumlage	„	191721.94 =	2,92 „
14. Auf Feste und Feierlichkeiten	„	38101.20 =	0,58 „
15. Auf die Gemeindeverwaltung	„	649653.38 =	9,87 „
16. Auf Verzinsung der Schulden	„	1208741.70 =	18,38 „
17. Auf verschiedene Abgänge	„	197500.74 =	3,00 „
18. Auf Verbrauchssteuerrückvergütung	„	64519.11 =	0,98 „
19. Auf die Schuldentilgung	„	329761.03 =	5,01 „
20. Auf die übrigen Ausgaben	„	55113.48 =	0,84 „
	M.	6579542.34 =	100 Prozent.

Die außerordentlichen Ausgaben des Berichtsjahres waren nach den vorläufigen Rechnungsabschlüssen folgende:

I. Für rentierende Anlagen

für das Gaswerk	M.	2118689
für das Wasserwerk	„	263351
für den Schlachthof	„	745028
für den Viehhof	„	16656
für die Abfuhranstalt	„	12026
für das Elektricitätswerk	„	1235584
für die Straßenbahnen	„	1547368
für den Industriehafen	„	1063822

zusammen für rentierende Anlagen M. 7002524

II. Für notwendige nicht rentierende Anlagen

für Straßen	M.	1511084
für Kanalisation	„	783788
für das Krankenhaus	„	42646
für den Friedhof	„	135489
für Verwaltungsgebäude	„	1366418

zusammen für notwendige nicht rentierende Anlagen M. 3839425

Übertrag M. 10841949

		Übertrag	M. 10841949
III. Für Schulen			
für Volksschulen	M. 474806		
für Knabenmittelschulen	„ 357450		
für Mädchenmittelschulen	„ 38323		
für die Gewerbeschule	„ 2410		
		zusammen für Schulen	M. 872989
IV. Für Theater, Verschönerung zc.			
für das Theater	M. 26654		
für die Festhalle	„ 562695		
für Verschönerung der Stadt	„ 128972		
		zusammen für Theater zc.	M. 718321
V. Für Verschiedenes			M. 658449
		Summa	M. 13091708

Die außerordentlichen Ausgaben der Stadtgemeinde haben sich im letzten Jahrzehnt im Zusammenhang mit den hohen Ansprüchen, die seitens der verschiedensten Gebiete des städtischen Lebens an die Stadtkasse gestellt werden, und mit den gewaltigen Aufgaben, die an die Stadtverwaltung herantreten, bedeutend gesteigert.

Sie betrugen:

1891	M. 2224660.50
1892	„ 1747223.19
1893	„ 1690459.29
1894	„ 1581145.05
1895	„ 1273878.14
1896	„ 777272.06
1897	„ 1979636.98
1898	„ 4419067.32
1899	„ 6213803.34
1900	„ 13091708.33
zusammen 1891—1900	M. 34988854.20

Die nach den Vorschriften der Städterechnungsanweisung aufgestellte Darstellung des Vermögens und der Schulden gibt kein zutreffendes Bild über die Vermögenslage der Stadtgemeinde, da die Gebäude nur mit dem Feuerversicherungsanschlag, das unüberbaute Gelände mit dem Steueranschlag, die wirtschaftlichen Unternehmungen (Gas- und Wasserwerk, Elektricitätswerk, Straßenbahn, Vieh- und Schlachthof, Abfuhranstalt) mit den Anlagekosten eingesetzt sind, thatsächlich aber namhaft, zum Teil um das Vielfache höhere Werte repräsentieren. Nachstehend sind die Ergebnisse der amtlichen und der nach dem wirklichen Werte aufgemachten Vermögenstandsdarstellung nebeneinandergereiht.

Objekte	Amtlicher Wert		Wirklicher Wert	
	Berechnungsgrundlage	Betrag Mark	Berechnungsgrundlage	Betrag Mark
Activen				
Gebäude	Feuerversicherungsanschlag	9138000	Schätzung	34737909
Unbebaute Grundstücke, Waldungen, Berechtigungen	Steueranschlag	3701567		
Gas- und Wasserwerke	Anlagekosten	5240789	25fache des 3jährigen Durchschnittsertrags	19838523
Abfuhranstalt, Schlacht- und Viehhof, Elektricitätswerk	Anlagekosten	6423373	Anlagekosten	6423373
Activkapitalien	Rechnungsergebnis	13759791	Rechnungsergebnis	13439593
Einnahmerückstände	"	1903178	(ausschließlich Gas- u. Wasserwerke)	907721
Kassenvorrat	"	283172		271028
Gerätschaften	"	2289039		2275316
Vorräte an Materialien und Naturalien	"	1007491		378110
zusammen		43746400		78271573
Passiven				
Passivkapitalien	Rechnungsergebnis	41925665	Rechnungsergebnis	41923930
Ausgaberückstände	"	1044337	(ausschließlich Gas- u. Wasserwerke)	102795
zusammen		42970002		42026725
Sonach reines Vermögen		776398		36244848

Schuldenstand der Stadt.

Ende 1900 betrugen die Anlehensschulden . . . . M. 41787857
die vorhandenen Deckungsmittel . . . . „ 6959376
die Restschuld betrug somit . . . . M. 34828481

Diese letztere Summe verteilt sich folgendermaßen:
auf rentierende Anlagen . . . . M. 17391830
auf notwendige nichtrentierende Anlagen . . . . „ 10216119

auf Schulen	M.	4796805
auf Verschönerung ꝛc.	„	2369422
auf Verschiedenes	„	54305

Im Jahre 1899 betrug die Restschuld	M.	24271072
Es ist somit im Berichtsjahr eine Vermehrung eingetreten um	„	10557409
		oder 43,5 %.

Auf Grund des Bürgerausschuß-Beschlusses vom 4. April 1900 wurde eine neue 4prozentige Anleihe von 10 Millionen aufgenommen (unkündbar und unverloosbar bis 1. September 1905), und zwar für folgende Zwecke: Erwerbung der militärfiskalischen Gebäude, Erwerbung des Kaufhauses, Geländeerwerb für den Ausbau und die Erweiterung des Industriehafens, Erwerbung der Mannheim-Feudenheimer Dampfstraßenbahn, Einführung der elektrischen Straßenbahn, Restbeträge für Erbauung des Elektricitätswerks und des II. Gaswerks. Das Anlehen wurde von den vereinigten hiesigen Banken zum Kurs von 99,27 übernommen und gelangte zum Kurs von 99,80% in den Börsenverkehr.

Städtische Anlehensaufnahmen im verflossenen Jahrzehnt: 1890 4 Millionen, 1892 4 Millionen, 1895 6 Millionen, 1897 5 Millionen, 1898 6 Millionen, 1899 8 Millionen, 1900 10 Millionen.

Die Voranschläge über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen wurden am 22. März nach dreitägiger Verhandlung vom Bürgerausschuß genehmigt. Der durch Umlagen zu deckende Gemeindeaufwand war darin auf M. 2853941 berechnet. Als Umlagefuß wurde 46 Pf. festgesetzt (von 100 M. Grund-, Häuser-, Gefäll- und Gewerbesteuerkapital).

Die Steuerkapitalien, der Umlagefuß und der Ertrag an Umlagen betrugen im Jahr 1900:

Steuer-Gattung	Mannheim-Käferthal			Neckarau		
	Steuerkapital M.	Umlage-Fuß pro M. 100 Pf.	Ertrag M.	Steuerkapital M.	Umlage-Fuß pro M. 100 Pf.	Ertrag M.
Grund- und Häusersteuerkapitalien	149853190	46	689324	10054460	30	30626
Gewerbesteuerkapitalien	231755100	46	1066073	9926700	30	29814
Einkommensteueranschlag	59263145	1,38	817857	3006400	90	27568
Kapitalrentensteuer	253940790	8,8	223468	3401200	8,8	2993
Umlage-Nachträge	—		393531	—		24765
Summe Mannheim-Käferthal	694812225		3190253	26388760		115766
„ Neckarau	26388760		115766			
Gesamt-Summe	721200985		3306019			

Die städtische Sparkasse konnte 1899 infolge des Kursrückgangs der Wertpapiere*), der ihr für das genannte Jahr bei einem gesamten Aktivkapitalvermögen von 19½ Millionen und einem Effektenbestand von M. 8589024 Nominalwert und M. 8295416 Inventurwert einen bedeutenden Kursverlust brachte, (1899 mußten M. 335886 abgeschrieben werden), keinen Überschuß an die Stadtkasse abliefern. Der Reingewinn des Jahres 1900 stellt sich, nach einer abermaligen Abschreibung auf Wertpapiere-Konto wegen Rückgangs der Kurse in Höhe von M. 120714.23, auf M. 61318.73. Bei M. 20640292.82 Aktiven und M. 19433774.59 Passiven betrug das Reinvermögen beim Rechnungsabschluß für 1900 M. 1206518.23. Das Gesamtguthaben der Spareinleger bezifferte sich auf M. 19431300.49.

3. Städtische Unternehmungen und Betriebe

Die aus Vorstehendem ersichtliche außerordentliche Anspannung der städtischen Finanzen ist darin begründet, daß infolge der rapiden Entwicklung Mannheims sich auf die letztvergangenen und die nächstfolgenden Jahre zahlreiche wirtschaftliche Unternehmungen und andere wichtige Aufgaben zusammengedrängt haben, deren alsbaldige Ausführung im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung unserer Stadt oder aus anderen Gründen notwendig und geboten erschien, aber auch außergewöhnlich hohe Kapitalaufwendungen erforderte. Die folgenden Abschnitte werden zeigen, wie diese Bedürfnisse der schnell heranwachsenden Großstadt, die zudem mitten in der rasch sich vollziehenden Umwandlung in ein Industriecentrum steht, sich auf allen Gebieten des städtischen Lebens geltend machen und nach Befriedigung verlangen. Das Jahr 1900 ist in dieser Beziehung das anspruchsvollste in unserer bisherigen städtischen Entwicklung gewesen, aber auch eines der markantesten und denkwürdigsten.

Über die einzelnen Zweige der städtischen Politik: Grund- und Bodenpolitik, Verkehrspolitik, Wohnungsreform, Förderung von Handel und Industrie, Maßnahmen und Einrichtungen für Volksbildung, Volkswohl und Volksgesundheit, Unterstützung gemeinnütziger Tendenzen, Pflege von Kunst und Wissenschaft rc. soll nicht im Zusammenhang, sondern entsprechend der Einteilung des für die Chronik verarbeiteten Stoffes in den nachfolgenden einzelnen Abschnitten eingehend berichtet werden.

---

*) Dieselbe ist satzungsgemäß gehalten, mindestens ⅓ des Gesamtbetrags ihrer Aktivausstände in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder zum Deutschen Reich gehöriger Staaten anzulegen.

Hier sei nur in einer summarischen Zusammenstellung an die wichtigsten Aufgaben erinnert, welche die Stadtverwaltung in den letzten Jahren beschäftigt haben und zum Teil auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen werden: Ausbau und Erweiterung des Industriehafens, Errichtung eines Elektricitätswerkes, Einführung der elektrischen Straßenbahn, Kommunalisierung und Ausdehnung des Vorortbahnnetzes, Neuherstellung der Hauptstraßen, Erschließung neuer Baugebiete durch Straßen- und Kanalanlagen, sowie durch Versorgung mit Wasser und Licht, Einverleibung der Vororte und Fürsorge für dieselben, Ausbau der Kanalisation und Fäkalienableitung, Erbauung einer zweiten Neckarbrücke, Erweiterung der Wasserversorgungsanlage, Erbauung eines zweiten Gaswerks, Errichtung eines Schlacht- und Viehhofs, Erwerbung des Kaufhauses und der militärfiskalischen Gebäude, Erbauung eines Centralverwaltungsgebäudes, einer Festhalle, eines neuen Krankenhauses, zahlreicher Schulgebäude, Theaterumbau, Erweiterung des städtischen Hauptfriedhofs, Erweiterung der gärtnerischen Anlagen usw.

Ausführlicher sollen am Schluß dieses Kapitels nur diejenigen städtischen Unternehmungen und Betriebe (Wasserwerk, Gaswerk, Elektricitätswerk) besprochen werden, welche aus äußeren Gründen an einer anderen Stelle der Chronik keinen Platz finden konnten.

Vorausgeschickt sei nachstehende Übersicht über die Thätigkeit der technischen Ämter im Berichtsjahr nach Stadtteilen, auf Grund der graphischen Beilage zum statistischen Jahresbericht (also unter Ausschluß des Hochbauamts). Die betreffenden Zahlen bedeuten laufende Meter.

Stadtteil	Straßen	Siele	Gasleitung	Wasserleitung	elektrische Bahn
Innenstadt	2075	85	600	600	5320
Östliche Stadterweiterung	1060	5276	1380	1820	327
Schwetzinger Vorstadt	90	613	90	90	100
Lindenhof	1020	—	—	—	—
Stadtteile rechts des Neckars einschl. Waldhof und Industriehafen	340	3485	2920	720	1950
Neckarau	—	—	9000*)	—	—
Zusammen Stadt Mannheim	4585	9459	13990	3230	7697

*) einschl. Hausleitung.

Im städtischen Wasserwerk betrug die Wasserförderung

im Jahre	1900	3772910 Kbm.
„ „	1899	3552790 „
„ „	1890	1458443 „

Somit beträgt die Vermehrung

gegenüber	1899	220120 Kbm. =	6,2 %
„	1890	2314467 „ =	158,8 %.

Die Zahl der Wassermesser betrug Ende 1899	4971 Stück
Zugang im Berichtsjahr	304 „
Gesamtzahl Ende 1900	5275 Stück
„ „ 1890	2860 „
Vermehrung	2415 Stück = 84,5 %.

Der Wasserverbrauch sämtlicher Liegenschaften des Stadtgebiets erreichte im Jahre 1900 die bisherige Höchstziffer von rund 2780000 Kubikmeter. Die jährliche Steigerung des Wasserverbrauchs läßt sich auf ungefähr 12% angeben.

Bei diesem wachsenden Wasserkonsum der stark vermehrten Bevölkerung war die Aufmerksamkeit der städtischen Verwaltung schon seit mehreren Jahren auf eine Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen gerichtet. Zum weiteren Ausbau des Wasserwerks im Käferthaler Wald wurde in den Jahren 1898/99 durch Erstellung einer dritten Pumpmaschine der Anfang gemacht. Da aber diese Wassergewinnungsanlage auf die Dauer nicht ausreichen wird, war man auf Erschließung anderweitiger Bezugsquellen bedacht. Bohrversuche auf Wallstadter Gebiet führten zu keinem befriedigenden Resultat, dagegen die Bohr- und Pumpversuche im domänenärarischen Hardtwald südlich des kalkhaltigen alten Neckardeltas zwischen Schwetzingen und Hockenheim. Zur Fortsetzung der Pumpversuche und weiterer Vorarbeiten, ev. zur Erwerbung des erforderlichen Geländes bewilligte der Bürgerausschuß am 20. Februar 1900 einen Kredit von M. 100000. Bei der Aussicht, ein zweites Wasserwerk im Hardtwald zu gewinnen, wurde auf eine weitere Vergrößerung des Käferthaler Werkes durch eine vierte Pumpmaschine verzichtet und vom Bürgerausschuß am 16. Januar 1900 der stadträtlichen Vorlage entsprechend nur die Erstellung einer neuen Heberleitung für M. 240000 bewilligt. Als Standort für den nötig werdenden zweiten Wasserturm ist das Bebauungsgebiet nördlich des Neckars vorgesehen; nach Inbetriebnahme des Wasserwerks im Hardtwald würde dann der bestehende Wasserturm für das südliche, der neue für das nördliche Werk dienen.

Da das Wasser bei den Pumpversuchen im Schwetzinger Hardtwald einen etwas höheren Härtegrad als den bei den Bohrversuchen ermittelten zeigte, wurden die Pumpversuche in einen benachbarten Teil des Hardtwaldes transferiert. Die Oberleitung in der technischen Behandlung des projektierten zweiten Wasserwerks übertrug der Stadtrat im Juli dem Erbauer des Wasserwerks im Käferthaler Wald, Ingenieur Smreker.

Im städtischen Gaswerk betrug die Gaserzeugung

im Jahre	1900	8751590	cbm
„ „	1899	8111170	„
„ „	1890	5734560	„

Sonach beträgt die Vermehrung

gegenüber	1899	640420 cbm	= 7,9%
„	1890	3017030 „	= 52,6%

Die durchschnittliche Leuchtkraft im Berichtsjahr entsprach 15,66 Kerzen.

Der gesamte Gasverbrauch betrug

im Jahre	1900	8321221	cbm
„ „	1899	7659648	„
Vermehrung		661573	cbm = 8,64 %

Die Konsum-Durchschnittsziffern werden in anderem Zusammenhang (Cap. XI) mitgeteilt.

Der Gasverbrauch verteilte sich folgendermaßen:

Jahr	Leuchtgas cbm	Koch- und Heizgas cbm	Motorengas cbm
1900	4977971	2445329	897921
1899	4814463	1801103	1044082
Zu- bezw. Abnahme	+ 163508 + 3,4 %	+ 644226 + 35,8 %	— 146161 — 14,0 %

Der Rückgang des Gasverbrauchs für motorische Zwecke ist durch die Konkurrenz der elektrischen Kraft zu erklären. Die bedeutende Zunahme des Gasverbrauchs für Koch- und Heizzwecke zeigt, wie schnell sich diese Verwendungsart bei ihren mannigfachen Vorzügen und ihren erleichterten Bezugsbedingungen in der hiesigen Einwohnerschaft eingebürgert hat. In den Jahren 1895 und 1896 betrug der Koch- und Heizgas-Konsum nur den achten bezw. sechsten Teil des jetzigen Konsums! Die Zahl der aufgestellten Koch- und Heizgasmesser hat sich seit Juli 1894 bis Ende des Berichtsjahres nahezu verzehnfacht.

Aufgestellte Gasuhren für Leuchtgas am Schluß des Vorjahres	6752	Stück
Zugang im Berichtsjahr	1080	"
Aufgestellte Gasuhren für Heizgas am Schluß des Vorjahres	4633	"
Zugang im Berichtsjahr	1746	"

Gesamtzahl der Gasmesser Ende	1900	14211	
" " " "	1890	4303	
	Vermehrung	9908	= 230 %

Infolge des bedeutend gesteigerten Gaskonsums wurde die Errichtung eines **zweiten Gaswerks** nötig, welches am Luzenberg (Vorort Waldhof) erbaut und im November 1900 dem Betrieb übergeben wurde. Von dem für diesen Bau (M. 2475000) bewilligten Credit waren bis Ende 1900 aufgewendet M. 1921195.

Das städtische Gaswerk Lindenhof wurde Ende des Jahres 1878 in Betrieb genommen. Die Gasabgabe betrug im Jahre 1878 2220000 Kbm. und ist bis Ende 1900, sonach in 22 Jahren auf rund 8750000 Kbm., also auf nahezu das Vierfache gestiegen. Die Zunahme beträgt 6530000 Kbm. d. i. 294 %. Die Leistungsfähigkeit des Werkes Lindenhof war für eine Tagesproduktion von 33000 Kbm. bemessen und konnte unter Zuhilfenahme aller Reserveöfen auf 36000 Kbm. gesteigert werden. Nur durch eine das normale Maß weit übersteigende Inanspruchnahme aller Apparate war es noch möglich, im Winter 1898/99 und 1899/00 den Ansprüchen auf vermehrte Gasabgabe nachzukommen. Im letzten Winter war die Höchsttagesproduktion bereits auf rund 43000 Kbm. gestiegen; es war deshalb zu begrüßen, daß das neue Werk Luzenberg Mitte November 1900 dem Betrieb übergeben werden konnte. Dasselbe ist für eine Gesamt-Tagesproduktion von 100000 Kbm. berechnet. Die Ausführung soll in vier Abschnitten erfolgen: 1. Gebäude für 50000 Kbm., Apparate für 25000 Kbm., 2. Apparate für weitere 25000 Kbm., 3. und 4. wie 1. und 2. Der jetzige Umfang des Werkes entspricht der 1. Etappe. Der Gesamtaufwand wird sich ohne den Wert des Grund und Bodens auf 2½ Millionen Mark stellen. Mit der Auffüllung des Terrains wurde im Sommer 1899 begonnen; in den Dezember 1899 fällt der Beginn der Erd- und Maurerarbeiten; die Ofenfundamente, Kamine und Steinhauerarbeiten wurden im März, die Montage des Gasbehälters Ende Februar 1900 angefangen; daran reihten sich die anderen Bauarbeiten, sowie die Ausführung der Maschinen- und Apparatenanlage. Abgesehen von den beiden Gebäuden für die Verwaltung und die Werkmeisterwohnung, welche bis zum Winter nur im Rohbau errichtet wurden, war die ganze große Anlage in der Hauptsache schon bis Mitte November 1900 fertiggestellt, so daß, wie bereits erwähnt, auf diesen Zeitpunkt das neue Werk zur Gaserzeugung kräftig herangezogen werden konnte. Bei der Projektierung des Werkes im Jahre 1897 wurde geschätzt, daß der Gaskonsum bis zum Jahre 1906 auf 10 Millionen Kubikmeter gestiegen sein werde. Aller Voraussicht nach wird diese Menge aber bereits im Jahre 1901 zur Abgabe gelangen und deshalb dürfte, wenn die Zunahme der Gasverwendung im gleichen Maß wie seither anhält, auch das zweite Gaswerk früher voll zur Ausnützung gelangen, als dies seiner Zeit angenommen wurde. Es werden schon im Jahre 1901 Vorkehrungen zu treffen sein, daß im Sommer 1902 zu den z. Zt. vorhandenen 6 Oefen weitere 6 ausgebaut werden. Im Interesse des städtischen Budgets,

das durch Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals und die Abschreibungen einen unangenehmen Ausfall erleidet, ist eine raschere Ausnützung der Anlage sehr zu wünschen; die bedeutend gestiegenen Ausgaben für Löhne und Kohlen werden allerdings eine Rentabilität im früheren Umfange nicht mehr eintreten lassen.

Die am 1. Juli 1896 festgesetzten Gaspreise*) betragen für Gas zu Beleuchtungszwecken 18 Pfg. pro Kbm. mit entsprechendem Rabatt (der Kbm. berechnet zu 16, 15 Pfg. usw. bis zu 11 Pfg.) bei Massenkonsum; für Gas zum Heizen, Kochen, Motorenbetrieb und zu anderen technischen Zwecken 12 Pfg. pro Kbm. mit entsprechendem Rabatt (der Kbm. berechnet zu 11 und zu 10 Pfg.) bei Massenkonsum. Eine Rabattgewährung ist ausgeschlossen bei Gasverbrauch zum Betrieb von Motoren, welche der elektrischen Stromerzeugung dienen.

Der Preisansatz für Gas zum Betrieb von Motoren, welche zur Erzeugung elektrischer Energie für Lichtzwecke verwendet werden, führte nach Eröffnung des Elektricitätswerkes zu Verhandlungen zwischen der Betriebspächterin desselben und der städtischen Behörde. Von der Firma Brown, Boveri & Cie. wurde darauf hingewiesen, daß verschiedentlich die Erstellung weiterer privater Blockstationen für die Erzeugung elektrischen Lichtes in Aussicht stehe. Dadurch werde der Anschluß neuer Konsumenten an das städtische Leitungsnetz verhindert, außerdem werde aber auch das Gaswerk selbst geschädigt, indem nicht nur die bisherigen Abnehmer von Beleuchtungsgas in Zukunft das erforderliche Licht zu dem wesentlich billigeren Kraftgaspreis selbst erzeugen, sondern auch das mit billigem Kraftgas erzeugte elektrische Licht an dritte Personen innerhalb des Blocks abgeben und dadurch dem Gaswerk direkt bisherige Gasabnehmer entziehen. Der Stadtrat kam daraufhin in Uebereinstimmung mit dem Verwaltungsrat der Gas- und Wasserwerke zu der Entschließung, den Preis für Motorengas zur Erzeugung elektrischer Energie demjenigen für Gas zu Beleuchtungszwecken gleichzustellen mit der Maßgabe, daß denjenigen Konsumenten, welche an Dritte elektrischen Strom abgeben, keinerlei Rabatt gewährt wird. Nachdem hierüber dem Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1900 Vortrag erstattet worden war, beschloß der Stadtrat am 18. Oktober, daß der neue Tarif für bereits bestehende Anlagen zur Erzeugung elektrischer Energie am 1. Juli 1902 (nicht wie ursprünglich beabsichtigt schon am 1. April 1901), für neue Anlagen dagegen mit rückwirkender Kraft bereits am 1. Oktober 1900 Geltung erlangen solle.

*) Die Festsetzung des Gaspreises erfolgt nach einer zwischen dem Stadtrat und dem Stadtverordnetenvorstand am 25. Juli 1894 getroffenen Vereinbarung durch den Stadtrat, aber jeweils erst nach Erstattung einer diesbezüglichen Vorlage an den Bürgerausschuß. Siehe Sammlung der Ortsstatuten Seite 308.

Der Bau des städtischen Elektricitätswerks wurde im Berichtsjahr vollendet. Schon im Jahre 1886 gelegentlich der Erörterungen über die Einführung der elektrischen Beleuchtung im Theater wurde die Frage der Errichtung einer städtischen Centrale in Erwägung gezogen. Doch wurde diese Angelegenheit erst seit 1893 bezw. 1896 der Gegenstand intensiver Verhandlungen. Die außerordentliche Schwierigkeit der Materie und ihre gründliche Behandlung brachten es naturgemäß mit sich, daß die Angelegenheit längere Zeit in Anspruch nahm, bis sie die Beschluß- und Ausführungsreife erlangte.

Am 20. Dezember 1897 erstattete eine Sachverständigenkommission von hervorragenden Fachleuten (Baurat W. H. Lindley-Frankfurt, Professor M. Schröter-München, Baurat W. Stahl-Karlsruhe, Professor Dr. H. F. Weber-Zürich) ein ausführliches Gutachten, worin die Errichtung einer einzigen Drehstrom-Centrale befürwortet, ferner als geeignetster Platz für die Errichtung derselben eine Baufläche am rechten Neckarufer am oberen Ende des Industriehafens empfohlen und weitere Vorschläge bezüglich der Anlage des Werks und des Leitungsnetzes gemacht wurden. Auf Grund dieses Gutachtens wurden seitens des städtischen Maschineningenieurs die Bedingungen für die Lieferung der maschinellen und elektrischen Einrichtung des Elektricitätswerks ausgearbeitet, und am 25. Februar 1898 wurden außer einer Reihe von Einzelfirmen 7 große Elektricitätsgesellschaften zur Konkurrenz aufgefordert. Im Juni 1898 beschloß der Stadtrat auf Grund des Sachverständigenberichts über die eingelaufenen Offerten, die Ausführung des gesamten Werkes auf Kosten der Stadtgemeinde in eine Hand zu vergeben und die Unternehmerin zur Führung des Betriebs auf Grund eines Pachtvertrags während einer Reihe von Jahren zu verpflichten, dem Stadtrat jedoch freie Kündbarkeit vorzubehalten. Am 19. Juli 1898 genehmigte der Bürgerausschuß im Sinne des stadträtlichen Antrags, daß die Ausführung des Elektricitätswerkes auf Rechnung und nach den ausschließlichen Anordnungen der Stadtgemeinde der Commanditgesellschaft Brown, Boveri & Cie. in Baden (Schweiz) in Gesamtunternehmung und derselben Firma der pachtweise Betrieb des Werkes übertragen werde. Der Pachtvertrag mit genannter Firma wurde am 21. Juli 1898 abgeschlossen und ist in der Sammlung der Ortsstatuten usw. Seite 310 ff. abgedruckt. Die Firma verpflichtete sich gleichzeitig, hier eine große elektrische Fabrik zu begründen. Im Juni 1900 wurde zu diesem Zweck hier zur Übernahme des gesamten deutschen Geschäfts der Firma eine Aktiengesellschaft mit 6 Millionen Grundkapital errichtet. Am 15. November fand eine Besichtigung dieser in der Nähe des Exerzierplatzes erbauten Fabrik durch die städtischen Kollegien statt.
Von dem in obiger Bürgerausschußsitzung bewilligten Credit von M. 3300000 waren bis Ende des Berichtsjahres M. 2790118 aufgebraucht.

Am 15. Oktober 1899 konnte die probeweise Inbetriebsetzung des in der Gewann Ochsenpferch am Industriehafen erbauten städtischen Elektricitätswerkes und des bis dahin fertiggestellten Teils des von der Aktiengesellschaft „Süddeutsche Kabelwerke“ hier bezogenen Kabelnetzes erfolgen. Der völlige Ausbau des Werkes und die Fertigstellung des Kabelnetzes verzögerte sich bis in den April des Berichtsjahres. Doch wurde als Termin der offiziellen Inbetriebsetzung des Werkes der 10. Dezember 1899 angenommen und den Berechnungen zu Grunde gelegt. Am 10.—19. August 1900 fanden seitens der Sachverständigen Stahl, Schröter

und Weber eingehende Abnahme-Versuche im Elektricitätswerk statt; der danach von den Genannten aufgestellte Befundbericht bezeichnete die Anlage von kleineren Beanstandungen abgesehen als wohlgelungen. Auf Grund dieses Sachverständigengutachtens beschloß der Stadtrat im November die Abnahme des Werkes bezw. derjenigen Teile, welche von den Sachverständigen für unbeanstandet erklärt wurden.

In § 7 des Pachtvertrags der Firma Brown, Boveri & Cie. wurden als Maximaltarifsätze bestimmt:

1. für Beleuchtungszwecke 70 Pfg. pro Kilowattstunde;
2. für elektrische Motoren, Heizung, Elektrochemie 20 Pfg., im Gebiete des Industriehafens 15 Pfg. pro Kilowattstunde, mit entsprechenden Rabattgewährungen.

Leider verhielt sich infolge der hohen Anschlußkosten der größte Teil der Einwohnerschaft zunächst abwartend oder ablehnend. Auch wurde eine Verbilligung der Tarifsätze als dringend wünschenswert bezeichnet. Die Betriebspächterin sah sich infolgedessen zu verschiedenen Erleichterungen der Bezugsbedingungen und der Anschlußkosten veranlaßt, die nach erlangter stadträtlicher Genehmigung am 22. Dezember 1900 Geltung erlangten. Es sind die folgenden:

1. Die Hausanschlußkosten können in Form eines jährlichen Mietzinses entrichtet werden und beträgt die Hausanschlußmiete pro Jahr:

Bei einem Installationswert der Anlage bis zu 5 KW. (100 Glühl.)	M. 15.—
" " " " " von über 5—7 KW. (100—140 Glühl.)	" 18.—
" " " " " von über 7 KW. und mehr (140 Glühl.)	" 20.—

Die Hausanschlußmiete ist nur bis zum Ablauf von 10 Jahren zu entrichten.

2. Außerdem steht es frei, an Stelle des jährlichen Mietzinses die Hausanschlußkosten auf einmal zu entrichten.

In diesem Falle werden pro Hausanschluß berechnet:

Bei einem Installationswert der Anlage bis zu 500 KW. (100 Glühl.)	M. 120.—
" " " " " von über 5—7 KW. (100—140 Glühl.)	" 150.—
" " " " " von über 7 KW. (140 und mehr Glühl.)	" 180.—

3. Kleingewerbetreibenden, welche elektrische Energie lediglich zu Kraftzwecken beziehen, wird der Hausanschluß mit M. 50 berechnet.

4. Die Zählermiete beträgt pro Jahr:

Für 1 Zähler bis zu 10 KW. (200 Glühl.)	M. 10.—
Für Zähler über 10 KW. (200 Glühl.)	" 15.—
Für Zähler für den Gebrauch eines Motors bis zu 3 PS.	" 6.—

Der Tarif für die Zählermiete tritt mit dem 1. Januar 1901 in Kraft.

Inbetreff der Erniedrigung des Strompreises für Beleuchtungszwecke von 70 Pfg. auf 60 Pfg. pro Kilowattstunde schwebten am Ende des Berichtsjahres Verhandlungen mit dem Stadtrat.

V. Stadtgebiet und Bevölkerung

1. Das Stadtgebiet

Von Alters her hat Mannheim eine sehr ausgedehnte Gemarkung, die aber durch die Geländeerwerbungen und Eingemeindungen der letzten Jahre bedeutend gewachsen ist. Am 1. Januar 1897 wurde Käferthal-Waldhof der Stadtgemeinde Mannheim einverleibt. Bald darauf tauchte die Frage der Eingemeindung Neckaraus und Seckenheims auf und zwar in Verbindung mit dem Wunsch des schnell emporgeblühten Industrieorts Rheinau, aus seinem teils zu Neckarau, teils zu Seckenheim gehörigen Gebiet eine selbständige Gemarkung zu bilden und diese in eigene Verwaltung zu nehmen. Im Januar 1898 regten nämlich die am Rheinauhafen interessierten Firmen in einer Vorstellung an Großh. Ministerium des Innern im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung dieser Hafen- und Industrie-Ansiedelung die Bildung einer neuen, selbständigen Gemeinde Rheinau unter Abtrennung von Teilen der Gemarkungen Seckenheim und Neckarau und ihre Zuweisung zum Amts- und Amtsgerichtsbezirk Mannheim an. Das Ministerium trug Bedenken, diesem Antrag Folge zu geben, hielt es vielmehr für zweckmäßiger, wenn das ganze Rheinaugebiet mit der Gemeinde Neckarau der Stadt Mannheim einverleibt würde. Die Verhandlungen, welche zwischen den Gemeinden Mannheim und Seckenheim gepflogen wurden, blieben erfolglos, während diejenigen mit Neckarau zu der am 1. Januar 1899 vollzogenen Eingemeindung Neckaraus in Mannheim führten. Im Januar 1900 mußten die Versuche, bezüglich der Eingemeindung des Seckenheimer Teils des Rheinau-Gebiets bezw. der Gesamtgemeinde Seckenheim zu einer beiderseits befriedigenden Einigung zu gelangen, als gescheitert betrachtet werden. Dagegen erfolgte im Berichtsjahr die Zuweisung der Gemeinde Seckenheim zum Amts- und Amtsgerichtsbezirk Mannheim (vgl. Seite 14).

Mit der Erwerbung der für den Ausbau des Industriehafens nötigen Friesenheimer Rheininsel erhielt das Stadtgebiet einen Zuwachs von 716½ ha, mit der Einverleibung von Käferthal-Waldhof einen Zuwachs von 1776½ ha, mit der Einverleibung von Neckarau einen Zuwachs von 1730½ ha. Der für Mannheim so überaus wichtige Uferbesitz hat sich durch diese Eingemeindungen von 28 auf 49 Km d. h. um 75% vermehrt. Ferner wurde die Stadt dadurch in den ihr vorher fast völlig fehlenden Besitz von Wald gebracht (1 065 ha), dessen Bedeutung hier allerdings weniger auf wirtschaftlichem, als auf idealem Gebiete liegt.
Im Jahre 1898 vor der Einverleibung Neckaraus umfaßte die Stadtgemarkung: 471 800 Ar, im Jahre 1900: 660646 Ar. Mannheim gehört zu denjenigen deutschen Städten, welche über die ausgedehnteste Gemarkungsfläche verfügen. An der Spitze steht Köln mit 1 110872 Ar, dann folgt Frankfurt a. M. nach Einverleibung von Oberrad, Niederrad und Seckbach mit 957800 Ar, Straßburg mit 782895 Ar, München mit 684794 Ar und an fünfter Stelle **Mannheim** mit 660646 Ar. Das Hamburgische Staatsgebiet umfaßt 768770 Ar.

Von der Mannheimer Gemarkung entfallen auf:

Gebäude, Hofraithen und Hausgärten	56344 Ar
Wege, Straßen und Eisenbahnen	52922 „
Parkanlagen und Gärten	8439 „
Begräbnisplätze	2334 „
Wasserfläche *)	62348 „
übrige Fläche, darunter auch das land- und forstwirtschaftlicher Benützung dienende Gebiet	478259 „
Gesamtfläche	660646 Ar.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen von der Stadtgemarkungsfläche

Ende 1890	(79058 Einwohner)	301,8 qm
„ 1900	(141 147 „)	468,5 „

Dieses Mehr von 166,7 qm oder 55,5% fällt bei der enormen Bevölkerungszunahme um so nachdrücklicher ins Gewicht.

*) Zur Gemarkung Mannheim gehört außer dem Neckar von der Eisenbahnbrücke bis zur Mündung auch der rechts des Thalwegs (Strommitte) liegende Teil des Rheinstroms vom Schnittpunkt der Gemarkungsgrenze Mannheim-Seckenheim ab bis zur Einmündung des Altrheins (Industriehafens) in den Rhein.

Der städtische Liegenschaftsbesitz betrug

im Jahre 1890	rund 550 ha	d. h. 23,7 %	der Stadtgemarkung
„ „ 1900	„ 2054 ha	d. h. 31,1 %	„ „

Der Stand des Liegenschaftsvermögens der Stadtgemeinde	ha	ar	qm
Mannheim war Anfang 1890	550	16	21
Ankäufe zur Arrondierung 1890—1900	88	80	90
Ankäufe für den Industriehafen	72	94	90
Ankäufe für Straßen	18	41	12
Erwerb durch Eingemeindungen:			
1897: 1048 ha 53 ar			
1899: 368 ha 98 ar 26 qm	1417	51	26
Summa	2147	84	39
Veräußerung als Bauterrain 1890—1900	44	40	60
Verkäufe im Industriehafen	20	14	79
Verwendung zu Straßen und Plätzen	29	93	53
Zusammen	94	48	92
Städtischer Liegenschaftsbesitzstand Ende 1900	2053	35	47

Die Vermehrung von 1890—1900 hat somit 1503 ha 19 ar 26 qm d. h. 273,3 % betragen.

Nach der Benützungsart verteilt sich der Ende 1900 konstatierte städtische Liegenschaftsbesitz folgendermaßen:

	ha	ar	qm
Gebäude	60	78	46
Landwirtschaftliche Grundstücke	801	23	87
Nutzplätze	244	77	09
Promenaden und Anlagen	68	34	05
Waldungen	878	22	00

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen vom städtischen Liegenschaftsbesitz

Anfang 1890	69 qm
Ende 1900	146 „
Vermehrung	77 qm d. h. 111 %.

Von Interesse sind die für das Jahr 1900 berechneten Vergleichsziffern nachstehender Tabelle.

Stadt	Stadtgemarkung pro Kopf der Bevölkerung	Städtischer Liegenschaftsbesitz	
		in % der Stadtgemarkung	pro Kopf der Bevölkerung
Mannheim	468 qm	31,1 %	146 qm
Karlsruhe	131 "	14,2 %	19 "
Stuttgart	282 "	21,4 %	60 "
Mainz	138 "	26 %	39 "
Köln	300 "	4,1 %	12 "
München	141 "	23,7 %	33 "
Frankfurt a. M.	333 "	45,3 %	151 "
Darmstadt	811 "	32 %	261 "
Freiburg i. B.	838 "	69,5 %	582 "

2. Die Bevölkerung

Am 1. Dezember 1900 fand im Deutschen Reich eine allgemeine Volkszählung statt, wie sie seit der Neubegründung des Reiches alle fünf Jahre veranstaltet wird. Welch fundamentale Bedeutung diese statistische Feststellung der Bevölkerungszahl, ihrer Gliederung nach Geschlecht, Alter, Familienstand, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Muttersprache, Religion, Beruf, Militärzugehörigkeit usw. für das staatliche und städtische Verwaltungsleben hat, bedarf keines Hinweises. Die diesmalige Zählung wurde ganz besonders sorgfältig angelegt, um ein möglichst anschauliches Bild der Bevölkerung zu Beginn des neuen Jahrhunderts zu erhalten. Es ist die erste Volkszählung, deren Ergebnisse für die Stadt Mannheim in größerem Umfang verwertet werden. Für Mannheim kommt noch hinzu, daß die Bearbeitung der Ergebnisse dieser Zählung auch die statistische Grundlage für den zweiten Band des großangelegten Werkes, das die Stadtgemeinde

zum 300jährigen Stadtjubiläum herausgiebt, zu bilden hat; da dieses Werk schon Ende 1905 erscheinen soll, kann dafür die Zählung von 1905 nicht mehr in Betracht kommen.

Die Zählarbeit wurde in Mannheim von dem Statistischen Amt geleitet, das hierzu der Mitwirkung von nahezu 700 freiwilligen Zählern (wovon 32,7 % Lehrer) zur Verteilung und Abholung der Zählbogen bedurfte. Über die Durchführung des Zählgeschäfts im einzelnen finden sich nähere Angaben in No. 7 der Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim: Die Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 I., im Auftrag des Stadtrats bearbeitet von Dr. S. Schott, Vorstand des Statistischen Amtes. Mannheim 1901.

Das Ergebnis dieser Volkszählung war für Mannheim: 141147 Einwohner, wovon auf Altmannheim 120080 und auf die Vororte 21067 entfallen.

Mannheim hatte bei der Volkszählung von	1871	39606	Einwohner
„ „ „ „	1875	46453	„
„ „ „ „	1880	53465	„
„ „ „ „	1885	61273	„
„ „ „ „	1890	79058	„
„ „ „ „	1895	91116	„
„ „ „ „	1900 Altmannheim	120080	„
	1900 Mannheim mit Vororten	141147	„

Die Zahl der Haushaltungen betrug 1895: 22415 und bei der letzten Volkszählung 29453, sie hat sich also um 7044 d. h. 31,42 % vermehrt.

Bei der Volkszählung von 1895 wurde für Altmannheim eine Einwohnerzahl von 91116 Seelen, und für Mannheim einschließlich der bis 1900 einverleibten Vororte eine Einwohnerzahl von 105399 Seelen festgestellt; ein richtiger Maßstab für die prozentuale Berechnung des Wachstums ergiebt sich nur, wenn bereits für 1895 das Stadtgebiet von 1900 zu Grunde gelegt wird. Danach beträgt die Zunahme in dem Jahrfünft 1895—1900: 35748 Einwohner oder 33,92 %.

Die prozentuale Zunahme hat für Mannheim einschließlich seiner jetzigen Vororte betragen: in den Jahren 1875—1880: 14,85 %, 1880—1885: 14,50 %, 1885—1890: 27,46 %, 1890 bis 1895: 15,68 %, 1895—1900: 33,92 %. Somit beziffert sich die durchschnittliche Jahreszunahme nach den Ergebnissen der letzten 25 Jahre für Mannheim in seinem jetzigen Gebietsumfang auf 4,256 %.

Das Deutsche Reich hat im letzten Jahrfünft einen Zuwachs von 4065113 Köpfen erhalten d. h. die Bevölkerung ist von 52279901 auf 56345014 oder um 7,78 % gestiegen, das Großherzogtum Baden hat um 141120 Köpfe = 8,18 % zugenommen; es hatte 1895: 1725464 Bewohner, 1900: 1866584 Bewohner (nach der vorläufigen Berechnung). Die Bevölkerungszahl des Kreises Mannheim ist von 179314 auf 224748 d. h. um 45434 oder 25,34 % gewachsen.

Das Resultat der letzten Volkszählung ist aus folgender Tabelle ersichtlich.

Stadtteil	Einwohnerzahl 1895	Einwohnerzahl 1900	Zunahme Absolut	Zunahme %	Haushaltungen
Oberstadt	15469	15069	—400	—2,58	2873
Unterstadt	38773	40830	2057	5,30	8706
Östliche Stadterweiterung	1261	4286	3025	239,89	950
Schwetzinger Vorstadt	11235	18137	6902	61,42	3845
Lindenhof	3293	10120	6827	207,32	2134
Jungbusch	8259	9184	925	11,20	1891
Mühlau	883	1065	182	20,61	205
Neckarvorstadt	11285	20603	9318	82,57	4254
Schiffe	658	786	128	19,45	200
Alt-Mannheim	91116	120080	28964	31,78	25058
Käferthal	3121	4010	889	28,48	858
Waldhof	3543	5853	2310	65,20	1131
Neckarau }	7619	11142	} 3585	47,05	2398
Schiffe im Rheinauhafen }		62			14
Neu-Mannheim	14283	21067	6784	47,50	4401
Mannheim im ganzen	105399	141147	35748	33,92	29459

Mit dieser Bevölkerungszahl ist Mannheim von der 30. auf die 25. Stelle unter den deutschen Städten vorgerückt; es hat Danzig, Braunschweig, Aachen, Krefeld und Essen überholt, Barmen und Dortmund nahezu eingeholt.

Unter allen deutschen Großstädten hat Mannheim im letzten Jahrfünft — wenn man den Gebietsumfang von 1900 auch für 1895 zugrunde legt — abgesehen von dem als Teil der Berliner Peripherie nicht vergleichbaren Charlottenburg die stärkste Zunahme (33,92 %) aufzuweisen. Fast ebenso stark ist Nürnberg gewachsen (33,18 %), während das an dritter Stelle kommende Dortmund erst 28,03 % Zunahme zeigt.

Aus nachfolgender vom Statistischen Amt aufgestellten Tabelle geht hervor, daß Mannheim von 1895—1900 nahezu doppelt so rasch gewachsen ist als Frankfurt und rund dreimal so rasch als Stuttgart und Straßburg.

Stadt	Einwohnerzahl am		Vermehrung	
	2. XII. 1895	1. XII. 1900	absolut	%
Frankfurt*)	245594	287813	42219	17,19
Stuttgart	158321	176318	17997	11,37
Straßburg	135608	150268	14660	10,81
Mannheim*)	105399	141147	35748	33,92
Karlsruhe	84000	96976	12976	15,45

*) Nach dem Gebietsumfang von 1900.

Karlsruhe, dessen Bevölkerungszunahme Jahrzehnte hindurch mit derjenigen Mannheims fast parallel ging, ist seit 1890 mit seinen Ziffern gegenüber Mannheim erheblich im Rückstand geblieben. Nach der letzten Zählung ist die Bevölkerungsziffer Mannheims ohne Vororte um nahezu ein Viertel, mit Vororten um nahezu die Hälfte (45,55 %) höher als diejenige Karlsruhes.

Die Zunahme Ludwigshafens ist prozentual noch stärker gewesen als die Mannheims. Vor kaum 50 Jahren gegründet und aus der ehemaligen Rheinschanze Mannheims zur selbständigen Hafenstadt ausgebaut, ist Ludwigshafen (einschließlich Mundenheim) im letzten Jahrfünft von 44880 auf 61905 Einwohner, also um 17025 oder 37,93 % gewachsen.

Die Doppelstadt Mannheim-Ludwigshafen, die vor zehn Jahren das erste Hunderttausend Einwohner erreicht hatte, hat nunmehr das zweite Hunderttausend überschritten. Mannheim-Ludwigshafen zählte

1895 nach dem damaligen Gebietsumfang	130915	Einwohner,	
1895 nach dem heutigen Gebietsumfang	150279	"	
bei der Volkszählung 1900	203052	"	
die Zunahme betrug also	52773	"	d. h. 35,12 %.

Für die Beurteilung der Bewegung der Bevölkerung kommen in Betracht: die Eheschließungen, die Geburten, die Sterbefälle und die Wanderungen. Die Ehehäufigkeit, in der Mannheim schon seit einer Reihe von Jahren unter allen deutschen Städten über 50000 Einwohnern an erster Stelle steht, hat sich gegen das Vorjahr noch etwas gehoben. 1899 fanden in Mannheim 1588 Eheschließungen, 1900: 1729 Eheschließungen statt oder prozentual ausgedrückt: auf

1000 Einwohner kamen im Jahre 1899: 12,44 Eheschließungen, bezw. 24,88 Eheschließende und im Jahre 1900: 12,66 Eheschließungen bezw. 25,32 Eheschließende. Die häufigsten Eheschließungen fielen in die Monate: Mai, April und Oktober, die wenigsten in den Monat Januar.

Der Anteil der Ortsgebürtigen an den Eheschließungen ist wie auch im Vorjahre ein recht geringer zu nennen, wenn man bedenkt, daß 1900 nur der sechste Teil der eheschließenden Männer und knapp der vierte Teil der eheschließenden Frauen in Mannheim selbst geboren ist. Nur ungefähr die Hälfte der eheschließenden Männer des Berichtsjahres stammte aus dem Großherzogtum Baden.

Über die Konfessionszugehörigkeit der Eheschließenden und die Mischehen enthält Abschnitt XIII statistische Mitteilungen. Bezüglich des Alters der Eheschließenden sei bemerkt, daß in 1051 Fällen d. h. gegen $^2/_3$ aller Fälle Mann und Frau das Alter von 21—30 Jahren hatten. Von den Frauen waren 20 unter 18 Jahren alt, 40 standen bereits im Alter von 41—50 Jahren, 14 im Alter von 51—60 Jahren und 1 ging noch im Alter von über 60 Jahren den Ehebund ein. Von den Ehemännern war keiner jünger als 21 Jahre, 55 heirateten im Alter von 41—50 Jahren, 29 im Alter von 51—60 Jahren und 2 hatten das 60. Jahr bereits überschritten. Ihre Gattinnen standen in einem entsprechendem Alter. Bemerkenswerten Altersunterschied hatten dagegen folgende zwei Ehen aufzuweisen: ein Mann im dritten Jahrzehnt seines Lebens und einer im vierten Jahrzehnt heirateten Frauen, deren Lebensalter bereits zwischen 51 und 60 Jahren angelangt war.

Die Gesamtzahl der Geborenen betrug im Jahre 1900: 5933 Kinder (1899: 5380), darunter waren: 5751 Lebendgeborene und 182 Totgeborene. In den Monaten März, Juli und September kamen die meisten, im April und Oktober die wenigsten Geburten vor. Auf 1000 Einwohner der mittleren Jahresbevölkerung berechnet betrug die Geburtenziffer 42,1 Lebendgeborene (1899 stand Mannheim mit 40,8 unter den deutschen Großstädten an zweiter Stelle, unmittelbar hinter Nürnberg), was im Vergleich mit anderen Städten als eine erfreuliche Verhältniszahl zu bezeichnen ist. Von den Lebendgeborenen waren 2913 männlichen und 2838 weiblichen Geschlechts. Die Zahl der ehelichen Geburten betrug 5444, der außerehelichen 489. Der Prozentsatz der außerehelichen Geburten 8,2 % hat sich gegen das Vorjahr (8,5 %) etwas verringert. Mannheim nimmt aber auch in dieser Beziehung eine ziemlich günstige Stellung ein, da (1899) von den 74 größeren deutschen Städten, für welche diesbezügliche Nachweise vorlagen, nur 14 eine niedrigere Ziffer aufwiesen.

Die Zahl der Todesfälle hat im Berichtsjahr 2967 (1899: 2495) betragen, wovon 1633 auf das männliche, 1334 auf das weibliche Geschlecht entfallen. Die Totgeburten sind dabei nicht mitgerechnet. Während in dem gesundheitlich günstigen Jahr 1899 ein Rückgang der Sterbeziffer von 21,6 ‰ des Jahres 1898 auf 19,5 ‰ zu konstatieren war, ist sie im Jahre 1900 um 2,2 ‰ auf 21,72 ‰

hinaufgegangen. Fast die Hälfte der Todesfälle betraf Kinder unter 1 Jahr. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ausgedrückt stieg die Kindersterblichkeit 1899 bis 1900 von 9,06 auf 10,66 °/oo.

Die ziffernmäßige Verteilung der Todesursachen wird in einem anderen Kapitel zu betrachten sein, hier nur noch die Bemerkung, daß außer dem März in besonders hohem Maße die heißen Sommermonate Juli und August mit 378 und 367 Todesfällen an dem Anwachsen der Sterblichkeit beteiligt waren. Im November und Januar kamen die wenigsten Todesfälle vor. Von den Verstorbenen war der älteste Mann 93 Jahre 2 Monate, die älteste Frau 93 Jahre alt.

Da als Verhältniszahlen der Geburten und der Todesfälle auf 1000 Einwohner der mittleren Jahresbevölkerung berechnet: 42,10 und 21,72 ermittelt wurden, so ergiebt sich als Verhältniszahl für den Überschuß der Geburten gegen die Todesfälle: 20,38 °/oo. Der Geburtenüberschuß ist gegen den vorigjährigen, welcher 21,27 °/oo betrug, um nahezu 1 °/oo zurückgegangen. Doch ist er, wie das Statistische Amt bemerkt, immer noch ein außerordentlich hoher und wird von wenigen anderen deutschen Städten erreicht. Für 1899 weisen unsere Nachbarstädte für ihren Geburtenüberschuß folgende Zahlen auf: Frankfurt 12,6 °/oo, Stuttgart 12,2 °/oo, Straßburg 10,6 °/oo und Karlsruhe 11,1 °/oo.

Bezüglich der Zu- und Abwanderungen ist zu bemerken, daß der Wanderungsüberschuß d. h. der Überschuß des Zuzugs in die Stadt über den Abzug aus der Stadt gegen die beiden Vorjahre zurückgegangen ist. Die Zahl der Zugezogenen betrug 1900: 33003 (1899: 29702) und zwar 22055 männliche und 10948 weibliche Personen. Demgegenüber stieg aber der Wegzug auf 24758 Personen (gegen 14476 im Jahre 1899), darunter 16848 männliche und 7910 weibliche Personen. Der rechnungsmäßige Überschuß (der thatsächliche ist infolge häufiger Unterlassung der Abmeldungen weit geringer) betrug somit nur 8245 gegen 15226 Personen im Vorjahr. Das männliche Geschlecht ist bei diesem Rückgang stärker als das weibliche beteiligt. Denn bei jenem verminderte sich der Überschuß von 11110 auf 5207, also um die Hälfte, bei diesem von 4116 auf 2038. Der Grund für diese Erscheinung ist in der wirtschaftlichen Lage zu suchen, denn seitdem die Verschlechterung der Konjunktur fühlbarer zu Tage trat, etwa seit Mai, zeigen auch die Überschußziffern ein auffallendes Sinken, wie ein Blick auf nachstehende Tabelle beweist:

Überschuß des Zuzugs

	1899	1900		1899	1900		1899	1900
Januar . . .	867	791	Mai	1053	956	September .	1467	522
Februar . . .	800	946	Juni	1232	832	Oktober . . .	2438	840
März	1061	1197	Juli	1735	495	November .	1472	238
April	1311	1104	August . . .	1562	294	Dezember . .	228	30

Im ganzen Jahr: (1899) 15226, (1900) 8245

Aus Geburtenüberschuß und Wanderungsüberschuß setzt sich die Bevölkerungszunahme zusammen. Abgesehen von den Eingemeindungen ist es das günstige Zusammentreffen dieser beiden Faktoren, das die ungewöhnliche Zunahme der hiesigen Bevölkerungszahl bewirkte.

Das aus folgender Tabelle ersichtliche Verhältnis des Geburtenüberschusses zum Wanderungsgewinn (100:187) zeigt, daß Mannheim zwar in weit höherem Maße als seine Nachbarstädte seine Bevölkerungszunahme dem Zuströmen von auswärts verdankt, doch ist das natürliche Wachstum durch den Geburtenüberschuß im Hinblick auf die enorme Gesamtvermehrung der Einwohnerschaft im letzten Jahrfünft immer noch als sehr beträchtlich zu bezeichnen.

Stadt	Gesamtvermehrung 1895/1900	Davon durch		Geburtenüberschuß zum Wanderungsüberschuß wie 100:
		Geburtenüberschuß	Wanderungen	
Stuttgart	17997	8737	9260	106
Straßburg	14660	6891	7769	113
Frankfurt	42219	18437	23782	129
Karlsruhe	12976	5054	7922	157
Mannheim	35748	12438	23310	187

Der Einfachheit wegen ist in dieser Tabelle der Geburtenüberschuß der vollen Jahre 1896 bis 1900 eingesetzt und der Wanderungsgewinn durch Abzug jenes von der Gesamtvermehrung ermittelt worden.

Die Gliederung der am 1. Dezember 1900 ermittelten Bevölkerung nach Geschlecht und Konfession ergiebt sich aus folgender nach Stadtteilen angeordneter Tabelle.

Stadtteil	männlich	weiblich	evangel.	katholisch	altkath.	israelitisch	sonstiger Konfession
Oberstadt	7179	7890	7454	5494	176	1802	143
Unterstadt	21264	19566	20685	16895	315	2438	497
Östl. Stadterweiterung	1874	2412	2257	1460	39	478	52
Schwetzinger Vorstadt	9616	8521	9685	7854	72	126	400
Lindenhof	5335	4785	5426	4486	30	45	133
Jungbusch	4685	4499	4700	3869	75	451	89
Mühlau	527	538	500	547	1	5	12
Neckarvorstadt	10760	9843	10551	9402	144	107	399
Schiffe	642	144	392	394	—	—	—
Alt-Mannheim	61882	58198	61650	50401	852	5452	1725

Stadtteil	männlich	weiblich	evangel.	katholisch	altkath.	israelitisch	sonstiger Konfession
Käferthal	2009	2001	1788	2216	4	—	2
Waldhof	3221	2632	2234	3582	11	—	26
Neckarau	5627	5515	6015	5072	13	23	19
Schiffe im Rheinauhafen	47	15	44	18	—	—	—
Neu-Mannheim	10904	10163	10081	10888	28	23	47
Alt-Mannheim	61882	58198	61650	50401	852	5452	1725
Mannheim im Ganzen .	72786	68361	71731	61289	880	5475	1772

Die Zahl der Männer hat sich 1895—1900 von 45284 auf 72786, d. h. um 27502 oder 60,7%, die Zahl der Frauen (welche 1895 überwog) von 45835 auf 68361 d. h. um 22526 oder 49,1% gehoben. Die prozentuale Zunahme des männlichen Geschlechts war also um 11,6% stärker als die des weiblichen. Männlichen Geschlechts waren im Dezember 1900 51,5 Prozent, weiblichen Geschlechts 48,5 Prozent der hiesigen Gesamteinwohnerschaft. Das männliche Geschlecht ist in der Überzahl und zwar überwiegt es das weibliche um 4425 Köpfe. In den Stadtteilen: Oberstadt, östliche Stadterweiterung und Mühlau wohnen allerdings mehr Frauen als Männer, dagegen ist die männliche Bevölkerung besonders in den Stadtvierteln Unterstadt, Schwetzinger Vorstadt, Lindenhof und Neckarvorstadt zahlreicher. Auf 100 Männer kommen in Mannheim durchschnittlich 94 Frauen. Das Statistische Amt macht darauf aufmerksam, wie schwankend das Zahlenverhältnis der Geschlechter hier gewesen ist, indem 1852 bis 1861 und dann wieder 1880 und 1895 die Frauen überwogen, während die Männer 1864—75, 1885—1890 und 1900 hier die numerische Übermacht hatten. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahrfünfts ist ein starker Zustrom lediger Arbeiter in unsere Stadt gekommen, der wesentlich zu der Vermehrung der männlichen Bevölkerung beigetragen hat.

Die für die Konfessionen ermittelten Ziffern werden in Abschnitt XIII einer näheren Betrachtung unterzogen. Dortselbst finden sich auch die in der Rubrik „sonstige Konfession" obiger Tabelle enthaltenen Zahlen der freireligiösen Gemeinde im speziellen aufgeführt.

Weiteres über die Gliederung der Mannheimer Bevölkerung, insbesondere die Gliederung nach Berufen wird voraussichtlich im nächsten Chronik-Jahrgang auf Grund der Volkszählungsergebnisse von 1900 mitgeteilt werden können. Die Verteilung der Bevölkerung über das Stadtgebiet wird im folgenden Kapitel kurz berührt.

* * *

Fremdenverkehr. In den Gasthöfen der Stadt haben 1900 im Ganzen 372968 Personen übernachtet (gegen 386697 im Vorjahr). Mit der höchsten Ziffer ist daran der Monat Mai beteiligt, nämlich mit 36381 Personen, mit der niedersten der Dezember, nämlich mit 24317 Personen. In der Nacht vom Maimarktsonntag auf Maimarktmontag (29./30. April) übernachteten hier 1400 Personen.

3. Totenschau

Wir geben im folgenden, nach dem Todesdatum geordnet, eine Zusammenstellung derer, die in irgend welcher Weise am öffentlichen Leben teilgenommen haben, und der aus irgend einem anderen Grunde erwähnenswerten Toten.

7. Januar. Frau Oberrat David Aberle Wwe., Jeanette geb. Aberle, 81 Jahre alt, Mitstifterin der David und Jeanette Aberle-Stiftung.

14. Januar. Geheimer Oberregierungsrat Freiherr Rudolf Rüdt von Collenberg-Hainstadt.

Freiherr von Rüdt, geb. 1836, war von 1891—1896 Amtsvorstand des hiesigen Bezirksamts. Im Sommer 1896 wurde er an Stelle des † Geh. Oberregierungsrats Frech Großh. Landeskommissär für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach. Der Verstorbene, der ein Alter von 63 Jahren erreichte, war als Mann von vornehmer Gesinnung und großer Pflichttreue bekannt. Die Leiche wurde nach Hainstadt übergeführt.

28. Januar. Franz Königshausen, 69 Jahre alt, 1878—81 Stadtverordneter, bis 1884 Stadtverordnetenvorstand, 1884—1890 Stadtrat.

Königshausen, seines Berufs Zigarrenmacher, war Mitgründer und langjähriger Vorsitzender der freireligiösen Gemeinde und einer der ältesten Parteigenossen der hiesigen sozialdem. Partei.

29. Januar. Landgerichtspräsident Reinhold Baumstark, 68 Jahre alt.

Baumstark, geb. 1831, war 1889—91 als Landgerichtsdirektor hier thätig und wurde 1897 zum Nachfolger des † Landgerichtspräsidenten Bassermann ernannt. Er war ein hervorragender Politiker und politischer Schriftsteller, hielt sich aber in der letzten Zeit seines Lebens dem politischen Leben fern. Seit 1869 gehörte er einige Zeit lang der II. badischen Kammer, und zwar der Centrumsfraktion derselben an. Die Beerdigung fand in Kenzingen statt.

5. Februar. Michael Wirsching, langjähriger Kommandant der freiwilligen Feuerwehr, 1858—64 Stadtverordneter, 81 Jahre alt.

Wirsching hat sich mannigfache Verdienste um die Feuerwehr in unserer Stadt erworben. Unter seiner Mitwirkung wurde 1851 die freiwillige Feuerwehr in Mannheim gegründet, deren Hauptmann er 1852 wurde. 1855 erhielt er den Titel Kommandant, und als er 1891 nach vierzigjähriger Dienstzeit zurücktrat, wurde er zum Ehrenkommandanten ernannt.

3. März. Medizinalrat Dr. Karl Winterwerber, 70 Jahre alt.

Dr. Winterwerber war einer der ältesten und angesehensten Ärzte Mannheims. Er hatte eine ausgedehnte Praxis und war u. a. leitender Arzt des evangelischen Diakonissenhauses.

18. März. Frau Eleonore Keller Wwe., 72 Jahre alt.

Gleich ihrem † Gatten Ludwig Keller widmete Frau Keller ihre besten Jahre der hiesigen höheren Mädchenschule, an der sie die Stelle einer Handarbeitslehrerin seit Eröffnung der Schule 1863 bekleidete. Nach 25jähriger Dienstzeit zog sie sich ins Privatleben zurück.



Frl. Anna Sammet, † 25. August 1900
Vorsteherin des Großh. Instituts.



Frau Jeanette Aberle Wwe., † 7. Januar 1900
Mitstifterin der David und Jeanette Aberle-Stiftung.

27. März. Adolf Richter, Professor am Realgymnasium, 69½ Jahre alt.

Mit ihm schied eine der bekanntesten Lehrer-Persönlichkeiten Mannheims aus dem Leben. Geboren am 25. September 1830 kam er 1869 an das neugegründete Realgymnasium in Mannheim, wo er bis zum Dezember 1899 wirkte und zwar hauptsächlich als Lehrer der Mathematik.

29. März. Frau Alwine Moll geb. Lodtmann, Altoberbürgermeisterswitwe, 75 Jahre alt.

29. März. Friedrich Österlin sen., Kaufmann, 1849—1858 Mitglied des Gemeinderats, 84 Jahre alt.

10. Juni. Kommerzienrat Johannes Keßler, Direktor der Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft, Mitglied der Handelskammer, 1896—1899 Stadtverordneter, 61 Jahre alt.

Keßler war eine der ersten Autoritäten der Rhein-Großschiffahrt, ein selfmade man in des Wortes edelster Bedeutung. Geboren 1839 in Oggersheim, machte er in Mannheim seine kaufmännische Lehrzeit durch und erhielt 1867 die Stelle des Direktors der 1842 gegründeten Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft, mit deren mächtigem Aufblühen sein Name untrennbar verbunden ist. Sein reiches Wissen, der große Schatz seiner Erfahrungen fanden überall eine fruchtbringende Bethätigung und trugen ihm viele Ehrenstellen ein. So war er Mitglied der Rheinschiffahrtskommission, Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, Vorsitzender der Sektion I der westdeutschen Binnenschiffahrtsberufsgenossenschaft und Mitglied des Hauptausschusses des Zentralvereins zur Verbesserung der Fluß- und Kanalschiffahrt. Außerdem zählte Johann Keßler seit dem Jahre 1879 zu den hervorragendsten Mitgliedern der Mannheimer Handelskammer, um die er sich große Verdienste erwarb. Dem Bürgerausschuß gehörte er von 1896—1899 an.

27. Juni. Andreas Roth, Generalagent, 1896 Stadtrat, 60 Jahre alt.

25. August. Frl. Anna Sammet, Vorsteherin des Großh. Instituts seit 1877.

Ihr Tod war ein schwerer Verlust für das Großh. Institut, dem sie fast 24 Jahre hindurch in treuer, unermüdlicher Arbeit ihre erfolgreiche Thätigkeit widmete. In unzähligen Familien hier und auswärts wird der Verstorbenen noch lange mit Dank und Anerkennung gedacht werden. Sie starb nach schweren Leiden im Heidelberger Diakonissenhaus. Die Feuerbestattung fand in Heidelberg statt.

1. Oktober. Constantin May, 1878—1884 Stadtverordneter, 69 Jahre alt.

7. Oktober. Medizinalrat Emil Fischer, Großh. Bezirksarzt a. D., 73 Jahre alt.

Fischer gehörte zu den angesehensten Bürgern und beliebtesten Ärzten hiesiger Stadt. 1884 wurde er zum Bezirksarzt ernannt; er mußte infolge eines Schlaganfalles im November 1897 diese Stelle und seine ärztliche Thätigkeit aufgeben.

18. Dezember. Georg Peter, Bauunternehmer, Stadtverordneter, Begründer und langjähriger Vorsitzender des Grund- und Hausbesitzervereins, 58 Jahre alt.

20. Dezember. Julius Fehr, Kunstmaler, 45 Jahre alt.

Fehr, der seiner Kunst zu früh entrissen wurde, hatte sich, obwohl erst einige Jahre in Mannheim ansässig, als Leiter einer Malschule und durch seine Thätigkeit an der Gewerbeschule in weiten Kreisen Anhänglichkeit und Anerkennung erworben. Er zeigte seine malerische Begabung besonders im Genrestück (z. B. „Bauer im Wartesaal") und in der Portraitmalerei.

Ferner hat die Mannheimer Chronik noch folgender Todesfälle zu gedenken:

15. Januar. Fritz Plank, Hofopernsänger in Karlsruhe, 51 Jahre alt.

Plank, der infolge eines unglücklichen Sturzes, den er auf der Karlsruher Bühne während einer Freischützprobe that, aus dem Leben schied, war einer der besten deutschen Baritonisten. Geboren 1848 in Wien, kam er 1875 an die Mannheimer Bühne, der er bis zu seinem Karlsruher Engagement 1884 angehörte. Sein Klingsor im „Parsifal", Kurwenal im „Tristan", Hans Sachs in den „Meistersingern" haben auch von der Bayreuther Bühne herab Tausende ergriffen. Sein Wotan, Telramund, Kurwenal, Holländer sind unvergessene Leistungen, aber auch in Gesangsrollen alten Stils leistete er Vorzügliches. Neben den heroischen Aufgaben war er hervorragend auf dem Gebiete eines ungezwungenen, fast naiven Humors; der Typus dieser Seite seiner Begabung war der weinfröhliche Freiherr im „Trompeter von Säckingen".

13. Mai. Generalmusikdirektor Hermann Levi in München, 61 Jahre alt.

Levi war lange Jahre eine Zierde des Münchener Hoftheaters, dessen Oper er zu einer hohen Stufe künstlerischer Leistungsfähigkeit erhob. Seiner leidenden Gesundheit wegen zog er sich im Oktober 1896 ins Privatleben zurück. Er war geboren 1839 in Gießen und war 1852—1855 Schüler des Kapellmeisters Vincenz Lachner in Mannheim. Nach seiner Leipziger Konservatoriumszeit wurde er auf Lachners Veranlassung vom Mannheimer Theater zur Assistenz Lachners berufen und 1861, nach kurzer Dirigententhätigkeit in Saarbrücken, als stellvertretender Musikdirektor (an des erkrankten Hetsch Stelle) am Mannheimer Theater angestellt. Er wurde 1864 Hofkapellmeister in Karlsruhe und kam 1872 nach München. Zu Wagner trat Levi in intime persönliche Beziehungen, und es war eine seltsame Fügung der Musikgeschichte, daß er, der Schüler des Wagnerfeindes Lachner, im Jahre 1882 der erste Parsifaldirigent in Bayreuth wurde. Levi blieb Zeit seines Lebens der Wagnersache ein treuer Freund und Förderer.

31. Mai. Frau Rosa Herzfeld-Link, Hofschauspielerin in München, 54 Jahre alt.

Frau Herzfeld-Link, geboren 1846 in Nürnberg, war 1871—1877 als Heroine im Schauspiel des Mannheimer Theaters mit großem künstlerischem Erfolg thätig und erfreute sich außerordentlicher Beliebtheit. Seit 1878 gehörte sie dem Münchener Hoftheater an.

24. Oktober. Josef Trau, Bezirksingenieur, Miterbauer der hiesigen Rheinbrücke, † in Ludwigshafen.



Friedrich Österlin sen., † 29. März 1900

Gemeinderat 1849 – 58.



Adolf Richter, † 27. März 1900

Professor am Realgymnasium

VI. Bauliche Entwicklung und Verschönerung der Stadt, Wohnungsverhältnisse und Liegenschaftsverkehr

1. Bauliche Erweiterung und Verschönerung der Stadt

Von der Gemarkungsfläche der Stadt Mannheim sind 56344 ar d. h. etwas mehr als der elfte Teil oder 8,5 % mit Gebäuden überbaut. Die Gesamtzahl aller hier befindlichen Gebäude ist vom Ende des Vorjahres bis zum Ende des Berichtsjahres von 25239 auf 26545 gestiegen. Als Zahl der bewohnten Grundstücke wurde für Mannheim mit Vororten im Dezember 1900: 6393 ermittelt; dieselben haben sich in Altmannheim 1895 bis 1900 von 3620 auf 4539 d. h. um 919 oder 25,39 % vermehrt. Die Zahl der Wohnungen ist 1895—1900 in Groß-Mannheim von 22341 auf 29409 d. h. um 7068 oder 31,64 % gewachsen. Die Zahl der Wohnräume betrug Ende des Berichtsjahres 86529.

Die obige Zahl der Gebäude wurde aus den Eintragungen im städtischen Feuerversicherungsbuch ermittelt, worauf auch nachstehende für den Dezember der beiden letzten Jahre geltende Tabelle beruht.

	Gebäude aus						Gebäude überhaupt	
	Stein		Steinriegel		Holz			
	1899	1900	1899	1900	1899	1900	1899	1900
Alt-Mannheim . . .	12559	13522	4091	4099	3161	3134	19811	20755
Käferthal	1259	1288	64	66	196	206	1519	1560
Waldhof	625	667	114	124	121	127	860	918
Neckarau	1808	1974	843	905	398	433	3049	3312
Mannheim im Ganzen	16251	17451	5112	5194	3876	3900	25239	26545

Die Zahl der Wohngebäude Mannheims betrug im Jahre 1871 2079; sie hat sich in den folgenden drei Jahrzehnten ungefähr verdreifacht. Allein in den drei letzten Jahren 1898—1900 sind nicht weniger als 943 Wohnhäuser fertig gestellt worden, und zwar verteilt sich diese Zahl folgendermaßen auf die einzelnen Jahre: 1898: 193, 1899: 367, 1900: 383 Wohnhäuser. Eine ähnliche enorme Zunahme der Bauthätigkeit ist bei den Magazin- und Fabrikgebäuden, Lagerschuppen, Ställen usw. zu konstatieren. Sie betrug: 1898: 61, 1899: 222, 1900: 294 Magazine usw., im ganzen also in diesen letzten drei Jahren 577, und insgesamt Neubauten 1898: 254, 1899: 589, 1900: 677.

Bei der außerordentlichen Steigerung der Ziffern für 1899 fällt die Einverleibung der Vororte, besonders Neckaraus ins Gewicht. Doch hat in genanntem Jahr die Vermehrung abzüglich der Vororte noch immer 190 Gebäude betragen.

Im allgemeinen ist noch bezüglich der Bauthätigkeit zu bemerken, daß naturgemäß die Sommermonate den stärksten Zugang an Gebäuden aufwiesen, und daß die zweite Hälfte des Jahres 1900 infolge des andauernd hohen Geldpreises und der Schwierigkeit der Hypothekenbeschaffung gegen die erste an Lebhaftigkeit weit zurückblieb.

Die Verhandlungen bezüglich der Erlassung einer neuen Bauordnung für die Stadt einschließlich der Vororte kamen im Berichtsjahre zum Abschluß. Die Veröffentlichung und das Inkrafttreten derselben fällt aber erst ins Jahr 1901.

Mehrere bedauerliche Unfälle von Bauarbeitern veranlaßten eine den Schutz der bei Bauten beschäftigten Arbeiter betreffende Bekanntmachung des Großh. Bezirksamts vom 25. Mai, worin auf die seit Jahren bestehenden gesetzlichen Schutzmaßregeln (ortspolizeiliche Vorschriften und Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerksberufsgenossenschaft) aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen wurde, daß im Interesse eines wirksamen Arbeiterschutzes künftig gegen Zuwiderhandlungen mit strengen Strafen vorgegangen werde.

Abgesehen von den Vororten vollzieht sich die bauliche Erweiterung Mannheims nach Norden, Osten und Süden hin in folgenden Stadtteilen: östliche Stadterweiterung, Schwetzinger Vorstadt, Lindenhof und Neckarvorstadt. Weitaus am stärksten war die Bauthätigkeit in den beiden verflossenen Jahren in der Neckarvorstadt, wo mehr als dreimal so viel Neubauten hergestellt wurden wie in der östlichen Stadterweiterung. In der letzteren betrug die Bauthätigkeit nur die Hälfte von derjenigen, welche sich in der Schwetzinger Vorstadt entwickelte. Dagegen hat die östliche Stadterweiterung, oder wie wir kürzer sagen könnten, die Oststadt als bevorzugtes Wohnquartier der wohlhabenden Klassen die schönsten und vornehmsten Bauten aufzuweisen. Liegt also in diesem Stadtteil, der auch mit einer ganzen Reihe monumentaler öffentlicher Gebäude ausgestattet ist und weiterhin



Die Planken vor ihrer Umgestaltung.

noch ausgestattet werden wird, für die nächste Zeit in architektonisch-künstlerischer Beziehung der Schwerpunkt der hiesigen Bauthätigkeit, so wird andererseits die Neckarvorstadt, oder wie wir vielleicht in wenigen Jahren sagen dürfen, die Nordstadt, mit der Planlegung neuen Baugeländes und infolge der Hafen-, Kasernenbauten usw. bezüglich der Zahl der Neubauten auch weiterhin obenan stehen. Denn auch die Bevölkerungstabelle giebt von der schnell aufsteigenden Entwicklung dieses jenseits des Neckars gelegenen Stadtteils beredte Kunde.

Mit dem Ausbau der Straßenbahnen, der Kommunalisierung der Vorortbahnen und im Zusammenhang mit den Bestrebungen der städtischen Wohnungsreformpolitik (s. u.) dürfte sich die Bauthätigkeit in erhöhtem Maße auch den Vororten zuwenden und dadurch dem Städter, besonders den unteren Klassen der Bevölkerung, die Möglichkeit billiger und gesunder Wohnungsgelegenheit schaffen.

Die Verteilung der neuentstandenen Wohngebäude auf die einzelnen Distrikte wird aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

	1898	1899	1900
Neckarvorstadt	48	106	113
Schwetzingervorstadt	34	59	77
Neckarau		47	48
Altstadt	27	42	46
Östliche Stadterweiterung .	29	40	39
Käferthal-Waldhof		11	29
Lindenhof	54	57	26
Jungbusch und Mühlau . .	1	5	5

Die bevölkerungsstatistischen Erhebungen vom 1. Dezember 1900 haben ergeben, daß sich in der Innenstadt der Schwerpunkt der Bevölkerungsdichte nach Osten verschoben hat. Eingebüßt hat die westliche Hälfte der Oberstadt 357, die Oberstadt im ganzen 400 Einwohner, der nordwestliche, dem Luisenring zugekehrte Teil der Unterstadt 304 Einwohner, wogegen der südöstliche, vom Friedrichsring begrenzte Teil um 2361 Personen zugenommen hat. Die Innenstadt (innerhalb des Rings) beherbergt immer noch 40% der Gesamtbevölkerung, doch machen sich nach den Untersuchungen des Statistischen Amts schon jetzt Anzeichen geltend, welche auf die Tendenz der sog. City-Bildung hinweisen, d. h. Entvölkerung des städtischen Centrums, Verlegung der Wohnungen in die Außenstadtteile und Umwandlung der im Centrum befindlichen Wohnungen in Geschäftsräume. Doch wird diese citybildende Tendenz hier in den nächsten Jahren zweifellos nur sehr langsame Fortschritte machen, da sich erst noch der völlige Ausbau der Innenstadt zu vollziehen hat, und da ferner noch eine große Anzahl niederer Häuser oder

minder intensiv für Wohnzwecke ausgenützter Grundstücke des Umbaus und der Umwandlung in hohe Geschäftshäuser mit vermehrter Wohnungsgelegenheit harren. So wurde u. a. im Berichtsjahr die Erstellung neuer Wohn- und Geschäftsräume auf dem Hutchinson'schen Anwesen in S 6 in Angriff genommen.
Die neuerrichteten oder umgebauten Wohnhäuser in den bevorzugteren Stadtvierteln zeugen dafür, daß mit der Erweiterung der Stadt auch ein Bestreben nach Verschönerung des Straßenbildes vorhanden ist. An der Hand der Bauvorschriften bezw. der Verkaufsbedingungen sind die staatlichen und städtischen Behörden mit Erfolg bemüht, dieses Bestreben in die richtigen Wege zu leiten. Der Fremde und wohl auch manch Einheimischer staunt, in welch kurzer Zeit unter der Hand kunstsinniger Architekten neue Straßenzüge mit geschmackvollen, gartenumsäumten Villen entstehen, oder wie durch die Thätigkeit unternehmungslustiger Baumeister überall große, moderne Mietpaläste an die Stelle niederer Altmannheimer Häuser treten und dadurch ganze Stadtviertel ein neues, vorteilhafteres Aussehen erlangen. Leider sind manchmal unter diesen der Neuzeit zum Opfer gefallenen Häusern auch solche, mit denen ein charakteristisches Stück Alt-Mannheim verschwindet. So, um von ihnen nur eines zu erwähnen, das alte, jedem Mannheimer bekannte Wirtshaus „Zum roten Schaf" in C 1, (1753 erbaut), mit dessen Abbruch noch gegen Ende des Jahres begonnen wurde. Ein großstädtischer Neubau, das Haus des Kaufmännischen Vereins, wird an seine Stelle treten und jener Straße zur Zierde dienen.
Die großartigste architektonische Repräsentation des Aufschwungs unserer Stadt wird die östliche Stadterweiterung und innerhalb dieser der Monumentalbau der Festhalle sein, deren Erbauung vom Bürgerausschuß am 14. Dezember 1897 beschlossen wurde. Auf Grund des Resultats einer Preiskonkurrenz wurde der Bau dem Professor Bruno Schmitz in Berlin, einem der ersten unserer zeitgenössischen Architekten, übertragen. Über die Entwicklung und allmähliche Erweiterung des Bauprojekts und die erforderlichen Kostenaufwendungen wird in einem der nächsten Chronik-Jahrgänge nach völliger Fertigstellung des Baus ausführlich im Zusammenhang berichtet werden.
Nach den Plänen von Bruno Schmitz wurden Beschlüsse über die Anlegung des Friedrichsplatzes und die bauliche Ausgestaltung der ihn umgebenden Rondellstraße, sowie der von hier aus als Hauptverkehrsader nach Osten hin gedachten Kaiserin-Augusta-Anlage gefaßt. Für die Umbauung des Friedrichsplatzes wurden bestimmte Bauvorschriften beschlossen, deren hauptsächlichste die einheitliche Ausstattung der sämtlichen Gebäude nach der Rondellstraße zu mit Arkaden in rotem Sandstein ist. Der rote Sandstein wurde gewählt, um hierdurch einen wirksamen Kontrast zu gewinnen zu dem in grauem Sandstein erbauten Wasserturm, der



Bierwirtschaft zum „Roten Schaf“, erbaut 1753, abgerissen 1900.

den dominierenden, centralen Platz in dieser neuen großstädtischen Anlage einnimmt, und zu den monumentalen Gebäudekomplexen, welche rechts und links den Wasserturmplatz gegen den Ring hin flankieren. Das südliche von diesen Gebäuden, der in großem Stil durchgeführte Neubau des Hotels „Pfälzer Hof" ging im Berichtsjahr seiner Vollendung entgegen. Die Versteigerung der Arkadenbauplätze am Friedrichsplatz wurde im Februar begonnen und im April des Berichtsjahres beendet.*) Außerdem ließ die Stadtgemeinde zahlreiche andere Bauplätze in der östlichen Stadterweiterung versteigern.

Ein auch bei den wohlhabenderen Klassen sehr beliebtes Baugebiet ist ferner der durch eine 1895/96 erbaute Überführung, von 1901 ab auch durch eine elektrische Straßenbahnlinie mit dem Centrum verbundene Lindenhof, wo außer stattlichen Mietshäusern zahlreiche Villen und Einfamilienhäuser errichtet worden sind.

Die Altstadt hat an dem Verschönerungsprozeß, den Mannheims bauliche Physiognomie in den letzten Jahren durchmacht, regsten Anteil genommen. An Stelle des Hotel Portugal am Fruchtmarkt und des „Mayerhof" wurde das Monumentalgebäude der Börse errichtet, gegenüber in D 4 an Stelle der Brauerei Hochschwender das Geschäftshaus der Süddeutschen Bank (beide am Ende des Berichtsjahres noch nicht ganz vollendet), neben dem „Pfälzer Hof" ragt an Stelle des ehemals Rennerschen Hauses der stattliche Rotsandsteinbau des „Hansahauses" empor, das nach den preisgekrönten Plänen des Professors Ratzel in Karlsruhe errichtet wurde und nach Art des Hamburger Dovenhofs außer Läden eine große Anzahl kaufmännischer Bureaux enthält. Das von der Dresdener Bank gekaufte ehemalige Geschäftshaus der Mannheimer Versicherungsgesellschaft wurde in wirkungsvoller Weise ausgebaut und dient wie die vorher genannten Gebäude der Stadt zur Zierde. In der Frage der die hiesigen Verkehrsinteressen und berechtigte architektonisch-ästhetische Wünsche berücksichtigenden Erweiterung des Hauptpostgebäudes erging am 5. Januar eine gemeinsame Petition des Stadtrats und der Handelskammer an den Reichstag; die Büdgetkommission desselben entschied im Sinne der Eingabe, wobei der Abgeordnete Bassermann die Interessen seiner Vaterstadt in wärmster und nachdrücklichster Weise vertrat.

In der Breitenstraße waren die Baumeister eifrig an der Arbeit, um Geschäftshäuser großen Stils zu schaffen. Das imposante Gebäude des neuen katholischen Vereinshauses, der „Bernhardushof", welcher dem unteren Teil der Breitenstraße zur hohen Zierde gereicht, findet in einem späteren Kapitel eingehende Würdigung. Der Chronik fehlt selbstverständlich der Raum, um auf alle bemerkenswerten

*) Der Anschlagspreis von 50 M. pro qm wurde dabei weit überholt; der Zuschlagspreis des qm stellte sich im Durchschnitt auf 85—90 M.

Neubauten und Umbauten hinzuweisen. Erwähnt sei nur noch der Merkwürdigkeit wegen der in der Hauptsache aus Eisen und Glas hergestellte Neubau des Warenhauses Kander im unteren Teil der Breitenstraße (T 1), der in seinen Façaden lediglich aus Schaufenstern besteht und so seinen Geschäftscharakter in der deutlichsten Form zur Schau trägt.

Von dem begonnenen Amthausneubau in L 6 an der nunmehr nach Niederlegung der alten Dragonerstallungen bis zur Bismarckstraße durchgeführten Zähringerstraße, sowie von den ihrer Vollendung entgegengehenden Kasernenbauten über dem Neckar war schon früher die Rede. An anderer Stelle der Chronik finden Erwähnung die neuerstellten technischen Anlagen, wie Schlacht- und Viehhof, Elektrizitätswerk, II. Gaswerk, und die verschiedenen Kirchen- und Schulhausbauten. Für Erstellung eines neuen Rathauses und städtischen Centralverwaltungsgebäudes wurde das Kaufhaus ins Auge gefaßt, welches einem durchgreifenden Umbau zu unterziehen wäre. Der Bürgerausschuß genehmigte nach langer Debatte am 20. Juni 1899 den Vertrag der Stadtgemeinde mit der Großh. Staatsregierung, wonach der staatliche Kaufhausanteil zum Preis von 1 Million Mark in den Besitz der Stadt überging. In diesem Vertrag verpflichtete sich die Stadt auch zur Abtretung der für das Amthaus erforderlichen 3459 qm in L 6 an die Großh. Regierung, während das Theatergebäude in den Besitz der Stadt überging. Da der staatliche Kaufhausanteil vertragsmäßig noch bis 1. Oktober 1903 in Benutzung des Bezirksamts ꝛc. verbleibt, beschloß der Stadtrat am 28. Dezember 1900, zur Ermöglichung einer einheitlichen Bauausführung den Umbau der ebenfalls in städtischen Besitz übernommenen Privatanteile (von den fünf Eigentümern für M. 1620000 erworben) nicht vor diesem Termin in Angriff zu nehmen, und sicherte den Mietern die Unkündbarkeit ihrer Verträge bis dahin zu. Zur Umbaufrage selbst wurde beschlossen, auf Grund eines aufzustellenden Bauprogramms ein allgemeines Preisausschreiben für den künftigen Rathausbau zu erlassen, dessen Ergebnis dem Bürgerausschuß unterbreitet werden soll. Bereits beim ersten Auftauchen des Umbauprojekts wurde seitens zahlreicher Architekten und Altertumsfreunde der Wunsch ausgesprochen, daß dem Kaufhaus, als einem der künstlerisch hervorragendsten Gebäude Mannheims aus dem 18. Jahrhundert, besonders aber seiner schönen Paradeplatzfaçade bei pietätvoller Berücksichtigung der Stileigentümlichkeiten die architektonische Eigenart erhalten bleiben möge. Bei den hohen Kosten des Umbaus und der starken anderweitigen Inanspruchnahme der städtischen Mittel wird die Kaufhaus-Umbaufrage voraussichtlich in den nächsten Jahren nicht zur Erledigung kommen können. Der Besitzübergang erfolgte am 1. Juni 1900. Die an dem größten Bauwerke der Stadt, dem Großh. Schlosse, vor zwei Jahren begonnenen gründlichen Restaurierungsarbeiten, welche infolge des gewaltigen

Umfangs dieses Gebäudes (es bedeckt mit seinen Höfen einen Flächenraum von 50000 qm) selbstverständlich nur einen langsamen Fortgang nehmen, wurden im Berichtsjahre fortgesetzt. Als 4. Baurate waren für 1900 im Voranschlag der Domänenverwaltung M. 227468 eingestellt. Auf die beabsichtigte gärtnerische Ausschmückung des Schloßhofes mußte städtischerseits verzichtet werden, da diese Arbeit von der Großh. Hofgärtnerei ausgeführt wurde. Die Anlegung der beiden Schloßplätze, für welche S. Kgl. H. der Großherzog bei seiner letzten Anwesenheit in hiesiger Stadt (im Mai 1899) die Stiftung zweier Denkmäler: des Kurfürsten Karl Theodor auf dem Karl-Theodor-Platze und des Großherzogs Karl Friedrich auf dem Karl-Philipp-Platze in Aussicht stellte, mußte dem folgenden Jahre vorbehalten bleiben. Im Jahre 1900 erhielt der künstlerische Schmuck der Stadt durch Denkmäler eine wertvolle Bereicherung mit dem am 31. März enthüllten Bismarckdenkmal (siehe Abschnitt VIII).

In außerordentlich schnellem Tempo hat sich die Zahl der Geschäftslokale, Läden rc. in hiesiger Stadt vermehrt. Sie hob sich von 207 (1898) auf 402 (1899) und 532 (1900). Die Neckarvorstadt und Neckarau sind hierbei in erster Reihe beteiligt. In der Altstadt wurden im Berichtsjahre 88 Läden eingerichtet.

Infolge der Erweiterung der Stadt und des starken Anwachsens der Bevölkerung vermehrte sich die Zahl der Wirtschaften im Laufe des Berichtsjahres auf 883 (von 788 des Vorjahres) und zwar betrug nach der Aufstellung des Statistischen Amtes die Zahl derselben in den einzelnen Stadtteilen:

	am Schluß des Vorjahres	am Schluß des Berichtsjahres
Altstadt	338	355
Östliche Stadterweiterung	3	12
Schwetzinger Vorstadt	111	118
Lindenhof	43	48
Jungbusch und Mühlau	62	65
Neckarvorstadt	116	139
Käferthal-Waldhof	57	63
Neckarau	58	83
Stadt Mannheim	788	883

Wenn man die Zahl der 883 Wirtschaften in Beziehung zu der mittleren Jahresbevölkerung von 136600 Einwohnern bringt, so ergiebt sich, daß hier auf 1000 Einwohner 6,5 Wirtschaften, oder auf eine Wirtschaft durchschnittlich 152 Einwohner zu rechnen sind.

Von größeren Hotels und Restaurants wurden eröffnet: die Café-Restaurants „Wilhelmshof" am Friedrichsring und „Fürstenhaus" in der Heidelberger Straße, das Hotel und Weinrestaurant Leinweber in D 5, das Hotel und Restaurant Bernhardushof in K 1. Der große Neubau des Parkhotels „Pfälzer Hof" am Friedrichsplatz war in der Vollendung begriffen.

Der Stand der städtischen **Straßen** war Anfang 1901 folgender:

Straßen in der Stadt ausschließlich der Vororte:	Länge m	Fläche qm
mit definitivem Steinpflaster	19792	128135
„ provisorischem „	—	12500
„ Holzpflaster	709	4367
„ Stampfasphalt	2050	20830
ungepflasterte Straßen	40990	323558
Zusammen	63540	489390
Straßen in den Vororten:		
Käferthal	12313	83210
Waldhof	3700	22460
Neckarau	11060	62750
Zusammen	27073	168420
Zusammen Stadt Mannheim mit Vororten	90613	657810

Am Anfang des Vorjahres: 60452 m Straßenlänge, 449635 qm Straßenfläche ohne die Vororte.

Neben der Erstellung neuer Straßen in den neuen Stadtteilen und den verschiedenen hiermit zusammenhängenden Arbeiten wurde wie in den Vorjahren an der Verbesserung und Umgestaltung zahlreicher Straßen der Innenstadt gearbeitet. Eine Reihe neuer Namensbezeichnungen wurde für Straßen in den Stadterweiterungsgebieten beschlossen. Für Neckarau beschloß der Stadtrat am 9. März dem Projekt des Tiefbauamts gemäß die straßenweise Neunummerierung der Häuser, ferner die Namensbezeichnung von 18 Straßen dortselbst.

Am 15. Mai erklärte sich der Bürgerausschuß damit einverstanden, daß die für dieses Jahr erforderlichen Mittel für Lieferung, Beifuhr und Setzen von Granitrandsteinen für 5000 laufende Meter gepflasterter Straßen und 3000 laufende Meter ungepflasterter Straßen mit zusammen M. 76885 wie im Vorjahr aus den im laufenden Jahr eingehenden Straßenkostenbeiträgen entnommen werden.

Wichtige Umwandlungen vollzogen sich während des Berichtsjahres infolge der Einführung der elektrischen Straßenbahn in den Hauptstraßen der Stadt.

Einen ganz veränderten Charakter erhielten die **Planken**. Während hier seit alter Zeit die beiden Fahrstraßen durch eine von Bäumen begrenzte Mittelpromenade getrennt waren, hat der großstädtische Verkehr in dieser Hauptverkehrsader der Stadt, insbesondere aber der zweigeleisige elektrische Straßenbahnbetrieb eine völlige Umgestaltung verlangt. Die Mittelpromenade, wo die letzten Jahre hindurch die Verkaufsbudenmesse im Mai und Oktober ihre stark angefeindete Unterkunft gefunden hatte, mußte verschwinden; an ihre Stelle trat eine breite asphaltierte Fahrbahn von 14½ Meter Breite, die Gehwege wurden beiderseits auf 7¼ Meter Breite gebracht und so den Anforderungen eines stark entwickelten



Das Hansahaus in D 1.

Wagen- und Fußgängerverkehrs Rechnung getragen. Mit der Plankenpromenade und den Plankenbäumen mußte auch das Trambahn-Wartehäuschen und der Zeitungskiosk am Pfälzer Hof fallen. Die Frage, ob eine neue Wartehalle mit Blumen- und Zeitungskiosk auf dem Paradeplatz errichtet werden solle, und an welcher Stelle dies ohne Schädigung der ästhetischen Wirkung des Kaufhauses, des Paradeplatzes und des Monumentalbrunnens geschehen könne, wurde in der Öffentlichkeit eifrig behandelt und von den städtischen Behörden reiflich erwogen; nach verschiedenen Versuchen wurde die Lösung dieser Frage zunächst verschoben. Im Januar wurden mit dem Fällen der Bäume die ersten Schritte zur Umgestaltung der Planken gethan, aber erst nach Schluß der Frühjahrsmesse im Mai, die zum letzten Mal auf diesem Platze stattfand, konnten die eigentlichen Arbeiten beginnen, welche in Verbindung mit den Geleisverlegungen auf der 1500 Meter langen Strecke Wasserturm-Rheinstraße den Sommer und Herbst in Anspruch nahmen. Auch die Rheinstraße und die Heidelbergerstraße wurden im Anschluß an die Planken in asphaltierte Straßen umgewandelt. Für die Umgestaltung der Planken, der Heidelberger- und Rheinstraße hatte der Bürgerausschuß mit großer Majorität am 21. März 1899 M. 406100, wovon M. 230000 für die Planken, bewilligt. Auf das Projekt des Durchbruchs bezw. der Verbreiterung der den Verkehr hemmenden engen Plankenfortsetzungen zwischen den Quadraten D 5, D 6 — E 5, E 6 und O 5, O 6 — P 5, P 6 war aus finanziellen Gründen verzichtet worden. Mit Beginn der Plankenumwandlung brachte ein Teil der Presse die erstmals bereits im Jahre 1890 ventilierte, vom Bürgerausschuß am 18. Februar 1898 abschlägig beschiedene Durchbruchsfrage abermals zur Besprechung und suchte Stimmung dafür zu machen. Lebhaften Meinungsaustausch rief sodann im Sommer der Wunsch der Plankenanwohner hervor, daß die Planken mit elektrischer Beleuchtung versehen würden. Über das diesbezügliche Gesuch beriet der Stadtrat am 3. August und am 21. September auf Grund eingehender Berechnungen, die über die Kosten für Herstellung und Betrieb der elektrischen Beleuchtung auf der Strecke Wasserturm-Rheinstraße aufgestellt worden waren. Mit Rücksicht auf den außergewöhnlich hohen Aufwand, den namentlich der Betrieb einer derartigen Beleuchtung hiernach mit sich bringen würde, ca. 25000 M. jährlich gegenüber ca. 10000 M. für die Gasbeleuchtung, vermochte der Stadtrat von seinem bereits früher gefaßten Beschlusse, daß von der Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung zur Zeit noch Umgang genommen werden solle, nicht abzugehen.

Eine weitere wichtige Straßenbau-Angelegenheit war der im Berichtsjahr vorbereitete Durchbruch der Bismarckstraße zum Schloßgarten. Seit Beseitigung der Dragonerstallungen kann die Bismarckstraße als eine der schönsten Straßenanlagen Mannheims gelten; ihre Weiterführung durch den Schloßgarten wird als

Verbindungsstraße mit der Rheinbrücke für den Fuhrwerks- und elektrischen Straßenbahnverkehr eine große Wichtigkeit erlangen, da bisher von den Zufahrtsstraßen nach der Brücke nur eine, die Hafenstraße, dem allgemeinen Verkehr geöffnet ist, während die Straßen durch den Schloßhof und die Schloßgartenstraße lediglich von Personen und Luxuswagen benutzt werden dürfen.

Da infolge des Durchbruchs ein Amtsgerichtsneubau für ca. 560000 M. nötig wird, für den Umbau des alten Gymnasiums zu Gerichtszwecken aber nur ein Kostenaufwand von ca. 320000 M. entstanden wäre, so verlangte die Großh. Staatsregierung, um für ihren Mehraufwand in Höhe von 240000 M. gedeckt zu sein, die Stadtgemeinde solle außer dem zur Fortführung der Bismarckstraße erforderlichen Gelände von ca. 555 qm auch das übrige Gelände von ca. 800 qm zum Gesamtpreis von 240000 M. erwerben, also pro Quadratmeter die außerordentlich hohe Summe von rund 180 M. zahlen. In der Bürgerausschußsitzung vom 19. Juni wurde demgegenüber ein Antrag des Stadtverordneten-Vorstands angenommen, mit dem Justizministerium erneut in Unterhandlungen zu treten auf der Grundlage, daß die Stadt nur das in den eigentlichen Durchbruch der Bismarckstraße fallende Gelände zu erwerben beabsichtige. In dieser Sitzung kam es seitens verschiedener Redner zu energischen Protesten gegen das Verhalten der Regierung, besonders auch dagegen, daß dieselbe bei der beabsichtigten Aufhebung der durch den Schloßhof führenden Landstraßen keinen Ersatz durch Fortführung der Bismarckstraße als Landstraße zu gewähren bereit sei.

In der am nächsten Tage, am 20. Juni, stattgehabten Sitzung der II. Badischen Kammer (vgl. Karlsr. Ztg. No. 169 vom 23. Juni 1900) brachte Abgeordneter Dreesbach, gelegentlich der Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Pflastergelds und die Ausscheidung von Landstraßen, die Beschwerden Mannheims in energischer Weise zum Ausdruck und betonte den Mangel des Wohlwollens der Regierung gegen die Stadt Mannheim. In seiner Entgegnung suchte Minister Eisenlohr diesen Vorwurf unter Hinweis namentlich auf die staatlichen Hafenbauten zu widerlegen. Er wolle sich auf die angeregten Detailfragen nicht einlassen, weil das bei vorliegender Beratung nicht zur Sache gehöre. Er habe es abgelehnt, daß die Bismarckstraße als Landstraße durchgeführt werde, denn mit der Annahme des zur Beratung stehenden Gesetzes sei entschieden, daß es keine Landstraßen mehr in Mannheim gebe. Doch habe er sich bereit erklärt, zu erwägen, ob nach Annahme dieses Gesetzes vielleicht doch noch zur Durchführung der Bismarckstraße ein Staatsbeitrag gegeben bezw. im nächstjährigen Budget eingesetzt werden könne. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Abgeordneter Dreesbach, er verkenne keineswegs, daß der Staat für Mannheim viel aufgewendet habe, aber er möchte betonen, daß diese Millionen

im Interesse des Staates aufgewendet wurden. Abgeordneter Gießler schloß sich diesen Ausführungen an und gab seiner Freude über die Bereitwilligkeit des Hauses Ausdruck, der Stadt Mannheim budgetmäßige Mittel für die Durchführung der Bismarckstraße zu bewilligen. —

Die Innenstadt wie die neuen Stadtteile sind Zeugen dafür, welch vielseitige Fürsorge die Stadtverwaltung der zweckmäßigen Anlage von Straßen und Plätzen widmet und welch große Aufmerksamkeit sie dabei aus gesundheitlichen und ästhetischen Gründen auch der gärtnerischen Ausschmückung der Stadt zuwendet. Beträchtliche Summen sind in früheren Jahren für die gärtnerische Ausgestaltung des Kaiserrings, des Friedrichsrings, der Bismarckstraße, des Paradeplatzes usw. aufgewendet worden; nach den Anlagen in der Fohlenweide ist der Luisenpark mit den Anlagen bis zum Rennplatz hin und die Schnikenloch-Anlage geschaffen worden. Bezüglich der Ausgestaltung der Schmuckanlagen auf dem Friedrichsplatz wurde, wie bereits erwähnt, dem Erbauer der Festhalle, Professor Bruno Schmitz, der Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Planes erteilt. Die Anlagen an der Lindenhofüberführung erhielten eine wesentliche Verschönerung durch Anbringung von Felsgruppen. Die Rheindammpromenade konnte nach der Verlegung der Hafenbahn bedeutend verbreitert werden. Am Schnikenloch und im Neckarauer Wald wurden Radfahrwege hergestellt. Durch die Einverleibung von Käferthal und Neckarau ist die Stadtgemeinde in den Besitz ausgedehnter Waldungen gelangt, die durch umfassende Neuanlagen von Wegen usw. in erweitertem Maße für die Erholung der Einwohnerschaft nutzbar gemacht wurden bezw. werden sollen. Für die nächste Zeit ist insbesondere die Umwandlung des Neckarauer Waldes in eine große Parkanlage geplant. Bei der Beratung des Stadtrats über diese Angelegenheit am 15. Juni konnte der Oberbürgermeister die erfreuliche Mitteilung machen, daß Kommerzienrat und Generalkonsul Karl Reiß ihm gegenüber den Entschluß kundgegeben habe, die Stadtgemeinde als Erbin der in seinem Privatbesitze befindlichen sogenannten Fasaneninsel einzusetzen, um damit die Möglichkeit zu einer späteren erheblichen Erweiterung der geplanten Parkanlage zu schaffen. Der Stadtrat beschloß, Herrn Reiß für dieses hochherzige, von edelstem Gemeinsinn getragene Vorhaben, wodurch der Allgemeinheit eine Wohlthat von unschätzbarem Werte in sichere Aussicht gestellt ist, jetzt schon den wärmsten und herzlichsten Dank auszusprechen.

2. Wohnungsverhältnisse und Wohnungsreform

Neugeschaffen wurden im Jahr 1900 insgesamt 2434 Wohnungen gegen 2359 des Jahres 1899 und 1189 des Jahres 1898. Also ein ähnliches Bild wie bei den Zahlen über die Erstellung von Neubauten: eine Verdoppelung von 1898

auf 1899, dann 1899 auf 1900 eine ruhigere, aber immer noch sehr beträchtliche Zunahme. Auf die einzelnen Stadtteile bezw. Vororte verteilte sich der Zugang an Wohnungen in den letzten drei Jahren folgendermaßen:

	1898	1899	1900
Neckarvorstadt	285	697	815
Schwetzingervorstadt	223	475	613
Altstadt	144	306	281
Lindenhof	374	469	220
Östliche Stadterweiterung	158	203	194
Neckarau		157	162
Käferthal-Waldhof		35	127
Jungbusch und Mühlau	5	17	22

Im Jahre 1899 wurden in den gesamten Neubauten erstellt: 6750 Wohnräume (1898: 3702) und 2369 Küchen, 1900 etwas weniger: 6671 Wohnräume und 2448 Küchen. Von großem volkswirtschaftlichem Interesse ist es, zu untersuchen, in welcher Weise die einzelnen Größenklassen der Wohnungen an der allgemeinen Zunahme beteiligt sind, mit anderen Worten, in welchem Umfang hier der Wohnungsmarkt dem sozialen Bedürfnis entgegenkommt. Das Statistische Amt hat hierfür folgende Tabelle aufgestellt:

Jahr	Neue Wohnungen mit . . . Zimmern								Zusammen
	1	2	3	4	5	6	7	8 und mehr	
1900	238	1074	721	212	69	39	39	42	2434
1899	188	861	793	298	88	63	41	27	2359
1898	71	475	335	153	61	25	24	45	1189

Hierzu bemerkt das Statistische Amt: Die bereits im Vorjahr gemachte Beobachtung, daß der Erbauung kleiner Wohnungen mehr Aufmerksamkeit als früher zugewandt wird, findet in den oben mitgeteilten Zahlen ihre Bestätigung. Auf die kleinen Wohnungen entfiel 1900 wiederum ein weit größerer Prozentsatz sämtlicher neuentstandener Wohnungen als 1899, denn ihre Herstellung hat sehr stark zugenommen, während bei allen anderen — mit Ausnahme der 8- und mehrzimmerigen — ein Rückgang der Produktion eingetreten ist. Bemerkenswert ist außerdem, daß dem beliebten Typus „Zwei Zimmer mit Küche" seitens der Bauthätigkeit anscheinend wieder mehr Rechnung getragen wird, während sie noch 1898 bezüglich der kleineren Wohnungen hinter dem Bedarf zurückgeblieben war. Die Erstellung dreizimmeriger Wohnungen, welche 1899 ganz auffallend zugenommen hatte, ging im Berichtsjahr wieder um etwas zurück.

Am stärksten überwogen im Berichtsjahre wiederum die kleinen Wohnungen in der Neckarvorstadt, welche mehr einzimmerige Wohnungen aufweist, als die ganze übrige Stadt zusammen. Der beliebteste Typus ist aber auch hier, ebenso wie in der Schwetzingervorstadt und in den Vororten die Wohnung mit zwei Zimmern und Küche. Auf dem Lindenhof hat dagegen in den letzten Jahren die Wohnung mit drei Zimmern diesen Typus in den Hintergrund gedrängt, ebenso ist in der Altstadt die drei Zimmer-Wohnung diesmal am häufigsten erstellt worden. Bei den größeren Wohnungen mit 4 und 5 Zimmern tritt die östliche Stadterweiterung an die erste Stelle und überwiegt endlich bei den Wohnungen von 6—7 Zimmern alle anderen Stadtteile zusammen. Wohnungen mit 8 und mehr Zimmern sind so gut wie ausschließlich dort erstellt worden.

Im Lauf der letzten Jahre ist die Wohnungsfrage zu einem der wichtigsten sozialen Probleme geworden, und die Pflicht sozialer Fürsorge wie das kommunale Interesse erheischt von der Gemeinde, daß sie in der Wohnungsnot der minder bemittelten Klassen, soweit sie es vermag, helfend und lindernd eingreift.

Die städtische Wohnungsreform-Politik steht, wie aus dem folgenden deutlich ersichtlich ist, in engstem Zusammenhang mit den schwerwiegendsten Aufgaben der städtischen Verwaltung und Politik: Einverleibung der Vororte, Vermehrung des städtischen Grundbesitzes, Kommunalisierung der Straßenbahnen, Ausbau der Vorortbahnen, Vermehrung und Verbilligung der Fahrten, Anlage von Straßen, Kanalisierung, Wasser- und Gasversorgung in neuen Baugebieten, Vermehrung der Anlagen, Spielplätze u. s. w., Einwirkung auf die Staatsbehörden und umfassende Mitwirkung der Gemeindeorgane hinsichtlich der sanitätspolizeilichen Wohnungscontrolle, Verbesserung der baupolizeilichen Vorschriften namentlich für billige Kleinwohnungen 2c.

Es ist in der Gliederung der Chronik begründet, daß an dieser Stelle nur die Wohnungsfrage im speziellen Sinn Berücksichtigung finden kann, während die übrigen oben angedeuteten Fragen in anderen Kapiteln zur Behandlung kommen. Ausführlicheres Material zur Wohnungsfrage werden voraussichtlich, dem Gang der hiesigen Entwicklung entsprechend, die nächsten Chronik-Jahrgänge bringen.

Die Wohnungsfrage, welche die städtische Behörde schon seit längerer Zeit beschäftigt, wurde akut mit der in den Jahren 1889—1893 durchgeführten erstmaligen sanitätspolizeilichen Untersuchung der Mietwohnungen und Schlafstellen; doch ist hervorzuheben, daß die Wohnungsnot hier weniger in der gesundheitswidrigen Beschaffenheit und Überfüllung der Wohnungen als in der ungenügenden Anzahl von 1—3 Zimmer-Wohnungen und in dem unverhältnismäßig hohen, besonders für den ungelernten Arbeiter geradezu unerschwinglichen Mietzins besteht.

In Sachen der Wohnungsfrage lagen bis zum Ende des Berichtsjahres zwei wichtige Publikationen von Oberbürgermeister Beck vor, der dieses soziale Problem seit seinem Amtsantritt mit angelegentlichster Sorge behandelt hat: die 1897 erschienene umfangreiche Denkschrift an den Stadtrat: Die Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Mannheimer Verhältnisse (138 S.) und die als Sonderabdruck aus Heft 17 der Schriften der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen erschienenen, anläßlich der 8. Konferenz genannter Centralstelle in Stuttgart (15.—16. Mai 1899) erstatteten Berichte und Vorträge von Oberbürgermeister Beck über: Die Wohnungsfrage und die Beteiligung der Gemeinden an der Lösung derselben (67 S.)

Die Ansicht des Verfassers geht kurz dahin:

die Gemeinde hat den Bau von Kleinwohnungen seitens der Privaten, Baugenossenschaften und gemeinnützigen Gesellschaften anzuregen,

thunlichst zu unterstützen durch weitgehende, wenn auch mit erheblichen Opfern verbundene Vergünstigungen pekuniärer Art,

durch Mitwirkung ihrer technischen und Verwaltungsorgane,

durch Einwirkung auf die ihrem Einflusse unterstehenden Stiftungen und Sparkassen zum Zweck gleichen Vorgehens,

durch Übernahme der Vermittelung mit anderen hilfeleistenden Korporationen (Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften u. a.) nötigenfalls unter Bürgschaftsleistung,

aber es kann ihr, von besonderen Fällen abgesehen, der Bau von Wohnungen für die nicht in ihrem Dienste stehenden Wohnungsbedürftigen nicht zugemutet werden.

Anschließend hieran wird S. 30 f. der oben an zweiter Stelle erwähnten Schrift ein General-Programm für die Beteiligung der Gemeinde an der Lösung der Wohnungsfrage gegeben.

Am Schlusse der erstgenannten Schrift wurde vom Verfasser als Spezialprogramm der hiesigen Stadtgemeinde in der Wohnungsfrage folgendes in Vorschlag gebracht:

1. Die Stadt erstellt allmählich nach Maßgabe ihrer finanziellen Kräfte Mietwohnungen für den festen Stamm ihrer Arbeiter und ihrer niederen Bediensteten und nimmt principiell in Aussicht, keine größere Anlage zu errichten, ohne zugleich den Bau von Wohnungen für alle oder einen Teil der hierin beschäftigten Bediensteten und Arbeiter vorzusehen.

2. Sie gewährt allen Unternehmungen, auch allen Privaten, welche sich die Erstellung und Vermietung von Arbeiterwohnungen zur Aufgabe stellen, Unterstützung durch Nachlaß der Straßenkosten und ev. des ganzen oder teilweisen Geländekaufpreises auf Grund der Bedingungen für städtische Subventionierung des Baues von Arbeiterwohnungen (siehe unten).

3. Sie fördert die Entstehung und Entwickelung aller Organisationen mit gleichen Zielen, insbesondere gemeinnütziger Aktiengesellschaften.

Sodann wäre in Aussicht zu nehmen:

4. Beschleunigte Planlegung von Baugelände, das nach seiner Preislage, seinen Untergrundsverhältnissen rc. zur Erstellung von billigeren Arbeiterwohnungen sich eignet; baldige Anlage von Straßen mit Kanalisation, Wasser- und Gasversorgung in dem fraglichen Baugebiete.

5. Erlaß einer Zonenbauordnung mit erleichterten Bauvorschriften für die unter Ziffer 4 erwähnten Baugebiete und energische Förderung der offenen Bauweise.

6. Regelmäßig nach 2—3 Jahren wiederkehrende gesundheitspolizeiliche Revision sämtlicher Arbeiterwohnungen.

7. Genaue statistische Feststellungen in kurzen Perioden über die Wohnungsverhältnisse, prozentuale Zunahme der Wohnungen mit der Bevölkerungsvermehrung, Statistik der leerstehenden Wohnungen rc.

8. Nachdrückliche Förderung einer raschen und möglichst billigen Straßenbahnverbindung der Industriegebiete mit den Vororten und den neu zu erschließenden Baugebieten.

9. Schaffung von Promenaden und öffentlichen Anlagen, von Tummel- und Spielplätzen, welche sowohl den Erwachsenen, Kranken und Siechen als auch namentlich der heranwachsenden Generation in Luft, Licht und wohlthuendem Ausblicke einigermaßen Ersatz für die Entbehrungen in den Wohnungen zu gewähren vermögen.

Die in obigem Programm unter Ziffer 2 erwähnten Bedingungen für die städtische Subventionierung des Baues von Arbeiterwohnungen (siehe Denkschrift S. 30 ff. und Seeger, Ortsstatuten S. 175 ff.) wurden festgesetzt durch Stadtratsbeschluß vom 28. Dezember 1897, dem der Bürgerausschuß am 18. Januar 1898 seine Zustimmung erteilte.

Diese Bedingungen betreffen:

1. Gesellschaften, Genossenschaften, Consortien und Einzelpersonen auf gemeinnütziger Basis.
   a) Denselben erläßt die Stadtgemeinde die Straßenkosten, während der Kaufschilling für das der Stadt abgekaufte Gelände bezahlt wird;
   b) die Stadtgemeinde erläßt die Straßenkosten und tritt städtisches Gelände gegen Nachlaß des ganzen oder teilweisen Kaufschillings ab;

2. Private Unternehmer, Consortien rc. mit Gewinnabsicht.
   Die Stadtgemeinde erläßt die Straßenkosten. Der Geländepreis ist vom Käufer ganz zu entrichten.

Der Bürgerausschuß stimmte der versuchsweisen Durchführung dieser Bedingungen zu und ermächtigte den Stadtrat auf die Dauer von drei Jahren, die Straßenkosten für die zu Kleinwohnungen eingerichteten Wohnhäuser ganz oder teilweise zu erlassen, auch — vorbehaltlich jeweiliger Zustimmung des Bürgerausschusses — in geeigneten Fällen den Kaufschilling für das der Stadtgemeinde abgekaufte Baugelände ganz oder teilweise zu erlassen.

Von der Vergünstigung bezüglich der Straßenkosten haben bereits eine Anzahl Private und der hiesige „Spar- und Bauverein“, letzterer für 5 Mietshäuser mit zusammen 50 Wohnungen Gebrauch gemacht. Wegen Überlassung eines größeren städtischen Areals an den Verein und wegen Beleihung seiner fertigen und im Bau begriffenen Häuser an zweiter resp. dritter Stelle aus städtischen Kassen gegen sehr ermäßigten Zinsfuß schwebten Verhandlungen.

Die Bemühungen von der Stadtverwaltung nahestehenden Persönlichkeiten um das Zustandekommen einer großen kapitalkräftigen Baugesellschaft sind zunächst gescheitert, werden aber zu gelegener Zeit wieder aufgenommen werden.

Anfangs der 1870er Jahre trat die Stadt der „Gemeinnützigen Baugesellschaft“ ein größeres Areal zu sehr billigem Preise ab, wogegen der 1895/96 gemachte Versuch einer Unterstützung dieser Gesellschaft durch Überlassung von Gelände zum halben Preis, Nachlaß der Straßenkosten, Auffüllungskosten ꝛc. an dem Widerstand einer starken Interessentengruppe im Bürgerausschuß scheiterte. Bei der Liquidation dieser Gesellschaft erwarb die Stadtgemeinde deren 66 Wohnungen umfassendes Anwesen im Kleinfeld und unterwarf dasselbe einer ca. 12000 M. erfordernden Renovation. An Stelle der Generalpacht trat am 1. November 1900 eine Einzelvermietung der Wohnungen.

Im Jahre 1899 wurde die Erstellung von Mietwohnungen für das Personal des städtischen Schlacht- und Viehhofs genehmigt; am 1. November des Berichtsjahres waren die ersten dieser Wohnungen beziehbar und am Ende des Jahres waren sämtliche 24 Wohnungen besetzt.

Ein Projekt der Bauleitung des zweiten städtischen Gaswerks am Luzenberg zur Errichtung von Wohnungen für die Arbeiter und Bediensteten desselben wurde vom Stadtrat im Hinblick auf die hohen Kosten der Ausführung und auf anderweitig gemachte ungünstige Erfahrungen nicht acceptiert.

Für die Wohnungsreformfrage und die Beurteilung des Wohnungsmarktes höchst wichtige Resultate haben die zwei bisher von der Stadtgemeinde nach dem Vorgang anderer Großstädte vorgenommenen Zählungen der leerstehenden Wohnungen (März 1899 und Mai 1900) ergeben. Das Statistische Amt hat ausführlich darüber berichtet in den Beiträgen zur Statistik der Stadt Mannheim No. 4 und No. 5. Im Mai 1900 betrug danach die Gesamtzahl der ermittelten leerstehenden Wohnungen in Mannheim 355 (1899: 357), und zwar ohne Berücksichtigung der minimalen Zahlen für die Vororte Käferthal, Waldhof und Neckarau, wo positiver Wohnungsmangel herrscht. In Käferthal, wo mit der Eröffnung mehrerer Fabriken eine größere Zahl von Arbeitern zusammenströmte, herrschte solcher Mangel an kleinen Wohnungen, daß viele in benachbarten Orten Unterkunft suchen mußten. Bei rund 24440 vorhandenen Wohnungen standen somit

1,46 % leer (1899: 1,62 %). Trotz der enormen Bauthätigkeit des Jahres 1899 hat somit bei dem starken Anwachsen der Bevölkerung eine Vermehrung des Wohnungsvorrats nicht stattgefunden. Genannte Schrift zieht daraus folgende wichtige Schlüsse. Die Signatur der Zählung von 1900 ist: gleicher Wohnungsvorrat bei gestiegener Wohnungsnachfrage. Infolge davon ist die schon im Vorjahr erwartete Preissteigerung thatsächlich eingetreten. Die Position der Vermieter ist immer noch die stärkere gegenüber derjenigen der Mieter.

Was schon oben hervorgehoben wurde, daß die Bauthätigkeit seit 1899 in erhöhtem Maße ihr Augenmerk auf die Erstellung von Kleinwohnungen richtete, geht auch daraus hervor, daß 58 % der leerstehenden Wohnungen, im ganzen 194, Wohnungen mit 1—2 Zimmern waren, was als eine im Vergleich mit anderen Großstädten günstige, aber doch noch keineswegs normale Zahl bezeichnet werden muß. Bei der stetigen Vermehrung der Einwohnerschaft und der starken Nachfrage nach Wohnungen, sowie ferner infolge der Geldknappheit, der hohen Bodenpreise, der gestiegenen Baumaterialienpreise und Arbeitslöhne sind die Mietpreise in den letzten Jahren beträchtlich in die Höhe gegangen.

Bezüglich der Mietpreise hat das Statistische Amt auf Grund der erwähnten Zählung Durchschnittsziffern nach Wohnungs-Größenklassen berechnet*) und diese in eine sehr interessante Parallele mit den entsprechenden Zahlen von Karlsruhe und Stuttgart gestellt:

Es betrug in	der durchschnittliche Mietpreis in Mark für eine Wohnung mit . . . Zimmern:							
	1	2	3	4	5	6	7	8 u. mehr
Mannheim	170	289	474	658	1082	1403	1349	2240
Karlsruhe	134	208	350	591	884	1180	1653	2090
Stuttgart	250	298	536	747	1089	1281	1606	

Hierzu wird erläuternd bemerkt:

Die Preise der Wohnungen von 1—5 Zimmern sind durchweg in Karlsruhe am niedrigsten und in Stuttgart am höchsten, während Mannheim mittlere Zahlen aufweist, doch so, daß sie zumeist näher der Stuttgarter Obergrenze, als der Karlsruher Untergrenze sich befinden. Die sechszimmerigen Wohnungen waren in Mannheim am teuersten, weil ihr Durchschnittspreis gegenüber dem Vorjahr

*) Wobei zu berücksichtigen ist, daß nicht thatsächlich gezahlte, sondern geforderte Preise zu Grunde liegen, welche in vielen Fällen als Maximalpreise anzusehen sind und bei der späteren Vermietung unter Umständen eine Abschwächung erfahren.

wohl aus zufälligen Gründen um über 300 Mark höher stand; bei den größeren Wohnungen verwischen sich die Unterschiede. Berechnet man danach den durchschnittlichen Preis eines Zimmers in den Wohnungen verschiedener Größe, so erhält man folgende Übersicht.

Es kostete ein Zimmer in Wohnungen mit nachstehender Zimmerzahl:

in	1 Zimmer	2 Zimmer	3 Zimmer	4 Zimmer	5 Zimmer
Mannheim	M. 170	M. 145	M. 158	M. 164	M. 216
Karlsruhe	„ 134	„ 104	„ 116	„ 148	„ 177
Stuttgart	„ 250	„ 149	„ 179	„ 187	„ 218

Der kleinste Konsument erscheint auch hier, wie überall, am stärksten belastet. Der Preis seines einen Zimmers steht sehr hoch und wird erst wieder vom Zimmerpreis in den so viel reicher ausgestatteten fünfzimmerigen Wohnungen erreicht. Fast läßt sich die Differenz zwischen dem Zimmerpreis in der Ein- und Zweizimmerwohnung als die Grundtaxe bezeichnen, welche der kleinste Mieter für die Erlangung von Wohngelegenheit überhaupt zu entrichten hat. Wie ersichtlich, herrscht in den obigen Zahlen aller drei Städte genau dieselbe Tendenz: der Mieter der Einzimmerwohnung zahlt sehr viel pro Zimmer, jener der Zweizimmerwohnung am wenigsten, dann erhöht sich der Durchschnittspreis vollkommen regelmäßig mit der steigenden Zimmerzahl und der Hand in Hand damit gehenden komfortableren Einrichtung der Wohnungen. —

Eingehende Behandlung erfuhr die Wohnungsfrage (im weiteren Sinn) in einer am 10. Mai abgehaltenen Versammlung, in welcher die Gründung eines **Mietervereins** beschlossen wurde.

Arbeitersekretär Katzenstein wies in seinem Referat auf den Mangel an kleinen Wohnungen in Mannheim hin und besprach den vom Grund- und Hausbesitzerverein neuaufgestellten Normal-Mietvertrag, welcher die Interessen der Mieter schwer schädige. Die Bildung eines Mietervereins sei deshalb eine dringende Notwendigkeit. Der Verein konstituierte sich am 21. Mai, der Mitgliedsbeitrag wurde auf 15 Pf. pro Monat festgesetzt. Anfang August hatte der Verein bereits eine Mitgliederzahl von nahezu 1900 Personen, darunter zahlreiche Arbeiter, aufzuweisen.

Der seit einigen Jahren hier bestehende **Spar- und Bauverein** war bestrebt, seinem Ziel immer näher zu kommen, durch Erbauung von Wohnhäusern seinen Mitgliedern gesunde und billige Wohnungen zu verschaffen, die ihnen statutengemäß weder gekündigt, noch deren Mietpreise erhöht werden können.

Es werden meist Wohnungen von zwei und drei Zimmern nebst Küche und Zubehör erstellt, die alle zeitgemäßen Einrichtungen, separaten Abschluß usw. besitzen. Diese werden gegen sehr mäßige Miete, in der Regel an minder bemittelte Leute abgegeben. Nachdem der Verein in den letzten drei Jahren 32 Mitglieder in seinen vier neuen Häusern unterbrachte, hat er in

diesem Jahre 17 neue Wohnungen erbaut, welche am 9. September zur Verlosung kamen. Der Verein zählte Anfang 1900 294 Mitglieder. Auf Grund der Bedingungen für die städtische Subventionierung des Baues von Arbeiterwohnungen wurde dem Verein für seinen Neubau Rheinhäuserstraße 61 der Straßenkostenbeitrag von M. 3007 erlassen.
In Rheinau hat sich unter der Firma „Einfamilienhaus, gemeinnützige Gesellschaft m. b. H." ein aus Fabrikanten bestehendes Konsortium gebildet, dessen Ziel auf Errichtung und Vermietung oder Verkauf billiger Einfamilienhäuser gerichtet. Die Gesellschaft erhielt die Genehmigung zum Bau von 20 Familienwohnungen in 10 Doppelhäusern.

Zurückgegangen ist dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion zufolge im Großherzogtum der Bau von Arbeiterwohnungen durch die Arbeitgeber: von 346 im Jahre 1898 auf 223 im Jahre 1899 und 192 im Jahre 1900. Von letzteren 192 Wohnungen entfallen auf Mannheim allein 83.

3. Liegenschafts- und Hypothekenverkehr

Im Berichtsjahre wurden 1279 Grundbucheinträge bewirkt im Wert von nahezu 51 Millionen M., gegen 1770 im Wert von 58,64 Millionen M. im Jahre 1899 und 1036 im Wert von 54,46 Millionen M. im Jahre 1898. Der Liegenschaftsverkehr hielt sich somit 1900 in engeren Schranken als in den vorhergehenden Jahren. Besonders die letzten Monate hatten infolge der niedergehenden Konjunktur und des hohen Zinsfußes eine wesentliche Verringerung des Grundbesitzhandels aufzuweisen.

Von obigen 1279 Grundbucheinträgen des Berichtsjahres entfallen

auf den Grundbesitzhandel	1093	Fälle	im	Wert	von	44,6	Millionen	M.
„ Zwangsversteigerung	14	„	„	„	„	0,9	„	„
„ Erbteilung, Schenkung usw.	122	„	„	„	„	5,2	„	„
„ sonstige Einträge	50	„	„	„	„	0,1	„	„

Unter den 1109 durch Kauf, Tausch und Versteigerung in andere Hände übergegangenen Liegenschaften waren 447 Gebäude, 339 Bauplätze, 38 Straßengelände, 285 Äcker, Gärten und sonstiges. Der statistische Jahresbericht giebt eine Übersicht darüber, wie sich diese Eigentumsübertragungen auf die einzelnen Stadtdistrikte verteilen. Ein Vergleich der hierbei für die letzten Jahre ermittelten Durchschnittspreise für Gebäude und Bauplätze in den einzelnen Stadtteilen lehrt, daß im Jahre 1900 der Gebäudedurchschnittspreis in allen Stadtteilen, mit Ausnahme der Vororte, gegen 1899 erheblich gestiegen ist, wogegen der Bauplatzpreis einen Rückgang aufweist.
Als eine natürliche Folge der lebhaften Bauthätigkeit war eine Zunahme der Pfandbucheinträge zu konstatieren. Es erfolgten 1134 Pfandbucheinträge über

Hypotheken im Betrag von über 32 Millionen M., gegenüber 962 Fällen mit 28,7 Millionen M. im Jahre 1899 und 722 Fällen mit 22 Millionen M. im Jahre 1898.
Unter den 2596 Pfandstrichen befanden sich Hypotheken im Wert von 10,8 Millionen M., gegenüber 16,6 Millionen M. des Vorjahres. Dieses Zurückbleiben der gelöschten Hypotheken um 5,8 Millionen M. hängt damit zusammen, daß im Vorjahre infolge Bereinigung der Grund- und Pfandbücher die Pfandstriche eine außergewöhnliche Höhe erlangten.
Aus einer Vergleichung des Zinsfußes der neuaufgenommenen und der gelöschten Hypotheken ergiebt sich, daß von letzteren der größte Teil noch zu $3^1/_2$ % oder niederer beliehen war, während von ersteren fast neun Zehntel mit mehr als 4 % und ein Zehntel mit mehr als 5 % verzinst werden mußten. Auch die Vergleichung mit den beiden Vorjahren läßt die bei der starken Inanspruchnahme des Geldmarktes leicht erklärliche steigende Tendenz des Hypothekenzinsfußes erkennen.

4. Feuerversicherung und Feuerschutz

Im städtischen Feuerversicherungsbureau gelangten im Berichtsjahr zur Erledigung: 5058 Anträge auf Neuversicherung, 1977 Anträge auf Prolongationen, 1848 Anträge auf Gebäudefünftelversicherungen.
Die Zahl der gegen Feuer versicherten Gebäude betrug, wie aus der Tabelle zu Anfang dieses Kapitels ersichtlich ist, Ende 1900: 26545, Ende 1899: 25239 (seit 1890 eine Zunahme von 11364 oder 74,8 %); der Versicherungsanschlag dieser Gebäude betrug Ende 1900 rund 271,8 Millionen Mark, Ende 1899 247,8 Millionen Mark (Zunahme seit 1890: 113,5 Millionen Mark oder 71,8 %).
Der Wert der gegen Feuerschaden versicherten Mobilien betrug am Schluß des Vorjahres 482,4 Millionen, am Schluß des Berichtsjahres (innerhalb dessen ein Zugang von 117,8 Millionen und ein Abgang von 36,6 Millionen erfolgte) 564,6 Millionen. Seit 1890 ist bezüglich der versicherten Mobilien eine Vermehrung von 307,4 Millionen Mark oder 119,5 % zu konstatieren.
Anhangsweise muß hier der Thätigkeit der Feuerwehr gedacht werden, da das Feuerlöschwesen und die vorgekommenen Brände in einem gewissen Zusammenhang mit dem Inhalt dieses dem Bauwesen gewidmeten Kapitels stehen und an anderer Stelle der Chronik nicht gut Erwähnung finden können.
Die Freiwillige Feuerwehr, welche am 5. Februar ihren langjährigen Kommandanten bezw. Ehrenkommandanten Michael Wirsching verlor (vgl. S. 58), umfaßte Ende 1900 sieben Kompagnien (I.—IV. in der Altstadt, V., VI., VII. in Käferthal, Waldhof und Neckarau) in einer Gesamtstärke von 556 Mann. Die

Stärke der Berufsfeuerwehr betrug einschließlich des Brandmeisters 24 Mann, welche in drei Abteilungen zu je 8 Mann eingeteilt sind. Die Freiwillige Feuerwehr rückte im Berichtsjahre 7 mal zur Bekämpfung von Schadenfeuern aus; die Berufsfeuerwehr wurde 134 mal allarmiert (1899: 93 mal); hiervon war in 100 Fällen wirkliche Gefahr vorhanden, in 19 Fällen blinder Lärm, in 7 Fällen Falschmeldung (wo es sich um die Polizei handelte), in 2 Fällen Unfug, in 6 Fällen handelte es sich um Abstellen der Wasserleitung bei Rohrbrüchen. Von größeren Schadenfeuern, bei denen mit einer Ausnahme auch die Freiwillige Feuerwehr in Aktion trat, sind in dem Jahresbericht derselben folgende erwähnt.

Am 20. Januar brach in der Fahrradfabrik von G. H. Spalding, T 6, 34, Großfeuer aus, welches die Berufsfeuerwehr allein bewältigte. Das Feuer war durch eine Benzinexplosion entstanden und fand an den ölgetränkten Werktischen, Schränken, Gestellen usw. reiche Nahrung. Mit einem Strahl wurde zunächst das etwa 6 Meter gegenüberliegende Gebäude geschützt, mit dem zweiten Strahl von unten eingedrungen, die brennenden Holztreppen abgelöscht und darüber vorgegangen, und mit dem dritten Strahl über einen Hakenleitergang am entgegengesetzten Ende der Holztreppen vorgegangen. Auf diese Weise gelang es, das Feuer so rasch zu unterdrücken, daß die Decke des zweiten Stockwerks nicht durchbrannte. Der Schaden war trotzdem sehr bedeutend, da eine große Zahl fertiger Fahrräder vorhanden war, die alle ausglühten. Nach ca. einstündiger Arbeit war jede weitere Gefahr beseitigt.

Am 23. Januar, 1 Uhr 15 Minuten morgens, riefen die Allarmsignale die Kompagnien der Altstadt zur Hilfeleistung bei einem in der Maismühle, Kaffeebrennerei und Senffabrik von Hoffstätter & Co. ausgebrochenen Großfeuer. Als der Ruf vonseiten der schon seit 12 Uhr 37 Minuten am Brandplatz thätigen Berufsfeuerwehr erfolgte, hatte das Feuer bereits sehr ausgedehnte Dimensionen angenommen. Ein mäßiger Südwestwind trieb die Flammen über die Gebäulichkeiten der mit dem brennenden Gebäude einen Komplex bildenden Magazine von Kahn & Fuld und der Palminfabrik. Die I. Kompagnie bekämpfte das Feuer vom gemeinsamen Hofe aus, schützte das Tabakmagazin von Kahn & Fuld und verhinderte ein Weitergreifen längs der Schanzenstraße. Die II. Kompagnie hatte in der Seilerstraße zwischen der Cementfabrik und dem brennenden Gebäude Aufstellung genommen und begann ihre Löscharbeit von der Schiebleiter aus mit einer Schlauchlage. Die III. Kompagnie wirkte in Gemeinschaft mit der I. Kompagnie vom Hofe aus mittels einer in der Neckar-Vorlandstraße angeschlossenen Schlauchlage einem Weitergreifen des Feuers nach Nordosten entgegen. Die IV. Kompagnie, welche durch die Polizei vor dem allgemeinen Feuerlärm allarmiert war, traf infolgedessen sehr frühzeitig ein. Sie entfaltete ihre Thätigkeit in der Schanzenstraße. Um 3 Uhr war man des Feuers soweit Herr geworden, daß drei Kompagnien wieder zurückbeordert werden konnten.

Am 6. Mai trat der Löschzug des Lindenhofs in Thätigkeit, um gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr, der Fabrikfeuerwehr Heinrich Lanz und der Bahnfeuerwehr ein auf dem der Eilguthalle gegenüberliegenden, mit Schuppen bebauten, der Tattersallstraße entlang laufenden Lagerplatz der Lanz'schen Maschinenfabrik ausgebrochenes Großfeuer zu bewältigen. Das Feuer fand in dem Magazin reichliche Nahrung und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit auch auf die angrenzende Verladehalle, wo der größte Teil der dort lagernden Maschinen rc. beschädigt wurde. Im ganzen waren sieben Schlauchleitungen in Thätigkeit. Die Berufsfeuerwehr

war von 1/25—1/27 Uhr auf dem Brandplatz. Die stark bedrohte Eilguthalle war fürsorglicher Weise geräumt worden.

Am 17. Juni, kurz nach 5 Uhr, brach in der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik im Vorort Neckarau Feuer aus. Es brannte ein Magazin, in welchem Celluloidabfälle lagerten. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich und hatte bereits drei weitere Bauten ergriffen. Die VII. Kompagnie war außerordentlich rasch zur Stelle. Es mußte vor allem darauf Bedacht genommen werden, die stark bedrohten Nachbargebäude in der Fabrik selbst, sowie den etwa 20 Meter von dem Brandobjekt entfernt liegenden Trockenturm der Fabrik wasserdichter Wäsche zu schützen. Es gelang dies auch vollständig, da sofort 7 Hydranten mit 14 Schläuchen in Thätigkeit gesetzt werden konnten. Die Wasserleitung der Fabrik funktionierte außerordentlich gut, so daß um 1/27 Uhr das Feuer gelöscht war.

Am 14. September, 7 Uhr 10 Minuten abends, wurde abermals die VII. Kompagnie allarmiert. Wieder war in der Rheinischen Gummi- und Celluloidfabrik Großfeuer ausgebrochen und zwar in der mittleren Abteilung der Trockenhalle. Das Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich, sofort die westlich nebenanliegende Abteilung, sowie die 20 Meter entfernte Vortrockenhalle ergreifend. An eine Rettung dieser Gebäude war nicht mehr zu denken, da große Massen Celluloid in denselben lagerten. Es mußte darauf Bedacht genommen werden, die dicht dabei liegenden, sehr bedrohten Nachbargebäude zu schützen, was bei dem stark herrschenden Ostwind und der fast unausstehlichen Hitze sehr schwierig war. Doch gelang dies vollkommen, da 12 Hydranten mit 24 Schläuchen in Thätigkeit gesetzt werden konnten. Um 9 Uhr war das Feuer soweit gelöscht, daß die Mannschaft abrücken konnte.

Am 15. April wurde die VI. und am 7. Mai die V. und VI. Kompagnie zur Bekämpfung von Waldbränden allarmiert. Der erstere war in dem auf der Gemarkung Sandhofen gelegenen Domänenwald, der letztere im Viernheimer Hochwald in der Nähe des städtischen Pumpwerks ausgebrochen.

Am 27. August zerstörte in Plankstadt bei Schwetzingen eine furchtbare Feuersbrunst 73 Gebäude, darunter 21 Wohnhäuser.

Die städtische Feuermelde-Anlage wurde im Jahre 1898 durch 7 Feuermelder auf insgesamt 87 vermehrt. Am 15. Mai 1900 bewilligte der Bürgerausschuß 3216 M. für weitere 12 Feuermelder (6 in der Neckarvorstadt und 6 in der Schwetzingervorstadt), so daß nunmehr die Gesamtzahl 99 beträgt.

Die Vermehrung der Berufsfeuerwehr auf 24 Mann geschah auf Grund des Bürgerausschußbeschlusses vom 29. November 1898 (vorher 1 Obmann und 5 Mann). Eine Besserung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Mannschaft erfolgte durch die gemäß Bürgerausschußbeschluß vom 16. Januar 1900 vollzogene Einreihung in den Tarif der Dienst- und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten und zwar wurde aufgenommen:

die Stelle eines Oberfeuermannes in Abteilung F (Anfangsgehalt 1200 M., Höchstgehalt 2000 M.), die Stelle als Wehrmann der I. Gehaltsklasse in Abteilung G (Anfangsgehalt 1200 M., Höchstgehalt 1800 M.), die Stelle als Wehrmann der II. Gehaltsklasse in Abteilung H (Anfangsgehalt 1200 M., Höchstgehalt 1500 M.).

VII. Gesundheitspflege, Nahrungsmittelpolizei, Totenbestattung

1. Der Gesundheitsstand

Nach dem Adreßbuch der Stadt Mannheim für 1901 waren gegen Ende des Berichtsjahres 87 Ärzte hier thätig, ferner 28 Zahnärzte und Zahntechniker, 68 Hebammen, 20 Wundarzneidiener, sowie 5 Tierärzte. Ferner waren zu dieser Zeit 12 Apotheken in Betrieb, von denen die Lindenhofapotheke am Gontardplatz im Oktober neu eröffnet wurde.

Bereits in einem früheren Abschnitt wurde die Zahl der Todesfälle auf Grund des statistischen Materials einer Betrachtung unterzogen. Hier sind es die Todesursachen, die unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.

Folgende Zusammenstellung giebt eine Übersicht über die Todesursachen und die dadurch hervorgerufenen Todesfälle im Berichtsjahr und Vorjahr.

	Todesfälle im Jahre 1900	1899
Pocken	—	—
Masern und Röteln	18	29
Scharlach	10	4
Diphtherie und Croup	37	25
Unterleibstyphus, gastrisches und Nervenfieber	17	16
Akute Darmkrankheiten	640	421
darunter:		
Brechdurchfall aller Altersklassen	59	81
Brechdurchfall von Kindern unter 1 Jahr	363	215
Kindbettfieber	11	8
Lungenschwindsucht	358	316
Akute Erkrankungen der Atmungsorgane	316	357
Alle übrigen Krankheiten	1440	1219
Übertrag	2847	2395

		1900	1899
	Übertrag	2847	2395
Gewaltsamer Tod und zwar:			
Unfall		76	54
Selbstmord		34	38
Todtschlag		9	8
Nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung		1	—
	zusammen	2967	2495

Die Zunahme der Sterblichkeit gegenüber dem Vorjahre (vgl. S. 54) hängt damit zusammen, daß das Jahr 1899 in gesundheitlicher Hinsicht einen ausnahmsweise günstigen Verlauf nahm, während im Jahre 1900 namentlich durch die größere Zahl der Todesfälle von Kindern unter einem Jahr die Sterblichkeitsziffer ungünstig beeinflußt wurde. Der Brechdurchfall forderte während der Sommermonate Juni, Juli und August unter den Säuglingen im Jahre 1900 noch einmal so viel Opfer als 1899 (289 gegen 148). Infolgedessen ist die Ziffer für diese Rubrik im ganzen Jahr von 215 auf 363 Kinder gestiegen. Scharlach und Diphtherie zeigen eine kleine Zunahme. In der Zahl der Todesfälle infolge akuter Erkrankung der Atmungsorgane war 1900 eine leichte Besserung gegen das Vorjahr zu konstatieren, besonders da der Januar sich günstiger verhielt. Die Zunahme der Lungenschwindsucht als Todesursache um 42 Fälle verteilt sich fast gleichmäßig auf die einzelnen Monate. Von stärkerem Auftreten gefährlicher Krankheiten, besonders von Epidemien blieb unsere Stadt glücklicherweise auch im Berichtsjahre verschont. Die Zahl der Selbstmorde zeigt einen kleinen Rückgang, wogegen die tötlich verlaufenen Unglücksfälle, beeinflußt durch die Opfer, welche Rhein und Neckar forderten, und wohl auch durch die Steigerung der Industriethätigkeit, eine Vermehrung von 22 Fällen aufzuweisen haben.

Einen Einblick in den Gesundheitsstand der Stadt gewähren uns auch die Statistiken der Orts- und Betriebskrankenkassen. Bei allen diesen zusammen betrug die Zahl

	1900	1899
der Erkrankungen	26837	22986
der Todesfälle	379	308.

An der Zunahme im Berichtsjahr gegen das Vorjahr sind besonders beteiligt die Monate: Februar, März, April, Mai. Bezüglich der Zahl der Erkrankungen und Todesfälle bietet der Januar 1900 ein günstigeres Bild als der Januar des Vorjahres, bezüglich der Erkrankungen der September und Dezember.

2. Hygienische Einrichtungen und Vorkehrungen

Der 1896 erstellte Erweiterungsbau des Allgemeinen Krankenhauses, der einige Jahre hindurch den technischen Ämtern und der Armenkommission zu Bureauzwecken gedient hatte, wurde im Berichtsjahr für Krankenhauszwecke eingerichtet, wofür der Bürgerausschuß am 13. Februar M. 45500 bewilligte.

Der bei der Entwicklung der Stadt und dem stetig zunehmenden Krankenstand schon seit einiger Zeit schwebenden Frage der Erbauung eines neuen Krankenhauses wurde näher getreten, indem der Stadtrat im August dem Hochbauamt

den Auftrag erteilte, generelle Planskizzen für den Neubau vorzulegen, und in Aussicht nahm, baldmöglichst mit der Errichtung eines Teiles des neuen Krankenhauses zu beginnen. Zunächst soll ein zur Aufnahme von Reconvalescenten und leicht erkrankten Personen geeignetes Haus auf dem für das neue Krankenhaus bestimmten Gelände jenseits des Neckars errichtet werden. Da bis zur Fertigstellung dieses Baues aber zwei bis drei Jahre vergehen werden, so mußten auch die Räume des Isolierspitals zur Aufnahme von Kranken eingerichtet werden. Als Ersatz dafür wurde nach Beschluß des Bürgerausschusses vom 11. Dezember eine sog. Döcker'sche Isolierbaracke für ansteckende Krankheiten zur Aufstellung hinter dem Isolierspital angekauft.

Über die Krankenbewegung in den hiesigen Krankenhäusern geben wir nachstehende Zusammenstellung:

	im Allg. Krankenhaus	im Krankenhaus Käferthal	im Diakonissenhaus und Kinderspital
Krankenstand Ende 1899 . .	300	8	25
männliche	256	6	14
weibliche	44	2	11
Zugang 1900	5648	143	672
männliche	3782	103	286
weibliche	1866	40	386
Abgang durch Entlassung . .	5351	140	541
männliche	3607	101	231
weibliche	1744	39	311
Abgang durch Tod	270	5	117
männliche	179	3	56
weibliche	91	2	61
Stand Ende 1900	327	6	38
männliche	252	5	13
weibliche	75	1	25
Gesamtzahl der Verpflegungstage	122268	3373	14993

Dem Jahresbericht des Wöchnerinnenasyls entnehmen wir folgendes:

Im Jahre 1900, dem 14. des Bestehens dieser zu den größten Anstalten dieser Art zählenden Entbindungsanstalt, hat die Zahl der aufgenommenen Frauen wieder bedeutend zugenommen. Es kamen 545 Frauen in der Anstalt nieder (1899: 458, 1890: 179 Frauen). Seit Bestehen der Anstalt (Juli 1887) fanden 3701 Geburten statt und wurden 3752 Kinder, 51 mal Zwillinge, geboren. Der von Jahr zu Jahr weiter wachsenden Zahl der im Wöchnerinnenasyl Hilfe

suchenden Frauen genügen die Räume im jetzigen Anstaltsgebäude nicht mehr, so daß jetzt schon zeitweise eine äußerste Überfüllung vorhanden war. Da die Vollendung des Neubaues der Anstalt noch zwei Jahre dauern wird, wurde einstweilen, um wenigstens etwas Raum zu gewinnen, im Nachbarhaus M 3, 4 ein Teil der dritten Etage gemietet und durch einen direkten Thürdurchgang mit der Anstalt verbunden. Ein Teil der Schwestern wurde in diesen neu gewonnenen Räumen untergebracht. Das Wöchnerinnenasyl ist bekanntlich auch Schule und Mutterhaus für Wochenbettpflegerinnen. Im Berichtsjahre haben die Schwestern der Anstalt in 144 Familien und 3055 Pflegetagen Wochenbettpflege ausgeübt. Die Anstalt hatte dadurch eine Einnahme von 8347 Mark. Wie in früheren Jahren wurde wieder die Versorgung der zu Hause verbliebenen Familienmitglieder und des Haushaltes der in das Asyl aufgenommenen Frauen durch Hauspflegerinnen übernommen. Sieben Hauspflegerinnen, ältere zuverlässige, unter Bezahlung und Kontrolle des Asyls stehende Frauen, versorgten in 20 Familien den Haushalt und die Pflege der Kinder während des Aufenthaltes der Mütter im Asyle.

Die **Sanitätskolonne** der militärischen Vereine und des Männerhilfsvereins hielt zwei größere Übungen ab, die von der Leistungsfähigkeit der Kolonne ein sehr befriedigendes Zeugnis gaben.

Bei dem Kaiserbankett, welches am 30. Januar nach der im Tattersall abgehaltenen Übung stattfand, teilte der erste Führer der Sanitätsabteilung, Ziegeleibesitzer Georg Müller, mit, daß die neuzusammengetretene lokale Abteilung aus 84 Mann, die mobile Abteilung aus 54 Mann bestehe. Am 23. September fand auf den Rennwiesen eine Übung statt, wobei als Generalidee zu Grunde gelegt wurde, daß am linken Neckarufer ein Einsturz der Eisenbahnbrücke der preußisch-hessischen Staatsbahn mit gleichzeitiger Entgleisung eines Militärzugs stattgefunden habe. Die einzelnen Teile der Übung wurden mit der größten Ruhe und Sicherheit ausgeführt. Die weitere Übung, welche am 18. Dezember stattfand, war ein Probe-Nachtallarm, dem die Idee zu Grunde lag, daß seitens der Bahnbehörde infolge eines in der Nähe stattgehabten größeren Eisenbahnunfalls die Kolonne zur Hilfeleistung aufgefordert werde.

Der **Ortsgesundheitsrat**, dessen Wirkungskreis durch Ortsstatut von 1896 festgesetzt wurde, hat im Berichtsjahre (wie im Vorjahre) 3 Sitzungen abgehalten.

In der ersten Sitzung vom 29. März wurden folgende Gegenstände erledigt: 1. Den Verkehr mit Milch betreffend, 2. Die Erbauung eines weiteren Volksschulhauses in Neckarau, 3. Gesuch des Vereins chemischer Fabriken um Genehmigung zur Errichtung dreier Gebäude für die Erweiterung der Schwefelsäurefabrikation auf Wohlgelegen, 4. Brenzliche Ausdünstungen aus der Zimmer'schen Fabrik. Zweite Sitzung vom 24. August 1900: 5. Errichtung einer Mischgasanstalt am Neckarauer Übergang durch die Großh. Badische Eisenbahnverwaltung. Dritte Sitzung vom 26. September 1900: 6. Flaschenbierhandel, 7. Kontrolle der städtischen Milchkuranstalt, 8. Belästigung der Städte durch Rauch und Ruß, 9. Errichtung eines zweiten Erweiterungsbaues am Schulhaus Waldhof, 10. Erweiterung des Volksschulgebäudes im Stadtteil Käferthal. Zu den 29 Mitgliedern des Ortsgesundheitsrats im Jahre 1899 wurden noch ernannt: Bürgermeister Ritter und Stadtrat Freitag.

Punkt 8 betreffend sei folgendes mitgeteilt: In einer früheren Sitzung wurde angeregt, der Frage näher zu treten, ob und in welcher Weise der Rauchplage entgegengetreten werden könnte. Seitens des Vorsitzenden wurde nun mitgeteilt, daß die einschlägige Litteratur stets im Auge behalten worden sei. Aus derselben, wie auch aus den Verhandlungen auf dem 1899er Kongresse

des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege gehe jedoch hervor, daß die seitherigen technischen Versuche zur Verminderung der Rauchplage in den Städten noch nicht zu solchen Ergebnissen geführt hätten, daß solche in der Praxis schon verwertbar seien. Solange aber die Technik mit ihren Erfahrungen noch im Rückstande sei, könne auf dem Verwaltungswege etwas Positives nicht erreicht werden. An diese Erklärung schloß sich eine kurze Diskussion, nach deren Schluß ausgesprochen wurde, daß man sich einstweilen lediglich noch darauf zu beschränken haben werde, die aufgeworfene Frage weiter im Auge zu behalten.

In das Gebiet der Sicherung der öffentlichen Gesundheit fällt die bereits in Verbindung mit der Wohnungsfrage erwähnte sanitätspolizeiliche Untersuchung der Wohnungen. Hier ist zu erwähnen, daß die vom Bezirksrat in seiner Sitzung vom 9. Februar 1899 nach Benehmen mit dem Stadtrat angeordnete Untersuchung der Wohngebäude im September 1900 in der Schwetzinger Vorstadt wieder aufgenommen wurde, nachdem dieselbe einige Zeit mangels hierzu zur Verfügung stehender Kräfte unterbrochen werden mußte. Zum Zweck der Untersuchung ist seiner Zeit das Stadtgebiet in 10 Bezirke eingeteilt worden. Für jeden Bezirk wurde eine besondere Untersuchungskommission bestellt. Über die Ergebnisse dieser Wohnungsuntersuchungen kann erst später berichtet werden, wenn dieselben beendigt sind und das gesammelte Material Verarbeitung gefunden hat. —

Die städtische Desinfektionsanstalt wurde im Berichtsjahr 601 mal in Anspruch genommen und zwar wegen Typhus 40, Diphtherie 101, Scharlach 193, Tuberkulose 226, aus sonstigen Gründen 41 mal. Im Vorjahre wurde dieselbe nur 328 mal in Anspruch genommen, ihre Thätigkeit hat sich demnach ziffernmäßig nahezu verdoppelt. Im Jahr 1899 wurde sie wegen Typhus zwar häufiger, nämlich 63 mal benützt, bedeutend weniger aber wegen Diphtherie: 63, Scharlach: 75, Tuberkulose: 78, aus sonstigen Gründen: 49 mal. Die starke Vermehrung der Benützungsfälle im Berichtsjahre ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß sich dank sachkundiger Belehrung die Erkenntnis der Wichtigkeit gründlicher Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten in weiten Kreisen immer mehr Bahn bricht. —

Über das Abfuhrwesen giebt folgende Statistik der städtischen Fuhr- und Gutsverwaltung Aufschluß.

im Jahre	Entleerte Gruben				Haushaltungsabfälle		Abgefahrene Wagen mit Straßenkehricht
	mittelst Lokomobilen		auf sonstige Art				
	Zahl der Gruben	cbm	Zahl der Gruben	cbm	Zahl der entleerten Häuser	Abgefahrene Wagen	
1900	13685	142891	538	2077	557261	9621	1194
1899	14596	144610	382	1320	541445	8272	1335

Für Unterhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten, deren Reinigung usw. verausgabte die Stadtgemeinde im Berichtsjahre M. 7680.

Die Frage des Ausbaus der Kanalisation und die damit in Verbindung stehende Einleitung der Fäkalien und Schmutzwasser in den Rhein hat im verflossenen Jahre die Stadtgemeinde und die zuständigen Behörden, ebenso auch die dagegen protestierenden Nachbarstädte unterhalb Mannheims und in zahlreichen Artikeln die hiesige wie die auswärtige Presse beschäftigt. Über den Stand der Verhandlungen berichtete Bürgermeister Martin bei der Budgetberatung im Bürgerausschuß, und weitere offizielle Darstellungen erfolgten im Verlauf des Jahres in den Tageszeitungen. Auf eine genauere Darlegung dieser Frage wird erst die nächstjährige Chronik eingehen können. Erwähnt sei hier nur, daß in der Bürgerausschußsitzung vom 12. Dezember 1900, welche zur Bestreitung der bereits vorhandenen und noch erwachsenden Kosten der Vorarbeiten für die Einleitung der Schmutzwasser und Fäkalien in den Rhein sowie derjenigen für die Kanalisation von Neckarau und das Gemarkungsgebiet rechts des Neckars einen Kredit von M. 100000 bewilligte, der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen konnte, daß die Entscheidung des Ministeriums in einem für die städtischen Projekte günstigen Sinne erfolgt sei, so daß Anfang 1901 die Beschlußfassung des Bürgerausschusses herbeigeführt werden konnte. Die Verhandlungen über das Hauptprojekt und über die infolge des schnellen Anwachsens der Stadt nötig gewordenen Erweiterungsprojekte (rechts des Neckars einschl. Käferthal-Waldhof und links des Neckars einschließlich Neckarau) nahmen mit den technischen Begutachtungen u. s. w. das Jahr 1900 vollständig in Anspruch. Im Januar und Februar 1901 erhielten die sämtlichen Projekte durch Bescheid des Bezirksrats die wasserpolizeiliche Genehmigung. Der Rekurs der Stadt Worms wurde vom Ministerium des Innern als unbegründet verworfen.

Eine wichtige Rolle auf dem Gebiet der Volkshygiene fällt den Bädern und in Mannheim speziell den Flußbädern zu. Die günstige Luft- und Wassertemperatur im verflossenen Jahre gestattete der Einwohnerschaft den Gebrauch der Flußbäder bis Anfangs Oktober. Über die Benutzung der privaten Badeanstalten im Rhein, sowie des städtischen Freibads können leider keine ziffernmäßige Angaben gemacht werden. Für Unterhaltung und Betrieb des Freibads an der Stephanienpromenade verausgabte die Stadtgemeinde im Jahre 1900: M. 4059. Ende Juli wurde ein zweites Freibad im Industriehafen an der Bonadiesinsel eröffnet, dessen Errichtung in der Bürgerausschußsitzung vom 12. Dezember 1899 beschlossen worden war, und im Jahre 1901 wird als weitere städtische Badeanstalt das von der Stadtgemeinde nach Beschluß des Bürgerausschusses vom 15. Mai 1900 angekaufte ehemals Stammel'sche Rheinbad ebenfalls für Freibadzwecke in Stand gesetzt werden.

Über die Benutzung der Volks- und Brausebäder, für deren Betrieb die Stadtgemeinde hauptsächlich im Interesse der arbeitenden Klassen bedeutende Summen aufwendet, geben folgende Zahlen Auskunft: Es badeten

im Brausebad Neckarvorstadt	20660	Personen
„ „ Schwetzingervorstadt	31470	„
„ „ Neckarau	27523	„
zusammen in den städtischen Brausebädern	79653	Personen
(im Vorjahr 83011)		
Karten für Arbeiterbäder in privaten Badeanstalten kamen zur Ausgabe an	66485	„
(im Vorjahr 52966)		
Gesamtsumme	146138	Personen
(im Vorjahr 135977)		

Demnach hat der Besuch der Brausebäder gegen das Vorjahr etwas abgenommen, dagegen hat sich die Benützung der Privatbadeanstalten mit Arbeiterkarten sehr erheblich gesteigert. Die Zahl der abgegebenen Arbeiterbadekarten hat sich von 1897—1900 verdreifacht. Der enorme Bevölkerungszuwachs im Stadtteil Lindenhof machte die Errichtung eines Brausebades dortselbst zur zwingenden Notwendigkeit. Der Bürgerausschuß bewilligte hierfür am 15. Mai 56000 Mark. Vorgesehen sind: ein Männerbad mit 22 Zellen und ein Frauenbad mit 15 Zellen, im ganzen 37 Zellen mit 10 Wannenbädern.

Großen Nutzen haben in neuerer Zeit zur Beförderung der Volksgesundheit die Aufklärungsbestrebungen durch unentgeltliche populärmedizinische Vorträge, Lehrkurse usw. gestiftet (siehe auch Abschnitt XIV). In dieser Hinsicht ist hier u. a. die Ortskrankenkasse Mannheim I thätig, welche wie schon früher so auch im Berichtsjahre Lehrkurse der ersten Hilfe bei Unglücksfällen und zwar in dankenswerter Erweiterung des ursprünglichen Programms veranstaltete, wozu vom Stadtrat der Prüfungssaal des Schulhauses R 2 zur Verfügung gestellt wurde. Die Teilnahme an diesem Kursus war sehr stark, indem ständig 170 Teilnehmer anwesend waren. Der Kursus, welcher im November begann, wurde von Dr. Fulda geleitet, welcher in gemeinverständlicher Weise seine Erläuterungen gab; die sich daran anschließenden zwei Vorträge von Dr. Stein über „Zahnkrankheiten" waren ebenfalls gut besucht. Es folgten sodann im Dezember zwei Vorträge von Dr. Th. Friedmann über „Kinderkrankheiten und das Verhalten im Krankenzimmer" und zwei Vorträge von Dr. Fischer über „Frauenkrankheiten", letztere speziell für Frauen und Mädchen bestimmt. Die Kurse sind vollständig kostenlos; jeder Teilnehmer erhält nach Beendigung derselben ein Attest mit der Unterschrift des vortragenden Arztes und des Vorstandes der Ortskrankenkasse.

Ebenfalls auf Veranlassung der Ortskrankenkasse hielt im März Dr. J. Marcuse zwei Vorträge über „Wesen und Verbreitung“ sowie über „Verhütung und Behandlung der Lungenschwindsucht“. Der Zutritt war unentgeltlich für jedermann. Am Saaleingang wurde die vom Großh. Ministerium des Innern herausgegebene Flugschrift über „die Bekämpfung der Tuberkulose“ verteilt.
Der wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose, als der verbreitetsten und gefährlichsten Volkskrankheit, widmeten Staats- und städtische Behörden und Wohlthätigkeits-Vereine fortdauernde Aufmerksamkeit. Den Verhandlungen bezüglich der Abwehrmaßregeln gegen Weiterverbreitung der Tuberkulose, welche im Januar in Karlsruhe unter dem Vorsitz der Großherzogin durch Mitglieder des Badischen Frauenvereins gepflogen wurden, wohnten auch die Oberbürgermeister von Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg und Pforzheim an.
In diesem Zusammenhang sind auch die Bestrebungen gegen den Alkoholmißbrauch zu erwähnen, welche im März anläßlich einer in der Aula der Friedrichsschule stattgehabten Versammlung nach dem Vortrag des Leiters der Universitätsirrenklinik in Heidelberg, Professor Kräpelin, zur Gründung eines Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke führten.

3. Nahrungsmittelpolizei

Seit 1877 besteht in Mannheim eine chemische Untersuchungsanstalt, welche 1882 durch Erlaß Großh. Ministeriums des Innern die Ermächtigung zur Vornahme amtlicher Untersuchungen von Nahrungs- und Genußmitteln erhielt. In der Stadtratssitzung vom 14. Dezember wurde das chemische Laboratorium von Dr. A. Cantzler im Einverständnis mit den zuständigen Staatsbehörden als öffentliche Untersuchungsanstalt für die Stadt Mannheim bestellt und zur Vornahme amtlicher Untersuchungen von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen für den Bereich der Stadt ermächtigt.

In der chemischen Untersuchungsanstalt wurden im verflossenen Jahre 2505 Untersuchungen vorgenommen, die in 383 Fällen zu Beanstandungen führten. Den weitaus größten Raum nahmen dabei Untersuchungen von Milchproben ein (1094), wovon 302 d. h. 27,5 % beanstandet wurden. In der Milchkuranstalt fanden 12 Untersuchungen statt (311 Kühe). Im Durchschnitt betrug das spezifische Gewicht der Milch 1,033 und der Fettgehalt 3,5 %. Eine ortspolizeiliche Vorschrift betr. den Verkehr mit Kuhmilch wurde am 31. August 1900 erlassen.

Am 3. Mai wurde die neue städtische Schlachthofanlage eröffnet, und damit ist Mannheim in die erste Reihe der Städte getreten, welche bestrebt sind, das Leben und die Gesundheit der Gemeindeangehörigen durch Erstellung von Einrichtungen zur öffentlichen Gesundheitspflege zu schützen und zu sichern. Die ungünstigen Gesamtverhältnisse der alten Schlachthofanlage, welche im Mai 1869 dem

Betriebe übergeben wurde, waren immer fühlbarer geworden. Nachdem die Stadt Mannheim in den beiden letzten Jahrzehnten einen so bedeutenden Bevölkerungszuwachs erfahren hatte, und andererseits auf dem Gebiete des Schlachthofbaues so bedeutende Fortschritte gemacht worden waren, hatte sich das frühere Schlachthaus in allen seinen Teilen nicht allein als zu klein erwiesen, sondern dasselbe ließ auch jene zweckmäßigen Einrichtungen der Neuzeit vielseitig vermissen, welche den Metzgern neben großen finanziellen Vorteilen auch Bequemlichkeiten gewähren und im Interesse der Sauberkeit aus gesundheitlichen Gründen dringend gefordert werden müssen. Gelegentlich der Eröffnung des neuen Schlachthauses wurde durch ortspolizeiliche Vorschrift vom 1. Mai 1900, „Die Schlachthausordnung für die Stadt Mannheim", der Schlachtbetrieb einer durchgreifenden Neuregelung unterworfen. § 1 der Vorschrift, wonach sämtliche Schlachtungen (außer den darin bezeichneten Fällen) im städtischen Schlachthause centralisiert werden, lautet nach der erweiterten, vom Großh. Landeskommissär unterm 1. Februar 1901 für vollziehbar erklärten Fassung:

Alle in der Stadt, einschließlich der Vororte, zum menschlichen Genusse zu schlachtenden Tiere müssen im städtischen Schlachthause geschlachtet werden. Ausgenommen sind Geflügel und Fische, sowie die Vornahme von Notschlachtungen. Ausgenommen von dem Schlachthauszwang sind ferner in den Vororten Käferthal, Neckarau und Waldhof die Schlachtungen von Tieren, deren Fleisch der Besitzer des Tieres ausschließlich im eigenen Haushalt verwenden will.
Als eigener Haushalt ist der Haushalt in Kasernen, Krankenhäusern, Erziehungsanstalten, Speiseanstalten, Gefangenenanstalten, Armenhäusern und ähnlichen Anstalten, sowie der Haushalt der Schlächter, Fleischhändler, Gast-, Schank- und Speisewirte nicht anzusehen.
Auswärtigen Gewerbetreibenden kann das Schlachten im städtischen Schlachthofe durch die Direktion gestattet werden. Die Fleischbeschau wird nur im Schlachthause vorgenommen.

Infolge der Einführung des Schlachthofzwangs hat sich der Betrieb der neuen Anlage bedeutend gesteigert. Die Zahl der Gesamtschlachtungen betrug im Jahre 1900: 100003 (1899: 82352), gegen das Vorjahr ein Mehr von 17651. Großviehschlachtungen: 15913 (darunter 9671 Rinder und 3126 Kühe), Kleinviehschlachtungen: 83665 (darunter 21006 Kälber, 59209 Schweine und Ferkel), Pferdeschlachtungen: 425.
Mit dem neuen Schlachthaus ist eine Einrichtung verbunden, deren Wichtigkeit auf dem Gebiet der Ernährungshygiene noch eines kurzen Hinweises bedarf: die Einrichtung eines Kühlhauses. Der Verwaltungsbericht der Schlacht- und Viehhofdirektion äußert sich darüber folgendermaßen:

Die Gewerbetreibenden sind durch die Benutzung des Kühlhauses in der Lage, durch Ausnutzung günstiger Handelskonjunkturen, ohne Rücksicht auf Witterungs-, Konsum- und andere Verhältnisse, sich auf längere Zeit Vorrat zu schaffen, ohne, wie früher, besondere Ausgaben für Futter- und Stallgebühren zu haben. Insbesondere aber wird die Beschaffenheit des Fleisches durch

Aufbewahren im Kühlhause eine wesentlich bessere, weil das Fleisch in der Kühlhalle einen gewissen Reifungsprozeß durchmacht, indem es sich zugleich unter Bedingungen befindet, welche für die Fäulnis und ihre Erreger einen möglichst ungünstigen Boden bieten, da bekanntlich die Aufbewahrung in kalter und zugleich trockener und bewegter Luft die beste Konservierungsmethode bildet. Die Temperatur im Kühlhaus wird auf + 2 bis + 3 ° C gehalten. Die Kühlhalle enthält 88 Fleischzellen à 4 qm Fläche, und dieselbe Anzahl à 2 qm Fläche, zusammen 176 Stück Fleischzellen, von welchen am Schlusse des Berichtsjahres 86 große und 85 kleine Zellen an hiesige Metzger, sowie an Metzger der umliegenden kleinen Gemeinden vermietet waren. Da nach der Kühlhausordnung in diesen Zellen das Pökeln nicht vorgenommen werden darf, wurden zur Vornahme dieses Geschäftes in den Untergeschoßräumen der Kühlhalle ein Pökelkeller eingerichtet.

Der § 10 der Schlachthaus-Ordnung besagt: Die geschlachteten Tiere werden in allen Teilen von dem Fleischbeschauer besichtigt und entsprechend gestempelt. Vor erfolgter Besichtigung eines Tieres darf kein Teil desselben aus dem Schlachthause entfernt werden. Bezüglich dieser amtlichen Fleischbeschau wurde eine ortspolizeiliche Vorschrift erlassen: Die Fleischbeschau-Ordnung für die Stadt Mannheim vom 8. Juni 1900. Nach § 3 derselben, welcher bestimmt, daß die Fleischbeschau im Schlachthause stattzufinden hat, und alles von auswärts eingebrachte Fleisch unmittelbar nach der Einfuhr dorthin zu verbringen ist, ist die Fleischbeschau im städtischen Schlachthause centralisiert. Die für die Privatschlächtereien und die Vororte bestellten Fleischbeschauer wurden infolgedessen ihrer Funktionen enthoben. Das tierärztliche Personal des Schlachthauses wurde durch Anstellung eines weiteren Tierarztes erweitert.

Alles von der Fleischbeschau nicht für bankwürdig, aber doch für genießbar erklärtes (frisches und nicht frisches) Fleisch kommt auf der von der Stadtgemeinde errichteten Freibank zum Verkauf, wodurch der Eigentümer aus dem beanstandeten Fleisch noch einen verhältnismäßig hohen Wert erzielen, der Käufer aber, besonders der weniger bemittelte, ein billiges Nahrungsmittel sich beschaffen kann. Im verflossenen Jahr wurden auf der Fleischbank im Ganzen verkauft: 34 545 kg, und zwar 2 Ochsen, 3 Farren, 115 Kühe, 15 Rinder, 18 Kälber, 74 Schweine und 1 Schaf.

Mit der Einführung der Fleischbeschau-Ordnung wurde auch die Trichinenschau in hiesiger Stadt neu geregelt, worüber der Verwaltungsbericht der Direktion des Schlacht- und Viehhofs Näheres enthält. Im Dezember wurde in den Geschäften hiesiger Gewerbetreibender, welche amerikanische Fleischwaren feilhalten, eine Revision vorgenommen; dieselbe gab zu Beanstandungen keine Veranlassung.

Konfisziert wurden auf Grund der Fleischbeschau: ganze Tiere: 144 Stück, und zwar 100 Stück Großvieh, 42 Stück Kleinvieh und 2 Pferde. Über die Hälfte dieser Tiere wurde wegen Tuberkulose beanstandet, nämlich 74 Stück Großvieh und 14 Stück Kleinvieh. An einzelnen Organen wurden konfisziert: 1102 Lungen, 644 Lebern, 133 und 63 Brust- und Baucheingeweide, 68 sonstige Organe.

Am 1. Oktober trat das Reichsgesetz betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1900 in Kraft, dessen § 12 besagt: Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht

verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten oder sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleische in das Zollinland ist verboten. Hiernach ist u. a. auch die Einfuhr und der Verkauf von sog. amerikanischer Dauerwurst und amerikanischem Büchsenfleisch (Cornedbeef und Cornedpock) verboten.

4. Totenbestattung

Im Berichtsjahr fanden folgende Beerdigungen statt (die eingeklammerten Zahlen betreffen das Vorjahr):

	Personen über 15 Jahre	Kinder unter 15 Jahren	zusammen
auf dem christl. Friedhof	991	1556	2547 (2166)
„ „ israel. „	59	22	81 (58)
„ „ Friedhof Käferthal	73	200	273 (181)
„ „ „ Neckarau	75	194	269 (237)
zusammen	1198 (1094)	1972 (1548)	3170 (2642)

Die Mehrzahl der Beerdigungen fand in Klasse III statt. Das Leichenhaus wurde im christlichen Friedhof 1394 mal, im israelitischen 24 mal, im Käferthaler Friedhof 2 mal und im Neckarauer Friedhof 7 mal benutzt. An Beerdigungsgebühren wurden erhoben vom christlichen Friedhof M. 56354.10, vom israelitischen M. 3971.60, vom Friedhof Käferthal M. 2948.60, vom Friedhof Neckarau M. 3325.20.

Der christliche Friedhof (städtischer Hauptfriedhof) umfaßte bei seiner Eröffnung im Juli 1842 12 Morgen; er wurde 1856 um 8¹/₂ Morgen, 1871 um 8 Morgen, 1881 um 12 Morgen, 1890 um 26 Morgen vergrößert. Das letztgenannte, in der 4. Sandgewann gelegene Erweiterungsterrain blieb einige Jahre noch in pachtweiser landwirtschaftlicher Benutzung, mußte aber, nachdem gegen Ende des Jahres 1899 bereits acht Sektionen des alten Friedhofteils umgegraben worden waren und der Wiederbestattung gedient hatten, weitere Umgrabungen aber wegen der vorgeschriebenen 25jährigen Ruhezeit der Gräber nicht angängig waren, für Bestattungszwecke in Anspruch genommen werden.

Für Planieren des Geländes, Wegherstellungen, Anpflanzungen usw. dieses 1 ha 22 ar 23 qm umfassenden Gebiets bewilligte der Bürgerausschuß am 12. Dezember 1899 M. 25000, für Herstellung einer Einfriedigungsmauer mit 5 Thoren M. 48500. Das genehmigte Projekt der gärtnerischen Anlage sieht statt der bisher üblichen geraden Linienführung anmutigere und gefälligere Formen in den Wegen, Rabatten und Bosquetten vor. Für Herstellung einer Zufahrtsstraße zum Westportal der Friedhoferweiterung und Ausbesserung des zu dem dort erbauten Krematorium führenden Feldweges bewilligte der Bürgerausschuß am 20. Februar 1900 M. 15900.

Ende August 1900 war der alte Friedhofteil vollständig belegt und wurde mit der Bestattung auf der Erweiterungsfläche begonnen. Dieses Erweiterungsterrain wird der Berechnung

zufolge für 34200 Gräber in laufender Reihe und 3700 Einzelgräber in Familienplätzen Raum bieten und voraussichtlich bis zum Jahre 1912 ausreichen, worauf bis ca. 1916 durch weitere Umgrabungen auf dem alten Friedhofteil Raum für Wiederbelegung geschaffen werden kann. Wenn also der verfügbare Raum für die Begräbnisse der nächsten Jahre zwar ausreicht, so wird doch in absehbarer Zeit die selbstverständlich schon jetzt im Schoße der Stadtverwaltung erörterte Frage der Anlage eines neuen Centralfriedhofs an der Peripherie der Stadtgemarkung akut.

Die durch ortsstatutarische Bestimmung vom 15. April 1898 und 9. November 1899 festgesetzte neue Begräbnisordnung (einschl. der neuen Begräbnistaxordnung) wurde nach Beschluß des Stadtrats vom 11. April 1900 auf 1. Mai 1900 in Vollzug gesetzt, mit Ausnahme derjenigen Paragraphen, welche sich auf die Verbringung der Leichen in die Leichenhalle beziehen:

§ 10. Die Leichen sämtlicher hier verstorbener Personen sind, sofern sie nicht zur Überführung nach auswärts bestimmt sind, nach Vornahme der ersten Leichenschau und spätestens vor Ablauf von 24 Stunden nach Eintritt des Todes mittelst des klassenmäßigen Leichenwagens auf kürzestem Wege in die Leichenhalle zu verbringen und dort bis zur Beerdigung zu verwahren.
§ 13. Die Beerdigung der Leichen findet von der Leichenhalle aus statt, in welch letzterer auch die kirchlichen Feierlichkeiten und etwaigen Ansprachen gehalten werden.

Die Bestimmungen der neuen Begräbnisordnung traten im Berichtsjahr in dem für Käferthal vorgesehenen Umfang auch für den Vorort Neckarau in Kraft. Der Anwendung der in § 66 festgesetzten Käferthaler Begräbnistaxen auf Neckarau stimmte der Bürgerausschuß am 20. Februar zu.
Für die Erbauung der Leichenhalle genehmigte der Bürgerausschuß am 20. Februar 1900 M. 127000. Die neue Leichenhalle, welche an Stelle der Bethalle an der Grenze des alten und neuen Friedhofs errichtet wird, ist in drei Teile gegliedert, in der Mitte befindet sich die Kapelle für die Trauerfeierlichkeiten, in den Flügelbauten sind die Leichenzellen, im ganzen 30, vorgesehen. Nach Vollendung der Halle sollen obige Paragraphen in Geltung gesetzt werden.
Auf den Friedhof der israelitischen Gemeinde finden die Haupt-Bestimmungen der neuen Begräbnisordnung sinngemäße Anwendung mit der Maßgabe, daß hier an Stelle der Gemeindebehörde bezw. der Friedhofkommission der Synagogenrat tritt. Infolge der oben abgedruckten Paragraphen wurde auch für die israelitische Gemeinde die Erbauung einer neuen Leichenhalle notwendig, welche im Berichtsjahr beschlossen wurde, unter gleichzeitiger Erwerbung eines Terrainstreifens gegen die Feudenheimer Straße hin.
Die mehrjährigen Bestrebungen der hiesigen Anhänger des Feuerbestattungswesens, ein Krematorium in unserer Stadt zu errichten, führten im Berichtsjahre zum Ziel. Ende 1900 stand die Leichenverbrennungsanlage auf dem hiesigen Friedhof vollendet da, doch konnte sie erst zu Anfang des folgenden Jahres dem Betrieb übergeben werden.



Das Crematorium.

Das Mannheimer Krematorium verdankt seine Entstehung dem im Jahre 1892 ins Leben getretenen, noch heute bestehenden, circa 470 Mitglieder zählenden Verein für Feuerbestattung Mannheim-Ludwigshafen, aus welchem im Jahre 1897 der Mannheim-Ludwigshafener Verein zur Erbauung eines Krematoriums hervorging. Mitglied dieses letztgenannten Vereins konnte jedermann durch Leistung eines unverzinslichen Beitrags von mindestens 100 Mark zu den Baukosten werden. Auf diesem Weg wurden durch Ausgabe von Anteilscheinen von je 100 Mark im ganzen cirka 77000 Mark aufgebracht. Weitere 25000 Mark wurden laut Bürgerausschußbeschluß vom 8. März 1898 seitens der Stadtgemeinde Mannheim zugeschossen, welche auch das nötige Gelände unentgeltlich zur Verfügung stellte. Im Frühjahr 1899 wurde unter der Bauleitung der hiesigen Architekten Köchler & Karch mit dem Bau begonnen, und zwar fand die Grundsteinlegung am 29. April 1899 statt. Am 9. Oktober 1900 genehmigte der Bürgerausschuß einen Vertrag der Stadtgemeinde mit dem Verein, wonach der letztere das Krematorium der Stadtgemeinde als Eigentum übergab, wogegen diese sich verpflichtete, den Betrieb zu übernehmen, das Krematorium wieder dem Verein bezw. dessen Rechtsnachfolger zu Eigentum zurückzugeben, falls Verhältnisse eintreten sollten, welche die Stadtgemeinde an dem Betrieb der Anstalt verhindern. Außerdem wurde vereinbart, daß die Stadt bei jeder Einäscherung eine Amortisationsquote von 20 Mark (bezw. bei Bestattungen dritter Klasse von 10 Mark) erheben und an den Verein alljährlich abführen solle, damit dieser in der Lage sei, durch alljährliche Ausloosungen von Anteilscheinen das durch freiwillige Beiträge aufgebrachte Kapital allmählich zurückzubezahlen. Die feierliche Besitzübergabe erfolgte am 16. Februar 1901. Wenige Tage darauf fand die erste Feuerbestattung im Krematorium statt.

Das in antiken Formen gehaltene Gebäude ist, abgesehen von dem Sockel, für welchen Granit gewählt wurde, in hellem gelblichem Sandstein ausgeführt und hat an seiner Hauptfront eine von vier Säulen jonischer Ordnung getragene Vorhalle, zu welcher eine stattliche Freitreppe hinaufführt. Die Seitenfronten werden durch je zwei Pylonen von 13,70 m Höhe flankiert und die Rückseite durch eine halbkreisförmige Apsis abgeschlossen. Durch die Vorhalle gelangt man in die für die Trauerfeierlichkeiten bestimmte Haupthalle, welche eine Grundfläche von 125 qm einnimmt. In der Mitte der die Haupthalle abschließenden Apsis befindet sich die Versenkung für den Sarg. Seitlich oben zwischen den Pylonen angeordnete Fenster erhellen den Raum, dessen Ausstattung sich in würdiger Weise dem Äußern des Gebäudes anschließt. Im Untergeschoß, welches teilweise in zwei Etagen ausgeführt ist, befindet sich der Einäscherungsofen, welcher so angeordnet ist, daß später eventuell noch ein zweiter Ofen neben demselben erbaut werden kann, ferner verschiedene Räume für die Aufbewahrung leerer Urnen, sowie des Feuerungsmaterials ꝛc. Der Zugang zum Untergeschoß findet von der Rückseite des Gebäudes aus statt. Die Länge des Gebäudes mit Vorhalle und Apsis beträgt 19½ m, die größte Breite 12½ m. Für den Einäscherungsofen wurde das System des Ingenieurs Rich. Schneider in Dresden gewählt. Das Gebäude macht einen vornehmen, monumentalen Eindruck und darf eine hervorragende Zierde des Mannheimer Friedhofs genannt werden. Das hiesige Krematorium ist das fünfte in Deutschland; vor dem hiesigen wurden die Krematorien in Gotha, Heidelberg, Hamburg und Offenbach errichtet.

Am 3. September wurde die vom Stadtrat am 27. März bezw. 5. April 1900 genehmigte, durch Erlaß Großh. Landeskommissärs vom 31. August 1900 für vollziehbar erklärte Feuerbestattungsordnung vom 27. März 1900 veröffentlicht.

VIII. Feste, Versammlungen und Kongresse

1. Festlichkeiten

Der Geburtstag des Deutschen Kaisers wurde in der gewohnten Weise gefeiert. Am 26. Januar fand eine öffentliche Schulfeier der Oberrealschule in der Aula derselben statt. Abends wurde im Hoftheater Gutzkows historisches Lustspiel „Zopf und Schwert" gegeben. Am 27. Januar wurde nach Beendigung des Festgottesdienstes eine Parade der Garnison auf dem Karl-Theodor-Platz abgehalten. Das Festessen fand im Stadtparksaale statt. Als Festvorstellung wurde im Hoftheater „Der fliegende Holländer" von Richard Wagner aufgeführt. — Über die Feier von Großherzogs Geburtstag siehe Seite 12.

Am 31. März fand unter großer Beteiligung der Bürgerschaft die Enthüllung des Bismarckdenkmals auf dem Kaiserring statt.

Kurz nach ½11 Uhr marschierte der stattliche Festzug vom Karl-Philipps-Platz aus, wo er sich aufgestellt hatte, mit mehreren Musikkapellen zum Festplatz an der Kreuzung von Kaiserring und Bismarckstraße. Er nahm seinen Weg zunächst nach dem Schloßhof, wo ein prachtvoller Lorbeerkranz am Kaiser Wilhelm-Denkmal niedergelegt wurde. Hierauf zog der Zug durch die Bismarckstraße nach dem Festplatz. Auf dem ganzen Wege bildete ein nach vielen Tausenden zählendes Publikum Spalier. Den Zug eröffnete die Grenadierkapelle, dann kamen die obersten Klassen der Volksschulen, sowie die Mittelschulen mit ihren Fahnen und mit Schärpen in den badischen und Reichsfarben. An die Schulen schlossen sich zwei Vertreter des Korps „Hannovera" in Göttingen, bei welchem Fürst Bismarck aktiv war. Auch die Heidelberger Studentenschaft hatte eine Vertretung gesandt. Es folgten sodann die hiesigen Turn-, Ruder- und Radfahrervereine, die Gesangvereine und die militärischen Vereine. Die sämtlichen Vereine führten ihre Fahnen und Standarten mit sich.

Um das Arrangement des Zuges machte sich Direktor Philipp Fuchs sehr verdient. Die Aufstellung wie der Einmarsch vollzog sich in der schönsten Ordnung. Der Festplatz gewährte einen imposanten Anblick. Links vom Denkmal war eine Tribüne für die eingeladenen Festteilnehmer errichtet, dem Denkmal gegenüber ein prächtiger Fürstenpavillon, der leider unbenutzt bleiben

mußte, da Seine Königliche Hoheit der Großherzog infolge von Unwohlsein der Feier nicht beiwohnen konnte. Rechts und links vom Fürstenpavillon waren kleine Tribünen für das Denkmal-Komité und für das Offizierkorps errichtet. Der Festzug defilierte zunächst am Denkmal vorbei, wo sämtliche Vereine und Schulklassen Kränze niederlegten. Zu beiden Seiten des Denkmals nahmen die Fahnen der Vereine Aufstellung. Der Enthüllungsakt begann mit dem Vortrag des Beethoven'schen Chors „Die Himmel rühmen" durch die hiesigen Gesangvereine unter Leitung des Hofkapellmeisters Langer. Darauf bestieg der Vorsitzende des Denkmalausschusses, Dr. Adolf Clemm, die Rednerbühne und hielt die Weiherede, worauf die Hülle des Denkmals fiel und die Festversammlung „Deutschland, Deutschland über alles" anstimmte. Bürgermeister Martin übernahm das Denkmal im Namen der Stadt und schloß seine Rede mit einem Hoch auf den Landesfürsten, in das die Versammlung begeistert einstimmte.
Nachdem hierauf die Gesangvereine Kalliwodas Chor „Das deutsche Lied" vorgetragen hatten, fand der etwa einstündige Enthüllungsakt mit der Besichtigung des Denkmals und Niederlegung von Kränzen seinen Abschluß. Nachmittags fand ein Festessen im Stadtparksaale statt, wobei Geh. Kommerzienrat Eckhard den Toast auf Kaiser und Großherzog ausbrachte. Direktor Fuchs feierte in seinem Trinkspruch den Schöpfer des Denkmals, Bildhauer Hundrieser.

In der Urkunde, welche in den Schlußstein eingefügt wurde, wird u. a. folgendes über die Entstehungsgeschichte des Denkmals berichtet:

„. . . Die längere Zeit fortgesetzten Sammlungen, an welchen sich auch viele hiesige und selbst Ludwigshafener Firmen durch reiche Spenden beteiligten, ergaben eine Summe von über 60000 Mark, sodaß damit die Erstellung eines würdigen Denkmals gesichert erschien. Der Ausschuß hatte sich bei seinen Beratungen und Maßnahmen die Erfahrungen anderer Komités für den gleichen Zweck dienen lassen und beschloß zur Beschaffung von Entwürfen für das Denkmal von einem allgemeinen Ausschreiben an die Künstler abzusehen und statt dessen drei Künstler zur engeren Konkurrenz einzuladen gegen Zubilligung eines Honorars von je 1000 Mark für den Entwurf, wobei die dem obsiegenden Künstler ausgezahlte Summe wieder bei der Schlußabrechnung in Abzug gebracht werden sollte. Im übrigen wurde jeder Künstler, der sich beteiligen wollte, zum Wettbewerb zugelassen. Außer den drei speziell zur Konkurrenz eingeladenen Künstlern bewarben sich noch drei andere, deren Entwürfe indessen eine Berücksichtigung nicht finden konnten, und unter den drei engeren Konkurrenten wurde Professor E. Hundrieser in Charlottenburg, Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, der den am meisten entsprechenden Entwurf geliefert hatte, in erster Linie in Betracht gezogen. Um auch über das Können des Künstlers hinsichtlich der Porträtähnlichkeit außer Zweifel zu sein, wurde Herr Prof. Hundrieser veranlaßt, noch eine Büste des Fürsten Bismarck über Lebensgröße anzufertigen, die zur vollständigen Zufriedenheit des Ausschusses ausfiel, sodaß nunmehr Prof. Hundrieser mit der Ausführung des Denkmals betraut wurde, dessen Aufstellung von dem Künstler auf Anfang März des Jahres 1900 in sichere Aussicht gestellt wurde.
Mit der Ausführung des Bronze-Gusses (93% Kupfer und 7% Zinn) wurden die vormals Gräfl. Einsiedel'schen Werke in Lauchhammer betraut, den in Odenwälder Granit ausgeführten Sockel lieferte die Firma Holzmann & Co., G.m.b.H., in Frankfurt a. M. Das Fundament wurde von der Baufirma Josef Hofmann & Söhne hier erstellt, während zu den Versetzarbeiten und der Aufstellung des Denkmals selbst Baumeister Georg Kallenberger von hier zugezogen wurde."

Das Denkmal, das als eine Zierde unserer Stadt bezeichnet werden kann, gereicht seinem Schöpfer Professor Hundrieser wie seinen Mitarbeitern zu hoher Ehre.

Machtvoll erhebt sich die Gestalt Bismarcks, der Kürassierhelm bedeckt sein Haupt, der Mantel ist geöffnet, seine Rechte hält die Verfassungsurkunde des neuen deutschen Reichs, die Linke stützt sich auf den Pallasch. Auf den Stufen des Sockels sitzt als Personifikation deutscher Wehrkraft ein germanischer Recke, der mit seinem Schild die neuerrungene, lorbeergeschmückte deutsche Kaiserkrone deckt und sie mit gezücktem Schwert zu verteidigen bereit ist.

In demselben Jahre wurde die Errichtung eines Moltkedenkmals in Mannheim angeregt, und zwar von Jakob Kuhn in seiner Festrede beim Festbankett, das der nationalliberale Verein am 26. Oktober im Ballhaus anläßlich des 100. Geburtstags des Generalfeldmarschalls Grafen von Moltke veranstaltete. Generalkonsul Reiß knüpfte an die Ausführungen des Festredners an und bezeichnete das Denkmal, das nun errichtet werden solle, als einen Beweis der Dankbarkeit gegen den großen Heerführer und ein Mahnzeichen der älteren an die junge Generation. Im November wurde vom Ausschuß zur Errichtung des Moltkedenkmals ein Aufruf an die Einwohnerschaft erlassen, den Angehörige aller Stände und Berufsklassen mitunterzeichneten, und Sammellisten in Umlauf gesetzt. Die Sammlungen nahmen einen sehr günstigen Verlauf, so daß die in weiten Kreisen freudig begrüßte Idee bald verwirklicht werden kann.

Ein wichtiger Tag in der großstädtischen Entwicklung Mannheims war der 3. Mai, der Tag der feierlichen Eröffnung des neuen Schlachthofs. Der Festakt fand vormittags 11 Uhr in der Verbindungshalle des Schlachthauses in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste von hier und auswärts statt. Hierbei hielten Ansprachen: Oberbürgermeister Beck, Direktor Fuchs und der Obermeister der Metzgerinnung, Daniel Groß. Nach Beendigung des Festakts fand in der Restauration des Schlacht- und Viehhofs ein Festessen statt, bei dem der wichtige Festtag durch eine Reihe von Toasten gefeiert wurde.
Der neue Schlachthof ist das Resultat mehrjähriger Studien, welche bei der Besichtigung hervorragender Schlachthofanlagen Deutschlands und des Auslandes gemacht worden sind, und darf als eine Musteranlage bezeichnet werden, bei der die technischen Errungenschaften der Neuzeit möglichste Berücksichtigung gefunden haben. Er ist als eine Ergänzung der Viehhofanlage zu bezeichnen, mit der er ein harmonisches Ganzes bildet.

Das am alten Neckarthor in K 3 gelegene älteste Mannheimer Schlachthaus wurde im Jahre 1750 verlassen, um durch ein neues, ungefähr in der Nähe des jetzigen Kanalpumpwerks in K 9 ersetzt zu werden. An dessen Stelle trat das vom 1. Juli 1869 an benützte Schlachthaus am Neckardamm, das 1874 durch eine Kuttlerei vergrößert wurde. Aber schon Ende der achtziger Jahre stellte sich die Notwendigkeit der Erbauung eines neuen modernen Schlachthofes heraus. Die Vorarbeiten reichen bis zum Jahre 1892 zurück, in welchem Jahre die erste Informationsreise der hierzu bestimmten Kommission behufs Besichtigung einer Reihe größerer Schlachthofanlagen des In- und Auslandes stattfand. Das Resultat dieser Studienreise wurde in einem gemeinsamen Reisebericht niedergelegt, dem bereits ein generelles Bauprojekt beigefügt war. Dieses bildete die Grundlage für das im Jahre 1893 auf breiter Grundlage hergestellte spezielle



Die Enthüllung des Bismarckdenkmals am 31. März 1900.

Projekt, samt detaillierter Kostenberechnung im Betrage von 2340000 Mark. Die wirtschaftlichen Verhältnisse jener Zeit ermutigten jedoch die maßgebende Behörde nicht, einen Bauaufwand in dieser Höhe zu machen, sondern man glaubte, die Summe von 1500000 Mark als das höchste, was aufgewendet werden dürfe, bezeichnen zu müssen. — Zur Erreichung dieses Zweckes und zur Begutachtung über die Zweckmäßigkeit des aufgestellten Entwurfes wurde im November 1894 eine technische Sachverständigenkommission, bestehend aus den Königl. Bauräten Schmieden und v. d. Hude aus Berlin und Stadtbaurat a. D. Spielhagen von Erfurt berufen, welche das vorgesteckte Ziel, nämlich die Einhaltung einer Bausumme von 1500000 Mark dadurch zu erreichen suchte, daß sie das Projekt nach allen Dimensionen beschnitt und überdies noch einige projektierte Gebäude als überflüssig erklärte. Sie erreichte damit allerdings, daß die Kostensumme eventuell noch unter der oben bezeichneten geblieben wäre, aber auch, daß die Anlage, wenn sie nach den Vorschlägen der Kommission ausgeführt worden wäre, heute vollständig unzulänglich und ungenügend wäre. Im Schoße des Stadtrates und der einschlägigen Kommission wurde die Thatsache denn auch noch rechtzeitig erkannt, und diese Erkenntnis führte zur Modifizierung und teilweisen Umarbeitung des Gesamtprojektes; das Ergebnis war dann eine Kostenanschlagsumme von 1900000 Mark. Allein auch jetzt noch glaubte man Punkt für Punkt einer weiteren Prüfung in Bezug auf die Kostenfrage unterwerfen zu sollen, und es führte diese Prüfung zu einem dritten modifizierten Projekt mit einer Kostenanschlagssumme von 1816000 Mark, welches dann auch unterm 7. Mai 1896 die Genehmigung des Bürgerausschusses fand, mit der Maßnahme, daß 77000 M. für die Erstellung eines Hauptkanals als nicht auf diese Anlage gehörig, in Abzug gebracht wurden. Mit geringen Abweichungen gelangte die heutige neue Schlachtanlage nach diesem Projekte zur Ausführung, und wurde, da der erste Spatenstich am 16. Dezember 1896 erfolgte, innerhalb 3 Jahren 4½ Monaten fertiggestellt, also ½ Jahr früher, als ursprünglich in Aussicht genommen war. Eine detaillierte Beschreibung findet sich in der von der Direktion des Schlacht- und Viehhofs herausgegebenen Schrift: „Der Schlacht- und Viehhof der Hauptstadt Mannheim". Dieselbe verfolgt im geschichtlichen Teile die Abhaltung von Viehmärkten in Mannheim bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts zurück. In gleicher Weise greifen die Ausführungen über die Entstehungsgeschichte des hiesigen Schlachthauses bis in die erste Zeit nach dem Wiederaufbau der durch die Franzosen zerstörten Stadt zurück und endigen mit der Inbetriebnahme der mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgestalteten neuen Schlachthof-Anlage.

Über die Vorteile der neuen Anlage äußert sich der Verwaltungsbericht der Direktion für 1900 wie folgt:

1. Die Gebäude haben mit Rücksicht auf ihren Verkehr unter einander die denkbar günstigste Lage zu einander.
2. Das Kühlhaus, welches die Endprodukte des Schlachtprozesses aufnimmt, liegt sehr günstig zur Hauptverkehrsstraße, der Seckenheimer Landstraße.
3. Die üble Gerüche erzeugenden Betriebe sind möglichst abseits vom Hauptverkehr gelegt.
4. Die Schlachthallen können möglichst zugfrei gemacht werden, da das Kühlhaus die Nordostwinde abschneidet.
5. Gebäude, welche Produkte für den Exportverkehr in sich aufnehmen, liegen an einem Abzweiggeleise der Hauptbahn, auf welchem Verladungen ohne Betriebsstörungen vorgenommen werden können.
6. Sämtliche Gebäude können eine Vergrößerung ohne Störung des Betriebs in der Zukunft erfahren. Die Gesamtanordnung der Gebäudekomplexe ist so getroffen, daß bei außerordentlicher

Vergrößerung der Einwohnerzahl eine vollständige Verdoppelung der gesamten Anlage auf dem an der Bahn freigelassenen Terrain möglich ist, zu welcher alsdann die Stallgebäude und Kuttlerei wiederum eine ausgezeichnet günstige zentrale Lage haben würden.

7. Die Anordnung der Gebäude gestattet, von teueren, kostspielig zu unterhaltenden Kanälen für die Unterbringung der Dampfleitung Abstand zu nehmen, da dieselben überall geschützt von obenher geführt werden konnten.
8. Die Transporte des Fleisches von den Schlachthallen in das Kühlhaus sind vom Wetter vollkommen unabhängig infolge Anlage der geschützten Verbindungshalle. Die letztere schützt das Kühlhaus vor großen Kälteverlusten, da dieselbe die Südsonnenstrahlen abhält.
9. Durch die Anlage der Vorkühlräume tritt eine erhebliche Entlastung der Schlachthallen und hierdurch eine wesentlich günstigere Ausnützung des Raumes derselben ein. Auch bilden die Vorkühlräume einen Schutz gegen Kälteverlust des Kühlhauses.

Dadurch, daß alle Straßen der Anlage gepflastert und mit Bäumen besetzt, sowie die für die Erweiterung bestimmten Plätze mit Gras bewachsen sind, ist der ganzen Anlage der Charakter des Freundlichen und Gefälligen gegeben.

Das alte Schlachthaus am Neckardamm wurde bald nach der Inbetriebnahme der neuen Anlage abgetragen, und auf dem anliegenden Terrain wurden die Depothallen für die elektrischen Straßenbahnen erstellt.

Am 17. Mai kam auf ihrer Rheinfahrt die vom Kaiser zum Besuch der Rheinstädte ausgesandte Torpedobootsdivision, aus 6 Torpedobooten bestehend, in Mannheim-Ludwigshafen an; sie wurde als Vertreterin der deutschen Marine begeistert empfangen und durch zahlreiche Festlichkeiten gefeiert. Die Abfahrt der Torpedobootsdivision rheinaufwärts nach Speier erfolgte Sonntag den 20. Mai vormittags 10 Uhr. Nach herzlicher Verabschiedung setzten sich die Boote in Bewegung, unter den Zurufen einer nach vielen Tausenden zählenden Menge, welche wie bei der Ankunft der Flotille die Rheinufer und die Rheinbrücke besetzt hielt.

Die 500jährige Wiederkehr von Gutenbergs Geburtstag feierte am 17. Juni der hiesige Bezirksverein des Verbands der deutschen Buchdrucker mit größeren Festlichkeiten.

Bei der akademischen Feier in der Oberrealschulaula hielt Universitätsprofessor Wunderlich-Heidelberg die Festrede über die „Erfindung der Buchdruckerkunst und ihre Bedeutung für die deutsche Kultur". Der Stadtrat benannte anläßlich dieses Erinnerungstages die bisher als „Neckardammstraße" bezeichnete Straße in der östlichen Stadterweiterung „Gutenbergstraße".

2. Versammlungen und Kongresse

Von größeren Versammlungen, die im Berichtsjahre in Mannheims Mauern tagten, erwähnen wir folgende:

Am 26. Mai fand hier die XIV. Generalversammlung der deutschen Seeberufsgenossenschaft statt, zu der zahlreiche Delegierte erschienen. Es war das erste Mal, daß diese Versammlung in einem Binnenhafen tagte. Nach

Beendigung der Verhandlungen, die in der Aula der Oberrealschule stattfanden, wurde auf Einladung und unter Teilnahme der städtischen Behörden eine Rundfahrt durch die Mannheimer Hafenanlagen unternommen.

Bei dem darauffolgenden gemeinsamen Mittagessen im „Pfälzer Hof" wurde des großartigen Eindrucks gedacht, den die auswärtigen Gäste von den ausgedehnten Mannheimer Verkehrsanlagen empfangen hatten. In seinem Toast erklärte der Vorsitzende der Seeberufsgenossenschaft, Herr Laeiß, Großrheeder und Präsident der Amerikanischen Packetschiffahrts-Gesellschaft in Hamburg, er habe den Eindruck gewonnen, daß der Beschluß des Vorstandes, in diesem Jahre die Versammlung nach Mannheim einzuberufen, sich glänzend belohnt habe. Was man bei der heutigen Hafenfahrt gesehen, habe in jedem Fremden die größte Verwunderung erregt und eine geradezu verblüffende Wirkung geübt. Er habe sogar wahrgenommen, daß der Mannheimer Flußschiffahrtsverkehr um einige Dezimalstellen demjenigen der Stadt Hamburg überlegen sei. Was aber neben diesen staunenswerten Anlagen die heutigen Gäste der Stadt Mannheim mit Bewunderung und Anerkennung erfüllen müsse, das sei der in diesen Anlagen sich bekundende Weitblick und die Fürsorge für die Bedürfnisse einer fernen Zukunft, welche zweifellos für Mannheim eine glänzende sein werde.

Am 31. August trat hier die Centralkommission für die Rheinschiffahrt zu ihrer ordentlichen Sitzung zusammen.

In den Tagen vom 30. September bis 2. Oktober wurde hier die Generalversammlung des Badischen Lehrervereins abgehalten, zu welcher von den 3700 Mitgliedern des Vereins ca. 1500 eintrafen.

In der öffentlichen Hauptversammlung begrüßte Bürgermeister v. Hollander die Erschienenen im Namen der Stadtgemeinde, indem er darauf hinwies, daß sie in Mannheim für ihre wichtigen Verhandlungen und Bestrebungen einen verständnisvollen Boden finden würden. Sodann ergriffen zu Begrüßungsreden das Wort Oberschulrat Dr. Wengoldt von Karlsruhe und Stadtschulrat Dr. Sickinger. Eine lebhafte Diskussion entspann sich über die Thesen, die Hauptlehrer D. Thum-Karlsruhe in seinem Vortrag: „An der Wende des Jahrhunderts. Woher? Wohin?" eingehend erörterte und begründete.
An dem gemeinschaftlichen Mittagessen, welches sich an diese öffentliche Hauptversammlung anschloß, nahmen ca. 500 Personen teil. Auf den Trinkspruch des Obmanns Grimm, der die Lehrer- und Schulfreundlichkeit der Stadt Mannheim feierte, antwortete Bürgermeister v. Hollander.
Der letzte Tag der Generalversammlung (2. Oktober) brachte zunächst eine geschlossene Hauptversammlung, die von vormittags ½10 Uhr bis gegen 12 Uhr währte. An Stelle der projektierten Rundfahrt durch die Hafenanlagen, die wegen des ungünstigen Wasserstands ausfallen mußte, fand Nachmittags eine Festvorstellung im Hoftheater ausschließlich für die Festteilnehmer statt. Gegeben wurde Flotows Oper „Martha".

Am 17. November tagte im großen Rathaussaale die Delegiertenversammlung des badischen Sparkassenverbands unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Sigrist-Karlsruhe. Anwesend waren 62 Delegierte, welche 47 badische Sparkassen vertraten. Aus dem Geschäftsbericht sei erwähnt, daß der Verband am

Schlusse des Geschäftsjahres 76 Kassen zählte. 40 badische Sparkassen gehören noch nicht dem Verbande an. Von dem Einlagekapital der gesamten badischen Sparkassen, das sich auf 346377317 M. beläuft, entfallen auf die dem Verbande angehörenden Kassen 298129492 M., gegen 281412381 M. im Vorjahre. Seit Gründung des badischen Sparkassenverbandes hat das Einlagekapital um 76957893 M., d. i. 34 Prozent zugenommen. Die Geldvermittelungsstelle des Verbandes ist im letzten Jahre nicht in Anspruch genommen worden, auch der Übertragbarkeitsverkehr des Verbands macht nur langsame Fortschritte.

Eine längere Debatte verursachte die Besprechung über das Rundschreiben des Großh. Ministeriums des Innern vom 16. Mai d. J., betr. die Errichtung von Bezirkssparkassen und örtlichen Zahlungsstellen der Sparkassen. Berichterstatter war Bürgermeister Dr. Weiß-Eberbach. Nach etwa einstündiger Debatte wurde folgende Resolution angenommen:

„Der badische Sparkassenverband teilt die Anschauung des Großh. Ministeriums des Innern, daß die Errichtung zu vieler kleiner Sparkassen zu mancherlei Bedenken Anlaß geben dürfte, und daß deshalb die bestehenden Sparkassen bestrebt sein sollten, alles dasjenige selbst zu erfüllen, was von der Errichtung neuer Kassen in ihrem derzeitigen Geschäftsgebiete mit Fug erwartet werden dürfte. Wie weit das durch Erweiterung von Gemeindesparkassen zu Bezirkssparkassen geschehen könnte, ist zu sehr von den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles abhängig, als daß der Sparkassenverband darüber ein allgemeines Urteil fällen könnte; dagegen empfiehlt der Verband den Kassen in geeigneten Fällen Errichtung örtlicher Zahlstellen in ihrem Verbreitungsbezirke."

Von den weiteren Verhandlungen sei noch erwähnt die Frage der Schaffung einer Spezialreserve behufs Deckung der Kursverluste. Die Debatte hierüber schloß mit der Annahme des folgenden Antrags:

„Der badische Sparkassenverband hält an der Hand der gemachten Erfahrungen für alle Sparkassen die Schaffung eines Spezialreservefonds für wünschenswert, um in Zukunft auch bei Kursrückgängen den bürgerlichen Gemeinden eine größere Stabilität der Einnahmen aus den bei Jahresabschluß festgestellten Zinsüberschüssen in Aussicht stellen zu können. Dieser Spezialreservefond soll in erster Linie gebildet werden aus den rechnungsmäßigen oder den wirklichen Kursgewinnen."

IX. Ausstellungen, Messen und Märkte

Einige Ausstellungen, die im vergangenen Jahre in Mannheim stattfanden, waren nur kleinerer oder spezieller Art. Am 8. April eröffnete der vor einigen Jahren gegründete hiesige Kunstgewerbeverein Pfalzgau eine Ausstellung moderner dekorativer und kunstgewerblicher Entwürfe in der Aula der Oberrealschule. Die ausgestellten Entwürfe von Mitgliedern der Darmstädter Künstlerkolonie Christiansen, Olbrich und Bürk enthielten sehr viel Interessantes und Wertvolles. Die Ausstellung war vom 8.—22. April geöffnet und zwar unentgeltlich, mit Ausnahme von Mittwochs und Samstags, wo ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben wurde.

Ein Zeitungsbericht wies auf das Verdienst hin, welches sich der Kunstgewerbeverein mit dieser Ausstellung um die Pflege der modernen angewandten Kunst in Mannheim erworben habe: „ein Beweis, daß dieser Verein seiner Aufgabe klar bewußt ist, daß er den Zug der Zeit erkannt hat und bestrebt ist, auch dem großen Publikum, das dem „Neuen" in der angewandten Kunst noch fremd gegenübersteht, Gelegenheit zu geben, aus bester Quelle aufzunehmen und sich Verständnis für die Bedeutung dekorativer Kunst anzueignen".

Am 2. Juni wurde die vom hiesigen Altertumsverein veranstaltete Ausstellung von Kupferstichen Mannheimer Meister vornehmlich des 18. Jahrhunderts in den Sammlungsräumen im Großh. Schloß eröffnet.

Im Jahre zuvor hatte derselbe Verein eine Ausstellung von Frankenthaler Porzellan veranstaltet. Wie damals, so wurde er auch bei diesem Unternehmen, das sich an die Vereinspublikation: M. Oeser, Geschichte der Kupferstechkunst zu Mannheim im 18. Jahrhundert, anschloß, von privaten Sammlern in bereitwilligster Weise unterstützt. Besonders gereichten dieser Ausstellung die von Rudolf Bassermann, Regierungsdirektor Ludwig v. Kobell in Speier (Urenkel des Mannheimer Radierers Ferdinand Kobell) und vom hiesigen Großh. Kupferstichkabinet ausgestellten Kunstblätter zur Zierde. Die Ausstellung währte den ganzen Sommer hindurch und fand lebhaftes Interesse.

Im April wurde hier eine internationale Hunde-Ausstellung veranstaltet, nachdem kurz vorher eine Katzen-Ausstellung, arrangiert von der Vereinigung deutscher und österreichischer Katzenfreunde, im Badner Hof zu sehen gewesen war. Während dort nur 96 Katzen ausgestellt waren, war die Hundeausstellung mit einer weit größeren Anzahl von Tieren, nämlich 604, beschickt. Deutsche und außerdeutsche Hundezüchter und Hundefreunde gaben sich dabei ein Rendezvous.

Die Ausstellung fand vom 20.—22. April in der Reithalle und den Ställen des Großh. Schlosses, die Prämierung im sog. Schneckenhof statt. Vertreten waren wertvolle Hunde aller Rassen. Die Ausstellung erfreute sich eines starken Besuchs und wurde als trefflich gelungen bezeichnet.

Seit vielen Jahren sind Haupt-Volksfeste für Mannheim und Umgebung die Tage des Maimarktes, der Maimesse und des Pferderennens. An diesen Tagen, besonders aber am Maimarkt-Dienstag, der im Jahre 1900 auf den 1. Mai fiel, findet sich in Mannheim ein buntgemischtes Fremdenpublikum aus Nah und Fern zusammen. Der Schaubudenmesse, welche schon seit einer Reihe von Jahren aus dem Zentrum der Stadt auf den Meßplatz der Neckarvorstadt hat weichen müssen, ist dorthin im Herbst 1900 versuchsweise auch die Verkaufsbudenmesse gefolgt, die, wie bereits erwähnt wurde, im Mai zum letzten Mal auf den Planken aufgestellt war.
Der Maiviehmarkt war von Milch- und Nutzvieh (im Ganzen 1244 Stück Großvieh) stark befahren, die Zahl der Pferde (234 Luxuspferde, 723 Arbeitspferde, 76 Schlachtpferde, zusammen 1013 Pferde) war dagegen um 205 Stück niedriger als im Vorjahre. Die Schuld hieran trägt der Umstand, daß in diesem Jahre erstmals der Frankfurter Viehmarkt mit dem Mannheimer Markt zusammengefallen ist, während er seither immer auf 8 Tage früher angesetzt war. Angefahren waren im ganzen 3435 Stück Vieh.

Der Maimarkt trug im großen und ganzen das Gepräge eines flotten Geschäfts. Die Preise für Schlachtvieh waren im allgemeinen gleich geblieben, dagegen hatten diejenigen für Nutz- und Zuchtvieh eine bedeutende Steigerung erfahren. Der Pferdehandel war lebhaft, insbesondere wurden schwere Arbeitspferde rasch verkauft und der Markt ziemlich geräumt. Raschen Absatz fand Zucht- und Nutzvieh, welches nach der lang andauernden Marktsperre viel begehrt wurde. Der Handel mit Ochsen war lebhaft und insbesondere nach ausgemästeten Tieren war große Nachfrage. Vollfleischige, ausgemästete Rinder und Kühe wurden schnell verkauft; nach geringerer Ware wurde weniger gefragt, doch wurde der ganze Auftrieb ausverkauft. Der Handel mit Kälbern war mittelmäßig, der Schweinehandel flott. Sowohl am Montag wie am Dienstag strömte ein zahlreiches Publikum nach dem Viehhofe, um sich dort das Leben und Treiben anzusehen. An beiden Tagen spielte dort eine Musikkapelle.
Am Maimarkt-Dienstag fand die übliche Prämierung statt. Im Namen des Direktoriums des landwirtschaftlichen Vereins hielt Major Seubert die einleitende Ansprache, in welcher er einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf den im 17. Jahrhundert ins Leben gerufenen Viehmarkt

warf, der zuerst in den Planken und dann vor dem Heidelberger Thore abgehalten wurde. Redner gab sodann seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß dieses Jahr mit dem Mannheimer Markt gleichzeitig der Frankfurter Markt stattfinde, und knüpfte hieran die Hoffnung, daß es gelingen möge, durch Verlegung des Frankfurter Marktes um eine Woche früher die Rivalität der beiden Märkte zu beseitigen. Weiter dankte Redner den städtischen und staatlichen Behörden für die rege Förderung und Unterstützung, die sie dem Mannheimer Viehmarkte angedeihen lassen, sowie dem Großherzog, welcher dem Mannheimer Markte immer sein höchstes Interesse zugewandt habe. Er schloß mit einem Hoch auf den Großherzog, in das die Versammlung lebhaft einstimmte, worauf die Musikkapelle die Fürstenhymne intonierte. Hierauf fand die Prämierung statt.

X. Das Verkehrswesen

1. Neue Anlagen im Interesse des Verkehrs

Mit Ausnahme des von der Stadt erbauten Industriehafens und des von einer Aktiengesellschaft erbauten, zum Teil auf Mannheimer Gemarkung liegenden Rheinauhafens sind die Mannheimer Hafenanlagen vom badischen Staat hergestellt worden und zwar der Zollhafen im Jahre 1834, der Neckarhafen in den Jahren 1864—1875, der Mühlauhafen in den Jahren 1870—1875, der Verbindungskanal in den Jahren 1875—1878, der Binnenhafen im Jahre 1888, der Rheinhafen bei der Rheinbrücke in den Jahren 1868—1878, der Rheinkai von der Einfahrt in die Mühlaukammerschleuße bis zur Mühlaumündung in den Jahren 1891—1895, der Floßhafen in den Jahren 1886—1897. Der im Jahre 1897 begonnene Industriehafen ist noch im Ausbau begriffen.

Die Gesamtfläche der hiesigen Hafenanlagen (Wasserfläche, Lagerplätze, Fabrikanlagen, Straßen, Bahngeleise 2c.) betrug nach dem Stand vom Januar 1900:

Rheinhafen, Mühlau-Binnenhafen, Neckarhafen bis zur Floßschleuße	24123	ar
Neckarhafen von der Floßschleuße aufwärts	4320	„
Floßhafen bis zur Drehbrücke	11280	„
Industriehafen von der Drehbrücke, rechtes Ufer bis zur Kammerschleuße	13360	„
zusammen	53083	ar

Im Staatshafengebiet waren zu Anfang des Berichtsjahres errichtet 12 industrielle Etablissements mit ca. 900 Arbeitern, 7 Getreidespeicher, worunter 6 mit Siloeinrichtung, 80 sonstige Lagerhäuser, Lagerschuppen und Güterhallen, 20 Petroleumtanks und 94 zur Lagerung von Holz, Kohlen, Baumaterialien 2c. bestimmte Lagerräume. Die Getreidespeicher können durchschnittlich je 175000—250000 Sack fassen, der größte unter ihnen faßt 300000 Sack. Die Petroleumtanks fassen zusammen 3810000 Liter. Von den vorhandenen Lagerhäusern wurden betrieben: vom Staat 1, von Banken 1, sonstigen Gesellschaften 5, Privaten 17. Von den 72 Krahnen, die eine gesamte Tragfähigkeit von 207300 kg besitzen, sind 55 für Dampfbetrieb und 17 für elektrischen Betrieb eingerichtet. Außerdem waren 19 Schiebebühnen, 14 Elevatoren und 5 Rutschvorrichtungen zum Salzeinladen in Thätigkeit.

Von den beiden neuen zollärarischen Werfthallen, die sich im Zollhof hinter dem Hauptzollamtsgebäude befinden, wurde die eine im September 1899, die zweite im Juni 1900 dem Betrieb übergeben.

Diese stattliche Neuanlage, mit den modernsten technischen Einrichtungen versehen, ist mit einem Aufwand von rund 1200000 M. erstellt worden und bildet eine neue Zierde der Hafenanlagen. Der Güterumschlag wird an der südlichen Halle mittels zwei elektrischer Portalkrahnen und an der nördlichen Halle mittels drei elektrischer Portalkrahnen ausgeführt, von denen zwei eine Tragkraft von je 1250 kg, die drei andern eine Tragkraft von je 2500 kg besitzen. Seitlich der nördlichen Halle befindet sich an Stelle des alten Herkules-Handkrahnens ein neuer elektrischer Riesenkrahn mit einer Tragkraft von 30000 kg, einer Ausladung von 11 m, einer Höhe über Boden von 10 m und einer gesamten Hubhöhe von 15 m. Derselbe bewältigt eine Last von 30000 kg in etwa 10 Minuten. Die Neuanlage bietet für den Güterumschlag rund 3700 qm, sowie für Lagerung in den Kellern und auf den Böden des zweiten Stockwerks zusammen rund 7400 qm Flächenraum. Die in der Front der Hafenstraße gelegenen beiden alten Lagerhäuser enthalten rund 10500 qm Lagerräume, mithin die ganze Anlage des Zollhofs 3700 qm Umschlags- und rund 18000 qm Lagerfläche. Eisenbahngeleise auf der Ufer- und auf der Landseite der beiden neuen Hallen ermöglichen den Umschlag vom Schiff auf die Eisenbahn direkt, wie indirekt durch die Halle und umgekehrt. Der Umstand, daß der gesamte Hof zum Teil gut gepflastert und zum Teil asphaltiert ist, ermöglicht eine leichte und bequeme An- und Abfuhr der Güter mittelst Landwagen. Die ganze Anlage soll dem öffentlichen Verkehr mit Zollgütern und der Lagerung solcher dienen; nur eine Kellerabteilung ist als privates Transitlager verpachtet.

Eine gewaltige Ausdehnung haben die Mannheimer Hafenanlagen in den letztverflossenen Jahren nach Norden hin erfahren, wo das größte derzeitige und für die nächste Zukunft Mannheims wichtigste Unternehmen der Stadtgemeinde, der Industriehafen, im Ausbau begriffen ist. Der dem Chronisten zur Verfügung stehende Raum verbietet leider, die Entstehungsgeschichte des Industriehafens und seine eminente Bedeutung für unsere Stadt so eingehend darzustellen, als eigentlich wünschenswert wäre. Es sei daher auf die 1898 im Auftrag des Stadtrats vom Statistischen Amt in deutscher und englischer Sprache herausgegebene Schrift über den Industriehafen verwiesen, welche in zwei Kapiteln: Wie der Industriehafen entstand und Was der Industriehafen bietet, dieses Thema in ausführlicher Weise behandelt.

Der Mannheimer Industriehafen entstand einerseits aus der Notwendigkeit heraus, der hiesigen Großindustrie die ihr bisher fehlenden ausgedehnten Bau- und Lagerplätze in gleichzeitiger Nähe des Wassers und der Bahn zu schaffen, andererseits ist er berufen, gegenüber den Gefahren, die dem Handel Mannheims, besonders seiner Stellung als Umschlagszentrum Südwestdeutschlands drohen, an der weiteren Kräftigung der bereits hochentwickelten Mannheimer Industrie mitzuwirken.

In einer Vorstellung der hiesigen Handelskammer an das Großh. Finanzministerium vom Jahre 1891, welche auf die Notwendigkeit eines Industriehafens hinwies, wurde als geeignetster Platz

zur Erbauung desselben der Floßhafen (Altrhein, ein infolge des sog. Friesenheimer Durchstichs verlassener Rheinlauf) bezeichnet. An diesem Platz wurde festgehalten, als 1892 die Stadtverwaltung in die Verhandlungen eintrat und die Aufgabe übernahm, dieses für das gesunde Weitergedeihen unseres Gemeinwesens grundlegende Projekt zu verwirklichen. Sie war es, welche in klarer Erkenntnis der Bedeutung dieses Projekts die Initiative ergriff und ergreifen mußte. Die Stadtgemeinde wurde die Unternehmerin der gewaltigen Anlage, wobei sie sich weitgehender Förderung seitens der Großh. Staatsregierung erfreute. In einer vertragsmäßigen Vereinbarung, die das Ministerium des Innern am 10. Jan./5. Febr. 1895 mit dem Stadtrate über die Anlage und den Betrieb eines Industriehafens abschloß, stellte die Regierung das erforderliche flußbau-ärarische Gelände unentgeltlich zur Verfügung und verpflichtete sich zur Herstellung der Floßgasse und Kammerschleuße am Neckar, zur Instandhaltung des Hafenbeckens und zur Erstellung der Geleisanlagen, welche die Industrie- und Lagerplätze mit dem badischen und preußisch-hessischen Bahnnetz verbinden. Der Stadt fiel die Aufgabe zu, das erforderliche Gelände zu erwerben, nötigenfalls unter Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens, es hochwasserfrei aufzuschütten, die Ufer zu befestigen, Straßen anzulegen, für Kanalisation, Wasserleitung und Beleuchtung zu sorgen, die nötigen Industriegeleise herzustellen u. s. w. In der Bürgerausschußsitzung vom 26. März 1895 wurde der genannten Vereinbarung und dem Bauprojekt vom Bürgerausschuß einstimmig und unter lebhaftem Beifall, in voller Erkenntnis der bedeutenden Tragweite dieser Vorlage und mit rückhaltloser Anerkennung der bei den Verhandlungen bethätigten Umsicht des Oberbürgermeisters die Zustimmung erteilt.

Da bei dem Erwerb des erforderlichen Geländes außer dem Großh. Domänenärar und Privaten verschiedene rechts- und linksrheinische Gemeinden (Oppau, Friesenheim, Sandhofen, Käferthal) in Betracht kamen, ist es leicht erklärlich, daß die hierauf bezüglichen Verhandlungen sehr schwieriger und umständlicher Art waren. Einen großen Schritt vorwärts machte diese Angelegenheit mit der am 1. Januar 1897 erfolgten Einverleibung der Gemeinde Käferthal-Waldhof, der Haupteigentümerin des auf dem rechten Hafenufer benötigten Geländes.

Im Juli 1896 erfolgte das Ausschreiben der ersten Bauarbeiten, im September desselben Jahres wurden diese vergeben und im März 1897 erfolgte der Beginn der von Stadtbaurat Eisenlohr geleiteten Bauarbeiten. Der Ausbau des rechten Floßhafenufers, der mit einem voranschlagsmäßigen Kostenaufwand von 3123000 M. die erste Etappe des Unternehmens bildete, wurde im Berichtsjahr vollendet. Welch enorme Arbeit hierbei in verhältnißmäßig kurzer Zeit geleistet wurde, spricht sich in folgenden Zahlen aus. Für das rechte Ufer waren nötig: 1715400 cbm Erdbewegung, 118000 qm Uferbefestigung, 65000 qm Straßenfläche, 13100 m Geleisanlagen, 4700 cbm Mauerwerk, 190 t Eisenkonstruktion.

Bei dem schnellen Absatz der auf dem rechten Ufer verfügbaren Industrieplätze und bei der günstigen Entwicklung des mit den besten technischen Hilfsmitteln ausgerüsteten Unternehmens, dessen bedeutender Einfluß auf die industrielle Fortentwicklung Mannheims jetzt schon deutlich bemerkbar ist, wurde die Inangriffnahme des linken Ufers früher, als ursprünglich vorgesehen war, nötig. Am 15. Juni 1900 begannen die Bauarbeiten, nachdem der Bürgerausschuß am 16. Januar 1900 hierfür einstimmig den erforderlichen Kredit von 4679000 M.

Zwei Bilder zur Baugeschichte des Industriehafens.

In Ergänzung zu den Abbildungen aus den Jahren 1897 und 1901 in der Neuauflage der Industriehafenbrochüre bringt hier die Chronik zwei Bilder aus dem Jahre 1899, welche den damaligen Stand der Arbeiten veranschaulichen sollen.



Blick auf den Hafen von der Bonadiesinsel aus.

Aufnahme vom 14. Januar 1899.



Blick auf die Industriestraße gegen Waldhof zu.
Aufnahme vom 5. November 1899.

bewilligt hatte (linkes Ufer 3553000 M., Bonadiesinsel 1126000 M.). Für diese zweite Etappe des Unternehmens sieht das Bauprogramm des städtischen Tiefbauamts eine Bauzeit von drei Jahren vor mit der Maßgabe, daß bereits Ende 1901 bebauungsfähige Plätze vorhanden sein sollen. Nach Fertigstellung dieser Arbeiten wird mit einem Kostenaufwand von 8,8 Millionen eine nutzbare Fläche von über 1 Quadratkilometer (abzüglich der Straßen, Geleisanlagen rc.) geschaffen sein (Gesamtlandfläche 1413100 qm, nämlich 629400 qm auf dem rechten, 648500 qm auf dem linken Ufer und 135200 qm auf der Bonadiesinsel.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau des linken Ufers erschien eine Erweiterung des Hafengeländes notwendig, besonders um Plätze für feuergefährliche Anlagen und die Lagerung feuergefährlicher Güter zu schaffen. Als hierzu geeignet wurden ins Auge gefaßt die zwischen Altrhein und Hochwasserdamm bis zur Sandhofener Fähre auf der Friesenheimer Insel gelegenen Gewanne Oberer Hombusch, alte und neue Anlage, Weidenwörth und kalter Horst, im ganzen 193 ha 11 a 66 qm (wovon der Gemeinde Oppau 130 ha 57 a 85 qm, dem Großh. Domänenärar 18 ha 26 a 34 qm und der Rest Privaten, meist Oppauern Einwohnern, gehörig). Nur mit Großh. Domänenärar und einem Grundstückseigentümer konnte eine Vereinbarung erzielt werden; die Verhandlungen mit den übrigen blieben bei den von diesen geforderten Preisen erfolglos, und es wurde deshalb am 1. Dezember 1899 das Expropriationsverfahren eingeleitet. Da die hierauf bezüglichen Verhandlungen sich bis ins Jahr 1901 erstreckten, wird erst die nächstjährige Chronik darüber berichten können. Für den Geländeerwerb bewilligte der Bürgerausschuß am 20. Februar 1900 einen Kredit in Höhe von 1 Million.

Bezüglich früherer Expropriationen, die für den Geländeerwerb zum Ausbau des linken Ufers des Industriehafens nötig waren, sei bemerkt, daß die vom Oberlandesgericht in Karlsruhe am 29. Juni 1899 mit ihrer Klage gegen die Stadt Mannheim betr. Entschädigung für Zwangsabtretungen auf der Friesenheimer Insel abgewiesenen Gemeinden Ludwigshafen (für das mit ihr vereinigte Friesenheim) und Oppau im August 1899 Revision beim Reichsgericht einlegten. Unterm 21. Februar 1900 verwarf jedoch das Reichsgericht diese Revision und bestätigte das oberlandesgerichtliche Urteil, wonach der Gemeinde Oppau 137531.70 M. statt der geforderten 1239320 M. und der Gemeinde Ludwigshafen 126173.95 M. statt der geforderten 993065 M. zuerkannt wurden.

Um die Zugänge von der Stadt zum Industriehafen schienenfrei zu gestalten, mußte der dem Hafen parallel laufende Teil der Bahnlinie Neckarvorstadt-Waldhof der preußisch-hessischen Staatsbahn höher gelegt werden. Die Verbindung des Hafengebiets mit dem Hauptbahnhof und damit der Anschluß an das Bahnnetz wurde durch eine in der Nähe der Station Käferthal-Wohlgelegen von der preußisch-hessischen Bahnstrecke Mannheim (Hauptbahnhof)-Waldhof abgezweigte Linie hergestellt, welche die Badische Bahn erbaute. Am 15. März 1900 eröffnete die Badische Bahn den Betrieb im Industriehafen und errichtete daselbst ein Stationsamt 2. Klasse für den Güterverkehr unter der Bezeichnung Güterabfertigungsstelle Mannheim-Industriehafen. Das Mitbenützungsrecht der badischen Bahnverwaltung an der zum Hauptbahnhof führenden preußisch-hessischen Linie wurde zwischen den beteiligten Eisenbahnbehörden vertragsmäßig geregelt. Zum Zweck der Erweiterung des preußisch-hessischen Bahnhofs Neckarvorstadt wurden 19150 qm im Ochsenpferch abgetreten (16170 qm flußbauärarisches und 2980 qm städtisches Gelände), wozu der Bürgerausschuß am 20. Februar 1900 seine Genehmigung erteilte.

In dem von der Rheinauhafengesellschaft erbauten, zum Teil auf Mannheimer Gemarkung liegenden Rheinauhafen entwickelte sich der Verkehr sehr befriedigend und die Nachfrage nach Industrie- und Lagerplätzen war andauernd stark. Die Gesellschaft wurde infolgedessen zum Ausbau zweier weiterer Hafenbecken veranlaßt, die im Berichtsjahr nahezu vollendet wurden.

Infolge der Zunahme des Verkehrs und zur günstigeren Verbindung des Neckarvorstadt- und Industriehafengebietes mit der Innenstadt und dem Rheinhafendistrikt wurde die Erbauung einer zweiten Neckarbrücke notwendig, welche unterhalb der jetzigen, vom Jungbusch aus (Dalbergstraße) in die ehemaligen Neckargärten führen soll. Bei den Vorverhandlungen waren zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden, welche die Lösung dieser wichtigen Frage verzögerten.

Über den Stand und die Entwicklung der Angelegenheit berichtete Oberbürgermeister Beck infolge einer Anfrage aus der Mitte des Bürgerausschusses in einer Anfang Juni 1900 erschienenen Denkschrift. In der Stadtratssitzung vom 26. Oktober 1900 wurde auf Grund einer Beratung des Preisrichterkollegiums der Wortlaut des zu erlassenden Preisausschreibens und der Bedingungen des Wettbewerbs festgestellt und beschlossen, den Wettbewerb für alle im Reich ansässigen deutschen Ingenieure und Architekten unverzüglich auszuschreiben. Danach ist für die Brücke eine Fahrbahnbreite von 10 Meter und eine Bauzeit von 2 Jahren (vom Zuschlag an gerechnet) vorgesehen. Es wurden vier Preise ausgesetzt: ein erster Preis von 8000 Mark, ein zweiter von 5000 Mark, ein dritter von 3000 Mark und ein vierter von 2000 Mark, doch wurde die Verteilung der Preise in anderer Weise vorbehalten. Das Preisrichteramt übernahmen: Geheimer Baurat Stübben in Köln, Geheimer Baurat Professor Landsberg in Darmstadt, Oberbaurat Professor Engeßer in Karlsruhe, Stadtverordneter Architekt Hartmann und Stadtbaurat Eisenlohr in Mannheim. Als Endtermin zur Einreichung der Entwürfe wurde der 1. Mai 1901 festgesetzt.

2. Allgemeine Verkehrsangelegenheiten

Ein großartiges, auch für Mannheim hochwichtiges Projekt drang im Jahre 1900 in die Öffentlichkeit: die Einrichtung eines Großschiffahrtsweges auf dem Neckar von Mannheim bis Eßlingen. Im November erschien hierüber eine ausführliche Denkschrift, welche Handelskammersekretär Prof. Dr. Huber in Stuttgart im Auftrag des Komités für die Hebung der Neckarschiffahrt verfaßte. Die wichtigsten Ausführungen derselben sind folgende.

Als Fahrwassertiefe sind durchweg 2 Meter zu Grunde gelegt; nur für die Strecke Cannstatt-Eßlingen sind 1,5 Meter ins Auge gefaßt. Auf Grund dieser Tiefe sind von Bauamtmann Specht in München die Kosten für die badische Strecke zu 14 Mill. Mark, für die württembergische Strecke zu 16 Mill. Mark veranschlagt. Dazu kommen noch für die Strecke Cannstatt-Eßlingen 1,6 Mill. Mark. Nach einem Gutachten des Oberbaurats Schaal würden sich die Anlagekosten bis Cannstatt sogar um 10 Mill. Mark höher stellen, wozu noch ein weiteres Plus von 800000 Mark

käme, wenn die Strecke Cannstatt-Eßlingen gleichfalls eine Fahrwassertiefe von 2 Meter erhielte. Zuzüglich der erforderlichen Hafen- und Schleusenanlagen &c. erfordert das Projekt nach dem Specht'schen Gutachten 33 100 000 Mark, nach Schaal 42 700 000 Mark. Die jährlichen Einnahmen aus den auf württembergischen Gebiet anfallenden Wasserkräften werden auf rund 350 000 Mark jährlich, die auf badischem Gebiet auf das doppelte veranschlagt, sodaß zu 3½ Proz. gerechnet hierdurch ein Kapital von 30 Mill. Mark verzinst würde. Natürlich muß man im Auge behalten, daß die Verwertung der anfallenden Wasserkräfte sich nur ganz allmählich entwickeln kann. Die Frachtmenge ist zu 79,4 Mill. Tonnenkilometer in Anschlag gebracht. Der Bedarf an Schleppern ist auf zwanzig Stück berechnet und zwar solche von 44 und von 75 Pferdekräften, die 17 000 bezw. 28 000 Mark Anschaffungskosten erfordern. Als Schiffstypen sind in dem Specht'schen Gutachten 200—600 Tonnen-Schiffe zu Grunde gelegt. Was die Gesamtbetriebskosten anbelangt, so würde sich der Schiffahrtstarif nach den gemachten Kalkulationen im Vergleich zur Eisenbahn für die Strecke bis Cannstatt höher stellen und für die ganze Strecke Mannheim-Eßlingen sogar noch ungünstiger gestalten; dagegen würde die Strecke Mannheim-Heilbronn erheblich geringere Frachtkosten gegenüber der Eisenbahn ergeben. Auf der Strecke Mannheim-Cannstatt kostet heute der Waggon von 10 Tonnen 40 Mark, die Schiffsfracht käme auf 41,02 Mark; auf der Strecke Mannheim-Heilbronn heute 27 Mark, nach der Kanalisierung 23,37 Mark. Der Betriebsaufwand ist im ganzen zu 1 031 500 Mark geschätzt. Die Denkschrift resumiert dahin: „In technischer Beziehung ist für die Strecke Mannheim-Eßlingen die Herstellung eines Großschiffahrtsweges mit 2 Meter Fahrwassertiefe im Wege der Kanalisierung des Neckars ausführbar. Auf dem mittleren Neckar stellen sich dem Betrieb allerdings manche Schwierigkeiten entgegen, allein das Projekt hat für die Entwickelung der Neckarstädte eine zu große Tragweite, als daß man nicht auf der begonnenen Bahn fortfahren und fortgesetzt versuchen sollte, die beteiligten Regierungen und die öffentliche Meinung für die Ausführung des Projektes zu erwärmen."

Seit ca. 9 Jahren ist die Frage der Strom-Regulierung des Oberrheins Gegenstand ununterbrochener Verhandlungen, ohne daß jedoch bis jetzt diese Lebensfrage für den oberrheinischen Schiffahrtsverkehr größeren Stils und die neuerbauten oberrheinischen Häfen zu einer abschließenden Lösung gebracht werden konnte. Im Oktober 1900 richtete die Straßburger Handelskammer in dieser Angelegenheit anläßlich des andauernden niederen Wasserstandes eine Petition an das elsässisch-lothringische Ministerium, worin auch die Möglichkeit eines linksrheinischen Seitenkanals von Ludwigshafen nach Straßburg gestreift wurde.

In dieser Petition, welche der hiesige Partikulier-Schifferverband „Jus et Justitia" befürwortete (siehe den Abdruck im Rechenschaftsbericht 1900, S. 31 ff.), wurde auf die großen Risiken, Opfer und Schwierigkeiten hingewiesen, denen alle Beteiligten bei der Schiffahrt auf dem unregulierten Oberrhein ausgesetzt seien. Eine weitere Verzögerung in der Frage der Verbesserung der Wasserstraße werde die größten wirtschaftlichen Nachteile zur Folge haben. Die Schiffahrtsgesellschaften würden nicht länger gesonnen sein, den Betrieb nach Straßburg unter Verlusten aufrecht zu erhalten, der Handelsstand werde der Rheinschiffahrt, die ihm nur Unkosten und Unannehmlichkeiten gebracht habe, keine Güter mehr anvertrauen wollen und zum Bahntransport zurückkehren; dann aber habe der unter großen Opfern erbaute Straßburger Hafen seinen Zweck verfehlt.

Im 89. Band der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, welcher die Frage der Eisenbahntarife und Wasserfrachten in fünf Aufsätzen behandelt, betitelt sich der letzte und größte Abschnitt, verfaßt vom kgl. Betriebsingenieur Heubach in Würzburg, „Skizzen über Verkehrsentwicklung, Frachtpreise und Verkehrspolitik am Oberrhein und in Südwestdeutschland".

Der wirtschaftlichen Bedeutung und Entwickelung des Platzes Mannheim-Ludwigshafen ist in dieser Darstellung ein besonders breiter Raum zubemessen. Ausführlich behandelt ist auch die Frage der Regulierung des Oberrheins, über welche sich der Verfasser in folgender bemerkenswerter Weise äußert: „Nicht unerwähnt mag bleiben, daß die Wirkungen der Oberrhein-Regulierung nicht selten überschätzt werden. Nach dem von dem badischen Oberbaudirektor Honsell 1897 ausgearbeiteten Projekt soll eine, auch bei Niederwasser hinreichend tiefe Schiffahrtsrinne von etwa 100 Meter Breite hergestellt werden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sich in dieser verhältnismäßig engen Rinne derselbe Verkehr entwickeln kann, wie bis Mannheim; jedenfalls würde ein lebhafter Verkehr auch nach der Regulierung ganz besondere Betriebsweise erfordern. Darin liegt aber schon ein Moment, welches auf Erhöhung der Wasserfracht hinwirkt; da das starke Gefälle die Frachten dieser Strecke in dem gleichen Sinne beeinflußt, so wird es nicht unberechtigt sein, anzunehmen, daß der Umschlagsverkehr von Mannheim-Ludwigshafen zwar relativ einen Entgang durch die Regulierung bis Straßburg erfahren kann, daß aber die Verschiebung nicht so bedeutend wird, wie viele hoffen oder fürchten."

Unter dem Titel „Mannheimer Verkehrsfragen" veröffentlichte im Juni 1900 Direktor Ferd. Speer eine Broschüre, worin er eine vorher in der Neuen Bad. Landeszeitung abgedruckte Artikelserie gesammelt erscheinen ließ.

Er fordert darin die Schaffung einer selbständigen, vom hiesigen Betriebsinspektor unabhängigen Dienststelle für den Güterverkehr und ihre Besetzung durch einen dem Betriebsinspektor im Range gleichstehenden Beamten, ferner geeignete Vertretung der Mannheimer Verkehrsinteressen in der Centraleisenbahnverwaltung durch einen Mannheimer Fachmann (unter dem Hinweis darauf, daß der Güterversandt ab Mannheim etwa 45 % des gesamten Güterversandts der badischen Bahn beträgt) und macht auf die Schädigung aufmerksam, die der Platz Mannheim-Ludwigshafen, bisher Endpunkt der Großschiffahrt auf dem Rhein, erlitten hat bezw. noch erleiden wird durch die Eröffnung des Metzgerthorhafens in Straßburg (1892), durch die von Straßburg angestrebte Rheinkorrektion, durch den Bau des Karlsruher Hafens (erbaut mit einem Staatszuschuß von 2 Millionen Mark, eröffnet 1. Mai 1901) und des von der badischen Eisenbahnverwaltung erbauten Kehler Hafens (erbaut mit einem staatlichen Aufwand von über 9,5 Millionen Mark, eröffnet 4. Mai 1900). „Wenn die Erwartungen sich erfüllen, die von Seiten der Erbauer an diese neuen Häfen geknüpft werden, so verliert Mannheim seinen württembergischen, mittel- und südbayerischen, einen Teil seines badischen und elsässischen Verkehrs an Karlsruhe, seinen übrigen südlichen Verkehr, also speziell auch die Schweiz an Kehl. Denn ersteres hat z. B. für Getreide einen Frachtvorsprung von M. 19 per Wagen, nach Stuttgart und München, Kehl einen solchen von M. 27—38 nach Basel vor Mannheim . . ."
„Eine Schädigung Mannheims durch die neuen Häfen (folgert der Verfasser) wird nur dann vermieden und das Gedeihen dieser letzteren nur dann herbeigeführt werden können, wenn die Tarifpolitik der beteiligten Eisenbahnen neue Wege einschlagen wird . . ."

Die Mannheimer Bahnhofsverhältnisse, insbesondere die dem enorm angewachsenen Güter- und Personenverkehr nicht mehr genügende Ausdehnung der Hauptbahnhofsanlage bildeten den Gegenstand einer eingehenden Denkschrift der Handelskammer, die Anfang Februar der Großh. Generaldirektion in Karlsruhe vorgelegt wurde, nachdem die Handelskammer schon im Dezember 1899 auf die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes aufmerksam gemacht hatte.

Die Großh. Generaldirektion erwiderte am 27. Februar auf die Denkschrift der Handelskammer folgendes: „Es ist nicht zu verkennen, daß die Bahnhofsverhältnisse in Mannheim den gesteigerten Bedürfnissen nicht mehr entsprechend gestaltet und daß die Strecken Mannheim-Friedrichsfeld-Heidelberg und Mannheim-Schwetzingen mit Zügen dicht belegt sind. Es ist deshalb die Erbauung eines neuen großen Rangierbahnhofs, die zeitgemäße Erweiterung des Personenbahnhofs nach Verlegung des Rangiergeschäfts in den neuen Rangierbahnhof und die Überführung der Personenzüge der Rheinthalbahn und der Güterzüge der Lampertheimer Linie über die Gleise der Friedrichsfelder Strecke in Aussicht genommen. Der Bau des neuen Rangierbahnhofs soll sofort in Angriff genommen und derart gefördert werden, daß bis zum kommenden Spätjahr zum mindesten die von Heidelberg kommenden Güterzüge in denselben aufgenommen und dort verarbeitet werden können, während die übrigen Züge einstweilen noch im alten Rangierbahnhof verarbeitet werden sollen. Gleichzeitig werden die besonderen Güterzugsgleise Schwetzingen-Mannheim neuer Rangierbahnhof und die Überleitung der Schwetzinger Personenzugsgleise über die Friedrichsfelder Gleise in Angriff genommen werden, während der weitere Ausbau des neuen Rangierbahnhofs mit allen Mitteln so beschleunigt werden soll, daß er spätestens bis zum Jahre 1903 vollständig in Betrieb genommen werden und daran anschließend der Umbau des Personenbahnhofs in Mannheim in die Wege geleitet werden kann. Bis letzterer bewirkt ist, könnte auch die Erstellung des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Mannheim-Friedrichsfeld keine wesentliche Verbesserung herbeiführen, weil die Erschwernisse in der Zugsabfertigung weniger auf der freien Strecke, als vielmehr in den beengten Bahnhofsverhältnissen zu Mannheim und Heidelberg zu suchen sind. Die Entscheidung über diese Frage wird daher einer späteren Zeit vorzubehalten sein."

Am 9. März weilte Minister von Brauer, von mehreren Räten der Generaldirektion begleitet, in dieser Angelegenheit hier, wobei den Delegierten der Handelskammer bei der Besichtigung der Bahnhofsanlagen die Pläne für die Um- und Erweiterungsbauten vorgelegt und erläutert wurden. Bei Aufnahme der Arbeiten wurde in Aussicht genommen, bis zum Herbst des Berichtsjahres zwei Rangiergruppen rechts der Strecke nach Friedrichsfeld, die einen Teil des neuen Rangierbahnhofs bilden, betriebsfertig herzurichten. Dies gelang jedoch nur bei einer dieser Gruppen, welche gegen Ende des Berichtsjahres in Betrieb genommen wurde.

Da die Arbeiten im Herbst zu stocken schienen, richtete die Handelskammer am 11. September an die Gr. Generaldirektion die Bitte um Beschleunigung, wobei sie mit der Befürchtung nicht zurückhielt, daß wenn die sehr viel umfangreicheren Arbeiten zur Erstellung des neuen Rangierbahnhofs verhältnismäßig ebensoviel Zeit in Anspruch nehmen würden, wie die Erbauung der ersten Rangiergruppe, seine Vollendung auf Jahre hinaus verzögert und in absehbarer Zeit die auch von der Verwaltung anerkannten schweren Mißstände im Hauptbahnhof nicht beseitigt werden würden. Zur schleunigeren Erledigung des großen Bauvorhabens empfahl die Kammer die Übertragung der Arbeiten an einen oder mehrere leistungsfähige Großunternehmer.

Zugleich wurde, anläßlich eines Umbaues der für den Gepäckdienst bestimmten Räume im Hauptbahnhof, auf die Belästigungen und Gefahren aufmerksam gemacht, denen das Publikum durch die Belegung des Hauptbahnsteiges mit Gepäckstücken, Expreßgutsendungen, Karren und Wagen ausgesetzt ist und um deren Beseitigung, womöglich durch Verlegung des Expreßgutdienstes an eine nicht für den Verkehr des Publikums notwendig frei zu haltende Stelle des Bahnhofs gebeten.

Die Gr. Generaldirektion erwiderte hierauf, daß die Arbeiten an der zweiten Rangiergruppe lediglich durch die Schwierigkeiten und Umstände der Geländeerwerbung verzögert worden seien; die späteren umfangreichen Arbeiten am neuen Rangierbahnhof würden, wie üblich, an Großunternehmer in Akkord vergeben werden. Der Mißstand, daß seither wegen Raummangels Gepäck- und Expreßgutstücke häufig auf dem Bahnsteig gelagert werden mußten, werde durch die Erweiterung der zur Annahme und Aufbewahrung von Gepäck und Expreßgütern bestimmten Räume beseitigt werden.

3. Nachrichtenverkehr

Die bedeutende Steigerung, die der hiesige Postverkehr in fast allen seinen Zweigen erfahren hat, ist aus folgender Tabelle ersichtlich, wobei zu beachten ist, daß die Vororte nicht berücksichtigt sind.

	1899		1900	
	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang
Briefe, Postkarten, Drucksachen u. dgl. . .	16166000	20775000	18576000	24687000
Postanweisungen, Stück	824964	498136	851867	563488
Betrag M.	76167916	34325451	82055219	38483020
Zeitungsverkehr:				
Von der Postanstalt als Verlagspostanstalt				
beim Verleger bezogene Exemplare . .	—	6889	—	16222
beförderte Zeitungsnummern	—	1712311	—	2536916
beförderte außergewöhnliche Beilagen	—	178540	—	303987
Von der Postanstalt als Absatzpostanstalt				
für Bezieher im Ort bezogene Exemplare	7328	—	7205	—
für Bezieher im Ort bezogene Zeitungsnummern	1822597	—	1784845	—
Fahrpost:				
Packete ohne Wertangabe, Stück. . . .	699306	655065	704534	657567
Packete mit Wertangabe, Stück	22391	13255	24842	13831
Briefe und Kästchen mit Wertangabe, Stück	64858	39420	63278	37978
Zusammen Stück	786555	707740	792654	709376

	1899		1900	
	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang
Wertbetrag der Packete mit Wertangabe M.	54619044	63779405	81053157	25531943
Wertbetrag der Briefe rc. mit Wertangabe M.	84833618	47714034	82247877	58184134
Nachnahmeverkehr:				
Briefe, Stück	59995	96439	75861	90953
Packete, Stück	39927	27860	44194	42282
Zusammen Stück	99922	124299	120055	133235
Zusammen Nachnahmebetrag M.	1519732	4185926	1908545	4695686
Postauftragsverkehr:				
Postaufträge zur Einziehung von Geldbeträgen, Stück	16467	90658	17901	94988
Betrag M.	1699293	—	2120194	—
Postaufträge zur Wechselaccept-Einholung	389	—	363	—

Die Zahlen: 30 Millionen, 36 Millionen und 43 Millionen für die 1898, 1899 und 1900 auf den hiesigen Postämtern angekommenen und abgegangenen Briefe, Postkarten, Drucksachen u. s. w. geben beredte Kunde von der Vermehrung des Nachrichtenverkehrs in unserer Stadt. Nach einer statistischen Zusammenstellung der Handelskammer (Jahresbericht 1900 I., S. 243) betrug der Gesamtbrief- und Packet-Verkehr 1899 in Mannheim 38 435 197 Stück, es entfielen also auf den Kopf der Bevölkerung 421,9 Stück. Mit dieser Verhältniszahl nimmt Mannheim die erste Stelle unter den deutschen Großstädten ein; am nächsten kommen ihm Leipzig, Frankfurt, Berlin und Hamburg. Leipzig: 164 Millionen, d. h. pro Kopf 398,7 Stück; Frankfurt: 88 Millionen, d. h. pro Kopf 386,8 Stück, Berlin: 568 Millionen, d. h. pro Kopf 339 Stück, Hamburg: 208 Millionen, d. h. pro Kopf 333,6 Stück.

Im Postanweisungsverkehr (Einzahlungen und Auszahlungen) erreichte Mannheim 1899 110 Millionen Mark, also pro Kopf der Bevölkerung M. 1213 und stand auch mit dieser Verhältniszahl wie schon seit Jahren an erster Stelle. Es folgten: Frankfurt mit 239 Millionen, d. h. M. 1044 pro Kopf, Stettin mit 123 Millionen, d. h. M. 878 pro Kopf, Köln mit 276 Millionen, d. h. M. 858 pro Kopf, Leipzig mit 349 Millionen, d. h. M. 846 pro Kopf.

Am 1. April des Berichtsjahres traten wichtige Änderungen im Postwesen in Kraft bezüglich der Portotaxen, welche für den Orts- und Nahverkehr eine beträchtliche Herabminderung erfuhren. Für den Postverkehr Mannheims mit Waldhof, Käferthal, Neckarau, Feudenheim und Ludwigshafen traten die Gebühren für Ortssendungen (Briefe 5 Pfg., Karten 2 Pfg. u. s. w.) in Kraft.

Infolge der neuen postgesetzlichen Bestimmungen mußte an demselben Tage die hier seit einigen Jahren bestehende Privat-Postanstalt ihren Betrieb einstellen. Einer der Teilhaber der ehemaligen Privatpost eröffnete eine Packet-Beförderungsanstalt (verbunden mit Inkassos, Auszahlen von Rechnungen und Beförderung von Geldsendungen).

Über den hiesigen Telegramm-Verkehr in den Jahren 1900 (1899) unterrichten nachfolgende Zahlen. Die Gesamtzahl der aufgegebenen und eingelaufenen Telegramme betrug 606397 (591842) Stück. Es kamen hier an (ausschließlich der Durchgangstelegramme) 313059 (307280) und wurden aufgeliefert insgesamt 293338 (284562) Telegramme. Von den letzteren gingen ab: nach dem Reichspostgebiet 178905 (170222) Stück, nach Ländern außerhalb des Reichspostgebiets 114433 (114340) Stück,

nämlich nach Bayern, Württemberg und dem übrigen Europa	111548	Stück
nach Asien	338	„
„ Afrika	63	„
„ Amerika	2484	„

Im Durchgangsverkehr wurden aufgenommen und weiter befördert: 422491 Stück.

Bezüglich des Depeschenverkehrs (aufgegebene und eingelaufene Telegramme) stand Mannheim im Jahre 1899 mit 591842 Stück, d. h. 6,5 Stück pro Kopf der Bevölkerung, an vierter Stelle unter den deutschen Städten; ihm voran gingen Frankfurt mit 1700000 Stück d. h. 7,4 pro Kopf, Hamburg mit 4300000 Stück d. h. 6,9 pro Kopf und Bremen mit 950000 Stück d. h. 6,7 pro Kopf.

Auch der Fernsprech-Verkehr hat in Mannheim eine namhafte Erweiterung erfahren. Die Stadtfernsprecheinrichtung zählte im Vorjahre 1759 Teilnehmer mit 2139 Sprechapparaten und führte nahezu 6 Millionen Verbindungen aus. Ende 1900 betrug die Zahl der Teilnehmer 1818, auf die 2385 Fernsprechstellen entfallen, nämlich: 6 öffentliche Fernsprechstellen (darunter 2 mit Automatenbetrieb), 1908 Hauptanschlüsse, 471 Nebenanschlüsse. Gesprächsverbindungen wurden hergestellt: für den Ort 6249045, mit Ludwigshafen 867010, im Fernverkehr 378980. Zum Sprechverkehr mit Mannheim sind im Berichtsjahre neu zugelassen worden: 290 Orte im Reichspostgebiet, 2 in Bayern, 23 in Württemberg, 2 in Belgien.

Im Telephon-Verkehr traten am 1. April neue Gebühren-Bestimmungen in Kraft. Die Jahresbauschgebühr für eine unbeschränkte Zahl von Gesprächen beträgt seitdem 160 Mark, daneben gilt eine Gesprächsgebühr, welche sich zusammensetzt aus der Grundgebühr von 75 Mark und der einzelnen Gesprächsgebühr von 5 Pfennig, mindestens jedoch 20 Mark jährlich. Ferner wurde die Anbringung von Nebenanschlüssen gestattet.

Von den Bemühungen der Handelskammer, beim Reichspostamt die Zulassung Mannheims zum Sprechverkehr mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und dem Saargebiet, sowie die direkte Verbindung Mannheims mit Berlin zu erlangen, war vorläufig nur die das Saargebiet betreffende von Erfolg begleitet.

Die Frage der Legung eines direkten Telephonkabels Mannheim-Berlin wurde am 4. Januar in einer von der Handelskammer berufenen Versammlung von Interessenten behandelt. Alle Redner erklärten, daß sie die bisherige indirekte Verbindung Mannheim-Berlin nur in den notwendigsten Fällen benutzten, weil die Verständigung äußerst mangelhaft sei, und man außerdem oft mehrere Stunden warten müsse, bis die Verbindung hergestellt sei.

Auf eine diesbezügliche Eingabe an das Reichspostamt erfolgte der Bescheid, daß die Einstellung der Kosten in den Etat von 1900 unmöglich sei und für 1901 nur dann in Aussicht genommen werden könne, wenn die Interessenten für zirka 35000 Mark Betriebskosten und Anlagekapitalverzinsung Gewähr leisteten.

In der bereits (S. 66) erwähnten Frage der Erweiterung des Hauptpostgebäudes verhütete das gemeinsame Auftreten des Stadtrats und der Handelskammer (Petition an den Reichstag 5. Januar 1900), daß hier, wie zu befürchten stand, etwas Unzureichendes und Unbefriedigendes geschaffen wurde.

Unter Hinweis auf die außerordentliche Verkehrssteigerung des hiesigen Platzes wurde betont, daß nur durch Hinzuerwerbung des Giulini'schen Eckhauses (außer dem Schneider'schen Anwesen) der Neubau den vorhandenen Bedürfnissen entsprechen werde. Ferner wurde Berücksichtigung berechtigter architektonisch-ästhetischer Interessen gefordert durch einheitliche Ausgestaltung des Erweiterungsbaus im Spätrenaissance-Stil des vorhandenen Gebäudes. Dank der Vertretung der Mannheimer Interessen in der Budgetkommission durch den Abgeordneten Bassermann entschied der Reichstag im Sinne dieser Petition. Im Etat von 1901 waren für Erwerbung des Giulini'schen Hauses und als erste Baurate 600000 Mark vorgesehen.

4. Güterverkehr

Für den Schiffs-Güterverkehr im Hafen ist eine bedeutende Steigerung zu konstatieren. Die Gesamtzahl der angekommenen und abgegangenen Schiffe betrug im Vorjahr 32711, im Berichtsjahr 35914, was einer Zunahme von 3203 oder 9,79% entspricht. Das Gesamtgewicht der zu Schiff angekommenen und abgegangenen Güter hat sich von 4524792 Tonnen des Vorjahres auf 5169295 Tonnen, also um 644503 Tonnen gehoben. Dagegen ist der Floßverkehr, der 1898 noch 206808 Tonnen und 1899 178910 Tonnen betrug, im Berichtsjahr abermals zurückgegangen und zwar auf 162172 Tonnen, also um 16738 Tonnen. Die Zahl der Flöße betrug 625 (1899: 730). Bei Abzug der für den Floßverkehr ermittelten Rückgangsziffer des Tonnengewichts von der oben angegebenen Zunahme des Schiffsverkehrs ergiebt sich für den Gesamtgüterverkehr im Hafen eine Steigerung von 627765 Tonnen oder 13,3% (gegen 4,4% im Vorjahr). Hierbei ist besonders der Dezember wegen des damals herrschenden günstigen Wasserstandes beteiligt, da dieser eine Rheinzufuhr von 394000 gegen nur 96000 Tonnen im Vorjahr ermöglichte.

Über den hiesigen Schiffsgüterverkehr giebt nachstehende Zusammenstellung noch weitere Auskunft:

Dampfschiffe	Ankunft	Abgang	Gesamtverkehr
Stückzahl	1391	1384	2775
darunter unbeladen	14	7	21
Tonnenzahl der Güter	119924	97510	217434

Schleppkähne (Segelschiffe)	Ankunft	Abgang	Gesamtverkehr
Stückzahl	16461	16678	33139
darunter unbeladen	—	13402	13042
Tonnenzahl der Güter	4333719	618142	4951861
Gesamtzahl der Schiffe	17852	18062	35914
Gesamttonnengewicht der Güter	4453643	715652	5169295

Um ein Bild von dem Umfang des gesamten Mannheimer Hafenverkehrs zu geben, ist es nötig, den Verkehr in dem zum großen Teil auf Mannheimer Gemarkung liegenden Rheinauhafen mit einzurechnen. Derselbe hat sich von 109380 Tonnen (1898) und 388621 Tonnen (1899) auf 557085 Tonnen gehoben; der gesamte Hafenverkehr von Mannheim betrug somit im Berichtsjahre: 5169265 (Mannheimer Schiffsverkehr) + 162172 (Mannheimer Floßverkehr) + 557085 (Rheinauhafenverkehr) = **5888552** Tonnen (1899: 5092323), hat also die sechste Million nahezu erreicht.

Im Jahre 1881 hatte der Verkehr im Mannheimer Rhein- und Neckarhafen einschließlich des Floßverkehrs erst die erste Million überschritten, 1888 die zweite, 1892 die dritte, 1896 die vierte, 1899 einschließlich des Rheinauhafens die fünfte.

Bezüglich der Entwicklung der Zu- und Abfuhr der einzelnen Artikel muß auf die Zusammenstellung in den Berichten des statistischen Amts verwiesen werden. Für die wichtigsten Artikel sind folgende Zahlen in Tonnen ermittelt worden:

Artikel	Zu- und Abfuhr per Schiff		Zu- (+) oder Abnahme (—)	
	1899	1900	absolut	%
Steinkohlen und Coaks	1915263	2347447	+ 432184	+ 22,6
Getreide und Hülsenfrüchte	888799	668931	— 219868	— 24,7
Salz	209817	240844	+ 31027	+ 14,8
Holz (ohne Flöße)	189912	218838	+ 28926	+ 15,2
Petroleum	117023	121130	+ 4107	+ 3,5
Cement	93968	84477	— 9491	— 10,1
Ölsaat	61589	54341	— 7248	— 11,8
Mehl	26698	30029	+ 3331	+ 12,5

Hieraus ist ersichtlich, daß der Kohlenverkehr zu Schiff (wie auch im Bahnversandt) eine erhebliche Steigerung, der Getreideverkehr aber eine starke Verminderung aufzuweisen hatte. Auch der Cement- und Ölsaaten-Verkehr ist zurückgegangen, dagegen haben Holz, Mehl und Salz im richtigen Verhältnis zur gesamten Verkehrssteigerung zugenommen. Der Petroleumverkehr betrug 1898 138538 Tonnen, sank 1899 auf 117023 Tonnen, also um 15,5 %, und hob sich 1900 wieder auf 121130 Tonnen, also um rund 4000 Tonnen oder um 3,5 %. Über die Gründe dieses auffallenden Sinkens äußert sich der Bericht der Mannheimer Handelskammer 1899 II.

Mit der rückläufigen Bewegung der Verkehrsziffern gewisser Güterarten hängt zusammen, daß die Zolleingänge in Mannheim sich in den letzten Jahren in absteigender Linie bewegten. Während der Gesamtzollbetrag von 1895 sich auf 24,2 Mill. Mark belief und 1898 auf 29,6 Mill. Mark stieg, bezifferte er sich 1899 auf 24,6 Mill. und 1900 auf 23,9 Mill. Unter den wichtigsten Warengattungen wurde Weizen 1898 mit 12,4 Mill., 1899 mit 10,7 Mill., 1900 mit 8,8 Mill. Mark verzollt; Petroleum 1898 mit 4,3 Mill., 1899 mit 4,1 Mill., 1900 mit 3,8 Mill.; roher Kaffee 1898 mit 2 Mill., 1899 mit 1,38 Mill., 1900 mit 1,44 Mill.; Mais 1898 mit 2,1 Mill., 1900 mit 1,4 Mill. Mark.

Mannheims Bedeutung im deutschen Außenhandel tritt uns klar vor Augen, wenn wir die Ziffern betrachten, welche seinen Anteil an der Einfuhr wichtiger Artikel in das deutsche Zollgebiet darstellen. Im Jahre 1900 betrug die Gesamt-Weizeneinfuhr des deutschen Zollgebiets annähernd 13 Millionen Tonnen; hieran ist Mannheim mit über 2½ Millionen Tonnen beteiligt, oder anders ausgedrückt, mit 203,5 pro Mille, d. h. etwas über ein Fünftel der ganzen deutschen Weizeneinfuhr fällt auf Mannheim. Im Vorjahre stand diese Ziffer (ebenso wie die Gesamteinfuhrmenge) noch höher: 217,1 pro Mille. Der Anteil Mannheims an der Petroleumeinfuhr ist gestiegen von 65,4 auf 69,3 pro Mille, beträgt also ungefähr den 14. Teil der Gesamtmenge.

Für den Eisenbahngüterverkehr des hiesigen Platzes konstatiert das statistische Amt analoge Symptome wie für den Schiffsgüterverkehr: starke Steigerung des Kohlen- und erhebliche Verminderung des Getreideversandts.

Der Versandt von Steinkohlen nimmt weitaus die erste Stelle ein und ist im ständigen Wachsen begriffen.*) Er betrug 1898 auf hiesiger Station: 1 191 829, 1899: 1 388 840 und 1900: 1 643 745 Tonnen. Der Abgang von Kohlenwagen ab Station Mannheim (Bad. Bahn) erreichte im Jahre 1900 die Ziffer 156 178 (1895: 91 497, 1899: 135 095). Der Bahnversandt von Getreide zeigte im Berichtsjahr auf hiesiger Station entsprechend der außergewöhnlich ruhigen Marktlage einen Rückgang. Er betrug 1898: 716 953, 1899: 520 798 und 1900: 424 951 Tonnen. Die dritte Stelle nimmt Petroleum ein, bei dem die gleiche Erscheinung zu konstatieren ist; 1898: 115 014, 1899: 100 184, 1900: 99 465 Tonnen. Die nächstwichtigsten Versandt-Artikel sind: fabriziertes Eisen, Cement, Holz und Mehl. Was die Zufuhr per Bahn betrifft, so steht hier Holz obenan; 1898: 169 372, 1899: 152 921, 1900: 166 425 Tonnen. Sodann folgen: fabriziertes Eisen (1900: 64 774 Tonnen) und Steinkohlen (1900: 58 097 Tonnen). Die Zufuhr der Hauptmengen der hierher verhandelten Kohlen, des Getreides und Petroleums erfolgt natürlich zu Schiff.

Mehrfache Eingaben der Handelskammer an die Generaldirektion der Badischen Bahnen betrafen den Mangel an Eisenbahnwagen zum Gütertransport.

Im Mai, Juli und August wurden, wie der Handelskammerbericht hervorhebt, kürzere Stockungen beobachtet; längere Perioden empfindlichen Wagenmangels traten im September infolge des

*) Zu beachten ist, daß bei den hier folgenden Zahlenangaben für das Jahr 1900 der Verkehr der Bad. Bahn und der Preuß.-Hess. Staatsbahn berücksichtigt ist, für die früheren Jahre nur der ersteren.

Manöverbedarfs und kurz darauf im Oktober ein, als der in diesem Jahre außergewöhnlich große Herbstverkehr in Wein, Obst, Feldfrüchten und Vieh unerwartet rasch einsetzte. Der Wagenmangel wirkte um so störender, als sich gerade auf diese Monate ein sehr großer Teil des jährlichen Kohlenversandts zusammenzudrängen pflegt. In den 10 Tagen vom 8.—18. Oktober haben von den durchschnittlich täglich bestellten 1439 Wagen nicht weniger als 342 d. h. fast der vierte Teil gefehlt; an einzelnen Tagen hat die Fehlmenge sogar 600 Stück und mehr betragen. Bereits am 24. September sah sich die Bahnverwaltung genötigt, zu dem für viele Verkehrsinteressenten sehr unbequemen Mittel der Verkürzung der Ladefristen zu schreiten.

5. Personenverkehr

Der hiesige Eisenbahn-Personenverkehr ist in fortdauerndem Steigen begriffen. Noch 1895 nahm Mannheim bezüglich des Personenverkehrs auf der Badischen Bahn die vierte Stelle unter den Stationen des Großherzogtums ein, seit 1897 aber steht es an erster Stelle, die es mit rasch anwachsendem Vorsprung behauptet. Die Zahl der hier verkauften Fahrkarten hat sich von 1895 bis 1899 nahezu verdoppelt. Über die im Berichtsjahr hier verausgabten Fahrkarten unterrichtet nachstehende Zusammenstellung.

	Badische Bahn (Hauptbahnhof)	Preuß.-hess. Bahn (Hauptbahnhof und Neckarvorstadt)	Zusammen	
einfache Fahrkarten				
für Erwachsene	1651798	165742	1817540	1831657
für Kinder	9116	5001	14117	
Rückfahrkarten				
für Erwachsene	236352	44496	280748	287130
für Kinder	5691	691	6382	
Arbeiterwochenkarten	24567	9038	33605	
Zeit- und Monatskarten	2594	1279	3873	
Kilometerhefte	18671	—		

Die gesamte Zahl der hier verkauften einfachen Fahrkarten (einschl. preußisch-hessische Bahn) ist von 1565775 im Vorjahr auf 1831657 im Berichtsjahre gestiegen, die der Rückfahrkarten von 267548 auf 287130. Eine sehr erhebliche Zunahme weist die Zahl der Arbeiterwochenkarten für tägliche Hin- und Rückfahrt auf; sie betrug 1899: 26343, 1900: 33605. Die Zahl der gelösten Zeit- und Monatskarten ist von 3534 auf 3873, die der Kilometerhefte von 16494 auf 18671 gestiegen.

Ebenso wie der Lokalzugsverkehr hat sich auch der Verkehr auf der Strecke Mannheim-Heidelberg außerordentlich stark entwickelt, wozu besonders der Andrang des Publikums an den Sonntagen der schönen Jahreszeit mitwirkte. Trotz der Fürsorge und Aufmerksamkeit der Bahnverwaltung traten gelegentlich in den

Beförderungsverhältnissen auf dieser Strecke mancherlei Mißstände zu Tage, die auch zu lebhaften Erörterungen in der Presse führten. In den Vordergrund der öffentlichen Meinungsäußerung wurde die Frage der Verbesserung des Mannheim-Heidelberger Verkehrs im Zusammenhang mit der des Lokalzugverkehrs überhaupt anläßlich des Heidelberger Eisenbahn-Unglücks (siehe Cap. XVII) gestellt. Das im Jahre 1899 aufgetauchte Projekt einer elektrischen Bahnverbindung Mannheim-Heidelberg, die von den beiden Städten erbaut und betrieben werden sollte, kam nicht über das Stadium der ersten Verhandlungen heraus, da keine Aussicht auf Erteilung der staatlichen Konzession vorhanden war.

Bei den infolge dieses Projekts eingeleiteten Verhandlungen mit der staatlichen Eisenbahnbehörde über Verbesserungen im Verkehr auf der Bahnlinie Mannheim-Heidelberg wurde seitens des Stadtrats und der Handelskammer der alte, noch immer unerfüllte Wunsch nach Erstellung eines dritten Geleises geltend gemacht, wovon eine wesentliche Verkehrs-Erleichterung erhofft wird. In dem Bestreben, diese Strecke zu entlasten, ist leider von der Bahnverwaltung ein großer Teil des Güterverkehrs nach Karlsruhe, Bretten u. s. w. auf die Rheinthalbahn übergeleitet worden, im Gegensatz zu den Interessen Mannheims, die auf eine Vermehrung der Schnellzüge auf der nicht übermäßig mit Güterzügen zu belastenden Rheinthalbahnstrecke und in Zusammenhang damit auf eine erweiterte Angliederung Mannheims an den Durchgangsverkehr hinzielen.

Diese Interessen hatten im Vorjahr durch die Einziehung des Abendzugs 12a eine schwere Schädigung erlitten. Auf die vom Stadtrat und der Handelskammer gemeinsam unternommenen Schritte hin wurde jedoch dieser Schnellzug (ab Karlsruhe 5.57, an Mannheim 6.57 abends) vom 1. Mai ab wieder eingestellt. Ferner unterstützte die Handelskammer Wünsche bezüglich der Verbesserung der Schnellzugsverbindung Heidelberg-Berlin über Würzburg und der Nachmittagsverbindung Nürnberg-Mannheim. Dem Antrag der Handelskammer entsprechend wurde im Winterfahrplan 1900/1901 ein Personenzug Heidelberg-Bruchsal eingelegt, ab Heidelberg 8.10, an Bruchsal 9.00 morgens, mit Halt an allen Stationen, wodurch den hiesigen Industriellen der Besuch ihrer auf dieser Strecke gelegenen Etablissements und Filialen erleichtert wird.

Die Mängel der Personenverbindung Mannheim-Stuttgart bilden seit Jahren den Gegenstand von Beschwerden, die von der Handelskammer und neuerdings von dieser in Verbindung mit dem Stadtrat bei Großh. Generaldirektion mit nachdrücklichem Hinweis auf die regen geschäftlichen Beziehungen beider Städte und die berechtigten Interessen Mannheims vorgetragen wurden. Anträge der Handelskammer betr. die bessere Verbindung Mannheims mit der Hinterpfalz, ferner mit Saarbrücken, Saargemünd, Neunkirchen und Zweibrücken führten leider zu keinem Resultat. Bezüglich der Vormittagsverbindung mit Lorsch wurden die seitens der Handelskammer vorgetragenen Wünsche der Tabaksbranche-Angehörigen im Winterfahrplan berücksichtigt.

Eine außerordentliche Wichtigkeit kommt im Mannheimer Industriebezirk den Neben- und Vorortbahnen zu. Im Berichtsjahr beförderte die Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheimer Nebenbahn 792597 Personen von und

770546 Personen nach Mannheim und die Mannheim-Feudenheimer Dampfstraßenbahn 1099343 Personen.

Die neue Nebenbahn Mannheim (Neckarvorstadt)-Waldhof-Sandhofen, welche von Mannheim bis Waldhof das Geleise der preußisch-hessischen Staatsbahn benutzt und von Waldhof bis Sandhofen auf eigenem Geleise fährt, wurde am 16. Juli dem Betrieb übergeben. Es verkehrten zuerst je 4, dann ab 1. Oktober je 5 Züge von bezw. nach Sandhofen.

In einer seitens des Bürgermeisteramts an die Großh. Regierung gerichteten Vorstellung vom 31. März 1898, worin gebeten wurde, vor der Verbescheidung von Gesuchen um Konzessionierung von Vorortbahnen, welche die Interessen Mannheims berühren, der Stadtgemeinde Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Wünsche und Bedenken zu geben, legte der Oberbürgermeister die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte dar, unter denen die hiesige Stadtgemeinde den Vorortbahnverkehr in ihre Hände zu bringen bestrebt ist. Es heißt darin u. a.:

„Die Stadtgemeinde verfolgt hierbei in erster Linie allgemein-wirtschaftliche, gesundheitliche und sozialpolitische Zwecke; in finanzieller Hinsicht wird von der Stadtgemeinde zunächst nichts weiter verlangt, als daß die betreffenden Bahnen die Selbstkosten des Baues und Betriebes decken; auf die Erzielung eines hohen Gewinnes wird nicht hingearbeitet.

Die Großindustrie, welche durch die Anlage des Industriehafens sich voraussichtlich in Mannheim ansiedeln wird, bedarf einer Arbeitermenge, welche zur Zeit in Mannheim noch nicht vorhanden ist. Sie wird dieselbe erst herbeiziehen und wird dazu, soweit die industrielle Reservearbeiterschaft nicht ausreicht, auf das platte Land übergreifen. Daß dort genügend Arbeitskräfte vorhanden sind, welche sich gern in den Dienst der Großindustrie stellen werden, ist nach den bisherigen Erfahrungen zweifellos. Läßt man die Dinge hier gehen, so wie sie bisher gegangen sind, so wird ein starker Zuzug aus der Landwirtschaft nach der Stadt eine Entvölkerung des platten Landes herbeiführen und alle die oft beklagten Mißstände dieses wirtschaftlichen Notstandes werden sich nicht nur in den Dörfern der Umgegend, sondern auch in der Stadt Mannheim selbst geltend machen. Den Eintritt einer derartigen Kalamität will die Stadtgemeinde verhüten. Die für die Großindustrie notwendige Arbeiterschaft soll derselben zur Verfügung gestellt werden, ohne daß die Ansiedelung dieser Arbeiter in Mannheim stattfindet. Das Mittel dazu sollen die Vorortbahnen bieten.

Die Stadtgemeinde Mannheim hat kein Interesse ihrerseits daran, die Zahl desjenigen Teiles ihrer Bevölkerung, welcher von der Hand in den Mund lebt, also insbesondere die Industriearbeiterschaft, zu vermehren. Der durch die Zunahme dieses Bevölkerungsteils hervorgerufene Gemeindeaufwand hat jetzt bereits eine solche Höhe erreicht, daß eine weitere Steigerung desselben höchst unerwünscht wäre. Namentlich sind die Aussichten auf die Inanspruchnahme der Gemeinde in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs oder einer Krisis geradezu beängstigender Natur. Auch die schweren gesundheitlichen und sittlichen Gefahren, mit welchen die in Mannheim vorhandene und den früheren Besserungsversuchen der Gemeinde wenig zugängliche Wohnungsnot der Arbeiterbevölkerung diese selbst und die Gemeinde bedroht, verlangen gebieterisch die Fernhaltung eines unnötigen Zuzugs der dieser Wohnungsnot verfallenden Bevölkerungsteile.

Weit mehr jedoch noch als diese Gefährdung kommunaler Interessen muß die Sorge für das leibliche und geistige Wohl der Landbevölkerung die öffentlichen Behörden veranlassen, auf eine Festhaltung dieser Volkselemente am altangestammten Wohnsitze hinzuarbeiten. Auf dem Lande kann sich der Industriearbeiter diejenige wirtschaftliche Grundlage erhalten, welche ihn vor dem Verfall in das Proletariat rettet, einmal, weil dort die Lebenshaltung eine billigere ist als in der Stadt und dann, weil die Verbindung eines kleinen landwirtschaftlichen Betriebes mit der Thätigkeit in der Industrie durch entsprechende Arbeitsteilung in der Familie ermöglicht ist. Welche wirtschaftlichen und sozialpolitischen Folgen dieser Besitz eines kleinen Stückes liegenschaftlichen Besitzes für die Industriearbeiter und deren Familie nach sich zieht, ist von berufener Seite und namentlich durch die Berichte des Großherzoglichen Fabrikinspektors so eingehend und klar dargelegt worden, daß eine Wiederholung hier erübrigt. Nimmt man hinzu, in welch günstiger Weise der Aufenthalt in der gesunderen Luft des platten Landes und den besseren Wohnverhältnissen des Dorfes den körperlichen, die Einwirkung des sozialen und sittlichen Milieus der Bauerngemeinde den geistigen Gesundheitszustand des Industriearbeiters beeinflußt, so wird man unschwer erkennen, welch weittragende Bedeutung diese Festhaltung eines großen Teiles unseres Volkes in überkommenen Lebensbedingungen für den ganzen sozialen Organismus hat..."

Des weiteren wird noch darauf hingewiesen, daß der durch die hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreise gedrückte kleinere Mittelstand zweifellos mit Freuden die Gelegenheit ergreifen werde, durch Verlegung des Wohnsitzes in die Vororte die Kosten der Lebenshaltung zu verringern oder diese zu verbessern. Außerdem sei auch das Erholungsbedürfnis der Stadtbevölkerung bei der Ausdehnung des Vorortbahnverkehrs in Betracht zu ziehen.

Bald nachher kam es darauf an, in der Vorortbahnfrage die städtischen Interessen zu wahren, als im Jahre 1899 über die Erwerbung der Dampfstraßenbahn Mannheim-Feudenheim Verhandlungen eines Finanzkonsortiums bestehend aus der Oberrheinischen und der Deutschen Bank mit dem Konzessionsinhaber schwebten. Ein dem Bürgerausschuß am 28. April 1899 vorgelegter Vertrag der Stadtgemeinde mit der Oberrheinischen Bank, betreffend die Erwerbung der genannten Bahn, den Bau der Linie Feudenheim-Ilvesheim-Ladenburg-Schriesheim und den Betrieb dieser Linien wurde als für die Stadt ungünstig mit großer Majorität abgelehnt, dagegen wurde am gleichen Tag folgende Resolution des Stadtverordnetenvorstands einstimmig angenommen:

„Der Stadtrat wird ersucht, im Sinne des Erlasses Großh. Ministeriums des Innern vom 6. August 1898 sofort Verhandlungen anzuknüpfen behufs schleuniger Erwerbung der Konzession und ferner bei der Großh. Regierung die Erteilung einer Konzession für die Bahnlinie Feudenheim-Ilvesheim-Ladenburg-Schriesheim, deren alsbaldiger Bau auf städtische Kosten wünschenswert erscheint, sowie für etwa weitere in Aussicht genommene Vorortbahnen zu beantragen."

Der in dieser Resolution erwähnte Ministerialerlaß besagte, daß die Übertragung der dem Alt-Ratschreiber Martin Lutz in Feudenheim am 21. September 1883 für die Strecke Mannheim-Feudenheim erteilten Konzession nur im Falle der Abtretung derselben an die Stadtgemeinde Mannheim genehmigt werde, vorausgesetzt daß

die Stadtgemeinde annähernd dieselben Leistungen gewähre, wie sie von der Oberrheinischen Bank geboten wurden. Die hiernach eingeleiteten Verhandlungen führten zum Abschluß eines vom Bürgerausschuß am 16. Januar 1900 einstimmig genehmigten Vertrags, demzufolge die Bahn Mannheim-Feudenheim zum Kaufpreis von M. 600000 von den bisherigen Inhabern Lutz und Consorten in den Besitz der Stadtgemeinde Mannheim überging.

Daraufhin wurde das Tiefbauamt mit der Ausarbeitung eines Projekts für den Ausbau der Bahn bis Schriesheim beauftragt und Großh. Ministerium um Erteilung der Konzession für die neuprojektierte Strecke ersucht.

Gleichzeitig schwebten schwierige und zeitraubende Verhandlungen des Stadtrats mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft, der von der Regierung auf Grund der ihr verliehenen Konzessionen vom 15. September 1886 (für die Strecke Käferthal-Viernheim-Weinheim), 18. Oktober 1889 (für die Strecke Weinheim-Heidelberg) und 13. Juni 1890 (für die Strecke Mannheim-Heidelberg) ein Vorzugsrecht bei Abzweigungen und Verlängerungen genannter Strecken eingeräumt worden war. Den Anlaß zu diesen Verhandlungen gab die Absicht der Gesellschaft, die Nebenbahnlinien Käferthal-Wallstadt-Heddesheim und Käferthal-Industriehafen zu erbauen, sowie ferner gegen das städtische Projekt der Fortsetzung der Linie Mannheim-Feudenheim nach Schriesheim Einspruch zu erheben, weil sie selbst die Strecke Heddesheim-Schriesheim bauen wollte. Da die Stadtverwaltung, die außerdem den elektrischen Betrieb auf den Strecken Mannheim-Käferthal und Mannheim-Feudenheim in Aussicht nahm, ihre Vorortbahnpolitik auf einem so wichtigen Gebiete ihrer Interessensphäre nicht durchkreuzen lassen durfte, mußte sie sich unter weitgehenden Zugeständnissen an die Gesellschaft zu einer Betriebsgemeinschaft mit dieser verstehen, die durch eine vorläufige Vereinbarung vom 25. September 1899 und sodann durch einen vom Bürgerausschuß am 8. Januar 1901 einstimmig genehmigten Vertrag geregelt wurde.

Hierin erklärte sich die Gesellschaft unter Verzicht auf obenerwähntes Vorzugsrecht damit einverstanden, daß die Stadtgemeinde für folgende Strecken die Konzessionen erwirbt: Käferthal-Wallstadt-Heddesheim, Käferthal-Industriehafen (Waldhof), Mannheim-Feudenheim-Ilvesheim-Ladenburg-Schriesheim, Käferthal oder Wallstadt-Ilvesheim oder Feudenheim. Der Bau der neuen Linien erfolgt auf Kosten der Stadtgemeinde durch die Gesellschaft. Die Stadtgemeinde steht im Eigentum der neuen Bahnanlagen. Die Gesellschaft übernimmt den Betrieb und stellt das rollende Material, das sie entsprechend zu vermehren hat. Auf Kosten der Gesellschaft wird die Strecke Mannheim-Käferthal zweigeleisig ausgebaut und bei Wohlgelegen eine Überführung der preußisch-hessischen Linie Mannheim-Frankfurt erstellt. Die Bahnhöfe Schriesheim und Käferthal, nötigenfalls auch Mannheim werden auf Kosten der Gesellschaft erweitert. Auf den Strecken Mannheim-Feudenheim und Mannheim-Käferthal wird zwischen die Dampfbahnzüge ein elektrischer Betrieb mit Motorwagen der städtischen Straßenbahn eingelegt. Für die

Mitbenutzung der letzteren der Gesellschaft gehörigen Strecke zahlt die Stadt jährlich an die Gesellschaft 2 Prozent des Gesamtbauaufwands und die Hälfte des Unterhaltungsaufwands, wogegen die Gesellschaft für die Mitbenutzung der Feudenheimer Strecke einen in gleicher Weise zu berechnenden Betrag an die Stadt zu zahlen hat. Auf die Feststellung der Tarife und Fahrpläne hat sich die Stadt die in ihrem Interesse liegende Einflußnahme gesichert. Die weiteren Bestimmungen des Vertrages betreffen hauptsächlich die Art der Verteilung des Betriebsüberschusses, welche nach Maßgabe des beiderseits investierten Kapitals erfolgt, so jedoch, daß die Gesellschaft vorweg Anspruch auf den Betrag hat, der sich im letzten Geschäftsjahr 1899/1900 als Betriebsüberschuß der Linien Mannheim-Heidelberg-Weinheim-Mannheim ergeben hat. Veranschlagt wurden die von der Stadt aufzubringenden Baukosten der neuen Linien Käferthal-Wallstadt-Heddesheim, Käferthal-Industriehafen, Feudenheim-Schriesheim und Wallstadt-Ilvesheim auf 1894000 Mark; ferner die Kosten der elektrischen Ausrüstung der Strecken Mannheim-Feudenheim und Mannheim-Käferthal (einschließlich des Kaufpreises der Feudenheimer Bahn) auf 1269000 Mark, sodaß die Stadt in den nächsten Jahren ca. 3 Millionen für die Vorortbahnen aufzubringen hat. Der Gesellschaft dagegen fallen zur Last für Stellung der Betriebsmittel ca. 500000 Mark, für Erweiterung der Bahnhöfe und die Überführung bei Wohlgelegen ca. 700000 Mark, also gegen 2 Millionen.

Die Frage der Einführung der elektrischen Straßenbahn beschäftigte die Stadtverwaltung schon seit mehreren Jahren. Aber erst in den Jahren 1899 und 1900 konnten die komplicierten Vorverhandlungen zu Ende geführt werden. In seiner Sitzung vom 5. Oktober 1897 beschloß der Stadtrat, um dem Wunsche des Publikums nach Errichtung elektrischer Bahnen Rechnung zu tragen: sobald mit Erbauung eines städtischen Elektrizitätswerkes die Frage der Stromzuführung gelöst sei, mit der Pferdebahngesellschaft wegen vorzeitiger Ablösung der Konzession in Unterhandlung zu treten, die staatliche Genehmigung zum Betrieb elektrischer Bahnen durch die Stadtgemeinde Mannheim zu erwirken und mit Ludwigshafen über die Art der Einrichtung und des Betriebs der Bahnen eine Einigung anzustreben. Über die Resultate der Vorverhandlungen und die Einführung der elektrischen Straßenbahn erstatteten Bürgermeister Ritter und Direktor Löwit in der Beilage zur Bürgerausschußvorlage vom 15. Mai 1900 ausführlichen Bericht. Für Anschaffung des Oberbaumaterials (System Haarmann) bewilligte der Bürgerausschuß am 16. Februar 1899 M. 921500, am 26. Juli 1899 zur Bestreitung unverschieblicher Ausgaben bei der Geleisverlegung M. 1000000 und am 16. Januar 1900 als weitere Kostenrate M. 1500000. Am 15. Mai 1900 wurde sodann vom Bürgerausschuß ein Kredit von M. 1912500 bewilligt und am 29. Mai 1900 das Ortsstatut über die Verwaltung der elektrischen Straßenbahn genehmigt, worin u. a. auch der Betrieb und die Tarifgestaltung festgesetzt wurde. Die der Stadtgemeinde erteilte, für 50 Jahre geltende Konzessionsurkunde des Großh. Ministeriums des Innern ist datiert vom 29. April 1900. Für die bisher zur Zuständigkeit des Tiefbauamts gehörigen Angelegenheiten des Straßenbahnwesens wurde

mit Wirkung vom 1. Februar 1900 eine neue Amtsstelle errichtet: das städtische Straßenbahnamt, zu dessen Vorstand Direktor Löwit, früher in Basel, ernannt wurde. Am 1. Juli 1900 ging die Pferdebahn aus dem Besitz der Société anonyme de Tramways de Mannheim et Ludwigshafen in das Eigentum der Stadtgemeinde über. Die Geleisverlegungsarbeiten für die im Berichtsjahr fertiggestellten Strecken Rundbahn-Nordschleife und Panorama-Waldhof waren teilweise mit einer erheblichen Zeitaufwand beanspruchenden Neuherstellung der betreffenden Straßen verbunden, so auf der Straßenstrecke Heidelbergerstraße-Planken-Rheinstraße. Am 27. August wurde der Pferdebahnbetrieb auf der Strecke Pfälzerhof-Wasserturm-Kaiserring, am 3. September auf der Strecke Jungbusch-Pfälzerhof eingestellt und am 10. September ein provisorischer Pferdebahnbetrieb Friedrichsbrücke-Hauptbahnhof über den Friedrichs- und Kaiserring eingerichtet. Am 27. September wurde letzterer wieder eingestellt, da der Pferdebahnbetrieb (mit abgeänderten 1 Meter-spurigen Wagen) auf der Strecke Pfälzerhof-Wasserturm-Bahnhof wieder aufgenommen wurde.

Die landespolizeiliche Abnahme der zuerst dem Betrieb übergebenen Strecke: Rundbahn-Nordschleife fand am 6. Dezember, eine Probefahrt seitens der städtischen Kollegien am Nachmittag des 8. Dezember statt.

Die Fahrt begann um halb 2 Uhr in sechs reich geflaggten elektrischen Straßenbahnwagen am Wasserturm und ging zunächst nach dem Hauptbahnhof. Von hier aus fuhr man zurück nach dem Wasserturm und den Friedrichsring entlang nach der am Panorama gelegenen, im Bau begriffenen Wagenhalle, die besichtigt wurde. Nach kurzem Aufenthalt wurden die Wagen wieder bestiegen und die Fahrt fortgesetzt. Dieselbe ging den Luisenring entlang, durch die Rheinstraße, über die Planken und die Heidelbergerstraße, dann nochmals über den Friedrichsring und von da über die Neckarbrücke nach dem Industriehafen, von wo aus die Rückfahrt erfolgte. Die Probefahrt verlief auf das Beste. Allgemein lobte man die ruhige Gangart der Wagen, die sich in vorteilhafter Weise unterscheide von den Straßenbahnwagen mancher anderer Städte, die vielfach mit starken Stoßbewegungen fahren. Die innere Ausstattung der Wagen ist eine sehr freundliche.

Die Eröffnung des elektrischen Betriebs fand auf der Linie Rundbahn-Nordschleife (Hauptbahnhof - Kaiserring - Friedrichsring - Luisenring - Rheinstraße - Planken - Heidelbergerstraße - Kaiserring - Hauptbahnhof und umgekehrt, rote bezw. gelbe Linie) Montag, den 10. Dezember und auf der Linie Panorama-Industriehafen Montag, den 17. Dezember statt. Diese Daten bilden in der großstädtischen Entwicklung Mannheims und seines Straßenbahnverkehrs markante Punkte. Erst mit der Einführung des elektrischen Betriebs konnte der hiesige Straßenbahnverkehr den erhöhten Anforderungen genügen, welche die moderne Zeit an ihn stellte.

Inbetreff der Verbindung mit Ludwigshafen waren bis Ende des Berichtsjahres noch nicht die sämtlichen hierbei in Frage kommenden Entschließungen erfolgt. Wegen der geplanten Umführung der elektrischen Bahn um das Schloß an der

Schloßterrasse vorüber zur Rheinbrücke erfolgten längere Verhandlungen mit der Generalintendanz der Großh. Civilliste, die jedoch dem diesbezüglichen Gesuch des Stadtrats nicht entsprechen zu können erklärte, weil durch eine unmittelbar vor den fürstlichen Gemächern vorbeigeführte elektrische Bahnlinie die Benutzbarkeit des Schlosses für einen längeren Aufenthalt des Hofes in Frage gestellt werde. Sie stellte aber das erforderliche Schloßgartengelände behufs Durchführung der elektrischen Bahn vom Bismarckstraßendurchbruch bis zur Rheinbrückenrampe an der Rheinlust zur Verfügung.

Nach dem bereits erwähnten Beschluß des Bürgerausschusses vom 16. Februar 1899 wurde für die hiesige elektrische Bahn das Oberbau-System Haarmann, Profil 47 f, angenommen. Die Schienen-Verlegung geschah zum Teil in chaussierten und gepflasterten und zum Teil in asphaltierten Straßen. In letzteren wurden unter die Schienen elastische Zwischenlagen, sog. Asphaltsteinplatten gelegt. Die Schienen wurden durch elektrische Längs- und Querverbindungen verbunden, weil dieselben für die Rückleitung des Stromes benützt werden. Die Speisung des Netzes geschieht durch 7 Speisepunkte, während der Strom mittelst 2 Rückleitungskabel zu den Maschinen zurückgeleitet wird. Von der Oberleitung wird der Strom mittelst Bügel abgenommen. Zum Schutze gegen Schwachstrom-, Telephon- und Telegraphenleitungen werden entweder Holzleisten oder Schutznetze verwendet, welche eine Berührung des Telephon- oder Telegraphendrahtes mit der Arbeitsleitung verhindern. Als Kraftquelle dient das städtische Elektricitätswerk; der hochgespannte Wechselstrom desselben wird in einer Umformerstation in der Kepplerstraße, für deren Erbauung der Bürgerausschuß am 16. Januar 1900 272000 Mark bewilligte, in Gleichstrom umgeformt. Es sind drei Maschinen à 250 K.W. aufgestellt, welche mit einer Pufferbatterie parallel auf das Netz arbeiten. Das Rollmaterial ist nach den modernsten Fortschritten auf dem Gebiet der Bahntechnik ausgeführt. Die Wagen sind mit zwei Motoren ausgerüstet und entsprechen ganz den vorgeschriebenen Bedingungen. Für die Unterbringung des Wagenparks dient die im Berichtsjahr im Bau begriffene große Depotanlage beim Panorama. Die vom Großh. Bezirksamt am 22. November veröffentlichte Verkehrs- und Betriebsordnung für die städtische Straßenbahn setzt als höchste zulässige Fahrgeschwindigkeit fest: 12 km pro Stunde innerhalb des Rings, 15 km am Ring und außerhalb desselben. Die Aufnahme der Mitfahrenden erfolgt nur an den vorgeschriebenen Haltestellen. Auf- und Abspringen ist strengstens verboten. Die Motorwagen und die Anhängewagen dürfen an der größten Ausladung eine Breite von 2 m nicht überschreiten. Die Länge der Wagen beträgt zwischen den Puffern gemessen 8,5 bis 9 m; mehr als ein Anhängewagen ist für einen Zug im Stadtverkehr nicht gestattet.

Für die Bemessung des Fahrpreises wurden die einzelnen Linien des Straßenbahnnetzes in Tarifstrecken eingeteilt. Es beträgt der Fahrpreis für die Person: für die Befahrung bis zu drei zusammenhängenden Teilstrecken 10 Pfennig; für mehr als drei bis zu fünf zusammenhängenden Teilstrecken 15 Pfennig; für mehr als fünf zusammenhängende Teilstrecken 20 Pfennig; für Kinder zwischen dem 6. und 12. Lebensjahr: für die 10 und 15 Pfennigstrecken 5 Pfennig, für die 20 Pfennigstrecken 10 Pfennig. Außerdem werden Abonnementskarten, Schülerkarten, Arbeiterkarten und Zeitkarten (Jahres-, Halbjahrs- und Monatsabonnements) ausgegeben.

XI. Das wirtschaftliche Leben

1. Allgemeine Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung.

Zu den wichtigsten Merkmalen der wirtschaftlichen Entwicklung gehört die Bewegung der Steuerkapitalien, die wir hier nach den offiziellen Staatssteuer-Katasterabschlüssen einer näheren Betrachtung unterziehen. (Vergl. S. 38.) Für die gesamten Mannheimer Steuerkapitalien hat sich im Berichtsjahr eine Vermehrung von nahezu 85 Millionen Mark ergeben. In dieser enormen Ziffer kommt der Rückgang der Konjunktur noch nicht zum Ausdruck. Die Mannheimer Steuerkapitalien haben sich seit Einführung der neuen Steuergesetzgebung, 1886 bis 1901, von 315 auf 773, also um 458 Millionen, d. h. um mehr als zwei Drittel vermehrt, allerdings unter Einrechnung der inzwischen einverleibten Gemeinden Käferthal und Neckarau. Dies und die Thatsache, daß die hiesigen Steuerkapitalien in den drei letzten Jahren um 190 Millionen, d. h. rund um ein Drittel zugenommen haben, beweist, in welch reichem Maße Mannheim an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilnehmen durfte.

Nach der Einkommen-Steuerveranlagung für 1901 betrug

	in Alt-Mannheim:	Käferthal:	Neckarau:	Mannheim mit Vororten:	Zunahme gegen 1891:	
Das Einkommen	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	%
im Ganzen	109633054	3967450	4913251	118513755	58298751 =	96,8
Hiervon entfallen auf Grundstücke, Gebäude und Landwirtschaft	10301464	393112	655444	11350020	4583564 =	67,7
Gewerbebetrieb . . .	41363356	392325	887313	42642994	17455852 =	69,3
sonstige Arbeit	45202842	3059591	3189760	51452193	30393728 =	144,4
Kapitalien und Renten	12765392	122422	180734	13068548	5865607 =	81,4
Schuldzinsen	7827764	3139096	300812	8267672	3645903 =	78,9
Steuerbares Einkommen	101805290	3828354	4612439	110246083	54652848 =	98,3
% des letzteren vom Gesamteinkommen . . .	92,9	96,5	93,9	93,0		
Steueranschlag	67752175	1319650	1829550	70901375	34638250 =	95,5

Die Verteilung der Einkommensteuerpflichtigen auf die einzelnen Steuergruppen war nach der Steuerveranlagung für 1901 verglichen mit der von 1891 folgende:

Jährliches Einkommen von:	Zahl der Steuerpflichtigen		Prozentuale Zunahme: 1891—1901	Die Pflichtigen der einzelnen Stufen in Prozenten aller Pflichtigen:	
	i. J. 1901	i. J. 1891		1901	1891
500 M.	1020	967	5,5	2,4	4,4
600—900 „	10288	9094	13,1	24,5	41,6
1000—1500 „	18211	5543	228,5	43,4	25,4
1600—3000 „	7686	3339	130,2	18,3	15,3
3100—10000 „	3754	2232	68,2	8,9	10,2
10500—20000 „	551	410	34,4	1,3	2,0
20500—49000 „	288	171	68,4	0,68	0,7
50000—100000 „	105	43	144,2	0,25	0,2
100000—200000 „	40	15	166,7	0,09	0,1
200000—500000 „	17	11	54,5	0,04	0,05
500000—1000000 „	8	2	300,0	0,02	0,05
über 1000000 „	3	1	200,0	0,01	
Gesamtzahl der Pflichtigen	41971	21928	91,4		

Die Einwohnerzahl hat sich in dem Jahrzehnt von 1891—1901 von 79255 auf 141147 d. h. um 78,5 % vermehrt; die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen hat noch viel stärker zugenommen, nämlich um 91,4 %. In derselben Periode ist das Gesamteinkommen um 96,8 %, das steuerbare Einkommen um 98,3 % angewachsen. Es kommen hier im Durchschnitt:

auf einen Steuerpflichtigen	1891	M. 2535	steuerbares Einkommen,	M. 1656	Steueranschlag
„ „ „	1901	„ 2626	„ „ ,	„ 1689	„
„ „ Einwohner	1891	„ 701	„ „ ,	„ 458	„
„ „ „	1901	„ 779	„ „ ,	„ 454	„

Auf 1000 Einwohner entfielen in Mannheim im Jahre 1886: 267, 1891: 269, 1896: 281, 1901: 296,6 Steuerpflichtige.

Die Zahl der Einwohner Badens betrug Ende 1900: 1866584, die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen: 468607. An ersterer Zahl ist Mannheim mit 7,58 %, an letzterer mit 8,96 % beteiligt. Obenstehende Tabelle zeigt, daß die Zahl der Steuerpflichtigen in den oberſten Einkommenstufen prozentual die stärkste Vermehrung innerhalb des letzten Jahrzehnts aufweist, sodann die der Einkommenstufen von 1000—3000 Mark. Auch die übrigen Steuerklassen lassen erhebliche Zugänge konstatieren. Während die kleinsten steuerbaren Einkommen (500 M.) 1891 noch 4,4 % aller Pflichtigen ausmachten (1886 gar 11,9 %), ist der Anteil derselben an der Gesamtpflichtigenzahl 1901 nur noch 2,4 %. Ebenso ist der Anteil der Pflichtigen in den Einkommenstufen von 600—900 M. von 41,6 % auf 24,5 %, also um $^2/_5$ zurückgegangen, wogegen sich der Anteil der Einkommen von 1000—1500 M. von 25,4 auf 43,4 %, der Anteil der Einkommen von 1600—3000 M. von 15,3 % auf 18,3 % gehoben hat (vgl. die letzten Rubriken obiger Tabelle).

Einen augenfälligen Beweis des Aufschwungs unserer Stadt gewährt die folgende auf Grund des Jahrbuchs der Frankfurter Börse (Ausgabe 1900) bearbeitete Zusammenstellung. Danach waren mit Ausschluß der Aktiengesellschaften zu geselligen oder gemeinnützigen Zwecken domiziliert:

	in Mannheim		im übrigen Großherzogtum	
	Aktien-gesellschaften	mit einem Aktienkapital	Aktien-gesellschaften	mit einem Aktienkapital
Ende 1897	46	161223718	98	90130602
Ende 1899	64	227230856	133	133193266

In Mannheim ist danach bedeutend mehr Aktienkapital domiziliert als im übrigen Großherzogtum, 1897 71 Millionen und 1899 sogar 94 Millionen mehr. Dabei sind die Filialen auswärtiger Aktiengesellschaften nicht berücksichtigt. Auf eine Aktiengesellschaft entfällt durchschnittlich in Mannheim ein Gesellschaftskapital von 3½ Millionen, im übrigen Baden von rund 1 Million. An der außerordentlichen Steigerung von 66 Millionen oder über 40% binnen zwei Jahren sind in Mannheim in erster Linie die Banken beteiligt, deren Kapital von 63 auf 98 Millionen gewachsen ist. Die Mittel der Versicherungsgesellschaften haben sich von 16,6 auf 21,6 Millionen, der Schiffahrtsgesellschaften von 6,3 auf 10,3 Millionen gehoben und fast in sämtlichen anderen Gewerbszweigen ist eine mehr oder minder starke Steigerung zu verzeichnen gewesen. Zieht man daneben die zahlreichen Gründungen von Gesellschaften m. b. H. in Betracht, so erhält man eine Vorstellung davon, welche Kapitalinvestierungen allein am hiesigen Platze der Aufschwung des wirtschaftlichen Lebens in den letzten zwei Jahren im Gefolge gehabt hat. Im übrigen Großherzogtum haben insbesondere die Maschinen- und Bahngesellschaften eine wesentliche Vermehrung des Betriebskapitals aufzuweisen, ebenso die Aktienbrauereien, deren Zahl von 25 auf 32, deren Aktienkapital von 23,6 auf 30,3 Millionen gewachsen ist.

Die Aufstellung der Wählerlisten für die hiesigen Stadtverordneten-Wahlen ergab im August 1899: 12602 Wähler der dritten Klasse (Umlagebeträge von M. 28.75 und weniger), 2800 Wähler der zweiten Klasse (Umlagebeträge von 28.75 bis 220.34) und 1400 der ersten Klasse (Umlagebeträge von M. 220.57 bis 47898.97).

Als weitere Symptome wirtschaftlicher Zustände kommen die Zahlen der Pfandschuldenbewegung in Betracht (siehe S. 80), ferner die Ergebnisse der statistischen Erhebungen über den Sparkasse- und Leihhausverkehr, die Konkurse u. s. w.

Der Sparkasse-Verkehr gestaltete sich folgendermaßen: Es erfolgten 50934 Einzahlungen im Betrag von M. 6670286.19 gegen 49156 im Betrag von M. 6367897.36, also ein Plus von 1778 Einzahlungen mit einem Wert von M. 302388.83. Die Rückzahlungen beliefen sich auf 28846 im Betrag von M. 6303398.69; sie haben gegen das Vorjahr (27011 mit M. 6266768.08) um 1835 Fälle und einen Betrag von M. 36630.61 zugenommen. Doch ergibt

ein Vergleich von Einzahlungen und Rückzahlungen das günstige Resultat, daß der Überschuß der Einzahlungen M. 366887.50 betrug, gegen M. 101129.28 des Vorjahres, also sich mehr als verdreifacht hat. Eine Betrachtung der einzelnen Monate läßt erkennen, daß der Einlagenüberschuß im Januar mit rund 285000 M. seinen höchsten Stand erreichte und jenen im Parallelmonat des Vorjahres wesentlich übertraf; weiterhin sind die Monate November und Juli mit beträchtlichen Einlageüberschüssen vertreten, während der Überschuß der Rückzahlungen sich am stärksten im September, Dezember und Juni geltend machte. Im März betrug dieser Überschuß nur rund 700 M. gegen 47000 M. im Parallelmonat; im April und Mai aber, wo in den beiden letzten Jahren ein kleiner Einlagenüberschuß vorhanden war, stieg der Überschuß der Rückzahlungen. Von Juli bis Ende des Jahres stand der Überschuß der Einzahlungen wesentlich höher als im Jahre 1899. (Siehe die graphische Darstellung in den statistischen Monatsberichten.) Im ganzen betrug die Zahl der Einleger im Berichtsjahr: 29197 (1899: 28017); an dieser Zahl sind die Einlageguthaben von 101—250 Mark am stärksten, nämlich mit 20,46 %, sodann die von 251—500 Mark mit 16,76 %, und die von 1—50 Mark mit 16,67 % beteiligt. Zu der Gesamteinlagensumme von 19431300 Mark (1899: 18491566 Mark) wurden 24,02 % seitens der Einleger mit einem Guthaben in Höhe von 1001—2000 Mark beigesteuert.
Mit Genehmigung des Bürgerausschusses (16. Januar 1900) wurde der Lage des Geldmarkts entsprechend der Zins der Sparkasse heraufgesetzt wie folgt: für M. 500 einschließlich M. 5000 von 3 % auf 3¼ %, von M. 5000 an von 2½ % auf 3 %.
Das **Leihhaus** hatte am Schluß des Vorjahres einen Bestand von 30719 Pfändern im Betrag von M. 199129, am Schluß des Berichtsjahres 34443 Pfänder im Betrag von M. 227196. Zugegangen sind während des Berichtsjahres 123295 Pfänder im Wert von M. 644640, ausgelöst wurden 115017 Pfänder im Wert von M. 594407, versteigert 4554 Pfänder für M. 22166. Eine Betrachtung der einzelnen Monate zeigt, daß im Januar der Überschuß der Neuversetzungen gegen die Auslösungen mit circa 15000 Mark den höchsten Stand erreichte, den nächsthöchsten im Juli, Mai und Oktober. Die Auslösungen überwogen am stärksten im März und September.
Im Jahre 1900 wurden hier 37 **Konkursverfahren** eröffnet (1899: 25), und zwar entfielen hiervon 33 auf physische Personen und 4 auf Handelsgesellschaften u. s. w.

Unter den statistisch erkennbaren Merkmalen gehobenen Wohlstandes spielen die **Konsum-Verhältniszahlen** eine wichtige Rolle; dieselben müssen deshalb ebenfalls in diesem Zusammenhang betrachtet werden.

In hiesiger Stadt wurden im Berichtsjahre 9287358 kg **Fleisch** verzehrt (1899: 7934424 kg); auf die mittlere Einwohnerzahl des Jahres berechnet betrug demnach der Tageskonsum pro Kopf der Bevölkerung 0,186 kg (1899: 0,170 kg). Diese Steigerung der Durchschnittsziffer darf jedoch nicht ausschließlich auf Rechnung des vermehrten Konsums gesetzt werden, weil infolge der Zentralisation aller Schlachtungen im neueröffneten Schlachthof die Anschreibungen genauer geworden sind.
Der gesamte **Gasverbrauch** betrug absolut 8321221 cbm (1899: 7659648 cbm), d. h. pro Kopf und Tag 0,192 cbm (1899: 0,193; 1898: 0,188 cbm). Gestiegen ist der Verbrauch an Leuchtgas gegen das Vorjahr um 3,4 % (1,6 %), sehr bedeutend gestiegen der Verbrauch an Koch- und Heizgas um 35,8 % (28,4 %); der Verbrauch an Motorengas dagegen, der im Vorjahre noch eine Steigerung von 11,5 % aufzuweisen hatte, ist infolge der Konkurrenz seitens der elektrischen Kraft um 14,0 % zurückgegangen (absolut um 146161 cbm), wodurch natürlich die Gesamtkonsumziffer beeinträchtigt wurde. (Vgl. auch S. 42.)

Vergleichsweise seien hier auch die entsprechenden Ziffern für den Wasserverbrauch angeführt. Die Wasserförderung betrug im Berichtsjahr wie im Vorjahr 0,085 cbm pro Kopf und Tag, absolut 3772910 cbm im Jahre 1900 und 3552790 cbm im Jahre 1899, was einer prozentualen Zunahme von 6,2 % entspricht.

Die Wohlhabenheit der hiesigen Einwohnerschaft findet einen sehr charakteristischen Ausdruck in der relativ sehr starken Dienstbotenhaltung, welche mit 4,9 Dienstboten auf je 100 Einwohner ausweislich der Berufszählung von 1895 nur hinter den Großstädten Frankfurt, Stuttgart und Charlottenburg zurücksteht.

2. Handel und Industrie

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim hielt im Berichtsjahre 11 Plenarsitzungen, in denen über 120 Gegenstände beraten wurden. Die gesetzlich vorgeschriebene Versammlung der Wahlberechtigten fand am 11. April statt. Über die Thätigkeit der Handelskammer giebt der Jahresbericht derselben in seinem gutachtlichen Teil ausführliche Nachricht. Das Wichtigste hiervon wurde von uns in der Chronik an seinem Orte erwähnt; hauptsächlich in diesem und dem vorigen Kapitel. Präsident der Handelskammer war im Berichtsjahre Geh. Kommerzienrat Phil. Diffené, Vizepräsident Kommerzienrat Viktor Lenel, Rechner Wilhelm Mayer-Dinkel, Sekretäre Dr. Emminghaus und Dr. Kmiotek.

Einen schmerzlichen Verlust erlitt die Handelskammer durch das Ableben ihres langjährigen und hochverdienten Mitgliedes Kommerzienrat Joh. Keßler (vgl. S. 59). Am 25. Februar feierte Geh. Kommerzienrat Diffené das 25jährige Jubiläum als Präsident und das 30jährige Jubiläum als Mitglied der hiesigen Handelskammer. Der Landesfürst verlieh ihm an diesem Tage das Kommandeurkreuz II. Klasse mit Eichenlaub des Ordens vom Zähringer Löwen, eine Deputation der Handelskammer überreichte eine Adresse, der Stadtrat sandte ein Glückwunschschreiben.

Der Gesamtvorstand der Mannheimer Börse setzte sich im Jahre 1900 nach der am 4. Januar vorgenommenen Wahl aus 12 Mitgliedern zusammen; Vorsitzender war Kaufmann Emil Hirsch, stellvertretender Vorsitzender: Kommerzienrat Wilh. Zeiler, Kassier: Bankdirektor Wilhelm Grosch, Schriftführer: Kaufmann Leopold Steiner. Hinsichtlich der Vorsitzenden des Gesamtvorstandes findet ein jährlicher Wechsel zwischen der Produkten- und der Effektenabteilung statt.

Kaufmann Heinrich Zimmern, Chef der Landesproduktengroßhandlung Gebr. Zimmern & Co. stellvertretender Vorsitzender der Produktenabteilung der hiesigen Börse, feierte sein 25jähriges Jubiläum als Mitglied des Börsenvorstandes.

Über den im Berichtsjahr unter Dach gebrachten Neubau der Börse, der sich am Fruchtmarkt an Stelle des früheren Hotels Portugal, des Großen Mayerhofs und einiger anderer Häuser erhebt, wird der nächste Chronik-Jahrgang berichten.



Kommerzienrat Johannes Keßler, † 10. Juni 1900.

Der Verband Mannheim des allgemeinen Fabrikanten-Vereins hielt im Geschäftsjahr Oktober 1899—September 1900 eine Vollversammlung und 7 Ausschußsitzungen ab.

Die Vollversammlung am 17. Oktober 1899 beschäftigte sich mit dem „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses". Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 97. Am 28. November 1900 fand eine weitere Vollversammlung statt, in welcher der neuernannte Geschäftsführer des Vereins, Handelskammersekretär Dr. Kmiotek einen Vortrag hielt über das Thema: „Ist das Doppeltarifsystem eine zweckmäßige Grundlage für künftige Handelsverträge?" Nach den Vorschlägen des Redners, der nachdrucksvoll gegen die Doppeltarifbestrebungen auftrat, wurde von der Versammlung eine längere Resolution angenommen, die folgendermaßen schließt:

> „Der Allgemeine Fabrikanten-Verein, Verband Mannheim, hofft, daß die Regierung den auf Einführung des Doppeltarif-Systems gerichteten Bestrebungen den erforderlichen Widerstand entgegensetzen und ernstlich darauf hinarbeiten wird, auf der Grundlage des erprobten Einheitstarifs zum Abschluß langfristiger Handelsverträge zu gelangen."

Die Thätigkeit des Kaufmännischen Vereins, dessen Mitgliederzahl am 31. März 1900 2972 (76 mehr als im Vorjahr) betrug, wird bezüglich der Vorträge und der Unterrichtskurse in späteren Kapiteln berührt. Hier sei erwähnt, daß sein Stellenvermittlungsbureau 500 Stellen vermittelte, gegen 538 im Vorjahr.

Es liefen ein: 1552 Stellenbewerbungen (gegen 1666 im Vorjahre) und 1829 Stellenangebote (gegen 1774 im Vorjahre). Während also die Zahl der gesuchten Stellen um 114 zurückging, vermehrte sich die Zahl der angebotenen Stellen um 55. Der Jahresbericht des Vereins macht darauf aufmerksam, daß dieses Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage schon seit mehreren Jahren besteht, und daß eine größere Anzahl gut dotierter Stellen, allerdings meist Stellen auf kleinen Plätzen, unvermittelt bleiben mußte.
Die außerordentliche Mitgliederversammlung vom 9. Mai beschloß den Ankauf des Grundstücks C 1, 10/11 („Rotes Schaf") und die Erbauung eines Vereinshauses mit einem großen modernen Restaurant. —

Lange Jahre hindurch war Mannheim in erster Linie Handelsplatz, aber im letzten Jahrzehnt hat es in rapider Entwicklung den Übergang zur Industriestadt vollzogen. Im Jahre 1882 betrug bei einer Einwohnerschaft von 54617 Köpfen die Zahl der von der Industrie lebenden 25807, also noch nicht die Hälfte; bei der Berufszählung im Jahre 1895 dagegen wurde festgestellt, daß bei einer Gesamtbevölkerung von 89129 Personen 44828, also mehr als die Hälfte aus der Industrie ihre Nahrung zogen. Der Prozentsatz der in den hiesigen Handelsbetrieben beschäftigten Personen verhielt sich zu den industriell thätigen

1875 wie 31,7 : 68,3
1882 „ 30,0 : 70,0
1895 „ 28,5 : 71,5.

Dieses Zurücktreten der Handelsbevölkerung gegenüber der industriellen hat in dem Jahrfünft von 1895—1900 einen weiteren Fortschritt erfahren; es wird sich im einzelnen erst überblicken lassen, wenn die Resultate der Zählung vom Dezember 1900 statistisch verarbeitet sind. Doch giebt uns bereits über diesen Zeitraum eine im Jahre 1900 auf Grund des von der Großh. Fabrikinspektion erhobenen Materials vom Statistischen Amt herausgegebene Schrift: Die industrielle Entwicklung Mannheims seit 1895 (Heft 6 der Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim) interessante Aufschlüsse über diese Entwicklung Mannheims zur Industriestadt. Wir geben im folgenden einen Auszug der wichtigsten Ausführungen dieser Schrift und die Hauptresultate der darin angestellten Untersuchungen. Die Zahl der Mannheimer Gewerbebetriebe, soweit sie der Fabrikinspektion unterstehen (ausgeschlossen sind die Betriebe ohne Motoren und mit weniger als 10 Arbeitern, die Ziffern von Neckarau und Käferthal-Waldhof sind der Vergleichbarkeit der Jahre wegen überall seit 1896 den Mannheimer Zahlen hinzugerechnet), betrug 1896: 367, 1899: 433, sie ist somit um 66 d. h. 18% gewachsen. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter betrug 1896: 17578, 1899: 25709, hat also um 8131 oder 46,3% zugenommen. Eine solche Vermehrung der industriellen Arbeiterschaft in dem kurzen Zeitraum von drei Jahren um nahezu die Hälfte muß als geradezu enorm bezeichnet werden. Darin ist ausgedrückt, wie überaus rasch sich in Mannheim der Übergang von der Handels- zur Industriestadt vollzogen hat. Nicht in dem Sinne, als ob der Handel und Verkehr seine Bedeutung verlöre, wohl aber dadurch, daß er in seinem Wachstum weit hinter der Industrie zurück bleibt.

Die Zahl der Betriebe, namentlich aber die Arbeiterzahl hat hier erheblich schneller zugenommen als im ganzen Großherzogtum, die letztere 1896—99 mit 46,3 gegen 22,3 % sogar mehr als doppelt so stark. In einigen Gewerbegruppen beträgt der Anteil der Mannheimer an der ganzen badischen Arbeiterschaft sogar bis zu fast einem Drittel und darüber hinaus, so in der Leder- und Gummi- und in der chemischen Industrie. An der Zunahme der Betriebe haben den Hauptanteil das Baugewerbe, die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, die Verfertigung von Maschinen und Werkzeugen, sodann in geringerem Grade das Druckgewerbe und die Industrie der Steine und Erden, welch letztere indessen gleichzeitig relativ am stärksten ihre Betriebszahl vermehrt haben. In den meisten übrigen Gewerbegruppen war nur eine unwesentliche Zunahme, in der Textilindustrie ein Stillstand, in der chemischen Industrie, der Gruppe Bekleidung und Reinigung wie in der Herstellung von Fetten, Oelen u. dergl. eine Abnahme der Betriebe zu verzeichnen. Im Ganzen ist das Wachstum progressiv vor sich gegangen: am stärksten von 1898 auf 1899, in den voraufgegangenen Jahren 1897/98 und 1896/97 jeweils in schwächerem Grade.

An der Vermehrung der industriellen Arbeiterschaft hat die Maschinenfabrikation mit 3320 Personen oder 87,3 % und das Baugewerbe mit 2665 Personen oder 126,8 % weitaus den Hauptanteil. Von 106 in Mannheim vertretenen Gewerbearten beschäftigten 37 im Jahre 1899 100 und mehr Arbeiter, davon 6 über 1000 Arbeiter. Die Bedeutung der einzelnen Industrien innerhalb der Mannheimer Gesamtindustrie hat nicht unwesentliche Veränderungen

erlitten. Die Eisenindustrie, welche schon 1896 30,3 % der industriellen Arbeiterschaft beschäftigte, hat ihren Anteil auf 37 % steigern können; dem Baugewerbe gehörten von je 100 Arbeitern 1896 12, 1899 aber 18,5 an. Die durchschnittliche Arbeiterzahl eines Betriebes ist seit 1896 ständig gewachsen: von 48 auf 53, 56 und 59.

Von den einzelnen Gewerbegruppen beschäftigte die Fabrikation von Maschinen, Werkzeugen und Apparaten die meisten, nämlich 7122 Arbeiter, d. h. 27,7 % der gesamten Industriearbeiter, dann folgt das Baugewerbe mit 4767 = 18,5 %, die Gruppe der Nahrungs- und Genuß-Mittel mit 3095 = 12,4 %, die Metallverarbeitung mit 2407 = 9,4 %, die Leder- und Gummi-Fabrikation mit 1608 = 6,3 %, die chemische Industrie mit 1577 = 6,1 %, die Gruppe Holz- und Schnitzstoffe mit 1117 = 4,3 %, und die Industrie der Steine und Erden mit 1058 = 4,1 %.

Bezüglich der Verwendung von Motoren ergibt sich, daß die Motorenbetriebe annähernd in demselben Verhältnis gestiegen sind, wie die durchschnittliche Arbeiterzahl eines Betriebes, daß nämlich von 100 Betrieben 1896 nur 58,8, dagegen 1899 schon 68,1 Motoren verwendeten. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der lediglich mit Dampf oder Gas arbeitenden Betriebe ziemlich stationär geblieben, mehr als verdoppelt haben sich dagegen jene, in welchen Elektrizität — sei es allein, sei es in Verbindung mit einer anderen Betriebskraft — zur Verwendung kommt.

Von der Gesamtzahl der industriellen Arbeiter, welche Mannheim 1899 hatte (25709), waren 22329 männlichen und 3380 weiblichen Geschlechts. Die Gliederung der Mannheimer Arbeiterschaft nach Geschlecht und Alter ist eine sozialpolitisch entschieden günstige, da die Männerarbeit und die höheren Altersklassen hier weit mehr als im ganzen Großherzogtum überwiegen. Die Männerarbeit machte 1899 in Mannheim mit 22329 Arbeitskräften 86,8 %, die Frauenarbeit mit 3380 nur 13,2 % sämtlicher Arbeitskräfte aus. Im ganzen Großherzogtum dagegen waren von 100 Arbeitern nur 71,5 männlich und 28,5 weiblich.

Die Kinderarbeit ist in Mannheim sehr gering: betrug sie doch 1899 bei den Knaben nur 0,1, bei den Mädchen 0,6, für beide Geschlechter zusammen noch nicht 0,2 %. Im Alter von 50 und mehr Jahren tritt die Frauenarbeit beträchtlich zurück. Die Anzahl der männlichen Arbeiter über 50 Jahre (1378) ist fast 12 Mal so groß wie die der weiblichen im Gegensatz zu der Verteilung der Geschlechter in den höheren Altersklassen der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Frauen an der Industriearbeit in Mannheim, der 1896 noch 17,9 % betrug, ist 1899 auf 13,2 % gesunken. Der Prozentsatz der verheirateten Frauen unter den Arbeiterinnen betrug hier 21,7 %, im Großherzogtum Baden dagegen 27,2 %.

Die Zunahme der industriellen Arbeiterschaft ist in den einzelnen Stadtteilen eine sehr verschiedene gewesen. Abgenommen hat die Industrie, sowohl der Betriebs- wie der Arbeiterzahl nach, nur in der Altstadt. Wesentlich vermehrt hat sich die Arbeiterzahl auf dem Jungbusch. Den stärksten Zuwachs weist der Lindenhof auf. Am schwächsten ist der Zugang in der Schwetzingervorstadt. Am größten war aber die Zunahme in den neuen industriellen Stadtteilen Neckarau und Waldhof. In Neckarau betrug sie fast 1000 Arbeiter oder 35,5 %, in Waldhof wuchs die Arbeiterzahl sogar genau um die Hälfte. —

Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Reiches in den letzten fünf Jahren einen Aufschwung von beispielloser Intensität genommen hatte, trat um die Mitte des Berichtsjahres ein Umschwung, ein Nachlassen der Konjunktur ein.

Dieser Umschwung begann (so äußert sich der hiesige Handelskammerbericht) kurz nach der Eröffnung der Pariser Weltausstellung mit dem Eintritt der amerikanischen Eisenindustrie in den

Wettbewerb am europäischen, zumal am deutschen Markte, wozu der Anlaß durch die amerikanische Überproduktion gegeben wurde, und machte von da an langsame, aber unverkennbare Fortschritte. Der starke Rückgang der deutschen Eisenwerte, der zunächst nur an den Börsen fühlbar wurde, ohne einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der Industrie auszuüben und die Produktion einzudämmen, übertrug sich nach und nach auf andere Gebiete. Dazu kam, daß die vielen, in den letzten Jahren neu errichteten oder vergrößerten Produktionsstätten die Menge der erzeugten Güter mehrten und so auf deren Preise drückten. Verschärft wurde der Umschwung durch die Ungunst der Weltmarktlage überhaupt; der südafrikanische Krieg ist noch immer nicht zu Ende und die chinesischen Wirren haben den ostasiatischen Handel lahmgelegt; ihr schließlicher Ausgang ist ungewiß und bleibt ein störendes Moment der Unsicherheit.
Am frühesten trat die Depression in den Börsennotierungen zu Tage, dann brachten auch die Produktionszahlen, die Umsätze, die Preise, die statistischen Ermittelungen über die Lage des Arbeitsmarkts die Anzeichen und die Gewißheit von der veränderten Situation. In der Eisenindustrie, die unter amerikanischen Preisstürzen litt, kam die verschlechterte Lage durch Arbeiterentlassungen, Lohnherabsetzungen, Preiskonzessionen besonders deutlich zum Ausdrucke.

Der bisherige Verlauf läßt erwarten und hoffen, daß Deutschland diese Periode industrieller Stockungen, finanzieller Krisen und wirtschaftlicher Erschütterungen ohne dauernden und tiefer greifenden Schaden überstehen wird. Eine Frage von entscheidender Wichtigkeit für die stabile Weiterentwicklung unseres Handels und unserer Industrie ist die beim Abschluß dieses Berichtes noch schwebende Frage, ob die deutsche Politik durch Erneuerung der Handelsverträge unserer industriellen Produktion und unserem Export ihre Existenzbedingungen erhalten oder durch die Umgestaltung des Zolltarifs, namentlich durch die Erhöhung der Getreidezölle den Interessen großer Bevölkerungsschichten entgegentreten wird.

Die Frage der Neugestaltung des deutschen Zolltarifs gab der Handelskammer wiederholt Anlaß zu nachdrücklicher Unterstützung der aus den beteiligten Kreisen des Bezirks geäußerten Wünsche hinsichtlich der Anordnung des neuen Zolltarifs, wie auch der aufzulegenden Zollsätze. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Revision des Zolltarifgesetzes ist auch die für Mannheim hochbedeutsame Angelegenheit der gemischten Privattransitlager für Getreide, sowie die der zinsfreien Zollkredite wiederum zur Erörterung gekommen. Die Handelskammer hat gegen diese drohende Gefährdung unseres Getreidehandels von neuem entschieden Verwahrung eingelegt und mit aller Eindringlichkeit wieder darauf hingewiesen, daß die Erhaltung der gemischten Privattransitlager ohne amtlichen Mitverschluß für Mannheim geradezu ein Gebot der Selbsterhaltung ist. Sie hat ausgeführt, daß durch die Beseitigung dieser Einrichtung niemandem, auch nicht den Vertretern speziell landwirtschaftlicher Interessen, irgend ein Vorteil erwachsen könne, dem Handel Mannheims aber unübersehbarer Schaden zugefügt werden müßte. Und nicht nur der Getreidehandel, sondern alle die anderen Zweige der Handelsthätigkeit, die mit dem Getreidehandel vielfältig verknüpft und zum Teil auf ihn angewiesen sind, wie die Versicherungs- und Bankgeschäfte, die Spedition und Lagerei und vor allem die Rheinschiffahrt würden einen schweren Stoß erleiden, ganz abgesehen von den Staatsfinanzen, für welche es ganz gewiß nicht gleichgültig ist, ob in Mannheim ein gesunder und steuerkräftiger Getreidegroßhandel sich erhält oder nicht. Der Börsenvorstand erklärte sein volles Einverständnis mit diesem Schritte der Handelskammer und wies seinerseits noch auf die zunehmend schwieriger

werdende Lage des Mannheimer Transithandels nach der Schweiz hin, wo die durch mancherlei Vorteile erleichterte Konkurrenz der Mittelmeerhäfen sich zu Ungunsten Mannheims immer mehr geltend macht, so daß Mannheim unbedingt aus dem Schweizer Geschäft gedrängt werden würde, wenn dem Fleiß und der geschäftlichen Tüchtigkeit des Mannheimer Handels durch Beseitigung der Transitlager der Boden entzogen wird.

Die speziellen Angaben über Handel und Industrie im Jahre 1900, die wir hier im Anschluß an den hiesigen Handelskammerbericht folgen lassen, beziehen sich nur auf einige Hauptbranchen, die für den hiesigen Platz besonders wichtig sind oder deren Geschäftsergebnisse ein besonders charakteristisches Licht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage werfen oder die aus einem anderen Grunde Erwähnung verdienen.

Für den Getreidehandel war das Jahr nicht befriedigend. Die Umsätze waren kleiner und der Nutzen wurde durch scharfen Wettbewerb sehr herabgedrückt. Die Preise hielten sich bis Mitte Juni ziemlich unverändert, dann hoben sie sich etwas, teils infolge des ungünstigen Ausfalles der amerikanischen Ernte, teils wegen der durch die chinesischen Wirren abnorm gestiegenen Seefrachten. Eine durchgreifende Preissteigerung ist jedoch infolge des günstigen Ausfalls der deutschen Ernte nicht eingetreten. Die Lagerbestände in dem Hauptartikel Weizen sind auch dieses Jahr wieder sehr groß gewesen. Auch der Mehlhandel verzeichnet unzureichenden Verdienst und für die Zeit nach der Ernte schleppenden Absatz.

Bemerkt sei hier, daß der Mannheimer Getreidehandel, seine Geschichte und sein gegenwärtiger Zustand eine eingehende wissenschaftliche Darstellung gefunden hat in dem 1899 erschienenen zweibändigen Werke von Dr. Walter Borgius, dem Sekretär der deutschen Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen: „Mannheim und die Entwicklung des südwestdeutschen Getreidehandels".

Für den Handel mit inländischem Rohtabak war das Berichtsjahr leider höchst unerfreulich. Der Handel mit ausländischen Rohtabaken zählt das Jahr 1900 wegen der übergroßen und vielfach qualitativ mangelhaften ausländischen Ernten zu den weniger günstigen. — In der Cigarrenindustrie machte sich immer noch, wenn auch nicht in dem Maße wie im Vorjahre, die Überproduktion geltend; der Absatz war namentlich gegen Ende des Berichtsjahres etwas besser. Aber der Nutzen wurde weiter beschränkt durch die Erhöhung der Produktionskosten.

Für den Kohlen- und Koksgroßhandel wird das Berichtsjahr als ganz besonders günstig bezeichnet. Die Nachfrage überstieg während des ganzen Jahres die Zufuhren, und die Preise waren dauernd hoch. — Im Eisengroßhandel hat die günstige Lage der letzten Jahre Mitte 1900 einen Umschwung erfahren. Infolge des jähen Preissturzes auf dem amerikanischen Eisenmarkte und des billigen amerikanischen Angebotes fast aller Artikel trat in Deutschland der Rückgang der Preise über Erwarten schnell und heftig ein und verursachte beträchtliche Verluste, die in vielen Fällen die in den ersten Monaten erzielten Erfolge vernichteten. Gegen den Jahresschluß ist einige Beruhigung eingetreten, allein die Zurückhaltung des Konsums ist noch allgemein und die Aussichten für die nächste Zeit sind trübe. — Die Eisengießereien, zu Anfang des Jahres mit Aufträgen überhäuft, sahen sich in der zweiten Jahreshälfte einem stark eingeschränkten Verbrauch gegenüber. Dasselbe gilt für Stahlguß. Auch im Stahlhandel trat in der zweiten Hälfte des Jahres eine starke Verflauung ein. — Der Absatz in Lokomobilen und landwirtschaftlichen Maschinen war im ersten Halbjahr sehr lebhaft, ging aber von da an erheblich zurück; der Rückgang wurde veranlaßt durch die übermäßig gesteigerten Materialpreise und

Produktionskosten in Verbindung mit dem allgemeinen Rückgang der Eisenindustrie und die ungünstigen politischen Verhältnisse. Die Aussichten waren am Jahresschluß keineswegs glänzend. Über den Holzhandel lauteten die Mitteilungen nicht sonderlich befriedigend. — Auf dem Gebiete der chemischen Großindustrie war der Absatz namentlich im ersten Halbjahr lebhaft, allein die Fabrikatpreise entsprachen nicht der außerordentlichen Steigerung der Kohlenpreise. Das zweite Semester brachte auch hier eine sehr fühlbare Abschwächung. — Die Papierindustrie setzte im Berichtsjahre eine durch den gesteigerten Konsum ermöglichte Erhöhung der Papierpreise um 10 Prozent durch; trotzdem der Bedarf gegen Schluß des Jahres nachließ, ist die Preisbewegung auch jetzt noch nicht zum Stillstand gelangt. Diese bedeutende Preissteigerung kam natürlich auch im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zum Ausdruck, besonders in den erhöhten Zeitungs-Abonnements und Inseratenpreisen. — Die in einzelnen Zweigen der Textilindustrie sehr empfindlich aufgetretene Krise kam im Erwerbsleben unserer Stadt weniger zum Ausdruck, weil die Textilindustrie hier nicht sehr stark vertreten ist.

Bezüglich der Großhandelspreise müssen wir uns auf nachstehende Notierung einiger der wichtigsten Getreidegattungen beschränken und im übrigen auf den Statistischen Jahresbericht und den Handelskammerbericht verweisen.
Die Preise verstehen sich für 100 kg:

Warengattung	Höchster Preis M	Niederster Preis M	Durchschnittspreis im Berichtsjahr M	Vorjahr M
Weizen, pfälzer	18.—	16.25	17.10	17.25
„ russischer, Azima	19.—	17.—	17.86	18.25
„ amerikanischer, Winter	18.75	17.—	17.79	17.88
„ La Plata	18.50	16.50	17.55	17.50
Roggen, pfälzer	16.75	14.85	15.56	16.—
„ russischer	16.75	14.75	15.50	15.88
Gerste hiesiger Gegend	16.75	15.25	15.88	17.—
Hafer, badischer	15.50	13.25	14.73	15.13
„ russischer	15.50	13.75	14.64	15.38
Mais, amerikan. mixed	12.75	10.50	11.77	11.13
„ La Plata	13.—	10.50	12.08	11.63
Mehl, Weizenmehl No. 0	27.—	25.—	25.89	26.63
„ „ „ 1	25.—	23.—	23.89	24.63
„ Roggenmehl „ 0	25.—	23.25	24.11	25.13

Was den Geldmarkt anbelangt, so waren die hiesigen Bankinstitute laut Handelskammerbericht zwar stark beschäftigt und zogen aus der lebhaften Nachfrage nach Geld bei dem hohen Diskont guten Gewinn, allein auf der anderen Seite lähmte der hohe Geldstand im Verein mit der Unsicherheit der politischen Verhältnisse und der Rechtsunsicherheit des Börsengeschäftes ihre Thätigkeit. Der Kontokorrentverkehr war das ganze Jahr über lebhaft, das Effektengeschäft lag zumal seit

der Mitte des Jahres danieder. Bei der hiesigen **Reichsbankhauptstelle**, von welcher die Unteranstalten Frankenthal, Heidelberg, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Neustadt, Pirmasens, Weinheim und Zweibrücken abhängig sind, hat der gesamte Geschäftsumsatz betragen:

im Jahre 1900	. M.	4 611 790 400
„ „ 1899	. „	4 112 553 400
Zunahme	M.	499 237 000

An dem Geschäftsumsatz des Berichtsjahres (Vorjahres) ist beteiligt:

der Giro- und Anweisungsverkehr mit . . .	M.	3 956 302 300	(3 509 732 400)
der Wechselverkehr	„	608 850 600	(558 888 000)
der Lombardverkehr	„	46 631 600	(43 904 800)

Vergleichsweise sei erwähnt, daß der Gesamtumsatz aller Reichsbankanstalten 1900: 189 Milliarden betrug und sich um 9 Milliarden gegen das Vorjahr gesteigert hat. Abgesehen von der Reichshauptbank in Berlin, die mit einem Umsatz von 56,8 Milliarden an der Spitze steht, befindet sich Mannheim jetzt mit seinem Reichsbankumsatz an sechster Stelle:

1. Hamburg	16,3	Milliarden	9. Bremen	3,7	Milliarden
2. Frankfurt	10,7	„	10. München	3,6	„
3. Köln	6,4	„	11. Magdeburg	2,9	„
4. Leipzig	5,9	„	12. Elberfeld	2,6	„
5. Breslau	5,8	„	13. Straßburg	2,5	„
6. **Mannheim**	**4,6**	„	14. Hannover	2,43	„
7. Dresden	4,3	„	15. Dortmund	2,41	„
8. Essen	4,02	„			

Im Giroverkehr steht Mannheim an 5. und Breslau an 6. Stelle.
Der Reichsbankdiskontsatz betrug: bis 12. Januar 7 %, bis 27. Januar 6 %, bis 13. Juli 5½ %, bis 31. Dezember 5 %, also durchschnittlich im ersten Quartal 5,76 %, im zweiten Quartal 5,5 %, im dritten Quartal 5,06 %, im vierten Quartal 5 %, im Jahr 5⅓ %.

Zu den hier bestehenden Bankgeschäften gesellte sich im Berichtsjahr eine Filiale der **Dresdener Bank**, die ihr Geschäftslokal im ehemaligen Hause der Mannheimer Versicherungsgesellschaft hat. Ferner ist zu erwähnen, daß gegen Ende des Jahres die Fusion der **Mannheimer Bank** mit der Rheinischen Creditbank unter Beibehaltung ihres Geschäftsbetriebs vollzogen wurde. Am 14. September fand die Gründung einer **Gewerbebank** in Form einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht statt. Wir entnehmen den Statuten folgende Hauptbestimmungen, aus denen hervorgeht, daß dieser Neugründung hauptsächlich dem kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker zu gut kommen soll.
Mitglied der Bank kann Jedermann werden, der das Verfügungsrecht über sein Vermögen besitzt. Jedes Mitglied muß mindestens einen Anteilschein in Höhe von 500 Mark lösen. Es können von einem Mitglied auch mehrere Anteile genommen werden, jedoch höchstens 10. Von den 500 Mark sind sofort 100 Mark zu entrichten, das übrige Geld kann in Monatsraten von je 25 Mark eingezahlt werden. Jedes Mitglied verpflichtet sich außerdem zur Zahlung

einer Haftsumme, wenn die Bank in Schulden geraten sollte. Diese Haftsumme hat die gleiche Höhe wie die Gesamtsumme der Anteilscheine. Den Kredit der Gewerbebank können nur Mitglieder in Anspruch nehmen. Die Höhe des zu gewährenden Kredits bestimmt der Aufsichtsrat, und zwar ist dieselbe unabhängig von der Höhe der Anteilscheine. Von dem Kreditnehmer ist irgend eine Sicherheit zu leisten, entweder durch Stellung eines oder mehrerer Bürgen, durch Verpfändung von Wertpapieren, Hypotheken, Cessionen. In geeigneten Fällen kann, und das ist eine der wichtigsten Bestimmungen des Statuts, auch der bloße Nachweis sicherer Geschäftsausstände als zur Einräumung eines Kredits genügend angesehen werden.

Über die Gestaltung der Kleinhandelspreise im verflossenen Jahre möge zunächst nachstehende Tabelle orientieren, die den Mitteilungen des Statistischen Amts entnommen ist. Sie giebt die Kleinhandelspreise im Jahresdurchschnitt, und wo nichts anderes bemerkt ist, pro 1 Kilogramm.

Warengattung	1900 ℳ	1899 ℳ	Warengattung	1900 ℳ	1899 ℳ
Speisekartoffeln I. Sorte			Vollmilch, 1 Liter		
per 50 kg	3.90	4.62	höchster Preis	—.22	—.22
Speisekartoffeln II. Sorte			niederster Preis	—.20	—.20
per 50 kg	3.04	3.66	Speise-Bohnen	—.30	—.30
Weizenmehl No. 1	—.40	—.40	Speise-Erbsen	—.36	—.36
Roggenmehl No. 1	—.32	—.32	Speise-Linsen	—.50	—.50
Brod I. Sorte	—.27	—.28	Java-Reis	—.60	—.60
Brod II. Sorte (gangbarste)	—.24	—.24	Sonst. Reis	—.40	—.40
Ochsenfleisch	1.50	1.50	Kaffee, ungebrannt	2.70	3.—
Rindfleisch	1.40	1.40	Kaffee, gebrannt	3.20	3.20
Kuhfleisch	1.20	1.20	Salz	—.20	—.20
Kalbfleisch	1.60	1.59	per 1 Liter		
Hammelfleisch	1.50	1.50	Erdöl	—.20	—.18
Schweinefleisch (frisch)	1.44	1.43	per 1 Ster		
Schweinefleisch (gedörrt)	1.63	1.80	Buchen-Scheitholz	12.75	12.50
Speck, geräuchert	2.—	2.—	Tannen-Scheitholz	10.75	10.04
Schweineschmalz	1.23	1.40	per 1 Doppelzentner		
Butter	2.40	2.40	Ruhr-Stückkohlen	2.90	2.37
Eier, 10 Stück	—.60	—.60	Ruhr-Grubenkohlen	2.45	1.92

Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß aus diesen Durchschnittspreisen die gegen Ende des Jahres eintretende Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Waren naturgemäß nicht in dem Maße hervortritt, wie sie sich thatsächlich geltend machte. Zwar weisen die Kartoffelpreise einen wesentlichen Rückgang gegen das Vorjahr auf, und die Fleischpreise wie die Preise für einige andere Lebensmittel gingen nicht weiter in die Höhe, aber demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß vom 16. Juli ab die Brodpreise folgendermaßen erhöht wurden:

Brod I. Sorte von 54 auf 56 Pfg. } pro 2 kg
Brod II. Sorte von 48 auf 50 Pfg. } pro 2 kg

Zur Verteuerung der Lebenshaltung trug im Berichtsjahr die Steigerung der Kohlenpreise und in Zusammenhang damit der Brennholzpreise wesentlich bei. Die in obiger Tabelle stehenden Zahlen reden eine deutliche Sprache. Bei einer enorm gesteigerten Kohlenausfuhr und dem gewaltigen Kohlenbedarf der deutschen Industrie gingen die Kohlenpreise im verflossenen Jahr rapid in die Höhe, und es entstand eine „Kohlen-Not", die in zahlreichen Artikeln der Presse die öffentliche Meinung beschäftigte und die Aufmerksamkeit der Behörden, der Handelskammer und privater Vereinigungen auf sich lenkte.

Der Frankfurter Zeitung vom 21. Februar 1900 wurde aus Mannheim geschrieben: „Die Kohlennot ruft bemerkenswerte Erscheinungen am Rhein hervor. Mannheim, das seinen Bedarf an Kohlen überwiegend aus dem Ruhrgebiet bezieht, hat auf dem Wasserwege im Sommer große Mengen von Kohlen erhalten, die nunmehr an die Industrien abgegeben werden können. Speziell hat die Rheinauhafengesellschaft großartige Lagerplätze für Kohlen errichtet und diese mit Vorräten versehen. Wie hoch der gegenwärtige Bedarf ist, ergiebt sich daraus, daß eine einzige große Fabrik in Mannheim, die sich ihren Bezug am Orte nicht gesichert hat, täglich einen Extrazug Saarkohle per Bahn beziehen muß, während andererseits aus den Mannheimer Lagern täglich 1200 Doppelwaggons Kohlen in die nähere und entferntere Umgegend versandt werden. Diese jetzt sich so nützlich erweisende Aufspeicherung von Kohlen hätte nicht stattfinden können, wenn nicht der Bezug zu Schiff während des ganzen Sommers und Herbstes erfolgt wäre. Es ist das ein neuer Beweis dafür, in wie hohem Maße ausgleichend und die Bahn unterstützend die Schiffahrt wirkt."

Um dem mittleren und kleineren Bürgerstand unserer Stadt den Kohlenbezug zu erleichtern, bildete sich im September eine Kohleneinkaufsgenossenschaft, die für ihre Mitglieder billigere Kohlenpreise zu erlangen suchte. (Siehe auch Ehrentafel S. 2.) —

Das hiesige Gaswerk ließ am 1. Juli folgende Kokspreise in Kraft treten:

	Preis per 100 Kilo	
Füllofenkoks	ab Fabrik	frei an's Haus
bei weniger als 10 Zentner	M. 3.20	M. 3.40
bei 10 Zentner und mehr	„ 3.10	„ 3.20
Grober Koks		
bei weniger als 10 Zentner	„ 3.—	„ 3.20
bei 10 Zentner und mehr	„ 2.90	„ 3.—

Seit Mitte des Jahres machte sich eine Preissteigerung auch für einen der notwendigsten häuslichen Bedarfsartikel geltend, von dem man im allgemeinen keine Preisschwankungen gewohnt ist, das Salz. Die badischen Salinen setzten vom 1. September ab eine Erhöhung des Salzpreises um M. 1,50 pro Zentner fest.

Eine erregte Meinungsäußerung hatte die Preiserhöhung des Pilsner Bieres zur Folge. Im Juli erklärten einige hiesige Restaurants, daß sie infolge vielseitiger Preiserhöhung der Waren (10—20 %) und durch die neue Zollerhöhung für ausländisches Bier auf Grund der „Flottenbewilligung" gezwungen seien, den Preis für echtes Pilsner Bier wie folgt festzusetzen: $^4/_{10}$ Liter: 30 Pf. (statt 25 Pf.), $^3/_{10}$ Liter 25 Pf. (statt 20 Pf.). Andere behielten den alten Preis bei.

Der Zollaufschlag beträgt vom 1. Juli ab M. 3,50 pro Hektoliter, also für $^{3}/_{10}$ Liter 1$^{1}/_{2}$ Pf. Ein Hektoliter Pilsner Bier stellt sich für Mannheim nach der Zollerhöhung auf ca. M. 43,50.

Am 24. Oktober beschloß eine in den Zentralhalle abgehaltene Versammlung die Gründung eines Konsumvereins. Der Verein trat in Form einer eingetragenen Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht ins Leben. In einer öffentlichen Versammlung, die am 21. November in der Zentralhalle stattfand, referierte u. a. Redakteur Eichhorn über die Ziele und Zwecke der Gründung. Es wurde dabei folgende Resolution angenommen:

Die am 21. November in der Zentralhalle tagende, von 500—600 Frauen und Männern besuchte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Sie erkennt die Wichtigkeit der konsumgenossenschaftlichen Organisation für die wirtschaftliche Hebung der breiten Massen durch Verbilligung und Verbesserung der Lebensbedürfnisse, wie für die Weiterentwicklung und soziale Besserstellung der unbemittelten Volksklassen an. Sie begrüßt daher die Begründung des Konsumvereins Mannheim und erklärt sich bereit, diesen Verein durch Beitritt, durch Bezug von Waren, durch Verbreitung genossenschaftlicher Kenntnisse und Bestrebungen kräftig zu unterstützen. —

Zu lebhaften Erörterungen führte die für eine Reihe von Detailgeschäften wichtige Frage, ob der 8 Uhr-Ladenschluß hier einzuführen sei.

In Abänderung der Gewerbeordnung trat nämlich am 1. Oktober bezüglich der Arbeitsverhältnisse der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen die reichsgesetzliche Bestimmung in Kraft, daß diesen Angestellten eine Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren sei, und daß die Läden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens geschlossen sein müssen. Auf Antrag von mindestens $^{2}/_{3}$ der beteiligten Geschäftsinhaber kann für alle oder einzelne Geschäftszweige angeordnet werden, daß die offenen Verkaufsstellen während bestimmter Zeiträume oder während des ganzen Jahres auch in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr abends und zwischen 5 und 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Betrieb geschlossen sein müssen. In einer Versammlung vom 27. September sprach sich die Mehrheit der anwesenden Geschäftsinhaber für den 8 Uhr-Ladenschluß aus, weil bei der vorgeschriebenen Ruhezeit von 11 Stunden vielen Branchen die Frühstunde von 7—8 Uhr wertvoller sei als die Abendstunde von 8—9 Uhr. Die Zigarrenhändler opponierten lebhaft dagegen, da ihnen gerade an der Offenhaltung der Läden von 8—9 Uhr abends außerordentlich viel liege. Eine amtliche Enquete ergab, daß von den cirka 2000 hier bestehenden offenen Ladengeschäften nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den 8 Uhr-Ladenschluß vorhanden sei, weshalb kein Antrag auf obligatorische Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses gestellt werden konnte.

Für die mit Wirkung vom 1. Januar 1900 in die Reichsgewerbeordnung eingeführten Bestimmungen des § 15 a, wonach Gewerbetreibende am Eingang ihres Ladens oder ihrer Wirtschaft ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen in deutlich lesbarer Schrift, Kaufleute, die eine Handelsfirma führen, außerdem diese anzubringen haben, gewährte das Bezirksamt eine Ausführungsfrist bis 1. April.

Anhangsweise sei hier ferner erwähnt, daß im verflossenen Jahre hier von verschiedenen Seiten die Einführung der sogenannten „englischen Arbeitszeit“ in den Bureaux angeregt wurde.

Dieser Vorschlag führte eine lebhafte Meinungsäußerung für und wider in den hiesigen Zeitungen hervor. Es wurde dabei in zahlreichen Artikeln auf die vielfachen Vorteile, welche eine Zusammenlegung der Bureaustunden auf die Zeit von 8—5 Uhr (statt 8—12 und 2—7 Uhr) hat, aber auch auf die mannigfachen Nachteile hingewiesen, die für viele Familien durch eine Verlegung der Hauptmahlzeit entsteht. In einer Anzahl hiesiger kaufmännischer Bureaux besteht die englische oder ungeteilte Arbeitszeit bereits, und zwar mit gutem Erfolg; eine allgemeine Einführung derselben haben jedoch die erwähnten Erörterungen nicht zur Folge gehabt.

3. Das Handwerk

Seit vielen Jahren hat der hiesige ca. 960 Mitglieder zählende Gewerbeverein und Handwerkerverband die Interessen der Kleingewerbetreibenden mit Erfolg vertreten. Der diesjährige Jahresbericht hebt mit besonderer Befriedigung hervor, daß es den Bemühungen des Vorstandes gelungen ist, für den Verein ein eigenes Heim (M 5, 5) zu schaffen, und auch das andere wichtige Ziel zu erreichen, das ihn in letzter Zeit beschäftigte, die (bereits oben erwähnte) Gründung einer Gewerbebank, von der zu hoffen ist, daß sie recht segensreich wirken und ihren Zweck, den Gewerbe- und Handwerkerstand in seinem schweren Existenzkampf zu stützen, erfüllen möge. Ein weiteres Feld der Thätigkeit eröffnete sich für den Verein durch die Herausgabe der „Badischen Gewerbe- und Handwerkerzeitung", welche sämtlichen Vereinsmitgliedern zugestellt wird.

An der Ausstellung von Lehrlingsarbeiten, die der Verband im Berichtsjahre veranstaltete, beteiligten sich 80 Lehrlinge. Von dem aus hiesigen Meistern gebildeten Preisgericht wurden folgende Preise zuerkannt: erste Preise an 16 Aussteller, zweite Preise an 8 Aussteller, Diplome erster Klasse an 26 Aussteller, Diplome zweiter Klasse an 28 Aussteller.
Bei der Landesausstellung von Lehrlingsarbeiten, welche in Bruchsal stattfand, erhielten von hiesigen Ausstellern: 3 Preise ersten, 24 Preise zweiten, 29 Preise dritten, 20 Preise vierten Grades. Die Verteilung der Staats- und Vereinspreise fand Sonntag den 5. August im großen Rathaussaale in Anwesenheit der Behörden statt.
Für fleißige und würdige Gewerbeschüler hat der Verein, wie alljährlich, Preise im Gesamtwert von Mk. 60 gestiftet. Durch Vermittlung des Vereins erhielten mehrere junge Gewerbetreibende Staatsstipendien zum Besuche von Fachschulen.

Thätigen Anteil nahm der Verband an der Organisation des badischen Handwerks, d. h. an der Bildung der hiesigen Handwerkskammer. Errichtet wurden in Baden gemäß der badischen Ausführungsverordnung vom 9. April 1900 zu der am 1. April 1900 in Kraft getretenen Novelle zur Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897 vier Handwerkskammern und zwar in Karlsruhe, Freiburg, Konstanz und Mannheim. Jede Kammer besteht aus 20 Mitgliedern; Mitglied kann nur werden, wer das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat, im Bezirk der Handwerkskammer ein Handwerk mindestens drei Jahre selbständig betreibt und zum Amt

eines Schöffen fähig ist. Das Recht, in die Handwerkskammer zu wählen und gewählt zu werden, steht nur solchen Handwerkern zu, welche Mitglieder einer Handwerkervereinigung (Gewerbeverein, Innung u. s. w.) sind.

An wahlberechtigten Vereinigungen entfielen nach dem Stande vom 1. Juli auf die einzelnen badischen Kammerbezirke:

Konstanz	54	Vereinigungen	mit 2872	Handwerkern
Freiburg	77	„	„ 3868	„
Karlsruhe	124	„	„ 5178	„
Mannheim	131	„	„ 5684	„

Im Großherzogtum sind wahlberechtigt nach obigem Stande:

34 Innungen	mit	1335	Handwerkern
72 Fachvereinigungen	„	2255	„
118 Handwerkervereine	„	4170	„
162 Gewerbevereine	„	9842	„
zus. 386 Vereinigungen	mit	17602	Handwerkern.

Von den Innungen sind 11 Zwangs- und 23 freie Innungen.

Die hiesigen Wahlen zur Handwerkskammer fanden am 13. September statt. Dabei wurden die von den Gewerbevereinen des Kammerbezirks aufgestellten Mitglieder unter schwacher Beteiligung gewählt. Die konstituierende Sitzung der Kammer fand am 30. Januar 1901 statt und wählte Sattlermeister Aulbach zum Vorsitzenden, Zimmermeister Herrmann zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Gewerbeverein richtete schon seit einer Reihe von Jahren sein Augenmerk darauf, die Mißstände des öffentlichen **Submissionswesens**, welche durch die unbeschränkte Arbeitsvergebung an den Mindestbietenden und durch ziellose Unterbietungen der Submittenten hervorgerufen werden, zu beseitigen oder einzuschränken, und unterbreitete im Jahre 1897 dem Stadtrat nach dieser Richtung hin detaillierte Vorschläge, deren wichtigster, auf einer Anregung des jetzigen Stadtrats Barber beruhender Satz lautete: Der Zuschlag soll demjenigen erteilt werden, welcher dem **Mittelpreis** der eingelaufenen Offerten am nächsten kommt. Im Jahre 1898 unterbreitete Stadtrat Barber dem Stadtratskollegium eine auf eingehender Behandlung dieser Frage und Berücksichtigung berechtigter Einwendungen beruhende neue Fassung seines Mittelpreisvorschlags, auf Grund dessen am 18. Juli 1899 folgender Antrag an den Bürgerausschuß gelangte:

Der Bürgerausschuß wolle sich damit einverstanden erklären, daß für die Dauer von zunächst einem Jahr bei der Vergebung von Lieferungen und Arbeitsleistungen im Wertbetrag von 500—5000 Mark der Barbersche Mittelpreisvorschlag zur Anwendung komme (d. h. daß der Zuschlag an denjenigen erfolgen soll, dessen Angebot dem Mittelpreis sämtlicher eingelaufenen Angebote nach unten gerechnet am nächsten kommt), jedoch mit der Beschränkung, daß Angebote,

die nach unten mehr als 30 Prozent und nach oben mehr als 20 Prozent vom bauamtlichen Kostenüberschlag abweichen, bei Berechnung des Mittelpreises unberücksichtigt bleiben und daß bei Lieferungen von reinen Handelswaren in der Regel das niederste Angebot anzunehmen ist.

Der Bürgerausschuß erklärte sich am 18. Juli 1899 nahezu einstimmig mit der probeweisen Einführung dieser abgeänderten Submissionsbedingungen (siehe Ortsstatuten S. 395 ff.) einverstanden. In der Stadtratssitzung vom 24. August 1900 wurde festgestellt, daß der durch das Mittelpreisverfahren gegenüber der bisherigen Vergebung nach dem niedersten Angebot erwachsene Mehraufwand im ersten Versuchsjahr 1. September 1899—1. September 1900 etwa 20000 Mark betragen habe. Am 8. Januar 1901 beschloß der Bürgerausschuß die Verlängerung der Probezeit für das Mittelpreisverfahren zunächst um ein weiteres Jahr (d. h. bis 1. September 1901) entsprechend der Ansicht, welche von der überwiegenden Mehrheit des Stadtrats vertreten wurde, daß man nämlich in dieser finanziell wichtigen und in so mannigfache Interessensphären eingreifenden Frage erst weitere Erfahrungen über die Vorzüge und Nachteile des neuen Verfahrens sammeln müsse, ehe man sich endgültig darüber schlüssig machen könne.

4. Landwirtschaft, Viehzucht und Viehhandel

Bezüglich der Landwirtschaft lagen bei Abschluß dieses Chronikjahrgangs von statistischen Ziffern nur die im Statistischen Jahrbuch für das Großherzogtum Baden 1900 (S. 56 f.) für das Jahr 1898 mitgeteilten und für den Amtsbezirk Mannheim geltenden Ziffern vor.
Der Amtsbezirk Mannheim enthielt danach im genannten Jahre folgende ertragende Flächen:

Bestelltes Ackerland	8668 ha
Brachliegendes Ackerland	— „
Wiesen	1394 „
Rebland	73 „
Haus- und andere Gärten, Gartenland und Baumschulen	292 „
Kastanienpflanzungen	6 „
Ständige Weide	81 „
Gesamte landwirtschaftliche Fläche	10514 ha
Wald	3622 „

Nach dem Statistischen Jahrbuch S. 65 waren 1898 im Amtsbezirk Mannheim von obiger Ackerfläche (abgerundet 8670 ha) angebaut:

a) in Haupt- oder einziger Frucht mit:

Körner- und Hülsenfrüchten	4280 ha	Futterhackfrüchten	930 ha
Kartoffeln	1670 „	Handelsgewächsen	660 „
Futterkräutern ꝛc.	1090 „	Gartengewächsen	40 „

b) in Nebenfrüchten mit:

Futterkräutern ꝛc. . . . . 220 ha
Futterhackfrüchten ꝛc. . . . . 850 „
Handelsgewächsen . . . . —

Von der mit Handelsgewächsen bepflanzten Fläche von 660 ha entfielen auf Tabak 384 ha (Ertrag 1898: 547000 kg).

Die Viehzählung vom 1. Dezember 1900 hatte für die Stadt Mannheim folgendes Ergebnis:

	Mannheim	Käferthal	Waldhof	Neckarau	Zusammen Mannheim und Vororte 1. Dez. 1900	1. Dez. 1899
Pferde	1767	267	40	251	2325	2167
Rindvieh	114	472	—	351	937	1924
Schafe	345	1	—	2	348	581
Schweine	603	1027	277	1289	3196	3551
Ziegen	422	390	122	735	1569	1804
Bienenstöcke	128	27	30	48	233	241
Gänse	866	614	180	819	2479	2517
Enten	463	107	44	202	816	963
Tauben	8454	728	642	3302	13126	13444
Hühner	8511	2173	1037	5320	17041	16467
Hunde	2963	60	72	315	3410	2847

Die Zahl der Hunde und Pferde hat sich demnach beträchtlich vermehrt, dagegen ist im eigentlichen Viehstand ein erheblicher Rückgang zu konstatieren.

Über den Viehhandel, der sich im städtischen Viehhof konzentriert, äußert sich der Jahresbericht der Direktion dahin, daß sich die schon seit Jahren beobachtete Steigerung des Handelsverkehrs im Viehhof auch im verflossenen Jahre erfreulicherweise bemerkbar gemacht hat. Die Zunahme des Auftriebs machte eine Erweiterung der Stallungen nötig, wofür der Bürgerausschuß am 16. Januar 19941 Mark bewilligte.

Der Gesamtauftrieb zu den Viehmärkten betrug 1880: 52044, 1890: 74891, 1900: 182664 Stück Vieh. Er hat sich also im Verlauf von 20 Jahren mehr als verdreifacht, im Verlauf von 10 Jahren mehr als verdoppelt. Er betrug im Vorjahre 174634 Stück, hatte also im Berichtsjahre eine Vermehrung von 4,59 % aufzuweisen. Insbesondere hat der Schlachtviehverkehr eine gedeihliche Entwickelung erfahren, die Zeichen der Fleischnot, in denen die Vorjahre teilweise noch standen, sind nunmehr ganz entschwunden. Der Zutrieb an Großschlachtvieh betrug 47391 Stück gegen 44706 Stück des Vorjahres, also ein Mehrauftrieb von 2685 Tieren. Bei sämtlichen Arten von Großschlachtvieh ist eine Zunahme eingetreten, außer bei den Ochsen, welche um 416 Stück gegenüber dem Auftriebe des Jahres 1899 zurückgeblieben sind. Der auch im verflossenen Jahr anhaltende Rückgang im Handel mit fetten Ochsen am hiesigen Markt ist schon seit Jahren zu bemerken und hat schon auf dem alten Viehhof am Heidelberger Thor begonnen. Der Zutrieb zu den Pferdemärkten ist der nämliche geblieben wie im Vorjahre. Der Maimarkt hatte wegen des auf den gleichen Termin verlegten Frankfurter Pferdemarktes eine Wenigerzufuhr von 205 Pferden gegenüber dem vorjährigen Hauptpferdemarkt. (Vgl. auch Abschnitt IX.)

Der Kleinviehmarkt gestaltete sich befriedigend, die Zahl der aufgetriebenen Schweine nahm z. B. um 9167 zu, dagegen ist leider zu erwähnen, daß der Ferkelmarkt im Berichtsjahre einen starken Rückgang erlitten hat. Während früher eine Zufuhr von 400—500 Ferkeln als Normalauftrieb eines Marktes bezeichnet werden konnte, belief sich im letzten Vierteljahr der Auftrieb auf durchschnittlich 200 Stück pro Markt, der Gesamtrückgang auf 8493 Stück. Als hauptsächlichster Grund des Rückgangs muß die Errichtung eines Schweinemarktes in dem benachbarten Seckenheim bezeichnet werden. Trotz der Einsprache des Stadtrats gegen das Vorhaben der Gemeinde Seckenheim wurde die Abhaltung von Ferkelmärkten seitens des Ministeriums des Innern provisorisch genehmigt. Die Veranlassung zu dem Vorgehen der Gemeinde Seckenheim bildete die lang andauernde Sperre, welche im Jahre 1899 über den hiesigen Ferkelmarkt verhängt war. Hierdurch waren die Landwirte der Umgegend, welche den hiesigen Markt beschickten, genötigt, vielfach ihre Tiere in die Pfalz zu verkaufen, was natürlich nur mit Kosten und großem Zeitverlust ermöglicht werden konnte.

Über die Bewegung der Viehpreise im Jahre 1900 geben nachstehende Tabellen ungefähre Anhaltspunkte:

a) Großvieh

Ochsen pro 100 kg Schlachtgewicht	Rinder und Kühe pro 100 kg Schlachtgewicht	Schlachtfarren pro 100 kg Schlachtgewicht	Milchkühe pro Stück	Luxuspferde pro Stück	Arbeitspferde pro Stück	Schlachtpferde pro Stück
M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
112—148	70—136	104—116	100—800	1000—5000	100—2000	20—150

b) Kleinvieh

Kälber pro 100 kg Schlachtgewicht	Schweine pro 100 kg Schlachtgewicht	Schafe pro 100 kg Schlachtgewicht	Ziegen pro Stück	Zicklein pro Stück	Ferkel pro Stück
M.	M.	M.	M.	M.	M.
110—180	80—120	80—160	10—25	2—3	4—15

Infolge der Eröffnung des neuen Schlachthofs war eine Revision der für den Viehhofbetrieb geltenden Vorschriften nötig. Neue Fassung erhielten: Die Viehhof- und Viehmarktordnung, die Betriebsordnung für den Viehhof, die Fütterungsordnung und der Gebührentarif für den Viehhof.

5. Arbeitsmarkt und Löhne

Mit dem Rückgang der wirtschaftlichen Konjunktur ging eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes Hand in Hand. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat in der zweiten Hälfte des Jahres besonders im Baugewerbe (trotzdem der Winter sehr mild einsetzte) und in der Eisenindustrie nachgelassen. Die Zahl der

bei der hiesigen Zentralanstalt für Arbeitsnachweis verlangten Arbeitskräfte (d. h. der angebotenen Stellen) betrug im Vorjahre 24446, sie sank im Berichtsjahre auf 22107, also um 2239 oder 9,5 %, die Zahl der vermittelten Stellen von 17222 auf 15462, also um 1760 oder 10,2 %, während die Zahl der durch Vermittlung der Zentralanstalt Arbeitsuchenden von 43924 auf 55122, also um 11198 oder 25,5 % anwuchs. Das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeitsuchenden war im Jahre 1899 100 : 179,7, im Jahre 1900 dagegen bedeutend ungünstiger 100 : 249,3. Am schärfsten brachte der Dezember dies ungleiche Verhältnis zum Ausdruck, wo auf 100 offene Stellen 877 männliche Arbeitsuchende kamen.

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß von einem großen Teil der Arbeiterschaft, besonders von den Industriearbeitern, die Anstalt für Arbeitsnachweis nur in sehr geringem Maße benützt wird. In obigen Zahlen kommt also bei weitem nicht der volle Umfang der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Über die Fürsorge für die Arbeitslosen ist das folgende Kapitel zu vergleichen.

Die auffallende Steigerung der Wegzug-Ziffer, besonders im zweiten Halbjahr (siehe S. 55) ist gleichfalls ein Symptom der bedeutend verschlechterten Konjunktur des Arbeitsmarktes.

Auch die weibliche Abteilung der Anstalt für Arbeitsnachweis zeigte mit einem starken Überfluß an Stellensuchenden diese ungünstige Entwicklung. Eine Ausnahme macht nur die Nachfrage nach Dienstboten, die sich sehr lebhaft gestaltete und weit über das Angebot hinausging.

In der Zentralanstalt für Arbeitsnachweis wurden 2193 Dienstboten verlangt, aber nur 1297 suchten Stelle, auf 7 Stellenangebote kamen also nur 4 Dienstsuchende. Diese Zahlen, die aus dem statistischen Material der anderen Vermittlungsanstalten (im September eröffnete die Ortskrankenkasse für Dienstboten eine solche) jedenfalls ergänzt und bestätigt werden könnten, geben einen beredten Beitrag zu dem Kapitel der Dienstbotennot, über die übrigens außer Mannheim fast alle größeren Städte zu klagen haben.

Bezeichnend ist u. a., daß die Zahl der Herrschaften, die durch Vermittlung des evangelischen Marthahauses Dienstmädchen suchten, von 2384 auf 2457 gestiegen ist, während die Zahl der dort herbergenden, Stelle suchenden Dienstmädchen von 684 auf 567 herabging.

Die Zahl der Dienstboten stieg hier in den Jahren von 1895—99 von 4450 auf 6300 d. h. um 41,6 %. Ein Bild von dem großen Umfang des Dienstbotenwechsels erhielt man aus einer statistischen Untersuchung der An- und Abmeldungen von weiblichen Dienstboten an den beiden großen Zielen am 1. April und 1. Oktober 1899, welche ergab, daß an den beiden Terminen 2086 Dienstboten ihre Stellen wechselten, d. h. von je dreien fast genau ein Dienstbote. Von diesen gingen 626 oder 30 % nach auswärts. Nimmt man dasselbe Verhältnis für das ganze Jahr als giltig an, so käme man 1899 bei 2778 Wegzügen auf etwas über 9000 Veränderungen im Dienste d. h. auf 2 Stellen würden im Jahresdurchschnitt in Mannheim rund 3 Inhaberinnen kommen. Der Bedarf wird zu 49,7 %, also fast genau zur Hälfte durch Zuzug von auswärts gedeckt und zwar stellt der Kreis Mosbach mit den an ihn grenzenden württembergischen

Oberämtern im Frühjahr wie im Herbst weitaus das größte Kontingent. Erst in zweiter Linie wirken die benachbarten Landstriche, der Kreis Heidelberg und die Pfalz mit. (Vgl. Dr. Schott, Der Dienstbotenwechsel in Mannheim in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 1900, S. 370 ff.).

Durch § 3 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Dienstboten vom 20. August 1898 ist der durch Bekanntmachung des Stadtrats vom 4. Februar 1896 festgesetzte Ortsgebrauch, wonach die Dienstbotenzieler abweichend vom Gesetz geregelt waren, hinfällig geworden ist. Es sind daher lediglich die gesetzlichen Bestimmungen maßgebend. Diese besagen:
„Für die zu häuslichen Diensten gemieteten Dienstboten beginnt die Dienstzeit am 1. Tage der Monate Januar, April, Juli und Oktober und dauert 3 Monate. Bei der Miete zu Dienstleistungen in der Landwirtschaft gilt der Vertrag für ein Jahr abgeschlossen und beginnt am 1. Januar. Dasselbe gilt bei Dienstboten, welche sowohl zu landwirtschaftlichen als zu häuslichen Diensten gemietet werden. Bei dem Gedinge monatlicher Zahlung gilt der Vertrag auf die Dauer eines Monats geschlossen."

Bezüglich der Lohnverhältnisse der Arbeiter äußert sich der Handelskammerbericht, daß die ihm zu Grunde liegenden Mitteilungen keine einschneidende Wirkung des Rückgangs der Konjunktur erkennen lassen; es scheine vielmehr, daß die Löhne bis über die Mitte des Jahres hinaus die steigende Richtung des Vorjahres beibehalten haben und daß nur in beschränktem Umfang im zweiten Semester ein Rückgang eingetreten ist. Wenn auch die Lohnaufbesserungen dem Maße nach hinter dem Jahre 1899 zurückgeblieben seien, so sei doch wohl, wenigstens im allgemeinen, im Jahre 1900 noch keine Verschlechterung der Lohnverhältnisse zu beobachten gewesen. Der Bericht des Gewerkschaftskartells hebt jedoch hervor, daß sich der Rückgang der Industrie auch am hiesigen Platze bereits im Jahre 1900 sehr deutlich bemerkbar machte und in einer Reihe von Fabriken zu Betriebseinschränkungen und ziemlich umfangreichen Arbeiterentlassungen führte.

In verschiedenen Berufen und Betrieben erfolgten Lohnbewegungen und Agitationen zur Verkürzung der Arbeitszeit oder zur Abstellung von Mißständen. Die Streiks des Berichtsjahres nahmen aber weder bezüglich der Zahl der Ausständigen noch der Dauer des Ausstands außergewöhnlichen Umfang an.

Ein Formerstreik in einer hiesigen Eisengießerei wurde zu Anfang des Berichtsjahres durch einen Vergleich beendet. Nach dreiwöchentlichem Ausstand erreichten die in dem Holzarbeiterverband organisierten Wagnergehilfen die Anerkennung ihrer Forderungen (10stündige Arbeitszeit, 25% Zuschlag für Überstunden, Abschaffung von Kost und Logis bei den Meistern). Die Tapezierer erlangten 9½stündige Arbeitszeit, 25% Zuschlag für Überstunden, 66⅔% für Sonntagsarbeit, 100% für Nachtarbeit, außerdem 5% Lohnerhöhung in der Mehrzahl der Geschäfte. Die Organisation der Schmiede richtete an ihre Meister das Ersuchen um Einführung der 10stündigen Arbeitszeit, Abschaffung der Sonntagsarbeit und des Kost und Logiswesens bei dem Meister, Gewährung eines Minimallohnes von 26 Mk. für Feuerschmiede und 20 Mk. für Jungschmiede. Es kam zur Kündigung, indessen wurde durch Annahme der Forderungen, allerdings mit kleinen Abänderungen seitens der Meister, am letzten Tage der Streik

verhütet. Mit Unterstützung des Hafenarbeiterverbandes versuchten die *Flößer* eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen. In einem Geschäft kam es zum Ausstand, in den übrigen gelang es teilweise die Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Die *Küfer* setzten in einer hiesigen Faßfabrik einen Mindeststundenlohn von 40 Pfg. und die Beseitigung einiger Mißstände durch. Über die materielle Besserstellung der *städtischen Arbeiter* wurde bereits in Kap. IV berichtet. Am 15. Mai erfolgte ein eintägiger Ausstand der *Feuerhausarbeiter* des städtischen Gaswerks auf dem Lindenhof. Der am Nachmittag des 15. Mai tagende Bürgerausschuß bewilligte nach längerer Debatte die geforderte 8stündige Arbeitszeit (dreimaligen Schichtwechsel) und den hierdurch entstehenden Mehraufwand von jährlich M. 17 000. Darauf erfolgte am nächsten Tage die Wiederaufnahme der Arbeit.

XII. Soziale Fürsorge

1. Armenpflege

Im Anfang des vorigen Kapitels wurde gezeigt, wie der Wohlstand in hiesiger Stadt in außerordentlichem, sich auch auf die kleinbürgerlichen Klassen erstreckendem Umfang zugenommen hat. Dem gegenüber muß hier darauf hingewiesen werden, daß auf der andern Seite die Armut und das Unterstützungsbedürfnis bedeutend gewachsen ist, und zwar nicht nur absolut mit der Zunahme der Bevölkerung und des Proletariats, sondern wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, auch relativ in sehr erheblicher Weise. Die Zahl der in offener Armenpflege Unterstützten stieg im Monatsdurchschnitt von 1535 auf 1884, der durchschnittliche Armenaufwand von M. 9118 auf M. 11769. Die Zahl der Unterstützten und der Unterstützungsaufwand, auf 1000 Einwohner der mittleren Jahresbevölkerung berechnet, betrug in den Jahren 1899 und 1900:

	Unterstützte		Aufwand	
im Monat	1899	1900	1899	1900
			M.	M.
Januar	11,1	12,9	70,71	91,21
Februar.	11,6	13,2	73,58	87,86
März	11,9	13,3	68,74	82,50
April	12,1	13,3	68,79	80,84
Mai.	11,8	13,2	68,08	80,81
Juni	12,4	13,4	71,12	82,75
Juli.	12,4	13,7	71,41	81,53
August	12,4	13,9	71,68	83,06
September	12,1	14,3	70,13	83,83
Oktober	12,0	14,9	69,41	86,37
November	12,1	15,3	75,97	100,10
Dezember	12,3	15,2	75,76	100,30

Die Relativzahlen für 1900 sind erheblich höher als die für 1899. Während z. B. im Dezember 1899 auf je 1000 Einwohner 12,3 Unterstützte kamen, waren es im Dezember 1900 15,2. Und im gleichen Monat betrug der Aufwand pro Kopf der Bevölkerung fast genau ein Drittel mehr als 1899.
Die Zahl der in offener Armenpflege Unterstützten betrug im Berichtsjahre 1155, der mitunterstützten Ehefrauen und Kinder 2887. Von den Unterstützten waren staatsangehörig in Baden 843, Preußen 79, Sachsen 12, Württemberg 89, Hessen 80, Bayern 41, Elsaß-Lothringen 5, Nichtdeutsche 6. Die Gesamt-Bar-Ausgaben einschließlich der Kreisbeiträge betrugen 120248 M. In sämtlichen Bezirken gelangten in Summa zur Ausgabe: 64965 Ko. Brod, 276190 Portionen Suppe mit einem Gesamtwerte von 20916 M., mit den Barunterstützungen zusammen 141164 M. Die Durchschnittszahl der monatlich unterstützten Parteien betrug 643. Außer den Beträgen aus Stiftungen (zusammen 4424,64 M.) belief sich die Summe der Geschenkegelder auf 10471 M.
In geschlossener Armenpflege wurden auf öffentliche Kosten verpflegt: Im allg. Krankenhause 1331 Personen mit einem Kostenaufwand von 72716.81 M., im Kinderhospital 219 mit einem Kostenaufwand von 5767.53 M., im israelitischen Hospital 36 mit 784.80 M., im Isolierspital 146 mit 1884.40 M. Auf öffentliche Kosten waren untergebracht: in der Kreispflegeanstalt Weinheim 171, Universitätsirrenklinik Heidelberg 114, Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen 38, Großh. Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim 47, Großh. Heil- und Pflegeanstalt Illenau 4 Personen. In Pflege waren ferner 541 Kinder. Der Stand der Zwangszöglinge betrug am Ende des Jahres 174.
Die Armenpflege der Stadt Mannheim wird von der städtischen Armenkommission geleitet, deren jetziger Vorsitzender Bürgermeister von Hollander ist. In ihr Geschäftsgebiet gehört die Fürsorge für alle Hilfsbedürftigen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen einschließlich der Einweisung Armer in Kranken-, Pflege- und Waisenanstalten, ferner die Mitwirkung bei der sog. freiwilligen Armenpflege durch bestimmungsgemäße Verwendung der ihr zur Verteilung überwiesenen Stiftungs- und Geschenkmittel. Neuerdings wurden ihr auch die Funktionen des Gemeindewaisenrats übertragen. (Vgl. S. 25.) Zur Ausübung der sog. offenen Armenpflege wurde die Stadt in 27 Armenbezirke eingeteilt, deren Geschäfte von Bezirksvorstehern und Bezirkspflegern (bezw. Pflegerinnen) im Ehrenamt geführt werden. Die Beiziehung von Frauen zur Armenpflege hat sich vorzüglich bewährt und ist in einer Reihe anderer Städte nachgeahmt worden. Ein Bezirk soll in der Regel nicht über 60 Unterstützte, eine Pflegschaft nicht mehr als 4 Unterstützte umfassen, so daß hier in der umfassendsten Weise für Individualisierung der Armenpflege im Sinne des sog. „Elberfelder Systems" (über dessen

Wesen und Vorzüge vergl. den Städt. Verwaltungsbericht für 1892—94, I, 584) Sorge getragen ist. Das von der Armenkommission erstmals im Berichtsjahr herausgegebene „Jahrbuch für die Verwaltung der städtischen Armenpflege" enthält alles in schnell orientierender Form zusammengestellt, was für die Bezirksorgane bei der Ausübung ihrer Funktionen notwendig und von Interesse ist.

Das Jahr 1899 war das erste, während dessen ganzen Verlauf die Neuorganisation der hiesigen Armenpflege in Kraft war. Dieselbe hat sich sehr gut bewährt; die Bezirksvorsteher, Pfleger und Pflegerinnen nahmen sich ihrer Aufgabe mit großer Hingebung an, und seitens der Armen wurde dankbar anerkannt, daß die Armenpflege intensiver geworden ist und die Bedürfnisse gerechter und individueller berücksichtigt werden. Um mit den pflegerischen Organen allgemeine Angelegenheiten besprechen und dadurch das Interesse an einer allseitigen lebhaften Bethätigung auf dem wichtigen Gebiet der Bezirksarmenpflege zu fördern, führte der Vorsitzende der Armenkommission Versammlungen der Armenpfleger ein, die jährlich einigemale stattfinden sollen. Die erste dieser Versammlungen fand am 3. November im Rathaussaal statt. In dieser Versammlung referierte Bürgermeister von Hollander über die für die Armenpflege wichtigsten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und erstattete sodann Bericht über die in Mainz stattgehabte Generalversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit.

2. Notstandsarbeiten

Weiterhin sei hier der Notstandsarbeiten gedacht. Gegen Ende des Jahres nahm die Arbeitslosigkeit einen bedenklichen Umfang an; sie betraf nicht nur ungelernte, sondern auch gelernte und berufstüchtige Arbeiter, was immer ein Zeichen schwieriger wirtschaftlicher Zustände ist. Eine Versammlung von Vertretern der Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften u.s.w. beriet am 28. November über die Mittel und Wege, wie der Arbeitslosigkeit entgegengetreten und für die damals circa 2000 Personen zählenden Arbeitslosen Beschäftigung gefunden werden könne. Es wurde damals außer dem Antrag, von der Stadtverwaltung die Bereitstellung von 150000 M. als Arbeitslöhne für die Beschäftigungslosen zu fordern, folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung des Gewerkschaftskartells vom 28. November erklärt: Die bereits eingetretene und auch in weiterer Steigerung zu erwartende Arbeitslosigkeit erheischt dringend ein sofortiges Eingreifen der Stadt. Das bisher ausschließlich angewandte Mittel des Steineklopfens ist nach Art und Umfang völlig unzureichend. Die Versammlung erwartet im Einverständnis mit der aus Vertretern der Arbeiterschaft aller Richtungen zusammengesetzten Kommission von der Gemeindeverwaltung die sofortige Inangriffnahme städtischer und gemeinnütziger Arbeiten und die Beschaffung notwendiger Lebensbedürfnisse in einem dem Maße der Not entsprechenden Umfange. Das Kartell erklärt sich bereit, durch Vermittlung der Kommission bezüglich der einzelnen Maßnahmen mit den städtischen Behörden in Verbindung zu treten. Das Kartell erwartet von der Fraktion der Niederstbesteuerten die sofortige entschiedenste Vertretung der gestellten Forderung, nötigenfalls unter Anwendung der verschärftesten Maßnahmen.

Am 7. Dezember 1900 beschloß der Stadtrat, die Arbeitslosen bei folgenden Erdarbeiten zu beschäftigen:

1. Abheben des Humus auf dem Terrain einer später herzustellenden Straße am östlichen Teil der Neuwiesen parallel zum Bahndamm der preußisch-hessischen Staatsbahn, welche die Verbindung zwischen der Seckenheimerstraße und dem Neckardamm herstellen soll;
2. Anschüttung der im neuen Bebauungsplan vorgesehenen Ringstraße zwischen den langen Röttern und dem für einen Schulhausneubau vorgesehenen Baublock gegenüber den Brauereien.
Für diese Arbeiten bewilligte der Bürgerausschuß am 8. Januar 1901 Kredite von 4500 und 9600 Mark. An Tagen starken Frostes, an denen Erdarbeiten unmöglich sind, mußten die Notstandsarbeiter mit Steinklopfen beschäftigt werden.
Ferner wurde beschlossen, daß nur solche Personen in die Beschäftigung eintreten können, die seit mindestens zwei Jahren hier wohnen. Für die Beschäftigung der Arbeitslosen wurde an Stelle des bisher gezahlten ortsüblichen Tagelohns von 2,70 Mark folgender Lohntarif aufgestellt. Es erhalten: A. Verheiratete: in der Altersgrenze vom zurückgelegten 24. bis zurückgelegten 60. Jahre 2,80, über 60 Jahre alt 2,20, unter 24 Jahren 2,50 Mark. B. Ledige: über 20 Jahre alt 2,10, von 18 bis 20 Jahre alt 1,80, von 16 bis 18 Jahre alt 1,50, unter 16 Jahren 1,— Mark.
Ledige Personen unter 20 Jahren sollen nur dann Beschäftigung erhalten, wenn sie bei ihren Eltern wohnen; solche unter 16 Jahren sollen nur ausnahmsweise eingestellt werden. Bezüglich des Steinklopfens hat obiger Tarif keine Geltung, da diese Arbeit im Akkordlohn verrichtet wird. Bei einer Temperatur von 8—9° Kälte wurden die Steinklopfarbeiten laut Stadtratsbeschluß auf die Zeit von 10—12 und 1—4 Uhr beschränkt und den Arbeitern für den Ausfall an Akkordlohn ein Zuschlag von 35—75 Pfg. bewilligt.

Die Dauer der Notstandsarbeiten betrug im Winter 1898/99 nur 1½ Wochen, 1899/1900 dagegen 9 Wochen und 1900/1901 sogar 14 Wochen. Von Ende November 1900 bis Mitte Januar 1901 meldeten sich nicht weniger als 1095 Arbeiter, wovon 613 die Arbeit aufnahmen. Bis zur Einstellung der Arbeiten am 9. März 1901 meldeten sich im ganzen 1749 Arbeiter an, wovon 930 die Arbeit aufnahmen und 692 im Lauf der 14 Wochen wieder austraten. Es betrug:

Im Jahr	Die Dauer der Notstandsarbeiten	Der Aufwand für Steinklopfarbeiten	Der Aufwand für Erdarbeiten	Der Aufwand in Summa	Der Mehraufwand aus Anlaß der Notstandsarbeiten
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1898/99	6. Febr.—17. Febr. = 1½ Wochen	1404,84	—,—	1404,84	1201
1899/1900	21. Dez.—20. Febr. = 9 Wochen	3963,80	15600	19563,80	9750
1900/1901	28. Nov.—9. März = 14 Wochen	37876,74	29500	67376,44	ca. 30000
für die letzten 3 Jahre				88345,38	ca. 41000

3. Wohlfahrtsbestrebungen in gemeinnützigem Interesse

In erfreulichem Wachstum begriffen ist die Zahl der Vereine, Stiftungen ꝛc., welche Armenunterstützung gewähren oder andere charitative Zwecke verfolgen. Eine Zusammenstellung derselben giebt das oben erwähnte Jahrbuch der Armenkommission.

Der Verein gegen Haus- und Straßenbettel gewährte 5522 Personen Naturalverpflegung und Obdach, gegen 5605 im Vorjahr; es ergiebt sich daraus ein Weniger von 83 Unterstützungsuchenden, so daß die verringerte Erwerbsgelegenheit des abgelaufenen Jahres bis jetzt keine ausgedehntere Anforderungen an den Verein stellte. Die höchste Zahl der Unterstützungen wurde im November (636), Januar (620) und Dezember (558) erreicht, die wenigsten entfielen auf die Monate April (325), Juni (367), und August (393). Seit Bestehen des Vereins (1882) fanden im ganzen 237345 Personen Unterstützung bei demselben.

In der Herberge zur Heimat Mannheim wurden 12777 durchreisende Personen in 27100 Nächten gegen 24488 bezw. 26715 im Vorjahre beherbergt. Ständig einlogiert waren 133 Personen in 6620 Nächten gegen 127 bezw. 7194 im Vorjahre.

Die städtische Wärmehalle wurde im letzten Winter von 2932 Personen, in der Woche durchschnittlich von 293 Personen frequentiert. Verabfolgt wurden daselbst 626 Brödchen zum Preise von 5 Pfg. pro 2 Stück, 457 Tassen Kaffee für 8 Pfg. pro Tasse und 395 Würstchen zum Preise von 12 Pfg. für 2 Stück.

In der Stadtratsitzung vom 29. Juni konnte der Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß auf Anregung der Frau Großherzogin in hiesiger Stadt die Errichtung von Arbeiterinnenheimen geplant sei, woselbst unverheirateten, hier beschäftigten und in fremder Familie (Schlafstelle) wohnenden Arbeiterinnen Gelegenheit geboten werden soll, nach Beendigung der Tagesarbeit in den Abendstunden bei Spiel, Lektüre, leichten Handarbeiten u. s. w. Erholung, Unterhaltung und Belehrung zu finden.

Ein wesentlicher Teil der Wohlthätigkeits- und gemeinnützigen Bestrebungen der hiesigen Frauenwelt findet im Frauenverein eine Stätte segensreichen Wirkens. Im Jahre 1899 waren 50 Jahre seit der Gründung des Frauenvereins Mannheim in seiner ersten Form verflossen. Zwei Mitglieder des Vereins, welche demselben seit 1849, den Schreckenstagen der Cholera in Mannheim, angehören, die einzigen aus jener bewegten Zeit noch Lebenden, Frau Josephine Bassermann und Frau Pauline Maier, wurden durch reich eingerahmte Bilder der Frau Großherzogin erfreut, und die gleiche Freude durfte die Vereinsvorsteherin einer

Veteranin des Karlsruher Frauenvereins bereiten, der seit Jahren hier lebenden Frau Medizinalrat Seubert Wwe., welche auf eine noch längere Zugehörigkeit zu dieser der Humanität geweihten Vereinigung zurückblickt.

Aus dem Jahresbericht für 1900 sei hier folgendes hervorgehoben (die in Klammer gesetzten Ziffern betreffen das Vorjahr):

Der Verein gliedert sich z. Zt. in 6 Abteilungen und wird geleitet von dem Gesamtvorstand, aus dessen Mitte die Vereinsvorsteherin durch Wahl hervorgeht. Ihr steht ein Beirat zur Seite. Vorsteherin ist Fräulein Elise Gärtner, Beirat Major Seubert. Der Gesamtvorstand setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der einzelnen Abteilungen und deren Beiräten, sowie aus zugewählten Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am 31. Dezember 1900 1362 (1186), ein erfreulicher Zuwachs. Hiervon sind nicht einzelnen Abteilungen beigetreten, sondern gehören dem Gesamtverein an 490 (504). Des letzteren Einnahmen bezifferten sich im Berichtsjahr auf M. 56433 (12431). Der erhebliche Unterschied gegen das Vorjahr rührt her aus dem Anfang 1900 dem Frauenverein überwiesenen Anteil an dem Ertrag des großen, gegen Ende des Jahres 1899 abgehaltenen Bazarfestes in Höhe von M. 30000. Von dieser Summe haben die einzelnen, einer Zuwendung bedürfenden Abteilungen größere oder kleinere Beträge erhalten. Die Ausgaben des Gesamtvereins betrugen M. 56317 (12400), doch befinden sich hierunter auch die angelegten Kapitalien, deren Zinsen wiederum den Abteilungen zu gut kommen. Das Vermögen des Gesamtvereins ist auf M. 19690 (11846) angewachsen. An Geschenken sind M. 1300 (60) zu verzeichnen.

Abteilung I ist der Arbeitssaal. Hier kommen während des größten Teils des Jahres dessen Mitglieder in stattlicher Zahl allwöchentlich zusammen, um Weiß- und Bettzeug für Bedürftige anzufertigen oder solches zur Fertigstellung durch Arme vorzubereiten. Die zurückgelieferten, vollendeten Stücke bringen dann doppelten Nutzen, einmal durch den Lohn für die Anfertigung und dann, wenn sie nicht verschenkt werden, durch Verkauf an Abteilung IV und andere. Außerdem fertigten Arbeitsuchende durch Vermittelung der Abteilung I Weißzeug und dergl. auf Bestellung zur vollkommenen Zufriedenheit der Auftraggeber an. Während die Zahl der im Jahr 1899 hergestellten Stücke 2830 betrug, weist das Jahr 1900 deren 4801 auf. Sobald eine Mobilmachung des deutschen Heeres in Aussicht steht, wird Abteilung I zur Kriegshülfsabteilung und vereint in sich die gesamte Hülfsarbeit des Frauenvereins auf dem Gebiet der Pflege der Verwundeten und Kranken, welche dieser in engem Anschluß an den Mannheimer Männerhilfsverein nach den Bestimmungen der Kriegs-Sanitätsordnung und Felddienstvorschriften ausübt. Zu diesem Zweck wurde im Berichtsjahr ein genauer sog. Mobilmachungsplan ausgearbeitet.

Abteilung II ist die Frauenarbeitsschule. Ihr Vermögen beläuft sich einschließlich des Schulhauses und dessen Einrichtung auf M. 59243 (59110); doch steht dem eine Hypothekenschuld auf genanntes Schulhaus von M. 47000 gegenüber. Der Pensionsfond der Industrielehrerinnen beträgt M. 7610 (2722). Die Vermehrung ist hauptsächlich der Zuwendung von M. 2000 aus dem der Abteilung II überwiesenen Bazar-Erträgnis zu danken. Auch im Berichtsjahr erhielt die Frauenarbeitsschule einen Staatszuschuß in Höhe von M. 600, und die städtischen Behörden haben wiederum ihr Wohlwollen für die Anstalt durch Bewilligung von M. 1650, zur Deckung der Hypothekenzinsen, bethätigt. Die Zahl der Schülerinnen belief sich auf 170 (180), eine sicherlich nur vorübergehende Abwärts-Schwankung in der Frequenz der nach bewährten Grundsätzen geleiteten Anstalt. Eine Veränderung im Lehrkörper hat nicht stattgefunden. Einem Beschluß

des Vorstandes zufolge wird, zunächst versuchsweise, der 1900 noch abgehaltene Lehrkurs in der Buchführung und Korrespondenz in Zukunft ausfallen, da der nunmehr von dem Verein Frauenbildung—Frauenstudium in's Leben gerufene kaufmännische Unterricht dort weit eingehender erteilt wird, als in einer Schule für Frauen-Handarbeit.

In Abteilung III: Privatpflegestation und Krankenpflege wurde die Zahl der Pflegeschwestern von 9 auf 10 erhöht. Von der großen Inanspruchnahme der vielbegehrten Schwestern, welche mit edler Selbstverläugnung und liebevoller Hingabe sich ihrem schweren Beruf unterziehen, zeugen die nachstehenden Zahlen. Sie hatten Verpflegungstage 2790 (2574), Nächte 48 (110) und 130 (116) Einzelbesuche.

In Abteilung IV: Armenunterstützung beträgt die Mitgliederzahl 379 (383). Der Einnahme von M. 33907 (11917) stehen an Ausgabe gegenüber M. 14237 (11897) entgegen. An Geschenken, worunter M. 10000 aus dem Ergebnis des Bazars, flossen der Abteilung M. 14150 (1570) zu, Vermögensstand M. 46040 (34479). Mit warmem Dank erinnert der Jahresbericht an die Aufopferung, mit welcher die Mitglieder des Vorstandes sich ihrem mühevollen Liebesdienst weihen, die kranken Armen zu besuchen. Wären doch mehr Mittel zur Verfügung, noch mehr Leidenden und Darbenden und in noch höherem Maß Hilfe zu bringen! So muß sich bei stets wachsender Zahl von Bittstellern die Abteilung auf die Unterstützung Erkrankter beschränken. Eine weitere verdienstvolle Aufgabe hat sich der Vorstand der Abteilung IV gestellt, durch seine Mitwirkung bei Bekämpfung der Lungentuberkulose. Auf Anregung I. K. H. der Großherzogin hat der Gesamtvorstand die Abteilung IV, als die mit den armen Bevölkerungskreisen in steter Berührung befindliche, beauftragt, bei den Besuchen in den Familien, die Aufmerksamkeit auf Vorboten und Anzeichen jenes Leidens zu richten, um durch Warnung oder eigene Anzeige den Ausspruch eines Arztes zu veranlassen. Auf Grund eines solchen, bezw. einer Untersuchung, erfolgt sodann Mitteilung durch den Gesamtvorstand an die städtische Armenkommission, welche hier ihre thatkräftige Unterstützung zugesichert hat und, wenn irgend möglich, die Verbringung der Erkrankten in eine Heilanstalt übernimmt. Abteilung IV konnte im Jahr 1900 auf eigene Kosten oder mit Hilfe von Wohlthätern 22 (18) einer Salzbadekur bedürfenden Kinder nach der Anstalt Siloah bei Rappenau zu vierwöchentlichem Aufenthalt entsenden und hatte die Freude, die besten Erfolge an den Zurückkehrenden festzustellen. Der Handnäh- und Bügelunterricht für unbemittelte Mädchen wurde von 17 (21) Schülerinnen besucht.

Abteilung V: Unterrichtswesen besteht nur aus Vorstands- und Hilfsdamen, deren Besuchsdienst während der Handarbeitsstunden der Mädchen in den städtischen Volksschulen eine, von der Stadtbehörde vielfach anerkannte Unterstützung der Lehrerinnen bildet und gleichzeitig mit vielem Erfolg zur Aneiferung der Schülerinnen dient. Auch bei den von der Stadt eingerichteten Kochkursen sind die Vorstands- und Hilfsdamen in gleicher Weise beteiligt. Neben der Leitung eines Flickkurses der Fortbildungsschülerinnen sind im Berichtsjahr Flickabende der Mädchen und Frauen mit bestem Erfolg in's Leben gerufen worden. In zwei Schulhäusern benützten bei Beginn dieses Unterrichts 120 Teilnehmerinnen die Gelegenheit, angewiesen durch 2 Lehrerinnen und unter Beihilfe der dem guten Zweck Zeit und Mühe widmenden Damen, Kenntnisse in der Arbeit des Flickens und Stopfens zu erwerben. Hierbei wurde die Abteilung seitens der Stadtverwaltung unterstützt durch Gestellung der nötigen Räume mit Heizung und Beleuchtung und Uebernahme der Entlohnung der beiden Lehrerinnen.

Die unter Leitung des Frauenvereins (als dessen Abteilung VI) stehende Volksküche (in R 5, 6) hatte einen derartig steigenden Besuch aufzuweisen, daß die

Errichtung einer zweiten ähnlichen Anstalt zur Entlastung der ersten unbedingt notwendig erscheint.

Die nachstehenden Zahlen mögen die Größe des Betriebs und gleichzeitig die Vortrefflichkeit der Leitung durch Vorstand und Beiräte veranschaulichen. Es wurden im Berichtsjahr abgegeben: Suppenliter zu 10 Pfg. 9884 (9733), sog. kleine Essen zu 20 Pfg. 91979 (100032), Portionen zu 25 Pfg., aus Gemüse und Fleisch bestehend, 11375 (9427) und große Essen zu 30 Pfg. 83308 (77682). Dazu wurden 49281 (38884) 3 Pfg.-Brode entnommen. An Kaffee mit Milch und Zucker verabreichte man 56288 (52639) Tassen zu 5 Pfg. nebst 62243 (52639) Brödchen zu 2 Pfg. dazu. Und daß auch die Sonderzimmer für Männer und Frauen, gegen Mehrzahlung von 5 Pfg. beliebt und benützt sind, beweisen 14423 (12208) zu dem Zweck gelöste Marken. Verschiedene Wohlthätigkeitsvereine, darunter Abteilung IV des Frauenvereins, lassen arme Kinder in der Volksküche zu Mittag essen, einer Anzahl gewährt die Küche selbst die gleiche Vergünstigung. Eine weitere Thätigkeit entfaltet die Volksküche durch Bereitung der von der Armenkommission unentgeltlich an Arme und Kranke abgegebenen Suppen u. dgl. Im Berichtsjahre lieferte die Volksküche für städtische Rechnung 255280 (229415) Portionen Suppe zu 3 Pfg. und 3389 (3296) Portionen Krankensuppe zu 7½ Pfg., dazu 1176½ Portionen Fleisch und 79 Portionen Leber. Die Einnahmen der Volksküche betrugen 87399 (71174) Mark und die Ausgaben 56120 (53345) Mark. Das Jörger'sche Stiftungskapital von 35000 Mark wird von der Stadt verwaltet, dagegen besitzt die Volksküche ein eigenes Vermögen von 31279 (17829) M. Der Wert der Vorräte und des Inventars beläuft sich auf 2790 M.

Neben dem Frauenverein sind zahlreiche andere Vereine, auf deren Wirksamkeit im einzelnen einzugehen einem der nächsten Chronik-Jahrgänge vorbehalten bleiben muß, im Dienst der sozialen Fürsorge thätig. Auch die Bestrebungen der Abteilung Mannheim des Vereins „Frauenbildung — Frauenstudium“, die, wie schon dieser Name sagt, der Hauptsache nach auf anderem Gebiet liegen, machen sich hier in wohlthätigster Weise geltend.

Die von genanntem Verein im Februar 1899 gegründete Rechtschutzstelle, die zweimal wöchentlich im Lokale der Volksküche Frauen und Mädchen unentgeltlich Rat und Auskunft in Rechts- und anderen Angelegenheiten erteilt, wurde im Berichtsjahre von 186 ratsuchenden Frauen und Mädchen 357 mal aufgesucht. Ihre Anliegen (Ehe-, Dienst-, Lohn-, Miete-Streitigkeiten, Alimentationsklagen, Schuldforderungen u. a.) wurden in 142 Fällen durch Rat und Auskunft, in 33 Fällen durch unmittelbares Eingreifen und in 11 Fällen durch Verweisung an Anwälte erledigt.

Die Thätigkeit des Vereins „Frauenbildung — Frauenstudium“ gehört ferner noch hinsichtlich der Gruppe für gemeinnützige Hilfsarbeit dem Bereich dieses Kapitels an. Hier wurde von Damen der Gruppe an Kinder der Volksschule und Mädchen der Handelskurse Nachhilfeunterricht erteilt, ferner wurden für wohlthätige Zwecke Wäschestücke und Puppen angefertigt, und durch Vermittlung der Gruppe kamen 10 junge Mädchen zur Mitarbeit in die Volksküche, andere in den Mädchenhort und in die Kleinkinderschule.

Über die Thätigkeit des Wöchnerinnen-Asyls, welches unbemittelten Wöchnerinnen Aufnahme und Verpflegung gewährt, wurde in Abschnitt VII berichtet.

Ebenso wurden bereits in verschiedenen früheren Kapiteln weitere Einrichtungen und Maßnahmen berührt, welche zugleich unter die Rubrik soziale Fürsorge fallen.

Kleinkinderschulen, welche sich der Pflege und Erziehung von armen Kindern, bezw. von noch nicht schulpflichtigen Kindern minderbemittelter Eltern widmen, bestehen in Mannheim mit Vororten 17, die größtenteils Vereinsgründungen auf konfessioneller Grundlage sind. Die größten sind die Kleinkinderschule in N 6, 9 sowie die von dem evangelischen Diakonissenverein und den Niederbronner Schwestern geleiteten Anstalten mit ihren verschiedenen Vorstadtfilialen.

Die Verabreichung von warmem Frühstück (Milch und Brötchen) an bedürftige Schulkinder auf Kosten der Stadt begann im Schuljahr 1899/1900 am 1. Dezember 1899 und umfaßte bis 31. März 1900 89 Verpflegungstage. Es wurden zusammen 2719 (im Vorjahr 2070 Kinder) dieser Wohlthat teilhaftig. Zur Verteilung kamen 234030 Brötchen und 59063 Liter Milch mit einem Gesamtaufwand von 17644,24 M., also pro Verpflegungstag 198,25 M., pro Teilnehmer 6,49 M., pro Kopf und Tag 7,3 Pfennig.

Der Verein für Ferienkolonien konnte auch im Sommer 1900 einer stattlichen Anzahl von Kindern seine wohlthätigen Bestrebungen zu gute kommen lassen. Im ganzen wurden 386 Kinder ausgesandt, gegen 374 im Vorjahre, davon wurden untergebracht

			Knaben	Mädchen
in den 8 Ganzkolonien des Odenwalds	180 (180)	nämlich	81	99
in den 6 Halbkolonien der Umgebung Mannheims	180 (175)	„	120	60
im Soolbad Rappenau	26 (19)	„	10	16
	386 (374)		211	175

Die Dauer der Entsendung betrug 3 Wochen, bezw. 4 Wochen im Soolbad. In seinem Bericht über das abgelaufene Jahr bittet der Vorstand um thatkräftigere Unterstützung seitens der vermögenden Einwohner, da die vorhandenen Mittel noch in keinem günstigen Verhältnis zu den ziemlich bedeutenden Kosten und den sehr zahlreichen Anmeldungen kurbedürftiger Kinder stehen.

Von den hier bestehenden, durch Vereinsthätigkeit begründeten Knabenhorten umfaßte Hort I (Neckarschule) in 2 Abteilungen 102 Zöglinge, Hort II (L-Schulhaus) 50 Zöglinge, Hort III (K 5-Schulhaus) 51 Zöglinge, Hort IV (Luisenschule) in 2 Abteilungen 102 Zöglinge, zusammen 305 Zöglinge.

In der Generalversammlung des Vereins (6. Juli 1900) wurde von dem verdienstvollen Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Wengler die Notwendigkeit der Errichtung eines weiteren Hortes hervorgehoben und beschlossen, entweder einen der bestehenden einfachen Horte in einen Doppelhort umzuwandeln oder einen neuen Hort zu gründen. Leider mußte die Finanzlage als nicht besonders günstig bezeichnet und auf den hoffentlich nicht anhaltenden Rückgang der Mitgliederzahl hingewiesen werden. Der städtische Zuschuß wurde für 1900 auf M. 2500 erhöht.

Am 9. Dezember 1899 wurde ein Verein **Mädchenhort** gegründet, als dessen Vorsitzende Frl. Elise Schmidt, Lehrerin a. D., thätig ist. Es wurde zunächst ein Hort (K 5-Schulhaus) errichtet, an dem sich 59 Mädchen beteiligten. Aber bereits am 10. September 1900 konnte im Hildaschulhaus der II. Mädchenhort mit 54 Kindern eröffnet werden.

Der im Oktober 1894 gegründete Verein **Lehrlingshort** konnte auf das sechste Jahr segensreichen Wirkens zurückblicken. Das Ziel des Vereins, die Lehrlinge sittlich, körperlich und geistig zu fördern, wird durch Lesen, Erzählen, Vorträge, Spiel, Turnen und Gesang zu erreichen gesucht. Der Hort wurde am 11. Oktober 1899 mit 90 Zöglingen eröffnet, die drei Hortabende (Dienstag, Donnerstag und Sonntag) wurden fleißig besucht. Zwar verminderte sich nach Neujahr die Teilnehmerzahl etwas, doch besuchten an Ostern immer noch 60 Zöglinge die Abende. Auf demselben wichtigen Gebiet, aber auf religiös-konfessioneller Grundlage sind seit Jahren mit bestem Erfolg die hier bestehenden evangelischen und katholischen Jünglings- und Gesellenvereine thätig.

4. Soziale Versicherung

Einen wichtigen Teil des Kapitels soziale Fürsorge bildet die soziale Versicherung. Seit 1892 besteht für alle deutschen Arbeiter und die weniger als 2000 M. jährlich verdienenden Angestellten durch die Versicherungspflicht das Recht auf Invaliden- und Altersrenten. Als Organe der reichsgesetzlich und ortsstatutarisch geregelten **Krankenversicherung** bestehen gegenwärtig für den Gemeindebezirk Mannheim 34 Betriebskrankenkassen für die Mehrzahl der größeren gewerblichen und industriellen Unternehmungen, eine Ortskrankenkasse der Bäcker, eine Ortskrankenkasse der Metzger, eine Ortskrankenkasse der Handlungsgehilfen einschließlich der in den Betrieben der Anwälte, Notare, Gerichtsvollzieher, Krankenkassen und Berufsgenossenschaften, sowie der in Betrieben und im Dienst der Stadtgemeinde beschäftigten Personen, eine Ortskrankenkasse der Dienstboten und der ohne Gehalt und Lohn beschäftigten Personen, eine Ortskrankenkasse unter dem Namen „Mannheim I.", welche alle Versicherungspflichtigen umfaßt, die keiner der vorgenannten Kassen angehören, eine Ortskrankenkasse für den Stadtteil Neckarau, der sämtliche dort beschäftigten gewerblichen Versicherten angehören, soweit nicht für sie eine Betriebskrankenkasse besteht. Wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist, betrug die Gesamtmitgliederzahl der Orts- und Betriebskrankenkassen Ende 1899: 44430 Personen, Ende 1900: 46508.

Bezeichnung der Kasse	Mitgliederstand am Schluß des Vorjahres	Im Berichtsjahr sind eingetreten	Im Berichtsjahr sind ausgetreten	Mitgliederstand am Schluß des Jahres	Anzahl der Erkrankungen	Anzahl der Todesfälle
a) Ortskrankenkassen						
Mannheim I.	16282	75403	72696	18989	14139	204
der Dienstboten	7218	8857	10637	5438	745	13
für Handelsbetriebe	3740	9556	8324	4972	1292	27
der Metzger	373	948	915	406	156	2
der Bäcker	429	1307	1303	433	108	1
für Neckarau	1595	4303	4350	1548	727	8
b) Betriebskrankenkassen	14793	18442	18513	14722	9670	124
Orts- und Betriebskrankenkassen zusammen	44430	118816	116738	46508	26837	379

Bezüglich der Invaliditäts- und Altersversicherung ist zu bemerken, daß im Berichtsjahre in hiesiger Stadt 282 Invaliden-Renten (darunter 196 mit einem Betrag von über 150 Mark) und 14 Alters-Renten (darunter 9 über 180 Mark) zugesprochen wurden, gegenüber 213 Invaliden-Renten (darunter 100 über 150 Mark) und 28 Alters-Renten (darunter 13 über 180 Mark) im Vorjahr. Die Zahl der hiesigen Invaliden-Rentenempfänger und deren Rentenbezüge haben sich nur für die Berechtigten der höchsten Klasse, und zwar auf ungefähr das doppelte der Summen des Vorjahrs gesteigert, für alle übrigen Invalidenklassen und für sämtliche Klassen der Altersrentner aber wesentlich vermindert. Der Gesamtbetrag der hier im Jahre 1900 bewilligten Invalidenrenten belief sich auf M. 45741.— (gegen 31649), der der Altersrenten auf M. 2566.80 (gegenüber M. 4874.— im Jahr 1899). Weiteres ist aus folgender tabellarischen Zusammenstellung ersichtlich.

1. Invalidenrenten

Höhe der Renten M	Alter der Rentenempfänger unter 30	30—40	40—50	50—60	60—70	über 70	Gesamtzahl der bewilligten Renten im Berichtsjahr	im Vorjahr	Gesamter Jahresbetrag der bewilligten Renten im Berichtsjahr M	im Vorjahr M
bis 130	1	1	—	1	4	—	7	16	871,80	2005,—
130—140	10	3	5	6	9	1	34	40	4592,40	5281,—
140—150	7	7	7	12	11	1	45	57	6537,60	8424,—
über 150	19	39	32	43	57	6	196	100	33750,20	15939,—
Summa	37	50	44	62	81	8	282	213	45741,—	31649,—

2. Altersrenten

Höhe der Renten ℳ	Gesamtzahl der bewilligten Renten		Gesamter Jahresbetrag der bewilligten Renten	
	im Berichtsjahr	im Vorjahr	im Berichtsjahr ℳ	im Vorjahr ℳ
bis 140	—	1	—	135,—
140—160	3	6	424,20	919,—
160—180	2	8	355,20	1352,—
über 180	9	13	1787,40	2468,—
Summa	14	28	2566,80	4874,—

Über das neue Schiedsgericht für Arbeiterversicherung siehe Abschnitt III, S. 15.

5. Organisierte Selbsthilfe

Das hiesige Gewerkschaftskartell umfaßte am Schluß des Jahres 1900 45 Gewerkschaften, gegen 38 am Schluß des Vorjahres. Die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften ist, verglichen mit dem Stand des Vorjahres, etwas zurückgegangen.

Das Kartell entfaltete eine rege Thätigkeit (siehe über Lohnbewegungen S. 149, über Arbeitslosenfürsorge S. 153). Im Vorstand der Zentralanstalt für Arbeitsnachweis ist das Kartell seit diesem Jahre durch zwei Mitglieder vertreten. Ein Antrag des Kartellvorstandes, die Beiträge von 3 auf 5 Pfg. pro Mitglied und Quartal zu erhöhen, fand nicht die nötige Zweidrittelmehrheit. Die Beiträge der einzelnen Organisationen beliefen sich im verflossenen Jahr auf 578,72 Mark; auf Sammellisten gingen ein 452,57 Mark. Die Einnahmen aus den Maifeier-Marken betrugen 605,40 Mark, die Sommerfesteinnahmen 975,65 Mark. Dem Herbergfonds wurden 1022,61 Mark, der Bibliothek 200 Mark überwiesen.

Im Jahre 1899 wurde vom Gewerkschaftskartell ein Arbeitersekretariat errichtet. Dasselbe hat den Zweck, dem inneren Ausbau und der Befestigung der Arbeiterorganisationen und besonders auch als Auskunfts- und Beratungsorgan für die einzelnen Arbeiter in den sie betreffenden Gesetzesbestimmungen zu dienen. „In der Erfüllung seiner erstgenannten Aufgabe, so äußerte sich der Jahresbericht der Großh. Badischen Fabrikinspektion von 1899, wird es voraussichtlich dazu beitragen, die Arbeiterbewegung in dem bisherigen ruhigen und besonnenen Verlaufe zu erhalten und ihr dadurch zu nützen. Denn alle von augenblicklicher Leidenschaft eingegebenen und den wirklichen Interessen der Arbeiter zuwiderlaufenden Entschließungen sind dem Wesen und den Lebensbedingungen einer dauernden Institution zuwider. Sie wird gewissermaßen dazu dienen, die bisher schon aus einem richtigen Instinkte verfolgte Richtung zu einer in bewußter Weise festgelegten

zu machen. In der Erfüllung der weiteren Aufgabe, ein Auskunfts- und Beratungsorgan für die einzelnen Arbeiter zu sein, ist die neue Einrichtung nicht nur ein wesentliches Bedürfnis, sondern sie wirkt durch die von ihr ausgehende Aufklärung über die zu Gunsten der Arbeiterschaft erlassenen sozialpolitischen Gesetze geradezu im öffentlichen Interesse. Sie kann ferner in diesem Sinne wirken durch Einflußnahme auf das Verhalten der Arbeiter zur Verhütung von Unfällen und in Beziehung auf die Befolgung hygienischer Anordnungen."

Vom Arbeitersekretariat wurden nach den Angaben des Statistischen Amts im Berichtsjahr an 4813 Auskunftsuchende 5659 Auskünfte erteilt. Hiervon betrafen die meisten die soziale Versicherung (1791), das gewerbliche Arbeitsverhältnis (957), Mietrecht (614) und sonstiges bürgerliches Recht (1204).

Der Jahresbericht des Arbeitersekretariats pro 1900 erschien leider zu spät, um noch für die Chronik benutzt werden zu können. Erwähnt sei noch, daß das Arbeitersekretariat gegenwärtig zugleich Bureau des Mietervereins und der Kommission für Hochschulkurse ist.

XIII. Die Konfessionen

1. Allgemein-Statistisches

Nach der Volkszählung vom Dezember 1900 (vergl. die Tabelle S. 56 f.) betrug die Zahl der Evangelischen in Mannheim mit den Vororten 71731 d. h. 50,8 % der Gesamtbevölkerung, ohne Vororte: 61650 d. h. 51,3 %, 1895: 45549 d. h. 50 %. Die Zahl der Katholiken (Römisch-Katholischen) betrug in Mannheim mit den Vororten: 61289 d. h. 43,4 %, ohne Vororte: 50401 d. h. 42 %, 1895: 38614 d. h. 42,4 %. Der Prozentanteil der Evangelischen an der Gesamteinwohnerziffer war in den letzten Jahrzehnten in beständigem Wachsen begriffen; derjenige der Katholiken, der 1830 noch 47,8 % und 1867 45 % betrug, ist dagegen auf 43,4 % gesunken. Einer Zusammenstellung des Statistischen Amts (Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim Nr. 7, S. 30 f.) ist zu entnehmen, daß in Mannheim die Zahl der Katholiken bis 1864 höher war als die der Evangelischen. In dem genannten Jahr trat die Zahl der Evangelischen an erste Stelle; sie machte 1895 die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus. Bei Einrechnung der Vororte sinkt der Prozentsatz der Evangelischen von 51,3 % auf 50,8 % und steigt derjenige der Katholiken von 42 % auf 43,4 %, was damit zusammenhängt, daß in Neckarau und Käferthal-Waldhof eine beträchtliche Vermehrung der katholischen Gemeinden erfolgt ist. Im Vergleich mit früheren Jahren haben beide Gemeinden außerordentlich stark zugenommen; die evangelische im letzten Jahrfünft um 26182 oder 57,4 %, die katholische um 22675 oder 58,4 %. Die Zahl der Israeliten betrug in Mannheim mit Vororten: 5475 d. h. 3,9 %, ohne Vororte 5452 d. h. 4,5 %, 1895: 4787 d. h. 5,2 %. Ihr Prozentanteil bewegte sich in früheren Jahrzenten zwischen 7 und 8 %, erreichte seinen höchsten Stand 1875 mit 8,3 % und ist seitdem in fortwährendem Sinken begriffen. Durch

die Eingemeindung der Vororte hat die Zahl der Israeliten keinen nennenswerten Zuwachs erhalten. In Neckarau wohnten zu Ende des Berichtsjahres nach dem Ergebnis der Volkszählung 23, in Käferthal-Waldhof keine Israeliten.
Die Zahl der Angehörigen anderer Konfessionen (Altkatholiken, Freireligiöse u. s. w.) betrug in Mannheim einschließlich der Vororte: 2652 d. h. 1,9%, ohne Vororte: 2577 d. h. 2,2%, 1895: 2166 d. h. 2,4% der Einwohnerschaft. Während sich der Prozentsatz 1890 und 1895 steigerte, ist er im verflossenen Jahre etwas zurückgegangen, was vom Statistischen Amt bei der Zunahme der Freireligiösen dadurch erklärt wird, daß die Zahl der Altkatholiken zurückgegangen ist (nach dem Volkszählungsergebnis im letzten Jahrfünft um 2,1%). Von obiger Zahl (2652) entfallen auf die Freireligiösen 1489 d. h. 56,14%, auf die Altkatholiken 880 d. h. 33,18% und auf andere Bekenntnisse 283 d. h. 10,68%.

Auf dem Standesamt wurden im Berichtsjahr 1729 Eheschließungen vollzogen, hiervon fanden 1145 Eheschließungen zwischen Gatten gleicher Konfession statt, 584 dagegen, d. h. 33,8% also ungefähr ein Drittel sämtlicher Fälle waren Mischehen (1899 waren von 1588 Eheschließungen 553 = 34,8%, also etwas über ein Drittel Mischehen).

Von 870 evangelischen Männern heirateten

603 eine evangelische Frau,
258 „ katholische „ }
3 „ israelitische „ } d. h. 30,7% der evangelischen Männer heirateten andersgläubige Frauen (1899: 30,3%),
6 „ Frau sonstigen Bekenntnisses }

während von 908 evangelischen Frauen 33,5% (1899: 34,8%) andersgläubige Männer heirateten.

Von 793 katholischen Männern heirateten

493 eine katholische Frau,
295 „ evangelische „ }
— „ israelitische „ } d. h. 37,8% der katholischen Männer heirateten andersgläubige Frauen (1899: 40,5%),
5 „ Frau sonstigen Bekenntnisses }

während von 757 katholischen Frauen 34,8% (1899: 35,7%) andersgläubige Männer heirateten.

Von 51 israelitischen Männern heirateten

47 eine israelitische Frau,
2 „ evangelische „
2 „ katholische „

Von 15 Männern sonstiger Konfession heirateten

8 eine evangelische Frau,
4 „ katholische „
1 „ israelitische „
2 „ Frau sonstigen Bekenntnisses.

2. Die einzelnen Gemeinden

a) Evangelische Gemeinde

Im Berichtsjahr wurden in der evangelischen Gemeinde getauft: 2368 Kinder (1206 Knaben und 1162 Mädchen), konfirmiert: 876 Kinder, kirchlich getraut: 725 Paare, kirchlich beerdigt: 730 männliche und 567 weibliche, zusammen 1297 Personen. Der in dem Kirchenkalender für 1901 enthaltenen Chronik zufolge war im Berichtsjahre bei 15,9% der Eheschließungen ungemischt evangelischer Paare keine kirchliche Trauung und bei 9,71% von Kindern aus evangelischen Ehen keine Taufe nachzuweisen.

Am 1. Oktober 1900 wurde Kirchenrat Theodor Greiner, der erste Stadtpfarrer an der Trinitatiskirche, auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste und unter Verleihung des Kommandeurkreuzes II. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen in den Ruhestand versetzt. Gesundheitliche Erwägungen veranlaßten den hochverdienten Seelsorger, von seinem Amte zurückzutreten, das er 40 Jahre hindurch, von 1860—1900 in treuer Pflichterfüllung versehen hat. Er hielt am 30. September seine Abschiedspredigt in der Trinitatiskirche. Die Kirchengemeindeversammlung wählte am 24. Juli als I. Stadtpfarrer an dieser Kirche Stadtpfarrer Hitzig und am 25. Oktober als II. Stadtpfarrer an derselben Kirche den bisherigen Diakonissenhausgeistlichen Pfarrer Th. Achtnich.

Dekan Ruckhaber, der seit 14 Jahren den Vorsitz im Kirchengemeinderat führte, wurde auf seine Bitte wegen Geschäftsüberhäufung auf 1. November vom Oberkirchenrat dieses Amtes enthoben, welches sodann auf den nächstdienstältesten Geistlichen Stadtpfarrer Hitzig überging.

Kirchengemeindeversammlungen fanden im abgelaufenen Jahre sechs statt. Die wichtigsten Beschlüsse derselben seien hier kurz angeführt.

Am 14. März wurde die Einteilung der evangelischen Innenstadtgemeinde in vier abgegrenzte Pfarrbezirke beschlossen. Diese neue Bezirkseinteilung trat mit der am 13. Dezember 1899 beschlossenen Stolgebührenablösung am 1. April 1900 in Kraft (vgl. den Anhang zum Kirchenkalender für 1901). Danach ist die evangelische Kirchengemeinde Mannheim einschließlich der Neckarvorstadt, Schwetzinger Vorstadt und Lindenhof in folgende Pfarrbezirke eingeteilt:

I. Bezirk, Bezirk der I. oder oberen Pfarrei an der Trinitatiskirche, umfassend die Quadrate A—G, Schloß linker Flügel und Mühlau (Stadtpfarrer Hitzig);

II. Bezirk, Bezirk der II. oder unteren Pfarrei an der Trinitatiskirche, umfassend die Quadrate H—K (Stadtpfarrer Achtnich);

III. Bezirk, Bezirk der I. oder oberen Pfarrei an der Concordienkirche, umfassend die Quadrate L—Q nebst Schloß rechter Flügel, sowie östliche Stadterweiterung von Tattersallstraße bis Tullastraße (Dekan Ruckhaber);

IV. Bezirk, Bezirk der II. oder unteren Pfarrei an der Concordienkirche, umfassend die Quadrate R—U und alles nördlich von der Tullastraße liegende, einschließlich Friedrichsring (Stadtpfarrer Ahles);

V. Bezirk, Bezirk der Pfarrei zur Lutherkirche, Neckarvorstadt (Stadtpfarrer Simon);

VI. Bezirk, Bezirk der Pfarrei zur Friedenskirche, Schwetzinger Vorstadt und Lindenhof (Stadtpfarrer von Schöpffer).

Nach der neuen Seelsorge-Ordnung stehen dem Bezirkspfarrer in seinem Bezirk zu: die Taufen, Trauungen und Beerdigungen, sowie die kirchliche Armen- und Krankenpflege. Wer an Stelle seines Bezirkspfarrers einen andern der hiesigen Geistlichen zum Seelsorger wählen will, muß sich persönlich oder brieflich bei seinem Bezirkspfarrer abmelden. Die Bezüge, welche seither nach Einkommen und ausdrücklicher Festsetzung für die Amtshandlungen der Taufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung den Geistlichen zustanden, wurden aufgehoben und durch eine aus den örtlichen Kirchensteuergeldern zu leistende jährliche Rente abgelöst.

In der Kirchengemeindeversammlung vom 13. Dezember wurde die Abschaffung des Klingelbeutels beschlossen, an dessen Stelle Opferbüchsen an den Kirchenthüren traten. In derselben Sitzung referierte Stadtpfarrer Hitzig über die Bauprojekte der Gemeinde. Zur Beschaffung von Plänen für eine Kirche mit Pfarrhaus und Konfirmandensaal im Lindenhof-Stadtteil sei ein Preisausschreiben im engeren Wettbewerb erlassen worden. Der preisgekrönte Entwurf der Firma Curjel & Moser in Karlsruhe habe die gewünschte Abänderung der Turmzeichnung erhalten. Anfang März kommenden Jahres seien die Detailpläne soweit fertiggestellt, daß mit dem Bau begonnen werden könne. Die Firma berechne die Baukosten auf 375 000 Mark. Für das Pfarrhausprojekt in G 4, 5 seien die Pläne von der Kirchenbauinspektion in Heidelberg eingetroffen. Dieses Pfarrhaus soll u. a. einen Konfirmandensaal erhalten. Die Bausumme ist auf 63 bis 64 000 Mark veranschlagt. Die nächsten Bauprojekte seien: Der Neu- bezw. Umbau der Lutherkirche und der Umbau des Pfarrhauses R 3, 3. Die Pläne hierzu seien nahezu vollendet. Die weiteren Unternehmungen müßten sein: der Umbau der Friedenskirche, der Bau der großen Werderkirche, welche auf dem Werderplatz errichtet werden soll, und eines Gemeindehauses. In dem rasch angewachsenen Stadtteil Lindenhof wurde am Ende der Meerfeldstraße eine Notkirche errichtet, in welcher am Ostersonntag der erste Gottesdienst abgehalten werden konnte.

b) Katholische Gemeinde

Nach der Kirchen-Gemeinde-Statistik wurden im Berichtsjahre (Vorjahre) vorgenommen:

	Taufen	Trauungen	Beerdigungen
in der oberen Pfarrei	866 (775)	243 (226)	347 (306)
in der unteren Pfarrei	738 (701)	271 (255)	538 (460)
in der Neckar-Kuratie	373 (309)	44 (41)	203 (176)
in Neckarau	284 (247)	43 (46)	116 (102)
in Waldhof	83 (61)	176 (185)	27 (19)

Die Zahl der Erstkommunikanten betrug:

	Knaben	Mädchen
in der oberen Pfarrei	101 (88)	132 (132)
in der unteren Pfarrei	107 (124)	136 (141)
in der Neckar-Kuratie	52 (52)	73 (58)
in Neckarau	40 (25)	34 (37)

In den katholischen Stiftungsrat wurden bei der Neuwahl am 4. März gewählt (mit 230 von 233 abgegebenen Stimmen):

a) mit 6jähriger Amtsdauer: Amtsgerichtsdirektor Jos. Gießler, Kaufmann Eugen Grieser, Architekt Josef Hoffmann, Gärtner Karl Klein, Mechaniker Andreas König, Privatmann August Scheubly,

b) mit 3jähriger Amtsdauer: Kaufmann Phil. Deimann, Bankdirektor Karl Funk, Professor Jos. Öhmann, Brauereibesitzer Heinrich Rau, Architekt Karl Schweickart, Kaufmann Emil Walliser.

Nach der Darstellung der der Ortskirchensteuer für das Jahr 1900 zu Grunde liegenden Steuerkapitalien und Steueranschläge betragen diese zusammen 148363790 M. gegen 1899 132405975 M., somit eine Zunahme von 15957815 M.; diese verteilt sich auf Kapitalrentensteuerkapitalien 757000 M., Grund-, Häuser- und Gefällsteuerkapitalien 3200000 M., Gewerbsteuerkapitalien 7000000 M., Einkommensteueranschläge 5000000 M.

In ihrer Versammlung vom 27. April stimmte die katholische Kirchenvertretung dem Kirchensteuervoranschlag für 1900 zu und genehmigte für den aufzubringenden Betrag von M. 74533 eine Kirchensteuer von fünf Pfennig auf M. 100 Steuerkapital. Dem Voranschlag sei folgendes entnommen:

Das Jahr 1900 als 8. Steuerjahr der kath. Kirchengemeinde Mannheim bezweckt im allgemeinen die Fortsetzung der projektierten Kirchenneubauten, wie sie in dem Beschluß der Kirchengemeinde-Vertretung vom 26. Mai 1899 und bei der hiezu erforderlichen Kapitalaufnahme von M. 700000 näher bezeichnet sind. Zu der Kapitalaufnahme selbst wurde auf Grund des Beschlusses der Kirchengemeinde-Vertretung vom 26. Mai 1899 vom Großh. Bezirksamt Mannheim unterm 29. Mai die staatliche Genehmigung erteilt. Die Vorarbeiten zum Beginn dieser Neubauten wurden von den erzbischöflichen Bauämtern Karlsruhe und Heidelberg eingeleitet. Hinsichtlich der Schwetzinger Vorstadtkirche, für welche 1898 und 1899 M. 252000 aufgewendet wurden, ist das Jahr 1900 das dritte Baujahr. Nach dem Voranschlag pro 1899 sind die Zuschüsse zu diesen Baukosten in der Weise geordnet, daß für die Jahre 1900 und 1901 je M. 50000 durch Kirchensteuer aufzubringen sind. Zu der im Voranschlag pro 1899 berechneten, von der Kirchensteuer zu deckenden Bausumme von M. 150621 kamen noch wegen Abänderung des projektierten Ziegeldaches in ein Schieferdach weitere M. 4889, welche pro 1900 mit dem zweiten Drittel von M. 150000, also M. 50000 + M. 4889 = rund 55000 Mark durch Umlage gedeckt werden mußten.

Der Bau der Heiliggeistkirche (neben dem neuen Gymnasium) wurde soweit gefördert, daß am 18. November in dem provisorisch hergerichteten Inneren der erste Gottesdienst abgehalten werden konnte. Dieser Tag war zugleich der Amtsantritt des zum Pfarrkuraten an der Heiliggeistkirche ernannten Kaplans Börsig von der oberen Pfarrei. Für einen zweistöckigen Pfarrhausbau zur Heiliggeistkirche genehmigte die Kirchenvertretung am 18. August M. 56000.

Am 15. Juni genehmigte die Kirchenvertretung endgültig die Baupläne und die auf M. 420000 veranschlagten Baukosten der neu zu errichtenden Liebfrauen-Kirche im Jungbusch. Der Kirchenbau wurde 1895 beschlossen und ist ausschließlich durch die Kirchensteuer zu decken. Die aus dem Kirchensteuervermögen bereits bezahlten Bauplatzkosten belaufen sich auf M. 170000. Die ursprüngliche Bausumme von M. 475000 wurde durch wiederholte Reduktionen auf oben genannte Summe ermäßigt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Wiederaufnahme des hierbei gestrichenen Postens von M. 20000 für einen Teil der äußeren ornamentalen Ausstattung später anzustreben, wenn eine Überschreitung der Bausumme nicht stattfinde. Am 8. September, am Feste Mariä Geburt, fand der feierliche erste Spatenstich statt.

Am 19. Juli genehmigte die Kirchenvertretung den Kaufvertrag für den Bauplatz der neu zu errichtenden St. Laurentiuskirche in der Neckarvorstadt. Der Kaufpreis von M. 170000 für das Terrain (Mittelstraße 64/70 „Kaisergarten") wird nahezu durch den Erlös aus der alten s. Z. als Notkirche errichteten Kuratiekirche und dem Pfarrhaus gedeckt.

Die öffentliche Fronleichnamsprozession, die nach einer Unterbrechung von mehreren Dezennien seit einigen Jahren wieder eine eingebürgerte kirchliche Festlichkeit geworden ist, wurde am 14. Juni bei günstiger Witterung unter starker Beteiligung (man zählte ca. 15000 Teilnehmer) abgehalten.

Die Prozession nahm folgenden Weg: Von der Jesuitenkirche durch die Straße zwischen B 3 und B 4, B 4 und C 4, B 5 und C 5, B 5 und B 6, zwischen B 6 und B 7 und dem Stadtpark zum Parkring zur 2. Station (Parkring Nr. 9), gegenüber von A 5 in den Schloßgarten, hierauf bis zur Parkstraße zur 3. Station (hinter dem Pfarrgarten), von da durch die Parkstraße weiter, um das Ballhaus, durch den Schloßdurchgang beim Landgericht bis zur 4. Station (auf dem freien Platz vor A 1), alsdann zwischen A 1 und A 2, B 1 und B 2, B 2 und C 2 nach dem Schillerplatze und dann zur Jesuitenkirche zurück.

Infolge der Bemühungen des Leiters der italienischen Seelsorge in der Erzdiözese Freiburg, des päpstlichen Geh. Kämmerers Monsignore Dr. Werthmann, wurde im Sommer 1900 hier eine ständige italienische Seelsorge eingerichtet, die durch die große Zahl der italienischen Arbeiter zum dringenden Bedürfnis geworden war. Zu Erkundigungen über die Lage der italienischen Arbeiter traf am 15. August Monsignore Bonomelli, Bischof von Cremona, ein. Derselbe predigte am folgenden Tag in der Jesuitenkirche.

Das wichtigste Ereignis des abgelaufenen Jahres für die katholische Gemeinde war die Anwesenheit des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Freiburg, Thomas Nörber, der am 27. Oktober hier eintraf.

Der Erzbischof kam von Heidelberg am Abend des 27. Oktober hier an. Er wurde im Fürstensalon des Bahnhofs vom Stiftungsrat und der Kirchengemeinde-Vertretung feierlich begrüßt. Pfarrverweser Becker erinnerte in seiner Begrüßungsrede daran, daß der Erzbischof vor Jahren als Seelenhirte segensreich gewirkt habe (als Kaplan an der oberen Pfarrei sowie als Mitbegründer und Leiter des katholischen Gesellenvereins).

Am Abend predigte der Erzbischof in der Jesuitenkirche und erteilte am darauffolgenden Sonntag etwa 1000 Firmlingen das heilige Sakrament der Firmung. Abends hielt er Predigt in der Laurentiuskirche der Neckarvorstadt und nahm dann vom Pfarrhaus der Jesuitenkirche aus eine Huldigung der Gemeinde, insbesondere der katholischen Vereine, bestehend in einem Lampionzug mit Serenade, entgegen. Auf eine längere Anrede des Gr. Amtsgerichtsdirektors Gießler erwiderte der Erzbischof, indem er für die schöne und erhebende Huldigung dankte. Er sagte u. a.: Die aufsteigende Bedeutung der Stadt Mannheim für Handel, Gewerbe und Industrie komme dem Außenstehenden vielleicht noch mehr zum Bewußtsein, als dem Beteiligten selbst. Es gereiche ihm zur hohen Genugthuung, daß an dem Wachstum der Bevölkerung auch das Wachstum des religiösen Sinnes und Glaubenseifers der Katholiken der Stadt teilgenommen habe. Montags, den 29. Oktober las der Erzbischof zunächst die bischöfliche Messe in der unteren Pfarrkirche und erteilte sodann ca. 1100 Firmlingen das heilige Sakrament der Firmung. Nachmittags erfolgte die Abreise.

Am 16. Dezember fand die feierliche Einweihung des neuen katholischen Vereinshauses statt, das sich als imponierender Monumentalbau in der Neckarstraße (K 1, 5) erhebt und seinem Erbauer, Architekt Rudolf Tillessen alle Ehre macht (vergl. S. 67).

Mit den flankierenden Miethäusern rechts und links präsentiert sich das Gebäude mit einer stattlichen Façade von 38 Meter, einem Läden bildenden Erdgeschoß, 3 Obergeschossen und einem Dachgeschoß. Die in einheitlicher Weise hergestellte Façade ist ganz in Hausteinen ausgeführt; das Erdgeschoß, die Umrahmungen und konstruktiven Teile aus rotem Mainsandstein, die Fläche in gelbgrünem Sulzfelder. Wie für die Rückseite des Baukomplexes gegen die Marktstraße sind auch hier mittelalterliche Bauformen angewandt, in freier, dem modernen Bedürfnis angepaßter Behandlung. Der zweifachen Bestimmung des Bauwerkes, seinem idealen Zwecke und dem diesen dienenden Mittel der Nutzbarmachung entsprechend, mußte sich auch im Äußeren eine doppelte Bestimmung ausdrücken. Läden und Wohnräume mußten als solche einen geeigneten Ausdruck finden: einen praktischen, freundlich anheimelnden; das idealen Zwecken dienende Vereinshaus einen ruhigen, würdevollen, alles kleinliche ausschließenden. Zu Erfüllung beider Aufgaben wurden im Parterre die ruhig fortlaufend breiten Bogen, in den Stockwerken die kühn durch sämtliche Stockwerke steigenden, die Façade in drei Teile teilenden Erker, die kräftig ausladenden, im Gegensatz zu ersteren horizontal wirkenden, steinernen Balkone gewählt. Diese drei Momente und der hochragende Giebel des Mittelbaues sind die Hauptcharakteristiken des Baues, an dem jeder überflüssige Schmuck, jedes unnötige Bauglied vermieden wurde. Der 12,5 m hohe, 18 m breite und 37 m lange Saal, der mit der Gallerie ca. 1200 Sitzplätze enthält, eignet sich nicht nur zu Festlichkeiten, sondern seiner vorzüglichen Akustik wegen auch zu Konzerten und Vorträgen. Die Bühne hat eine lichte Weite von 10 m und eine Tiefe von 6 m; dazu kommen 3 m Vorbühne und verschiedene Garderoben. Das Innere des Saales ist mit Benutzung gothischer Ornamente modern gehalten, entsprechend seinem der modernen Technik



Bernhardushof (kathol. Vereinshaus) in K 1.

entstammenden Eisenkonstruktions-Gerippe. Die Gipsumkleidung folgt durchaus der Konstruktion, die in der Überdachung des Saales ein weitgespanntes, flaches Spitzbogengewölbe, auf niedrig gestelltem Kämpfer ruhend, zeigt. Die Gallerie ist auf Pfeilern in den Saal eingebaut. Bei dem feierlichen Weiheakt am 16. Dezember hielt Pfarrverweser Becker die Ansprache, worin er u. a. sagte: „Wir haben dem Hause zwei Schutzpatrone gegeben. Auf der einen — der Gesellenhausseite — den hl. Josef und nach der andern — der breiten Straße — den seligen Markgraf Bernhard von Baden. Ihm zu Ehren heißt dieses Haus von heute ab Bernhardushof. Der hl. Josef ist der Mann der demutsvollen Gottesliebe, der Mann der Arbeit. Der sel. Bernhard soll der Ausdruck sein, wie in diesem Hause nicht nur die Religion, sondern auch die Vaterlandsliebe gepflegt werden soll. Der Schild dieses Seligen soll eine Mahnung sein, daß nur der ein wirklicher Streiter sein wird, der sich mit dem Panzer des wahren Glaubens und der christlichen Liebe umgeben hat." Im Anschluß an die Einweihungsfeier fand ein Festessen und abends ein Festbankett statt.

c) Altkatholische Gemeinde

Bei der letzten Volkszählung vom 1. Dezember 1900 wurden ermittelt: für Alt-Mannheim 852, für Mannheim einschließlich der Vororte 880 Altkatholiken. Dagegen zählte die pfarramtliche Statistik unter Einschluß von ca. 100 Altkatholiken in Ludwigshafen und Umgegend Ende 1900: 644 selbständige männliche Mitglieder, 209 selbständige weibliche Mitglieder und insgesamt 1978 Gemeindemitglieder.

Die Chronik muß es ablehnen, den Ursachen dieser erheblichen Abweichung von dem offiziellen Zählungsresultat nachzugehen. Doch sei darauf hingewiesen, daß eine pfarramtliche Veröffentlichung, welche in den hiesigen Blättern erschien, als das Volkszählungsergebnis bekannt wurde, die Erklärung darin suchte, daß eine Anzahl von Gemeindemitgliedern sich in den Zählungslisten als katholisch bezeichnet habe.

Auf Grund der an Ostern vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Kirchenvorstand gehören demselben an die Herren: C. Eckhard, Geh. Kommerzienrat, 1. Vorsitzender, W. Volz, Prokurist, stellvertretender Vorsitzender, Aloys Bender, Fabrikant, Rechner, Aug. Bender, Fabrikant, Kommissionsvorstand der verschiedenen altkath. Gemeinde- und Stiftungsfonds, Louis Bender, Fabrikant und Fondsverwalter, Andr. Gutjahr, Direktor, Jakob Imhoff, Fabrikant, Dr. W. Giulini, Fabrikant, Ludw. Herth, Rektor, F. Lutz, Oberlehrer, W. Reichel, Hauptlehrer, Sekretär des K. V., M. Scheyrer, Oberbetriebsinspektor, H. Vögele, Fabrikant, L. Vorbach, Lehrer, A. Zeis, Oberrechnungsrat; aus Ludwigshafen die Herren: C. Lichtenberger, Weinhändler und K. Eswein, Kommerzienrat und Generaldirektor; sowie der Pfarrer: Friedr. Bauer.
Im Winter finden allmonatlich Familienabende mit Vorträgen statt, und in der Weihnachtszeit eine Christbescheerung für sämtliche schulpflichtige Kinder. Gottesdienst wird an allen Sonn- und Feiertagen um 10 Uhr in der Schloßkirche gehalten.

Die altkatholische Gemeinde erhebt keine Kirchensteuer, sondern bestreitet ihren Aufwand durch freiwillige Beiträge und einem Staatszuschuß, sowie aus einem kleinen, gesetzlich zu leistenden Beitrag aus dem örtlichen katholischen Kirchenvermögen, und hat gesetzlichen Mitgenuß an den örtlichen katholischen Stiftungen.

d) Israelitische Gemeinde

Die Zahl der bei der letzten Volkszählung ermittelten Gemeindemitglieder wurde bereits am Anfang dieses Kapitels mitgeteilt.
Aus dem Jahre 1900 ist hervorzuheben: Am 19. September 1900 genehmigte die Gemeindevertretung den Bau einer neuen Leichenhalle und beschloß, den alten Betsaal und das Wohnhaus abzubrechen und unter Zukauf eines kleinen Geländestreifens von der Stadtgemeinde ebenfalls neu aufzubauen. (Vgl. hierzu S. 93.) Für die Gesamtkosten wurden M. 90000 bewilligt, welche durch ein 4%iges Anlehen aufgebracht wurden.
Für das hier zu errichtende Aug. Lamey-Denkmal fand durch die Organe des Synagogenrats eine Sammlung bei Gemeindemitgliedern statt, welche 2002 Mark erbrachte. Durch Entschließung S. K. H. des Großherzogs vom 21. Dezember 1900 wurde der Vorsitzende des Synagogenrats, Max Stockheim, zum Oberrat der Israeliten ernannt.
Die Heberolle für die örtliche Gemeindeumlage betrug im Jahre 1900 M. 46905.—, wovon jedoch erstmals nur 9/10 erhoben zu werden brauchten, so daß M. 42310.50 zur Einnahme gelangten. Der Beitrag der Gemeinde zur allgemeinen Kirchensteuer berechnete sich auf rund M. 18000.

e) Freireligiöse Gemeinde

Als Zahl der Freireligiösen wurde bei der letzten Volkszählung für Mannheim mit Vororten 1489 ermittelt, nämlich in der Oberstadt 94, Unterstadt 379, östlichen Stadterweiterung 43, Schwetzinger Vorstadt 366, Lindenhof 120, Jungbusch und Mühlau 75, Neckarvorstadt 375, Käferthal 2, Waldhof 20, Neckarau 15. Bei der in der allgemeinen Tabelle auf S. 56 f. unter der Rubrik: sonstige Konfession mitgeteilten Zahl 1772 ist demnach die freireligiöse Gemeinde mit 1489 Gemeindeangehörigen d. h. mit 86% beteiligt, so daß in dieser Rubrik nur 283 Einwohner anderen Bekenntnissen zuzurechnen sind.
Nach dem vom Vorstand der Freireligiösen Gemeinde erstatteten gedruckten Jahresbericht für 1900 betrug die Kopfzahl der Gemeindeglieder am 31. Dezember 1899: 1483, der Zuwachs 1900: 179, der Verlust 1900: 54 (durch Tod: 26, durch

Austritt: 28), demnach der durch diese Gemeindestatistik ermittelte Bestand Ende 1900: 1608. Den Religionsunterricht besuchten 338 Kinder (187 Knaben und 151 Mädchen), die Zahl der Konfirmanden betrug 38 (20 Knaben und 18 Mädchen). Es wurden 23 Vorträge gehalten und zwar drei von auswärtigen Predigern, 20 von Prediger Georg Schneider. Ferner wurden drei Diskussionsabende gehalten. Am 30. Dezember wurde eine Jahrhundertwende-Feier veranstaltet.

In der 65. Sitzung des Badischen Landtags am 28. April 1900 vertrat das Gemeindemitglied Reichs- und Landtagsabgeordneter Dreesbach die Forderung der Gemeinde auf Anerkennung des an der hiesigen Volks- und Bürgerschule erteilten freireligiösen Unterrichts als eines schulplanmäßigen Unterrichts. Gegenüber der ablehnenden Haltung der Großh. Regierung wurde diese Forderung unterstützt von den Abgeordneten Muser und Fieser.

XIV. Erziehung und Bildung

1. Die dem Volksschulrektorat unterstellten städtischen Schulen

Von den städtischen Schulen unterstehen folgende gegenwärtig dem Volksschulrektorat: Die erweiterte Volksschule (Knaben und Mädchen) mit 8 Jahresklassen und ganztägigem Unterricht, die Bürgerschule (Knaben und Mädchen) mit 8 Jahresklassen, die einfachen Volksschulen der Vororte Käferthal, Waldhof und Neckarau (Umwandlung in erweiterte Volksschulen beschlossen), die Fortbildungsschule für Knaben mit 2jährigem Unterricht, die Fortbildungsschule für Mädchen mit einjährigem Unterricht und die Fortbildungsschulen mit einfachem Lehrplan in den Vorstädten Käferthal, Waldhof und Neckarau. Nachstehende Angaben beziehen sich auf das von April 1899 bis April 1900 reichende Schuljahr und bezüglich der Lehrer- und Schülerzahl (wie auch bei den Mittelschulen) auf die zu Anfang des Schuljahrs unterrichteten Schüler.

Das Lehrerpersonal bestand aus 153 Hauptlehrern, 17 Hauptlehrerinnen, 79 Unterlehrern, 26 Unterlehrerinnen, 8 Hilfslehrern, 44 Industrielehrerinnen und 5 Haushaltungslehrerinnen, zusammen 332 Lehrkräften. Nachdem durch Bürgerausschußbeschluß vom 8. März 1898 das Gesamteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen in nichtetatmäßiger Stellung neu geregelt worden war, genehmigte der Bürgerausschuß am 27. Juni 1899 die Neuregulierung der Gehaltsverhältnisse der Hauptlehrer, Hauptlehrerinnen, Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen, nämlich für die Hauptlehrer 2200—3700 Mark, Hauptlehrerinnen 1800—2400 Mark, Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen 1000—1300 Mark Gehalt (siehe Ortsstatuten S. 382 ff.).

Den Oberlehrern der Volksschulabteilungen (vgl. den Städt. Verwaltungsbericht 1892—94 I, 396) bewilligte der Bürgerausschuß am 30. Oktober 1900 mit Wirkung vom 1. April 1900 außer dem tarifmäßigen Einkommen als Hauptlehrer

eine für den Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung nicht in Betracht kommende Funktionszulage von 400 Mark jährlich, wenn ihnen mehr als 10 Klassen unterstellt sind, und von 200 Mark, wenn ihnen 10 oder weniger Klassen unterstellt sind, unter folgenden Voraussetzungen: Die Oberlehrer sollen verpflichtet sein, während der stundenplanmäßigen Unterrichtszeit (von 8—12 und 2—4 Uhr mit Ausnahme der Mittwoch- und Samstag-Nachmittage) im Schulhause anwesend zu sein, auch wenn sie selbst nicht zu unterrichten haben; die Oberlehrer haben wie bisher den Unterricht einer Klasse zu übernehmen.

Die obengenannten Schulen zeigten folgende Frequenz:

Volksschüler . . . . . . 16085 (1898/99: 13894) Zunahme 2191,
Fortbildungsschüler . . 1523 (1898/99: 1472) Zunahme 41.

Ostern 1900 wurden neu aufgenommen 2750 schulpflichtig gewordene Kinder. Die Gesamtzahl der Volksschüler (ohne Fortbildungsschüler) betrug Ostern 1900 bei Beginn des neuen Schuljahres 17287, somit gegen das Vorjahr ein Mehr von 1202. Unterrichtet wurde Ende 1900 in 16 Schulhäusern; die Gesamtzahl der Klassenräume betrug 297, der sonstigen Schulräume 62, somit sämtlicher Schulräume 359. Im April 1899 wurde der zwischen den beiden K 5-Schulhäusern errichtete neue Verbindungsbau bezogen, der sich durch eine sehr zweckmäßige innere Einrichtung auszeichnet.

In diesem einschließlich des Untergeschosses 5 Stockwerke umfassenden Gebäude sind 37 Räume, darunter 23 Klassenzimmer für die Volksschule, 2 Klassenzimmer für die Fortbildungsschule, 1 Zeichensaal, 1 Industriesaal, 1 Zimmer für den Oberlehrer, 2 Konferenzzimmer, 1 Dienerzimmer, 1 Lehrmittelzimmer und 5 geräumige Schülerwerkstätten den Zwecken der Schule dienstbar gemacht. Außerdem sind im Kellergeschoß 1 Brausebad und in den anstoßenden Geschossen der beiden alten Schulhäuser je 1 Brausebad und je 2 Küchen für die Haushaltungsschule untergebracht.

Am 23. April 1900 erfolgte die Einweihung des neuen Doppelschulhauses in der Schwetzinger Vorstadt, das dem am 18. Oktober 1896 verstorbenen Oberbürgermeister Moll zu Ehren den Namen **Mollschule** erhielt.

Bei dem Festakt, der in der Mädchen-Turnhalle des neuen Gebäudes vor sich ging, warf Oberbürgermeister Beck einen Rückblick auf die Geschichte des Baues. Am 28. Mai 1898 sei vom Stadtrat der Beschluß der Erbauung des neuen Schulhauses gefaßt worden und heute — nach nicht ganz 2 Jahren — könne das Haus bereits seiner Bestimmung übergeben werden dank der Umsicht der Bauleitung, der Bauunternehmer, der Bauhandwerker und der technischen Ämter. In Erfüllung einer Ehrenpflicht habe der Stadtrat beschlossen, dem neuen Schulhaus zum ehrenden Gedächtnis an den früheren Oberbürgermeister Moll, der dem Volksbildungswesen und namentlich der Volksschule stets seine besondere Fürsorge gewidmet habe, den Namen „**Mollschule**" zu geben. Namens der Schule und der Lehrerschaft dankte hierauf Stadtschulrat Dr. Sickinger unter Hinweis auf die zweckmäßige und gediegene Ausführung und Einrichtung

des Neubaues der städtischen Behörde für ihre der Jugenderziehung gewidmete Fürsorge. Oberschulrat Dr. Weygoldt überbrachte die Grüße der staatlichen Unterrichtsverwaltung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Faktoren, welche die Hebung des Mannheimer Schulwesens verbürgen, wie in der Vergangenheit und Gegenwart so auch in Zukunft vorhanden sein und sich wirksam erweisen möchten zum Wohle der Allgemeinheit und zum Wohle der Stadt.

Das mit seiner Vorderfront der Schwetzinger Vorstadt zugekehrte Hauptgebäude der Mollschule hat eine Längenausdehnung von 85 m und an den etwas vortretenden Flügelbauten eine Tiefe von 21,3 m. Es ist mit Einschluß des wie die übrigen Stockwerke mit 4,5 m Höhe ausgebauten Souterrains viergeschossig, nur der Mittelbau ist noch um ein Geschoß erhöht. Das Dach des Mittelbaues ist begehbar und dient als Orientierungsstätte für den heimatkundlichen Unterricht. In der Längsrichtung eines jeden Stockwerkes zieht ein 4,5 m breiter Mittelgang, der bei schlechtem Wetter als Wandelbahn für die Schüler dienen kann. Durch Glasscheidewände in den Korridoren aller Stockwerke wird der Bau in eine Knaben- und eine Mädchenabteilung zerlegt, mit je einem gesonderten Eingang im Erdgeschoß. Die beiden Turnhallen sind mit dem davorliegenden Hauptgebäude durch gedeckte Gänge verbunden; sie sind 22 m lang, 12 m breit und im Mittel 6,50 m hoch. Auf beiden Seiten der Turnhalle sind, vollkommen abgetrennt, die Abortanlagen angeordnet, zu denen die erwähnten Verbindungshallen ebenfalls den Zugang vermitteln. Im Souterrain, das ein Lichtgraben von 8 m Breite umzieht, befinden sich außer den Schuldienerwohnungen zwei Brausebäder und 8 Reserveräume (für die Knabenarbeitsschule und die hauswirtschaftliche Mädchenfortbildungsschule). In den übrigen Geschossen sind vorhanden: für die Knabenabteilung: 19 Klassenzimmer, 1 Zeichensaal, 2 Lehrmittelzimmer, 1 Lehrerzimmer, 1 Oberlehrerzimmer, 1 Dienerzimmer, 2 Karzer; für die Mädchenabteilung: 18 Klassenzimmer, 3 Industriesäle, 1 Zeichensaal, 1 Lehrmittelzimmer, 1 Lehrerzimmer, 1 Lehrerinnenzimmer, 1 Oberlehrerzimmer, 1 Dienerzimmer. Abgesehen von den beiden Dienerwohnungen wird das ganze Gebäude mit Einschluß der Korridore vermittelst Gasöfen beheizt. Sämtliche Klassenzimmer sind mit Rettig'schen Bänken ausgestattet. Der von einer doppelten Baumreihe eingesäumte, sonst aber frei zugängliche Spiel- und Turnplatz mißt 4800 qm. Die Baukosten belaufen sich im ganzen auf M. 866 200.

Für die Erbauung eines neuen Schulhauses in Neckarau (mit Turnhalle, im Umfang der Hildaschule) in der Sophien- und Katharinenstraße bewilligte der Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 20. Februar 1900 514 000 M., ferner am 30. Oktober 1900 für Errichtung eines zweiten Erweiterungsbaus am Schulhaus im Stadtteil Waldhof 371 000 M. und in der gleichen Sitzung für einen Erweiterungsbau am Käferthaler Schulhaus 246 700 M. Die starke Zunahme der Bevölkerung in den Vororten machte diese Schulhausbauten erforderlich. Im Bau begriffen war im Berichtsjahre das Schulhaus im Lindenhof-Stadtteil, für welches der Bürgerausschuß am 18. Juli 1899 nach längerer Debatte über die Platzfrage 523 000 M. bewilligte.

Den an der erweiterten Volksschule in 3 Wochenstunden erteilten fakultativen französischen Unterricht besuchten im Schuljahr 1899/1900 278 Knaben in 12 Kursen und 362 Mädchen in 12 Kursen, zusammen 640 Teilnehmer in 24 Kursen mit einer durchschnittlichen Stärke von 29—30 Schülern. Mit Beginn des Schuljahres 1899/1900 wurde der Zeichenunterricht für Knaben umgestaltet. Er wird nicht mehr in der bisher üblichen Form des Einzelunterrichts,



Die Mollschule.

sondern als sog. Massenunterricht erteilt, indem allen Schülern die gleiche Aufgabe erteilt wird. Dieser Unterricht wurde Fachzeichenlehrern an Stelle der bisher damit betrauten Klassenlehrer übertragen. Der Arbeits- oder Handfertigkeitsunterricht für Knaben konnte durch die Eröffnung der fünf neuen Werkstätten im K 5-Schulhaus eine wesentliche Erweiterung erfahren. Es wurden von 5 Lehrern 322 Schüler in 20 Abteilungen und zwar in 12 Kursen für Papparbeiten, 7 Kursen für Schnitzen und 1 Kurs für Hobelbankarbeiten unterrichtet.
Bei der am 19.—21. Mai 1899 hier tagenden VIII. Oberrheinischen Turnlehrerversammlung beteiligte sich die Volksschule an den turnerischen Vorführungen durch Turnspiele, Schülerturnen sowie turnerische Übungen der Lehrer und Lehrerinnen.
Mit Fertigstellung der neuen Schulräume im K 5-Schulhaus konnte die von den städtischen Kollegien beschlossene Neuorganisation der Knaben- und Mädchen-Fortbildungsschule in der Altstadt in Kraft treten. Die aus der Elementarschule entlassenen Schüler wurden bisher während ihrer zweijährigen Fortbildungsschulpflicht, ohne Berufsscheidung, nach Jahrgängen und Vorkenntnissen unterrichtet. Nunmehr wurde Ostern 1899 die Fortbildungsschule im Sinne des Gesetzes in eine Fachschule umgewandelt und die Schüler nach den von ihnen gewählten Berufen und zwar nach folgenden vier Lehrplänen in Unterrichtsklassen zusammengefaßt: Lehrplan für Kaufleute, für Handwerker, für die nichtgelernten Berufe (Fabrikarbeiter und Taglöhner) und für Geringbefähigte. Die Schüler wurden in wöchentlich dreistündigem Unterricht und folgenden 20 Fachklassen (mit einer Durchschnittszahl von 30 Schülern) unterrichtet: 3 für Geringbefähigte, 3 für Fabrikarbeiter und Tagelöhner, 11 für Handwerker (nämlich 2 für Bäcker, Konditoren und Metzger, 1 für Blechner und Installateure, 1 für Tapeziere und Schneider, 1 für Maurer und Ofensetzer, 1 für Schreiner, Gypser und Tüncher, 5 für Schlosser, Schmiede und Eisendreher) und 3 für Kaufleute, Bureauarbeiter und Händler.
Die Mädchenfortbildungsschule wurde dadurch völlig umgestaltet, daß an Stelle des bisherigen Unterrichts von Ostern 1899 ab der Haushaltungsunterricht trat, welcher somit obligatorisches Schulfach wurde, während er vorher nur in der VIII. Klasse als fakultativer Unterrichtsgegenstand behandelt wurde. Der Unterricht wird in 5 Küchen erteilt mit praktischer Speise-Zubereitung, Belehrung über die Instandhaltung der Küche, der Wohn- und Schlafstube rc., daneben wird die allgemeine Ausbildung im Lesen, Schreiben und Rechnen gefordert. Die Haushaltungsschule zählte 615, am Ende des Schuljahres 631 Mädchen, die von 5 eigens für diesen Zweck ausgebildeten Lehrerinnen in 26 Kursen wöchentlich je 4 Stunden (vormittags 8—12 Uhr) unterrichtet wurden. Die große soziale Bedeutung dieses Unterrichts bedarf kaum eines Hinweises, da er hauptsächlich ärmeren Bevölkerungsklassen zu gute kommt, wo das Elternhaus nur selten in der Lage ist, die hauswirtschaftlichen Kenntnisse im wünschenswerten Umfang zu vermitteln. Ihrer Berufsstellung nach verteilten sich obige 631 Schülerinnen wie folgt: im elterlichen Hause beschäftigt 224, Dienstboten 58, Ladnerinnen 50, Laufmädchen 22, Fabrikarbeiterinnen 60, Bureaugehilfinnen 24, Näherinnen 165, Büglerinnen 6, Putzmacherinnen 13, Kunststickerinnen 5, Balleteusen 3, Kindergärtnerinnen 1. An dem auch im Winterhalbjahr 1899/1900 eingerichteten Flickkurs nahmen 70 Fortbildungsschülerinnen teil, die von 4 Lehrerinnen in 2 Abteilungen unterrichtet wurden. Die Damen der Abteilung V des Frauenvereins besuchten den Flickkurs regelmäßig. —

Im März 1899 gelangte eine ausführliche, gedruckte Denkschrift des Rektors der städtischen Volksschulen, Stadtschulrat Dr. Sickinger an den Stadtrat „Zur Frage der Organisation der Volksschule" zur Ausgabe.

Der Verfasser geht dabei von dem auch an vielen anderen erweiterten Volksschulen mit einheitlichem Lehrplan beobachteten Mißstand aus, daß seit vielen Jahren an der hiesigen erweiterten Volksschule bei den hohen Anforderungen des Unterrichtsplans gegenüber der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit der Schüler nur geringe Prozentsätze von Schülern bis zu den obersten Klassen gelangen und infolgedessen beim Austritt aus niederen Klassen keinen Abschluß in ihrer Ausbildung erreicht haben. In den Jahren 1877—87 habe mit Zurücklegung des schulpflichtigen Alters nahezu die Hälfte der Knaben die hiesige Volksschule verlassen, ohne die 7. (zweitoberste) Klasse besucht zu haben, $^{5}/_{6}$ aller entlassenen Knaben hätten die 8. (oberste) Klasse nicht erreicht, von den entlassenen Mädchen sei nahezu die Hälfte nicht in der 7. Klasse gewesen, $^{4}/_{5}$ hätten die oberste Klasse nicht erreicht. In den Jahren 1887—1897 habe der Durchschnitts-Prozentsatz der aus der 8. Klasse entlassenen Knaben 29,21 % betragen, 70,79 % d. h. über $^{2}/_{3}$ der entlassenen Knaben hätten demnach die oberste Klasse nicht erreicht. Von diesen 70,79 % seien aus der 7. Klasse entlassen worden 37,84 %, somit hätten 32,95 % d. h. $^{1}/_{3}$ sämtlicher Knaben die Schule verlassen, ohne auch nur die zweitoberste Klasse erreicht zu haben. Von den entlassenen Mädchen seien 78,77 % d. h. nahezu $^{4}/_{5}$ der Gesamtheit nicht in die oberste Klasse gelangt und 36,32 % d. h. über $^{1}/_{3}$ nicht einmal in die zweitoberste Klasse. Die Denkschrift schlägt als wirksames Mittel, um auch die schwächeren Schüler zu einem Abschluß ihrer Ausbildung zu bringen, die Einrichtung eines besonderen, der Leistungsfähigkeit derselben angepaßten Unterrichtsganges vor: einer Anzahl von Hilfsklassen für die schwächsten Schüler (d. h. krankhaft schwach begabte), und einer Schulabteilung mit einfachem Lehrplan für Schüler von schwächerer Begabung neben der Hauptschulabteilung mit erweitertem Normal-Lehrplan für die befähigteren Schüler. Diese wichtige Schulfrage fand eingehende und vielseitige Behandlung in Lehrerkonferenzen, öffentlichen Versammlungen und zahlreichen Zeitungsartikeln. Die Notwendigkeit einer Reorganisation wurde anerkannt, und das Lehrerkollegium äußerte sich dahin, daß man sich hierbei nicht etwa mit einer Herabsetzung der bisherigen Forderungen des Lehrplans (namentlich im Rechnen) und einer Beseitigung des halbtägigen sog. Kombinationsunterrichts begnügen dürfe, sondern daß es notwendig sei, für die schwächsten und schwachen Schüler eine besondere Fürsorge zu treffen.

Hauptlehrer und Stadtverordneter M. Rödel veröffentlichte gegen die Sickinger'sche Denkschrift eine Brochüre „Zur Frage der Organisation der Volksschule in Mannheim", worin er darauf hinwies, daß die dort aufgestellten ungünstigen prozentualen Ziffern an und für sich zwar richtig seien, aber mit Rücksicht auf eine Reihe äußerer Mißstände so sehr verändert und eingeschränkt werden müßten, daß sie als zuverlässige sachliche Grundlage für eine Schulorganisation nicht zu betrachten seien. Der Verfasser wendet sich sodann gegen die Sickinger'schen Reformvorschläge und stellt zum Schluß seine eigenen Grundsätze für eine Schulreform auf.
In einer Reihe von Versammlungen wurde gleichfalls von Rednern verschiedener Fraktionen festgestellt, daß die Reorganisation im Sinne der Sickinger'schen Denkschrift bezüglich des beabsichtigten Umfangs und des geplanten Weges nicht gut geheißen werden könne.
Seitens des Stadtrats wurde der Großh. Oberschulrat in Karlsruhe um eine gutachtliche Äußerung über die Sickinger'schen Reformvorschläge ersucht. Diesem Ersuchen entsprach die Oberschulbehörde im April 1900. In dem betreffenden Schriftstück wird auf die unterrichtlichen Mißstände an der hiesigen Volksschule, wie sie in der besprochenen Denkschrift des hiesigen Stadtschulrats dargelegt werden, Bezug genommen und die geltend gemachten außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Unterricht von Kindern von der verschiedenartigsten Leistungsfähigkeit, welche die Volksschule aufnehmen und behalten muß, als thatsächlich bestehend zugegeben. Des

weiteren werden die zur Abstellung der bisherigen Mißstände gemachten Vorschläge als sehr beachtenswert bezeichnet. Zugleich wird — bis weitere Erfahrungen vorliegen — angeraten, von den auf eine Besserung des Unterrichts abzielenden Reformen zunächst solche in Angriff zu nehmen, welche ohne wesentliche Änderung der gegebenen Grundlage geeignet sind, den fühlbarsten Übelständen wirksam zu begegnen. Als solche Maßnahmen werden namhaft gemacht: normale Stärke der Unterrichtsklassen, zweckmäßigere Gestaltung des hiesigen Spezial-lehrplanes im Anschluß an die in Aussicht genommene Revision des badischen Normallehrplanes, Wegfall des mangelhaften Kombinationsunterrichts, ferner zur Ermöglichung einer individuelleren Behandlung der schwächsten und schwachen Schüler — entsprechend dem früher erörterten Grundsatze, daß am zweckmäßigsten ähnlich auffassungsfähige Kinder zu Unterrichtsgruppen zusammengefaßt werden — Einrichtung sogenannter Hilfsklassen für krankhaft schwach begabte Kinder und Zusammenfassung der zum Repetieren bestimmten Schüler in besonderen Wiederholungsklassen.

2. Mittelschulen

Die nachfolgenden Mitteilungen über die hiesigen Mittelschulen beziehen sich auf das Schuljahr September 1899 bis September 1900. Mannheim besitzt an öffentlichen Mittelschulen ein Gymnasium, ein Realgymnasium, eine Oberrealschule und eine Höhere Mädchenschule. Die Schülerzahl derselben betrug

	im Schuljahr 1899/1900:	(1898/1899:)
im Gymnasium	529	(525)
im Realgymnasium	484	(475)
in der Oberrealschule	847	(828)
in der Höheren Mädchenschule	422	(357)
Zusammen	2282	(2185)

Im ganzen Lande waren in den 62 badischen Mittelschulen (einschließlich der Höheren Mädchenschulen) 16175 (15840) Schüler und Schülerinnen.

Das **Großh. Gymnasium** siedelte, nachdem es am 28. Juli 1899 seinen letzten Schlußakt im alten Gymnasiumsgebäude am Karl Philipps-Platz abgehalten hatte, am 29. Juli in feierlicher Weise ins neue Heim am Wasserturm über. An diesem Tag fand die Einweihung des Neubaues mit einem Redeakt in der Turn- und Festhalle, einer Schüler-Aufführung der Goethe'schen „Iphigenie“ und einem Bankett im großen Saale des Saalbaues statt.

Hierüber ist mittlerweile (März 1901) eine von der Direktion herausgegebene Festschrift erschienen, worin nach einem Überblick über die Geschichte der Anstalt die Vorgeschichte und Geschichte des Neubaus dargestellt wird, welche sich auf einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren verteilt. Als die schon lange bestehende Unzulänglichkeit der Schulräume im ehemaligen Jesuitencolleg am Schloßgarten immer greller zu Tage trat, wurde von den Centralbehörden in Karlsruhe ein Gymnasiumsneubau beschlossen. Bereits 1892 wurde von der Stadtgemeinde ein Bauplatz erworben und zwar in bevorzugter Lage in der östlichen Stadterweiterung zum Preise

von M. 35 für den Quadratmeter, zusammen 5963 qm für M. 208705. Außer diesem Betrag bewilligten die Landstände in drei Raten M. 650000 für die Baukosten und M. 30000 für die innere Einrichtung. Der Bau begann im Mai 1896 und wurde seit November 1896 von Regierungsbaumeister Lang geleitet, der auch nach seiner Ernennung zum Bezirksbauinspektor in Bruchsal (Mai 1897) die Oberleitung beibehielt, während Architekt Georg Zahn die Leitung des Baubüreaus übernahm. Der Hauptbau mit der Turnhalle kam im Herbst 1897 unter Dach, die innere Einrichtung nahm die beiden folgenden Jahre in Anspruch.

Die erwähnte Festschrift enthält auch eine genaue Baubeschreibung von Bezirksbauinspektor Lang mit zahlreichen Abbildungen. Die Hauptfront des Hauptgebäudes liegt gegen die Roonstraße, die Südwestfront mit der Turnhalle nach der Moltkestraße zu und der neuerbauten katholischen Heiliggeistkirche gegenüber, der geräumige Spielhof und die als besonderes Gebäude errichtete Direktorswohnung stoßen an die Friedrich-Karlstraße. Der Hauptbau enthält in 3 Geschossen und einem Kellergeschoß außer einer geräumigen Eingangshalle und einem luftigen Treppenhaus mit breiten Korridoren die folgenden Gelasse:

a) im Kellergeschoß: 3 Zimmer für Handfertigkeitsunterricht; eine völlig vom Bau getrennte Heizerswohnung, bestehend aus 3 Zimmern mit Küche und besonderem Eingang von außen; einen Kesselraum und 7 Vorratsräume.

b) im Erdgeschoß rechts vom Eingang: zunächst der Halle ein Dienerzimmer; das Dienstzimmer des Direktors, ein Vor- und Sprechzimmer, ein Lehrerzimmer und ein Konferenzzimmer, ein Zimmer für den Bibliothekar und 2 Bibliotheksäle, davon einer im Verbindungsbau gegen die Turnhalle hin. Links vom Eingang: 5 Klassenzimmer und der Gesangsaal.

c) im ersten Obergeschoß: 6 Klassenzimmer; den Prüfungssaal; Hörsaal, 2 Arbeitszimmer und Sammlungsraum für den Physik- und Chemieunterricht; ein kleines Zimmer für die Schülerbibliothek; Karzer nebst Vorraum.

d) im zweiten Obergeschoß: 7 Klassenzimmer; 1 Zeichensaal, 1 Zimmer für Zeichenutensilien ꝛc.; Hörsaal für Naturgeschichte nebst Zimmer für den Lehrer und naturgeschichtliche Sammlung. Die Turnhalle dient zugleich als Festsaal und Aula.

Da sich der Architekt bei der äußeren Ausschmückung des neuen Gebäudes, besonders auch der Façaden leider eine durch die dafür ausgeworfenen Mittel bedingte Zurückhaltung auferlegen mußte, so durfte er es mit besonderer Freude begrüßen, daß eine Anzahl früherer Schüler der Anstalt in der schönen Absicht, ihre Anhänglichkeit an die Lehrmeisterin ihrer Jugendjahre dauernd zu bethätigen, so ansehnliche Mittel (nahezu M. 18000) zusammenbrachte, daß das Gebäude einen erfreulichen inneren Schmuck erhalten konnte. Schon kurz nach der Einweihung des Hauses konnte aus diesen Mitteln in der Vorhalle eine Erztafel angebracht werden, welche die Namen der dreizehn früheren Schüler des Gymnasiums enthält, die 1870/71 den Heldentod für's Vaterland gestorben sind. In der gleichen Halle werden auf den zwei vorspringenden Treppenwangen zwei Bronzestatuen Aufstellung finden, mit deren Herstellung auf Grund von eingereichten Skizzen Bildhauer Christ. Elsässer in Karlsruhe betraut worden ist. Er wird zwei überlebensgroße Standbilder schaffen; einen Jüngling in nachdenklicher Haltung an eine griechische Hermensäule gelehnt, als Vertreter wissenschaftlichen Strebens, und einen zum Kampfe schreitenden jugendlichen Krieger als Sinnbild der Vaterlandsliebe. Ferner wurden aus den genannten Mitteln drei kostbare Glasgemälde nach den Entwürfen des Prof. Otto Eckmann in Berlin für die großen Treppenhausfenster hergestellt (in der Kunstanstalt von Georg Engel in Berlin). Dieselben wurden im Frühjahr 1901 eingesetzt. Sie stellen drei von stilisiertem Blattwerk umrahmte Landschaften dar: links die Akropolis von Athen,

rechts das römische Kapitol und in der Mitte eine Burg mit Dorf im deutschen Mittelgebirge. Ausgeführt sind sie in der farbenprächtigen modernen Technik der Opalescentverglasung und können als hervorragende Kunstwerke bezeichnet werden.

Von Veränderungen im Lehrkörper des Gymnasiums sei erwähnt, daß Professor Ludwig Mathy nach 18jähriger erfolgreicher Lehrthätigkeit an hiesiger Anstalt und verdienstvoller vielseitiger außeramtlicher Wirksamkeit im September 1899 zum Direktor des Konstanzer Gymnasiums befördert wurde. Direktor Haug, der langjährige, verdiente Leiter des hiesigen Gymnasiums, wurde im August 1900 zum Geh. Hofrat ernannt.

Der Lehrkörper umfaßte 21 etatmäßige Lehrer (darunter 17 Professoren), 7 nichtetatmäßige Lehrer, 8 Hilfs- und Nebenlehrer. Bezüglich der Schülerzahl stand das hiesige Gymnasium unter den 14 badischen Gymnasien an dritter Stelle, und zwar hinter Freiburg mit 734 und Karlsruhe mit 635 Schülern. Die 529 Schüler verteilten sich folgendermaßen nach der Konfession: evangelische 279, katholische 154, altkatholische 8, israelitische 85, sonstige 3.
In Mannheim selbst bezw. den Vororten wohnten die Eltern von 448 Schülern, auswärts (in Baden) die Eltern von 35, außerhalb Badens die Eltern von 46 Schülern. Sämtliche Klassen zerfallen in je 2 Parallelabteilungen, so daß die Schule 9 × 2 = 18 Klassen umfaßt, von denen die stärkste eine Sexta mit 45, und die schwächsten eine Obersekunda und eine Unterprima mit je 19 Schülern waren.

Dem Realgymnasium brachte das Schuljahr 1899/1900 durch zahlreiche Erkrankungen, Versetzungen usw. von Lehrern große Schwierigkeiten. Am 27. März verlor die Anstalt den Senior ihres Lehrer-Kollegiums Professor Adolf Richter durch den Tod. (Siehe S. 59.)

Der Lehrkörper umfaßte 16 etatmäßige Lehrer (darunter 11 Professoren), 11 nichtetatmäßige Lehrer, 9 Hilfs- und Nebenlehrer. Von den zwei badischen Realgymnasien stand die Karlsruher Anstalt mit einer Schülerzahl von 623 an erster Stelle, die Mannheimer Anstalt mit 484 an zweiter Stelle. Diese 484 Schüler verteilten sich nach der Konfession wie folgt: evangelische 280, katholische 156, altkatholische 8, israelitische 35, sonstige 5.
In Mannheim selbst bezw. den Vororten wohnten die Eltern von 332 Schülern, auswärts (Baden) 60, außerhalb Badens 54. Von den 9 Klassen waren die 6 unteren in je 2 Parallelabteilungen getrennt, so daß die Schule im ganzen 15 Klassen umfaßte. Die stärkste Frequenz wiesen die Quinten mit je 41, die geringste die Unterprima mit 21 Schülern auf.
Am 20. April 1900 beschloß der Stadtrat, sich der Petition des Stadtrats Karlsruhe an die Großh. Regierung anzuschließen, welche die Zulassung der Realgymnasialabiturienten zum medizinischen Studium unter Wegfall der Ergänzungsprüfung anregt.

Auch für die Oberrealschule brachte das Schuljahr 1899/1900 eine ungewöhnliche Menge von Veränderungen des Lehrkörpers mit. Wenige Wochen nach Beginn des Unterrichts, am 27. September 1899 erlag Direktor Karl Adolf Conradi, der diese Anstalt über 10 Jahre geleitet hatte, seinem mit Geduld getragenen Leiden im 63. Lebensjahre. Sein Nachfolger wurde Dr. Hermann Rose, bisher

Professor an der Oberrealschule in Freiburg, der am 15. März 1900 seinen hiesigen Dienst antrat.

Der Lehrkörper umfaßte 20 etatmäßige Lehrer (darunter 14 Professoren), 14 nichtetatmäßige Lehrer, 7 Neben- und Hilfslehrer. Von den 7 badischen Oberrealschulen hatte die hiesige mit 847 Schülern die stärkste Schülerzahl, es folgte Freiburg mit 667 und Karlsruhe mit 528 Schülern. Der Konfession nach verteilten sich die Schüler wie folgt: evangelische 471, katholische 239, altkatholische 7, israelitische 115, sonstige 15.

In Mannheim selbst wohnten die Eltern von 739 Schülern, auswärts (Baden) 59, außerhalb Badens 49. Die Anstalt umfaßte 24 Klassen, nämlich Sexta bis Untertertia in je 4, Obertertia in 2, Untersekunda in 3 Parallelabteilungen geschieden. Die stärkste Frequenz wiesen die vier Sexten mit 46 bezw. 47 Schülern auf, die geringste die drei Oberklassen: Obersekunda, Unter- und Oberprima mit 26, 16 und 11 Schülern. Die beiden letzteren sind erst mit Beginn des Schuljahrs 1896/97 an die Anstalt angegliedert worden. In den 6 unteren Klassen (Sexta bis Untersekunda) waren 1899/1900 genau 15 mal so viel Schüler als in den drei Oberklassen: 795 gegen 53, die drei Oberklassen umfaßten nur 6,2% der Gesamtschülerzahl. Im Jahre 1898 gingen 14, 1899 18 Absolventen der Untersekunda nach Obersekunda über.

Über die Bestrebungen der städtischen Verwaltung, eine Reform-Realmittelschule nach Altonaer System (mit dreijährigem gemeinsamem Unterbau und dann eintretender Gabelung in eine Realgymnasial- und eine Realabteilung) zu begründen, wird die nächstjährige Chronik berichten.

Die höhere Mädchenschule, welche im Herbst 1898 von der Stadtgemeinde übernommen wurde, umfaßt mit Einschluß der dreiklassigen Vorschule einen zehnjährigen Lehrgang. Seit September 1899 war Gelegenheit zum lateinischen Unterricht für freiwillige Teilnehmerinnen gegeben.

Der Lehrkörper umfaßte 14 etatmäßige Lehrer und Lehrerinnen (darunter 3 Professoren, 6 Reallehrer und 5 Hauptlehrerinnen) 4 nichtetatmäßige und 8 Neben-Lehrer. Bei dem stetigen Anwachsen der Schülerinnenzahl wurde für Einrichtung einiger Parallelklassen ein Anbau am Mädchenschulgebäude D 7, 22 mit 6 neuen Schulzimmern nötig, der im Herbst 1900 fertiggestellt war. Die Zahl der Schülerinnen ist von 357 auf 422 d. h. um 18,2% gestiegen. Hiervon waren: evangelisch 185, katholisch 43, altkatholisch 8, israelitisch 183, sonstige 3.

In Mannheim wohnten die Eltern von 403 Schülerinnen, auswärts (Baden) 16, außerhalb Badens 3. Die höchste Frequenz hatte die III. Klasse (40), die geringste die I. (oberste) Klasse. Am 6. Juli 1900 beschloß der Stadtrat beim Oberschulrat und beim Bürgerausschuß die Ausgestaltung der höheren Mädchenschule in eine höhere weibliche Lehranstalt mit dem vollständigen Lehrplan der Oberrealschulen zu beantragen. An dieser Anstalt sollen wie an der Oberrealschule die privaten Lateinkurse beibehalten werden. Die Ausbildung der Mädchen in den Gymnasialfächern wird vom nächsten Jahre an dadurch ermöglicht, daß Mädchen im Gymnasium als Schülerinnen zugelassen werden. Im Berichtsjahre wurden auf Anregung des Vereins „Frauenbildung — Frauenstudium" Gymnasialkurse abgehalten, deren erste Klasse von 16 und deren zweite im Herbst 1900 errichtete Klasse von 9 Schülerinnen besucht wurde.

Im Großherzoglichen Institut wurden Ostern 1899 Fortbildungskurse eingeführt, umfassend Kunst-, Kultur- und Litteraturgeschichte, Naturwissenschaften.

Seit 1899 wird fakultativer Turnunterricht und obligatorischer Anstandsunterricht (1 Stunde wöchentlich) erteilt. In den Verwaltungsrat wurden 1899 auf 6 Jahre wieder gewählt Geh. Kommerzienrat Ladenburg und Geh. Hofrat Haug. Professor Mathy schied wegen Versetzung nach Konstanz aus dem Lehrkörper aus, neu in denselben traten die Professoren Herzog und Schmidle ein.

Frequenz des Instituts 1900 (1899): Ganzpensionärinnen 19 (20), Halbpensionärinnen 13 (14). Am 25. August 1900 starb nach schwerem Leiden im Heidelberger Diakonissenhaus Frl. Anna Sammet, die verdienstvolle Vorsteherin des Instituts seit 1877, seitdem das Institut in städtische Verwaltung übergegangen ist. Bei Wiederbeginn des Unterrichts am 15. September 1900 fand in dankbarer Erinnerung an die Verstorbene eine kleine Gedächtnisfeier statt, an welcher die Lehrerinnen, die Zöglinge und die sämtlichen Hausgenossen Teil nahmen. Die Ausschmückung des blauen Saales erfolgte nach Anordnung der hohen Protektorin, der Frau Großherzogin, welche hierzu eine prachtvolle Blumenspende sandte. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Geh. Kommerzienrat Eckhard, gab ein kurzes Lebensbild der Verstorbenen und eine Darstellung der Bedeutung ihrer 24jährigen Berufsthätigkeit im Großherzoglichen Institut. Bei dem großen Verluste, der die Anstalt betroffen, sei es für alle Beteiligten doppelte Pflicht, alles einzusetzen für die Ehre der altehrwürdigen Erziehungsanstalt. (Vgl. auch S. 59).

3. Fachschulen und berufliche Fortbildung

Die hiesige Ingenieurschule (städtisch subventionirte Schule für Maschinenbau, Elektrotechnik, Hüttenkunde und technische Chemie) ist hervorgegangen aus der 1895 gegründeten Ingenieurschule in Zweibrücken, welche im Oktober 1898 nach Mannheim verlegt wurde. Mit Beginn des Wintersemesters 1899/1900 wurde ein umgestalteter Lehrplan eingeführt, wonach an Stelle der bisher getrennten Fachschulen (Ingenieur- und Technikerschule) ein einheitlicher Ingenieurkursus trat, dessen Durchführung sich auf $2^1/_2$ Jahre erstreckt. Dieser Ingenieurkursus umfaßt eine Unter- und eine Oberstufe. Das Pensum der Unterstufe erstreckt sich auf $1^1/_2$, das der Oberstufe auf 1 Jahr. Die Oberstufe gliedert sich in 3 Fachabteilungen: a) für Maschinenbau, b) für Elektrotechnik und c) für Hüttenkunde und technische Chemie. Des weiteren wurde an der Ingenieurschule eine 2klassige Vorschule eingerichtet zur Aufnahme solcher Schüler, welche die für den Eintritt in die Ingenieurschule erforderlichen Vorkenntnisse noch nicht besitzen. Diejenigen Besucher der Ingenieurschule, welche mit dem Abschluß ihres Studiums die Ingenieurprüfung ablegen wollen, haben nach dem Besuch der Unterstufe eine Vorprüfung, nach dem Besuch der Oberstufe eine Hauptprüfung abzulegen.

Im Wintersemester 1899/1900 war die Schule von 127, im Sommersemester 1900 von 130 Schülern besucht. Die Vorbildung der Schüler wies wesentliche Unterschiede auf, je nachdem dieselben direkt der Ingenieurschule oder zunächst der Vorschule zugeführt wurden. Für das Sommersemester 1900 liegen folgende statistische Notizen vor.

Die Vorbildung wurde erworben:

bei 17 Schülern auf einem Gymnasium
„ 4 „ „ „ Progymnasium
„ 10 „ „ „ Realgymnasium
„ 7 „ „ einer Oberrealschule
„ 40 „ „ „ Realschule
„ 28 „ „ „ Gewerbeschule
„ 24 „ „ „ Volks- oder Bürgerschule

Es waren aus Mannheim 15, aus Baden (ohne Mannheim) 24, aus der Pfalz 41, aus dem übrigen Deutschland 42, aus dem Ausland 8, zusammen 130 Schüler. Das Alter der Schüler differierte zwischen 15 und 37 Jahren, doch stand der größte Teil (95) im Alter von 17—21 Jahren. Dem Religionsbekenntnis nach waren 72 Schüler evangelisch, 51 katholisch, 3 israelitisch, 3 Mennoniten, 1 freireligiös.

Der Lehrkörper bestand einschließlich des Direktors P. Wittsack aus 10 Personen. Bei den Hauptprüfungen vom 12.—29. März und 13.—28. September bestanden alle Kandidaten, jeweils 8 (und zwar 12 im Maschinenbau und 4 in Elektrotechnik). Bemerkt sei noch, daß in der am 10. April 1900 unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Beck stattgehabten Sitzung der Kreisversammlung Mannheim auf Befürwortung durch den Vorsitzenden die Gewährung von Kreis-Stipendien an bedürftige Besucher der Ingenieur- und der Werkmeisterschule (siehe unten) in Aussicht genommen wurde.

An die hiesige Gewerbeschule mit ihrem gegenüber den Landesvorschriften bedeutend erweiterten Lehrplan wurde im September 1897 eine IV. Jahresklasse für Mechaniker angegliedert und im November 1898 als besondere Abteilung eine Vorbildungsschule für Werkführer und Monteure mit zehnmonatlichem Tagesunterricht geschaffen (mit der in Frankfurt a. M. bestehenden die erste derartige Schule im Reich). Da bei der Eröffnung dieser Werkführer- und Monteurschule eine ziemliche Anzahl junger Leute zurückgewiesen werden mußten, weil sie den Aufnahmebedingungen nicht zu entsprechen vermochten, wurden diese dahin abgeändert, daß zur Aufnahme die Zurücklegung des 18. statt des 20. Lebensjahres und statt 6jähriger nur 4jährige Werkstättenpraxis außer der Absolvierung der Gewerbeschule bezw. dem Nachweis gleichwertiger Vorkenntnisse verlangt wird.

Der Besuch der Werkführer- und Monteurschule betrug im Schuljahr 1899/1900 14 Schüler im Durchschnittsalter von $20^{1}/_{2}$ Jahren. Der Unterricht wurde von einem Ingenieur und einem Gewerbelehrer erteilt.

Die Frequenz der Gewerbeschule war zu Anfang des Schuljahres April 1899—April 1900: 1. Klasse in 9 Abteilungen (d. h. nach Berufen gebildeten Parallelklassen) 284 Schüler, 2. Klasse in 12 Abteilungen 347 Schüler, 3. Klasse in 10 Abteilungen 240 Schüler, 4. Klasse 17 Schüler. Ferner Volksschüler 85, Gäste 36, Gehilfen 119, Figuren- und Aktzeichner 42, Werkführerschule 14, zusammen 1184; im Vorjahr 955, also mehr 129. Das neue Schuljahr im April 1900 wurde eröffnet mit 1358 Schülern.

Der starke Schülerzuwachs hat die Unzulänglichkeit der jetzigen, seit 1893 benutzten Schulräume in N 6 zur Folge gehabt, eine anderweitige Unterbringung erschien deshalb unabweisbar. Bereits vor einigen Jahren tauchte das Projekt eines Gewerbeschul-Neubaues auf, das nunmehr seiner baldigen Verwirklichung entgegensieht. Der Unterricht erhielt eine wertvolle Bereicherung durch die Einführung einer besonderen Stunde für Volkswirtschaftslehre in der III. Klasse. Im Oktober 1898 wurden besondere Kurse für Figuren- und Aktzeichnen eröffnet (wöchentlich 2 mal 2 Stunden), dieselben wurden von dem im Jahre 1900 verstorbenen Kunstmaler Fehr (vgl. S. 60) geleitet, welcher vorher zwei Jahre hindurch einen Privatkurs im Aktzeichen für Gehilfen und Meister im Modelliersaal der Gewerbeschule abgehalten hatte.

Die im Dezember 1891 eröffnete städtische Schifferschule ist eine Fachschule zur Ausbildung für Angehörige des Schifferstands, deren Unterricht in die Zeit der Einstellung der Schiffahrt (Mitte Dezember bis Mitte Februar) fällt.

Besondere Aufmerksamkeit wurde hier in den letzten Jahren dem kaufmännischen Bildungswesen zuteil. Im Dezember 1899 wurde eine an den Stadtrat gerichtete Denkschrift von Oberbürgermeister Beck im Druck veröffentlicht, welche den Titel: Die Reform des kaufmännischen Bildungswesens führt und auf 196 Seiten die Entwicklung und den heutigen Stand der allgemeinen und kaufmännischen Bildungsanstalten, sodann im besondern das kaufmännische Bildungswesen mit eingehenden Vorschlägen für die Reorganisation desselben behandelt. Die Vorschläge des Verfassers gipfeln in der Schaffung eines umfassenden kaufmännischen Unterrichtssystems, bestehend

1. Für die männliche Jugend:
   a. in der Errichtung einer Handelsfortbildungsschule mit Schulzwang in 3 Jahreskursen und einem Vorkurse;
   b. einer Handelsschule, umfassend 3 Parallelkurse der Untertertia bis Untersekunda der Reformschule mit dem Abschlusse der Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst;
   c. einer höheren Handelsschule, vorerst in einem einjährigen Kurse für die mindestens mit dem Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis ausgestatteten Schüler oder Absolventen einer Mittelschule und im späteren Ausbau in den Parallelklassen der Obersekunda bis Oberprima der Reformschule mit dem Lehrziele einer mit der Absolvierung der Gymnasien und Oberrealschulen völlig gleichwertigen Bildung.
2. Für die weibliche Jugend:
   a. in der Gründung einer Handelsfortbildungsschule in 2 Kursen und zwar mit Schulzwang im ersten und freiwilligem Besuch im zweiten Jahreskurse;
   b. einer Handelsschule in 3 Jahreskursen mit ganztägigem Unterricht und einem der unter 1 b genannten Handelsschule ungefähr entsprechenden Lehrziele.
3. Regelmäßige Vortragscyklen und deren eventuelle spätere Ausgestaltung zu einer Handelshochschule.

Die eingehenden Darlegungen der Denkschrift kommen zu folgendem Schlußergebnis:
„Sofern die Vorschläge des Verfassers zur völligen Neugestaltung des Handelsunterrichts unserer Stadt durch Errichtung der verschiedenen Arten von Handelsschulen Annahme finden, würde

dies reichgegliederte Unterrichtssystem durch die Schuleinrichtung keiner einzigen anderen Stadt Deutschlands übertroffen werden — unter der allerdings unerläßlichen Voraussetzung, daß es einerseits gelingt, mit tüchtigen Lehrern die neugegründeten Fachschulen zu besetzen und daß andererseits die Einwohnerschaft der umfassenden Neuorganisation auch volles Vertrauen durch Entsendung ihrer Söhne und Töchter in die Handelsschulen entgegenbringt. Das Programm der Stadtgemeinde in der Frage der Unterrichtsreform würde sich für die nächste Zukunft wie folgt gestalten:

1. Erlassung eines Ortsstatuts gemäß § 120 GO., durch welches alle hiesigen Handlungsgehilfen und Lehrlinge bis zum 18. Lebensjahr zwangsweise zum Besuche der neu zu gründenden Handelsfortbildungsschule angehalten werden.

Der Entwurf des Ortsstatuts wäre zunächst der Handelskammer und dem Kaufmännischen Verein zur Äußerung mitzuteilen, sodann Großh. Ministerium des Innern behufs allenfallsiger Beanstandungen vorzulegen und schließlich dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

2. Errichtung der Handelsfortbildungsschule samt Vorkurs, Eintritt in die Verhandlungen wegen Überweisung derselben an den Kaufmännischen Verein;
3. Verhandlungen mit Großh. Oberschulrat wegen Errichtung der Handelsschulabteilungen an einem Reformgymnasium, eventuell an der Oberrealschule;
4. Umwandlung des Realgymnasiums in ein Reformgymnasium;
5. Errichtung einer weiblichen Handelsschule an der Mädchenbürgerschule;
6. Errichtung von Fachklassen an der Mädchenfortbildungsschule für weibliche Handelsangestellte;
7. Mitwirkung bei der gemeinsam mit der Handelskammer, dem Kaufmännischen Verein und der Mannheimer Börse anzustrebenden Einrichtung von regelmäßigen handelswissenschaftlichen Vorträgen in systematischem Zusammenhange während eines jeden Winterhalbjahres durch geeignete Persönlichkeiten, vor allem durch Hochschulprofessoren der Universität Heidelberg, deren Beteiligung anläßlich der Verhandlungen bei Übertragung der Professur seitens der Staatsregierung zu sichern wäre;
8. Allmähliche Ausgestaltung dieser Vortragscyklen zur Handelshochschule.

In der Tages- und Fachpresse fand die Denkschrift eingehende Besprechung. Sie wurde als ein wichtiger Markstein der Handelsschulbewegung bezeichnet. Die Frankfurter Zeitung begrüßte sie mit folgenden Worten: „Die allenthalben starke Bewegung zur Hebung und Vertiefung des kaufmännischen Bildungswesens hat, wie man weiß, auch die Stadt Mannheim vor kurzem dazu veranlaßt, an die Gründung einer Handelslehranstalt in großem Stil heranzutreten. Die sehr wohl gelungene theoretische Vorbereitung der geplanten Organisation liegt seit einigen Tagen vor in einer vom Oberbürgermeister der Stadt Mannheim herausgegebenen Denkschrift über die Reform des kaufmännischen Bildungswesens. Auf Grund eines umfassenden Erfahrungsmaterials geschrieben, setzt sich diese Denkschrift auch mit den zur Zeit herrschenden theoretischen Anschauungen über das kaufmännische Bildungswesen in gründlicher und lichtvoller Weise auseinander und giebt sowohl ein sehr beachtenswertes Bild der Gründe, die für eine besondere kaufmännische Schulbildung sprechen, wie auch eine wertvolle Darstellung der lokalen Verhältnisse, durch die gerade in Mannheim die Organisation einer umfassenden Handelslehranstalt bedingt sein muß. Es ist aufs dringendste zu wünschen, daß die Mannheimer Denkschrift in den beteiligten Kreisen auch außerhalb von Baden die größte Verbreitung finden möge. Auch was über die Verhältnisse der Handelsschule zu den neueren Bestrebungen auf dem Gebiete der

Unterrichtsreform in der Denkschrift gesagt wird, verdient alle Beachtung. Wir wünschen dem theoretisch so wohlbegründeten Mannheimer Plan ein recht fröhliches Gedeihen bei seiner baldigen Ausführung." — In der Stadtratssitzung vom 25. Mai 1900 berichtete Stadtrat Hirschhorn, welcher als Vertreter der Stadtgemeinde der in Weimar abgehaltenen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Verbandes für kaufmännisches Unterrichtswesen anwohnte, über den Verlauf der Beratungen. Insbesondere teilte er mit, daß die Denkschrift des Oberbürgermeisters Beck, dem für seine gründliche und umfassende Darstellung allseitiger Dank und Anerkennung ausgesprochen worden sei, fast in allen Punkten die Grundlage der Erörterungen gebildet habe und daß Mannheim als Ort für den nächsten Kongreß des Verbandes im Jahre 1902 gewählt worden sei.

Ebenfalls das Thema des Handelsschulwesens berührte Generalkonsul Karl Simon in Mannheim in einer im Frühjahr 1900 erschienenen Denkschrift über die Notwendigkeit der Errichtung staatlicher Handelsschulen in Deutschland.

Der Verfasser schlägt die Errichtung staatlicher Handelsschulen zunächst in Mannheim, Hamburg, Bremen, Königsberg, Lübeck und Danzig vor. Als Vorschule für die Handelsschule würde die Realschule genügen bezw. das Abgangszeugnis der Untersekunda der Oberrealschule. Die Handelsschule soll etwa 4 Jahresklassen mit obligatorischem Lehrplan umfassen.

Der Kaufmännische Verein, der mit seiner Handelsschule bisher Hauptvertreter des kaufmännischen Fortbildungswesens in hiesiger Stadt war, begrüßte die Vorschläge der Beck'schen Denkschrift aufs wärmste und beschäftigte sich u. a. eingehend mit ihnen in der am 15. März abgehaltenen Vereinsversammlung. Von der Notwendigkeit der Organisation der Fortbildungsschule war man allgemein überzeugt. Die lebhafte Debatte beschäftigte sich hauptsächlich mit der sogenannten Handelsschule, die an das Reformgymnasium oder an die Oberrealschule angegliedert werden soll. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung des Kaufmännischen Vereins erklärt es im Anschluß an die Denkschrift des Herrn Oberbürgermeisters Beck für wünschenswert und durchführbar, daß die Verwaltung der kaufmännischen Fortbildungsschule durch den Kaufmännischen Verein übernommen wird, vorausgesetzt, daß die Unterstützung der übrigen Faktoren gesichert ist. Die Begründung einer Handelsschule, wie auch einer Handelshochschule wird mit Rücksicht auf die wachsende Bedeutung Mannheims als Handels- und Industriezentrum warm empfohlen."

In dem vom Kaufmännischen Verein herausgegebenen Lehrbericht für 1899/1900 wird von dem Programm der Denkschrift, dessen Durchführung natürlich nur allmählich erfolgen kann, als die wichtigste Aufgabe für die nächste Zeit die Reorganisation der seitherigen Fortbildungsschule des Vereins bezeichnet, und auf die dieselbe betreffenden Spezialvorschläge näher eingegangen.

Genanntem Lehrbericht zufolge besuchten die Handelsschule des kaufmännischen Vereins, d. h. die einzelnen Kurse:

	im Sommersemester 1899	im Wintersemester 1899/1900
in Klasse I (6 Kurse)	117	145
„ „ II (6 Kurse)	100	100
„ „ III (2 Kurse)	33	34
im Jahreskurs	26	9
zusammen	276 Schüler	288 Schüler.

Für freiwillige Teilnehmer bestanden folgende Kurse:

im Sommersemester 1899:

13 Kurse Französisch	mit 168	Teilnehmern
5 Kurse Englisch	„ 65	„
1 Kurs Italienisch	„ 2	„
2 Kurse stenogr. Übungsstunden	„ 34	„
1 Kurs Schönschreiben	„ 25	„
zus. 22 Kurse	mit 294	Teilnehmern;

im Wintersemester 1900:

12 Kurse Französisch	mit 137	Teilnehmern
4 Kurse Englisch	„ 46	„
1 Kurs Italienisch	„ 5	„
1 Kurs Russisch	„ 19	„
2 Kurse stenogr. Übungsstunden	„ 27	„
2 Anfangskurse für Stenographie	„ 33	„
1 Kurs Schönschreiben	„ 18	„
zus. 23 Kurse	mit 285	Teilnehmern.

Nach Personen, nicht nach Kursteilnehmern berechnet, belief sich die Gesamtfrequenz:

im Sommersemester 1899 auf 314, im Wintersemester 1900 auf 355 Schüler.

Den Unterricht erteilten 13 Lehrer, die technische Leitung hatte Professor Dauß von der Oberrealschule inne.

Außer dem Kaufmännischen Verein veranstaltete der „Columbus", Verein für katholische Kaufleute und Beamte, in seiner seit 1893 bestehenden Jugendabteilung kaufmännische Unterrichtskurse, die im Schuljahr 1899/1900 von 43 Schülern im 1. Kurs und 30 Schülern im 2. Kurs besucht waren. Unterricht wurde erteilt in Deutsch, Rechnen, Französisch, Englisch, Buchführung, Handelsgeographie und Stenographie.

Unter Beteiligung des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium wurden im Oktober 1899 Handelskurse für Mädchen begründet, die unter der technischen Leitung des Hauptlehrers Haußer (Vorsitzende des Verwaltungsrats Frau Anna Scipio) in der höheren Mädchenschule stattfanden.

Die am 17. Oktober 1899 eröffneten und im März 1900 beendeten beiden Parallelkurse zählten 56 Teilnehmerinnen, die darauf folgenden Sommerkurse, welche im Juli zu Ende gingen, wurden von 58 Teilnehmerinnen besucht, die bei den Prüfungen in Handelskunde, Rechnen, Handelsgeographie, Buchführung, Französisch und Stenographie tüchtige Kenntnisse zeigten. Als Vorkenntnisse werden verlangt die der 7. Volksschulklasse entsprechenden. Da mit Beginn des neuen Kurses im September 1900 die Altersgrenze der aufzunehmenden Mädchen auf das vollendete 15. Lebensjahr erhöht wurde (diese Maßregel erwies sich deshalb als notwendig, da es schwierig ist, für jüngere Bewerberinnen gute Stellen zu finden), zählte dieser Kurs nur 37 Teilnehmerinnen. Den Teilnehmerinnen wird Gelegenheit geboten, sich die zur Erlangung

einer kaufmännischen Stelle notwendigen Kenntnisse zu erwerben. Im Anschluß an diese Handelskurse wurde die Begründung eines „Kaufmännischen Vereins weiblicher Angestellter" beschlossen, die mittlerweile erfolgt ist.

Über Musikschulen finden sich im folgenden Kapitel nähere Angaben.

4. Volksbildungs- und Aufklärungsbestrebungen

Diese Bestrebungen haben auch in Mannheim thatkräftige Unterstützung auf den verschiedensten Gebieten gefunden. Über die medizinischen Lehrkurse wurde bereits in einem früheren Kapitel (S. 89) berichtet. Die neueingerichteten Volkshochschulkurse, die im folgenden Kapitel aufgezählt werden, sind ein wichtiger Schritt vorwärts auf diesem Gebiete.

Die Kommission für die Volkshochschulkurse wird aus Vertretern der Arbeiterverbände gebildet, zu denen neuerdings noch je ein Vertreter der Stadtverwaltung, des Diesterwegvereins und des Kaufmännischen Vereins getreten ist. Die Geschäfte werden vom Arbeitersekretariat geleitet. Zur teilweisen Deckung der Kosten wird ein minimaler Eintrittspreis erhoben (1 Mark pro Kurs einschließlich Leitfaden, für Mitglieder von Arbeitervereinen 60 Pfennig). Die Kurse wurden am 12. Januar in der von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Oberrealschulaula vor einem außerordentlich zahlreichen Publikum eröffnet. Im Auftrag des Comités begrüßte Arbeitersekretär Katzenstein die Anwesenden. Der Gedanke der Einrichtung von Volks-Hochschulkursen sei in Mannheim auf einen sehr fruchtbaren Boden gefallen. Die Teilnehmer hätten sich zu dem ersten Kurs so zahlreich angemeldet, daß die Hälfte habe zurückgewiesen werden müssen. Universitäts-Professor Dr. Klaatsch habe sich aber in entgegenkommendster Weise bereit erklärt, den Kurs im Laufe des Sommers zu wiederholen. Redner schilderte sodann die Bedeutung der Volkshochschulkurse, welche den Zweck verfolgen, die Schätze des Wissens weiteren Kreisen des Volkes zugänglich zu machen. Es sei sehr erfreulich, daß die Universität Heidelberg in so bereitwilliger Weise ihre Dienste zur Verfügung gestellt habe. Gleicher Dank gebühre der Stadtverwaltung, die das schöne Lokal zur Verfügung gestellt und außerdem die Geldsorgen von dem Comité genommen habe. Weiter skizzirte Redner in kurzen Umrissen die sich mächtig geltend machende Bewegung, dem arbeitenden Volke die Schätze des Wissens in weiterem Maße als bisher zugänglich zu machen. Die Einrichtung der Volkshochschulkurse sei nur ein Teil eines vollständigen Systems, welches man hier in Verbindung mit Lesehallen, Diskussionsabenden u. s. w. ins Leben rufen wolle, um die Bildung des arbeitenden Volkes zu heben und seinen Wissensdrang zu befriedigen und das arbeitende Volk zu befähigen, an der großen Kulturarbeit teilzunehmen. An die Stelle der jetzigen Konstellation „Bildung und Besitz" müsse die Konstellation „Bildung und Arbeit" treten. Im Namen der Heidelberger Universität sprach deren Prorektor, Hofrat Prof. Dr. Osthoff, Worte der Begrüßung. Das Ende des 18. Jahrhunderts habe das Ringen des dritten Standes nach Freiheit und Gleichberechtigung gebracht. Diese Aufgabe sei vom 19. Jahrhundert übernommen und durchgeführt worden. Der dritte Stand habe erhalten, was er erstrebte. Am Ausgange des 19. Jahrhunderts kämpfe der vierte Stand um sein Recht und seine gebührende Stellung. Dieser Stand müsse den Kampf im 20. Jahrhundert weiterführen. Wir wollen lernen, in Zukunft ohne die schweren Maßregeln auszukommen suchen, welche der dritte Stand zur Erreichung seines Rechts ergreifen mußte. Es seien Beweise

vorhanden, daß der dritte Stand einsichtiger sei gegenüber den Kämpfen des vierten Standes, daß er diesem auf dem Wege seiner Bestrebungen entgegenkomme. Ein Symptom dieses Entgegenkommens sei der Umstand, daß der dritte Stand das Bildungsbedürfnis des vierten Standes zu befriedigen suche. Die Heidelberger Universität habe den Gedanken der Einrichtung von Volkshochschulkursen mit Freuden begrüßt. Das Bedürfnis sei vorhanden gewesen, es habe nur des zündenden Funkens bedurft, und dieser sei jetzt von der Mannheimer Arbeiterschaft ausgegangen. Die Heidelberger Universität sei eine der ältesten, aber auch eine der frischesten. Und diesen Ruhm wolle sie sich auch für die Zukunft bewahren, indem sie sich stets bestrebe, neuen Gedanken die Bahn zu schaffen. Der Redner schloß, indem er den neuen Volkshochschulkursen ein „herzliches Glückauf" zuruft. Hierauf begann Professor Dr. Klaatsch den Cyklus seiner Vorträge über „Darwins Leben und Lehre".

Am 8. Juli 1899 beschloß der Stadtrat, nach dem Vorbild anderer Städte am hiesigen Hoftheater Volksvorstellungen zu dem bedeutend ermäßigten Einheitspreis von 40 Pf. für sämtliche Plätze ohne Unterschied einzuführen, um auch den minderbemittelten Klassen das Bildungsmittel einer guten Theatervorstellung zugänglich zu machen. Von derartigen Einheitspreisvorstellungen wurden (neben den bisherigen Volksvorstellungen) im Theaterjahr 1899/1900 vier gegeben (Götz von Berlichingen, Die Räuber, Zar und Zimmermann, Minna von Barnhelm), die eine außerordentliche Anziehungskraft ausübten.

Die Karten zu diesen Vorstellungen werden gegen Erlegung des Einheitspreises in verschlossenen Briefumschlägen, teils für Einzelplätze, teils für zwei nebeneinander befindliche Plätze verlost, so daß über die Verteilung der besseren und geringeren Plätze lediglich der Zufall entscheidet. Um die Billets zu diesen Vorstellungen in erster Linie denjenigen zukommen zu lassen, für die sie bestimmt sind, wurde die Anordnung getroffen, daß ein Teil der Billets den Arbeiter-Verbänden und -Vereinen sowie Arbeitgebern auf Bestellung zur Verfügung gestellt wird. Der Beginn dieser Vorstellungen ist 8 Uhr Abends. Auf einen finanziellen Gewinn muß die Theaterkasse bei dem niedrig gestellten Einheitspreis dem guten und wichtigen Zweck zulieb selbstverständlich verzichten.

Sehr erfolgreich wirkt auf dem Gebiet der Volksbildung die im Jahre 1895 durch einen Verein mit städtischer Unterstützung ins Leben gerufene Volksbibliothek (im Schulhause R 2). Dieselbe erfreute sich auch im verflossenen Jahr einer stetig steigenden Inanspruchnahme. Die Nachfrage nach unseren besten volkstümlichen Schriftstellern war eine derart starke, daß die Anschaffung weiterer Dubletten unerläßlich ist. Die Auswahl der Lektüre wurde in dem bei der Generalversammlung vom 30. April 1901 gegebenen Jahresbericht als sehr erfreulich bezeichnet. Auch die Zuverlässigkeit der Entleiher ließ nichts zu wünschen übrig; waren doch von ca. 60000 entliehenen Bänden im letzten Vereinsjahr nur vier unbeibringlich.

Die Zahl der die Bibliothek nicht beanspruchenden Mitglieder betrug 103, eine gar zu geringe im Verhältnis zur Einwohnerzahl und im Vergleich zu den diesbezüglichen Unterstützungen

derartiger Institute in anderen Städten. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1520, hiervon neuzugegangen 425. Die Zahl der vorhandenen Bibliothekbände betrug 9000, entliehen wurden insgesamt 57737 Bände, was auf einen außerordentlich regen Bibliothekverkehr und eine starke Benützung der Bibliothekbestände schließen läßt. Die durchschnittliche Zahl der täglichen Entleihungen betrug 158, die höchste Zahl 356. Das Lesezimmer war im Durchschnitt täglich von 24 Personen besucht; der Höchstbesuch an einem Tage betrug 46 Personen. Aus der beträchtlichen Anzahl der verheirateten Mitglieder erklärt sich die starke Nachfrage nach Zeitschriften, welche wegen ihres reichlicheren Inhaltes das Lesebedürfnis mehrerer Familienmitglieder zu befriedigen vermögen. Das stetige Wachsen der Buchbinderarbeiten veranlaßte die General-Versammlung, die Einstellung eines eigenen Buchbinders zu beschließen.

Von anderen Vereinen, welche volksbildende und volksaufklärende Ziele verfolgen, sei der im April 1888 gegründete Freidenkerverein genannt, dessen Vorträge an anderer Stelle Erwähnung finden. Die wohlausgestattete Vereinsbibliothek wurde im Berichtsjahr von den Mitgliedern, unter denen sich zahlreiche Arbeiter befinden, fleißig benützt, wobei sich das Lesebedürfnis fast ausschließlich auf Werke ernsten und wissenschaftlichen Inhalts beschränkte.

Eine sehr ersprießliche Thätigkeit entfaltet seit einer Reihe von Jahren der Arbeiterfortbildungsverein durch Vorträge, Unterrichtsstunden, eine circa 2200 Bände umfassende Bibliothek, außerdem durch eine Krankenunterstützungs-, eine Medizinal- und eine Sparkasse. Die Beteiligung an den Veranstaltungen des Vereins ist eine sehr rege. Über die Vorträge ist das folgende Kapitel zu vergleichen.

Eine weitere Gruppe von Vereinen pflegt die Volksbildung auf streng konfessioneller Grundlage: die ebenfalls durch Bibliotheken, Vorträge, Unterrichtskurse u. s. w. ihre Mitglieder fördernden evangelischen und katholischen Arbeitervereine, Gesellenvereine, Jünglingsvereine u. s. w. Auf ihre Thätigkeit näher einzugehen, wird sich vielleicht in einem der folgenden Jahrgänge Gelegenheit bieten.

XV. Kunst, Wissenschaft und geistiges Leben

1. Das Theater

Die Gesamtzahl der im Großherzogl. Hof- und Nationaltheater im Theaterjahre 1899/1900 (vom 1. September 1899 bis 1. September 1900) unter der Leitung des Intendanten Dr. A. Bassermann stattgehabten Vorstellungen betrug 256 (1898/1899: 241); darunter waren im Abonnement 200 und außer Abonnement 56, hiervon 1 in Karlsruhe. Die vermehrte Zahl der Vorstellungen trotz dem infolge Einführung der elektrischen Beleuchtung um eine Woche verzögerten Beginn der Theatersaison beruht darauf, daß die Intendanz, einem Beschluß des Stadtrats vom Juli 1899 zufolge, die Spielzeit künftighin frühstens am 15. Juli zu schließen, eine Reihe von Ensemblegastspielen einlegte, so vom 9. Juli 1900 ab Gastspiele des Münchener Gärtnerplatztheaters. Mit Rücksicht auf das letztgenannte Gastspiel stimmte der Stadtrat dem Antrag der Intendanz zu, wonach das hiesige Solopersonal vom 9. Juli ab beurlaubt wurde.

Es fanden 12 Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen und 4 Volksvorstellungen zu Einheitspreisen (siehe S. 190) statt. In den 255 Theater-Vorstellungen (abzüglich des Gastspiels in Karlsruhe) wurden zur Aufführung gebracht: 37 Schau- und Trauerspiele, 23 Lustspiele und Schwänke, 58 Opern und Operetten, 9 Volksstücke und Possen, 4 Ballets, zusammen 131 verschiedene Werke.

Von den gegebenen 200 Abonnements-Vorstellungen entfielen auf Abonnement A: 47 Opernvorstellungen, 44 Schauspielvorstellungen, 9 gemischte Vorstellungen; auf Abonnement B: 47 Opernvorstellungen, 45 Schauspielvorstellungen, 8 gemischte Vorstellungen.

Das Gesamtrepertoire umfaßte unter 131 verschiedenen Werken: 31 Novitäten, 20 Neueinstudierungen, 80 Wiederholungen studierter Werke.

Von den Novitäten gehörten in die Kategorie:

	abendfüllende Stücke	nicht abendfüllende Stücke	zusammen
Schau- und Trauerspiele	8	4	12
Lustspiele und Schwänke	5	—	5
Opern und Operetten	9	2	11
Volksstücke und Possen	1	—	1
Ballets	—	2	2
zusammen	23	8	31

Hierbei ist zu bemerken, daß von diesen 31 Novitäten 8 auf Ensemblegastspiele auswärtiger Bühnen entfielen.

Neueinstudiert wurden 20 Werke und zwar:

	abendfüllende Stücke	nicht abendfüllende Stücke	zusammen
Schau- und Trauerspiele	6	3	9
Lustspiele und Schwänke	1	1	2
Opern und Operetten	7	1	8
Volksstücke und Possen	1	—	1
Ballets	—	—	—
zusammen	15	5	20

Das sog. klassische Repertoir war durch folgende Werke vertreten:

Schauspiel:

Lessing: Minna von Barnhelm . . . . mit 1 Aufführung.
Schiller: Wallenstein's Lager. Die Piccolomini. Wallenstein's Tod. Die Räuber. Maria Stuart. Die Braut von Messina . . . . „ 12 Aufführungen.
Goethe: Clavigo. Die Geschwister. Egmont. Götz von Berlichingen. Iphigenie . . . . „ 9 Aufführungen.
Grillparzer: Esther . . . . „ 1 Aufführung.
Kleist: Käthchen von Heilbronn . . . . „ 2 Aufführungen.
Shakespeare: Die bezähmte Widerspenstige . . . . „ 1 Aufführung.
Molière: Der Tartüff. Spitzbubenstreiche . . . . „ 6 Aufführungen.

Oper:

Beethoven: Fidelio . . . . mit 2 Aufführungen.
Weber: Der Freischütz . . . . „ 2 „
Mozart: Die Zauberflöte. Figaro's Hochzeit . . . . . „ 5 „

Zusammen mit 41 Aufführungen.

Werke von Richard Wagner wurden an 25 Abenden aufgeführt, nämlich an 5 Der fliegende Holländer, 3 Tannhäuser, 3 Lohengrin, 5 Meistersinger, 1 Tristan und Isolde, 1 Rheingold, 3 Walküre, 2 Siegfried, 2 Götterdämmerung.

Es fanden 51 Gastspiele statt, darunter 16 auf Engagement. Von den letzteren führten zum Engagement die Gastspiele der Herren Georg Köhler und Theo Wünschmann, die für das Fach des jugendlichen Helden und Liebhabers bezw. dramatischen Baritons verpflichtet wurden, ersterer ab September 1900, letzterer ab September 1901. Ferner fanden 15 Ensemblegastspiele von 6 auswärtigen Bühnen bezw. Gesellschaften statt. Darunter waren 3 Aufführungen in französischer Sprache.

Am 5. Juli 1900 verabschiedete sich in Echegarays Drama „Galeotto" als Ernesto der bisherige Vertreter des Fachs der jugendlichen Helden und Liebhaber, Victor Senger, nach zweijähriger Thätigkeit an der hiesigen Bühne. Mit Hofkapellmeister Willibald Kähler wurde am Ende des Theaterjahres ein neuer Vertrag abgeschlossen, der denselben bis Herbst 1907 dem Großh. Hoftheater verpflichtet. Ihr 25 jähriges Dienstjubiläum feierten am 30. September 1899 die Hofmusiker Johann Eichler und Anton Trolda. Sein 50 jähriges Dienstjubiläum feierte am 26. Oktober 1899 Kammermusiker Kanut Kündinger.

Chronologisches Repertoire
vom 1. September 1899 bis 1. September 1900.

Gesperrt gedruckt = Zum ersten Male aufgeführt.
* = Neu einstudiert.
A. und B. = Die Abonnementsbuchstaben.
S. = Außer Abonnement (Abonnement suspendu).
V. = Volksvorstellung.
E. = Volksvorstellung zum Einheitspreise von 40 Pfennig pro Platz.

1899.

September. Sa. 9. B. Fidelio (Festvorstellung zu Großherzogs Geburtstag). — So. 10. A. Egmont. — Mo. 11. B. *Er muß aufs Land. — Mi. 13. A. Die Jüdin. — Do. 14. B. Der Schlafwagen-Kontroleur. — Fr. 15. A. Die Geisha. — So. 17. B. Die Zauberflöte. — Mo. 18. A. Er muß aufs Land. — Mi. 20. B. Hans (Sch. i. 3 A. v. Max Dreyer). — Do. 21. A. Der Waffenschmied. — Fr. 22. B. (Goethe-Feier): Zueignung; Ouverture zu Iphigenie in Aulis; Iphigenie auf Tauris. — So. 24. Vorm.: Goethe-Feier: Festakt im Konzertsaal; Abends: A. Goethe-Feier: Götz von Berlichingen. — Mo. 25. E. Götz von Berlichingen. — Di. 26. B. Der Waffenschmied. — Mi. 27. A. Hans; Ballet-Divertissement. — Do. 28. B. *Der Registrator auf Reisen. — Fr. 29. A. Der Barbier von Bagdad (Cornelius).

Oktober. So. 1. B. Figaro's Hochzeit. — Mo. 2. A. Der Registrator auf Reisen. — Di. 3. V. Zueignung; Iphigenie auf Tauris. — Mi. 4. S. Madame Sans-Gêne (in französischer Sprache Mad. Réjane mit Gesellschaft). — Do. 5. A. Jugend. — Fr. 6. B. Die Geisha. — So. 8. A. *Die Meistersinger von Nürnberg. — Mo. 9. B. Hans; Kurmärker und Picarde. — Mi. 11. B. Alessandro Stradella; Ballet-Divertissement. — Do. 12. A. Cyrano von Bergerac (Kom. i. 5 A. von Edmond Rostand, deutsch von Ludwig Fulda). — Fr. 13. A. Die Regimentstochter. — Sa. 14. S. Zaza (von Berton und Simon, Suzanne Munte mit Gesellschaft, in französischer Sprache). — So. 15. B. Die Meistersinger von Nürnberg. — Mo. 16. S. L'Arlésienne (von Daudet, Musik von Bizet, Suzanne Munte mit Gesellschaft, in französischer Sprache). — Di. 17. B. Cyrano von Bergerac. — Mi. 18. A. *Die Schulreiterin; Hänsel und Gretel. — Do. 19. B. Jugend. — Fr. 20. A. Der Wildschütz. — Sa. 21. S. Mascagni-Konzert (Mailänder Orchester). — So. 22. A. Figaro's

Hochzeit. — Mo. 23. B. Auf Strafurlaub (L. i. 3 A. von Moser und Trotha). — Di. 24. V. Die bezähmte Widerspenstige. — Mi. 25. A. Der Schlafwagen-Kontroleur. — Do. 26. S. Der Widerspenstigen Zähmung, Oper von Götz (Pens.-Benefiz). — Fr. 27. B. Der Barbier von Bagdad; Ballet-Divertissement. — So. 29. B. Aïda.

November. Mi. 1. A. Die Zauberflöte. — Fr. 3. B. Wallensteins Lager; Die Piccolomini. — Sa. 4. A. Auf Strafurlaub. — So. 5. A. Die Hugenotten. — Mo. 6. B. Der Widerspenstigen Zähmung. — Di. 7. A. Cyrano von Bergerac. — Mi. 8. S. Lohengrin (Lohengrin: Ernst Kraus. — Do. 9. B. Wallensteins Tod. — Fr. 10. S. Die Meistersinger von Nürnberg (Walter Stolzing: Ernst Kraus). — So. 12. B. Der Wildschütz. — Mo. 13. A. Wallensteins Lager; Die Piccolomini. — Di. 14. A. Wallensteins Tod. — Mi. 15. B. Der Freischütz. — Do. 16. V. Die Räuber. — Sa. 18. B. Cyrano von Bergerac. — So. 19. A. Margarethe. — Mo. 20. A. *Fedora. — Mi. 22. B. Die Regimentstochter. — Do. 23. A. Im weißen Rößl. — Fr. 24. S. Das Glöckchen des Eremiten. (Chor-Benefiz, Rose Friquet: Frl. Hedwig Schacko). — So. 26. B. Egmont. — Mo. 27. A. Die Geisha. — Mi. 29. B. Ingwelde, Dichtung i. 3 A. von Ferd. Graf Sporck, Musik von Max Schillings (Ingwelde: Frl. Aline Friede aus Schwerin). — Do. 30. E. Die Räuber.

Dezember. Fr. 1. A. Als ich wieder kam (L. i. 3 A. von Blumenthal und Kadelburg. — Sa. 2. B. Fedora. — So. 3. A. Der Trompeter von Säckingen. — Mo. 4. S. Carmen (Carmen: Frau Senger-Bettaque aus München). — Mi. 6. S. Tristan und Isolde (Isolde: Frau Senger-Bettaque). — Do. 7. B. Als ich wieder kam. — Fr. 8. A. Das Glöckchen des Eremiten. — So. 10. Nachm.: S. Der Schlafwagen-Kontroleur; Abends: B. Die lustigen Weiber von Windsor. — Mo. 11. A. Die Karlsschüler (Friedrich Schiller: Georg Köhler). — Mi. 13. B. Die Braut von Messina (Don Cesar: Georg Köhler). — Do. 14. A. Als ich wieder kam. — Fr. 15. B. Die Jüdin. — So. 17. A. Ingwelde (Ingwelde: Frl. Aline Friede). — Mo. 18. B. Im weißen Rößl. — Mi. 20. A. Ein Ehrenhandel; Englisch; Sonne und Erde (Ballet von Bayer). — Do. 21. V. Die Regimentstochter. — Fr. 22. A. Der Tartüff (L. i. 3 A. von Molière, deutsch von Ludwig Fulda); Spitzbubenstreiche. — Sa. 23. B. Hänsel und Gretel; Die Schulreiterin. — Mo. 25. (Weihnachten) B. Götz von Berlichingen. — Di. 26. (Weihnachten) S. Tannhäuser. — Mi. 27. A. Cyrano von Bergerac. — Do. 28. B. Hans Heiling. — Fr. 29. B. Ein Ehrenhandel; Englisch; Sonne und Erde. — Sa. 30. V. Wallensteins Lager; Die Piccolomini. — So. 31. Nachm.: S. Im weißen Rößl; Abends: A. Aïda.

1900.

Januar. Mo. 1. B. Zar und Zimmermann. — Mi. 3. B. Der Tartüff; Spitzbubenstreiche. — Do. 4. A. Der Zigeunerbaron. — Fr. 5. A. Die Journalisten. — Sa. 6. V. Wallensteins Tod. — So. 7. B. Ingwelde. — Mo. 8. S. Morituri (Josef Kainz. Das zweite Gastspiel von Kainz (Hamlet) mußte wegen Erkrankung des Künstlers ausfallen). — Mi. 10. A. Pagliacci; Sonne und Erde. — Do. 11. B. Der Zigeunerbaron. — Fr. 12. A. Das Glück im Winkel. — So. 14. A. Der Freischütz. — Mo. 15. B. Die Journalisten. — Mi. 17. A. Hans Heiling. — Do. 18. B. Pagliacci; Sonne und Erde. — Fr. 19. A. Cyrano von Bergerac. — So. 21. B. Die Walküre (Brünhilde: Luise Reuß-Belce aus Wiesbaden). — Mo. 22. A. Der Probekandidat (Sch. i. 4 A. von Max Dreyer). — Di. 23. S. Weingartner-Konzert (Kaim-Orchester). — Mi. 24. B. Der Troubadour. — Do. 25. V. Morituri. — Fr. 26. A. Zopf und Schwert (Vorfeier von Kaisers Geburtstag). — Sa. 27. B. *Der fliegende Holländer (Zur Feier von Kaisers Geburtstag). — So. 28. A. Die lustigen Weiber von Windsor. — Mo. 29. B. Der Probekandidat. — Mi. 31. A. Der Waffenschmied.

Februar. Do. 1. B. Das Glück im Winkel. — Fr. 2. A. *Hannele; Die Nürnberger Puppe. — Sa. 3. S. Nora (Nora: Frau Agnes Sorma). — So. 4. B. Tannhäuser. — Mo. 5. S. *Esther; *Liebelei (Esther und Christine: Frau Agnes Sorma). — Di. 6. A. Der fliegende Holländer. — Mi. 7. S. Cyprienne (Cyprienne: Frau Agnes Sorma). — Do. 8. B. Hannele; Die Nürnberger Puppe. — Fr. 9. B. Als ich wieder kam. — So. 11. A. Der Bärenhäuter (O. i. 3 A. von Siegfried Wagner). — Mo. 12. B. Donna Diana. — Mi. 14. A. Der Zigeunerbaron. — Do. 15. A. Der Probekandidat. — Fr. 16. B. Die Goldgrube (Schw. i. 3 A. von Laufs und Jacoby). — Sa. 17. V. Die lustigen Weiber von Windsor. — So. 18. Nachm.: S. Cyprienne; Abends: B. Der Bärenhäuter. — Mo. 19. A. Donna Diana. — Mi. 21. B. Tell (Oper). — Do. 22. S. D'r Herr Maire (L. i. 3 A. von G. Stoskopf, Gastspiel des elsässischen Theaters aus Straßburg). — Fr. 23. A. Die Goldgrube. — So. 25. A. Zar und Zimmermann. — Mo. 26. Vorm.: S. Aschenbrödel; Abends: B. Der Zigeunerbaron. — Di. 27. Nachm.: S. Im weißen Rößl; Abends: A. Robert und Bertram.

März. Do. 1. A. Tell (Oper). — Fr. 2. B. Das Glück im Winkel (Rödnitz: Franz Schönfeld. — Sa. 3. S. Aschenbrödel. — So. 4. B. Der fliegende Holländer. — Mo. 5. A. Die Journalisten (Bolz: Franz Schönfeld). — Mi. 7. B. Hans Huckebein (Hallerstädt: Franz Schönfeld. — Do. 8. B. Murillo. — Fr. 9. A. Krieg im Frieden (Reif-Reiflingen: Franz Schönfeld). — So. 11. A. Der Bärenhäuter. — Mo. 12. B. Wenn wir Toten erwachen (Dr. i. 3 A. von H. Ibsen). — Mi. 14. A. Die Goldgrube. — Do. 15. B. Cavalleria rusticana; Vergißmeinnicht. — Fr. 16. A. Der Barbier von Sevilla. — Sa. 17. V. Der Registrator auf Reisen. — So. 18. B. Die Meistersinger von Nürnberg. — Mo. 19. A. Wenn wir Toten erwachen. — Di. 20. S. D'r Herr Maire (Elsässisches Theater). — Mi. 21. B. Der Probekandidat. — Do. 22. A. Murillo. — Fr. 23. B. Die Herren Söhne (Volksstück i. 3 A. von Walther und Stein). — So. 25. A. Fidelio. — Mo. 26. A. Die Herren Söhne. — Mi. 28. B. *Benvenuto Cellini (von Berlioz). — Fr. 30. B. *Ein Tropfen Gift. — Sa. 31. A. Bismarck (Festspiel von Karl Wolff. Zur Feier der Enthüllung des Bismarckdenkmals); Undine.

April. So. 1. B. Die Hugenotten. — Mo. 2. A. Ein Tropfen Gift. — Mi. 4. A. Cavalleria rusticana; Vergißmeinnicht. — Do. 5. B. Paracelsus; Die Gefährtin; Der grüne Kakadu (drei Einakter von Arthur Schnitzler). — Fr. 6. B. Bismarck; Der Barbier von Sevilla. — Sa. 7. V. Der Tartüff; Spitzbubenstreiche. — So. 8. S. Siegfried (Pensions-Benefiz). — Mo. 9. A. Paracelsus; Die Gefährtin; Der grüne Kakadu. — Di. 10. B. Wenn wir Toten erwachen. — Mi. 11. A. Hänsel und Gretel. — So. 15. (Ostern) B. Maria Stuart. — Mo. 16. (Ostern) S. Undine. — Di. 17. A. Hannele; Die Nürnberger Puppe. — Mi. 18. A. Der fliegende Holländer (Holländer: Max Büttner aus Koburg, Senta: Frau Bertha Pester-Prosky aus Köln). — Fr. 20. B. Das Nachtlager in Granada. — Sa. 21. B. Paracelsus; Die Gefährtin; Der grüne Kakadu. — So. 22. A. Die Zauberflöte. — Mo. 23. B. Der Biberpelz. (Kom. i. 4 A. von Gerhart Hauptmann.) — Di. 24. S. 's Liserl von Schliersee (Schlierseer Bauerntheater). — Mi. 25. B. Die Z'widerwurzn (Schlierseer Bauerntheater.) — Do. 26. A. Benvenuto Cellini. — Fr. 27. A. Der Herrgottschnitzer von Ammergau (Schlierseer Bauerntheater). — Sa. 28. S. Jägerblut (Schlierseer Bauerntheater). — So. 29. B. Der Trompeter von Säkkingen. — Mo. 30. A. Im weißen Rößl.

Mai. Di. 1. B. Robert und Bertram. — Mi. 2. A. Der Biberpelz. — Do. 3. S. Beatrice und Benedikt (Oper i. 2 A. von Berlioz); Pan im Busch (Tanzspiel i. 1 A. von Felix Mottl, Ensemblegastspiel des Großh. Hoftheaters Karlsruhe). — Fr. 4. B. *Der arme Jonathan. Gastspiel des Mannheimer Hoftheaters in Karlsruhe: Wenn wir Toten erwachen. — Sa. 5. V. Die Journalisten. — So. 6. A. Die Stumme von Portici. — Mo. 7. B. Zopf und Schwert. — Di. 8. E.

Zar und Zimmermann. — Mi. 9. A. Die Herren Söhne. — Do. 10. B. *Fra Diavolo. — Fr. 11. A. Maria Stuart. — So. 13. B. Margarethe. — Mo. 14. A. Jugend von heute. — Mi. 16. B. Der Biberpelz. — Do. 17. S. Kain; Die Abreise (Opern i. 1 A. von Eugen d'Albert. Pensions-Benefiz). — Fr. 18. A. Lohengrin (1. Akt); In Civil; Phantasien im Bremer Ratskeller (Zu Ehren der anwesenden Torpedoboots-Division). — So. 20. A. Die Walküre. — Mo. 21. B. Jugend von heute. — Mi. 23. A. *Die Geschwister; Clavigo. — Do. 24. B. Götterdämmerung. — Fr. 25. A. Kain; Die Abreise. — So. 27. B. Lohengrin. — Mo. 28. A. Der arme Jonathan. — Mi. 30. B. Die Geisha. — Do. 31. A. John Gabriel Borkman (Sch. i. 4 A. von H. Ibsen).

Juni. Fr. 1. B. Die Stumme von Portici. — So. 3. (Pfingsten) A. *Das Käthchen von Heilbronn. — Mo. 4. (Pfingsten) S. Die Meistersinger von Nürnberg. — Di. 5. B. John Gabriel Borkman. — Do. 7. A. Der Troubadour. — Fr. 8. B. Die kleinen Michu's (Operette i. 3 A. von Messager). — So. 10. B. Tell (Oper). — Mo. 11. A. Jugend von heute. — Mi. 13. A. Rheingold. — Do. 14. B. Die Walküre (Brünhilde: Frau Senger-Bettaque). — Sa. 16. A. Die kleinen Michu's. — So. 17. B. Siegfried (Brünhilde: Frau Senger-Bettaque). — Mo. 18. B. Mutter Erde. — Di. 19. V. Maria Stuart. — Mi. 20. A. Götterdämmerung (Brünhilde: Frau Senger-Bettaque). — Do. 21. B. Das Käthchen von Heilbronn. — Fr. 22. A. Kain; Die Abreise. — Sa. 23. S. Die Geisha. — So. 24. A. Undine (Kühleborn: Theo Wünschmann). — Mo. 25. B. Die kleinen Michu's. — Mi. 27. B. Dorf und Stadt. — Do. 28. A. Hans Heiling (Hans Heiling: Theo Wünschmann). — Fr. 29. E. Minna von Barnhelm.

Juli. So. 1. B. Der fliegende Holländer (Holländer: Theo Wünschmann). — Mo. 2. B. Pension Schöller; Phantasieen im Bremer Ratskeller. — Mi. 4. A. Fra Diavolo. — Do. 5. B. Galeotto. — Fr. 6. S. Die Fledermaus (Genossenschafts-Benefiz). — S. 8. A. Tannhäuser. — Gastspiele des Operetten-Ensembles des Königl. Theaters am Gärtnerplatz in München: Mo. 9. S. La Mascotte. — Di. 10. S. Die Afrikareise. — Mi. 11. S. Gasparone. — Do. 12. S. Giroflé-Girofla. — Fr. 13. S. Fatinitza. — So. 15. S. La Mascotte.

Was den Theaterbesuch betrifft, so hielt sich derselbe mit wenigen Ausnahmen auf sehr erfreulicher Höhe. Das Statistische Amt hat für die Kalenderjahre 1898, 1899 und 1900 als Durchschnittsziffern bezüglich des Vorstellungsbesuchs ermittelt: 998, 1023, 1032. In diesen steigenden Zahlen kommt der Aufschwung des Theaterbesuchs, der in nicht zu verkennendem Zusammenhang mit dem wachsenden Wohlstand und der starken Bevölkerungszunahme Mannheim-Ludwigshafens steht, deutlich zum Ausdruck.

Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung der Vorstellungen mit der höchsten und der niedrigsten Besucherzahl in den einzelnen Monaten:

Monat 1899	Gesamtzahl der Besucher	Durchschnitt pro Abend	% der verfügbaren Plätze besetzt	Höchste Besucherzahl	Niederste Besucherzahl
September	18168	1069	73	15. Zauberflöte: 1446	27. Hans: 853
Oktober	25386	976	67	8. Meistersinger: 1402	16. L'Arlésienne: 326
November	26798	1117	76	8. Lohengrin (Kraus): 1491	4. Auf Strafurlaub: 719
Dezember	25887	958	65	3. Trompeter von Säckingen: 1471	6. Tristan: 424

Monat 1900	Gesamtzahl der Besucher	Durchschnitt pro Abend	% der verfügbaren Plätze besetzt	Höchste Besucherzahl	Niederste Besucherzahl
Januar	27274	1091	75	14. Freischütz: 1489	17. Hans Heiling: 882
Februar	27576	1061	72	7. Cyprienne (Sorma): 1557	18. (Nachm.) Cyprienne: 448
März	25150	1006	69	25. Fidelio: 1374	20. D'r Herr Maire: 753
April	24443	978	67	27. Herrgottsschnitzer: 1357	24. Liserl von Schliersee: 599
Mai	24406	976	67	27. Lohengrin: 1433	7. Zopf und Schwert: 740
Juni	21677	942	64	29. Minna von Barnhelm: 1348	23. Geisha: 610
Juli	10110	843	58	8. Tannhäuser: 1420	10. Afrikareise: 479

Man wird sich selbstverständlich hüten müssen, aus diesen Zahlen, besonders den zwischen 300 und 800 schwankenden Minimalziffern allzu weitgehende Schlüsse auf den Geschmack des Theaterpublikums zu ziehen, denn auf die Besuchsstärke sind häufig Faktoren äußerer Art, wie aufgehobenes Abonnement u. ä. von maßgebendem Einfluß. Mit der niedersten Besucherzahl (326) des Theaterjahres erscheint L'Arlésienne, Gastspiel der Truppe Munte bei aufgehobenem Abonnement. Doch fand ebenfalls bei aufgehobenem Abonnement die Vorstellung statt, welche die höchste Besucherzahl (1557) brachte, Cyprienne mit Agnes Sorma a. G. Ein neckischer Zufall fügte es, daß in demselben Monat Februar dasselbe Stück, aber ohne den illustren Gast, die geringste Besucherzahl aufwies, als Sonntag-Nachmittags-Aufführung bei aufgehobenem Abonnement. Der schwache Besuch der Tristan-Aufführung vom 6. Oktober erklärt sich durch das aufgehobene Abonnement, der auffallend starke Besuch der Minna von Barnhelm dadurch, daß diese Vorstellung zum Einheitspreis von 40 Pfg. stattfand. Die sonst so beliebte Geisha, die im gleichen Monat Juni neben der am stärksten besuchten Minna von Barnhelm mit einer Minimalziffer von 610 Personen steht, fand außer Abonnement statt. Für die Opern: Zauberflöte, Freischütz, Lohengrin und Tannhäuser kann die hohe Besucherzahl als Beweis dafür gelten, daß dies die beliebtesten und populärsten Werke auch unseres Spielplans sind.

Nach den prozentualen Ergebnissen zeigten sich die einzelnen Monate des Theaterjahres 1899/1900 in nachstehender Wertfolge dem Theaterbesuch günstig: November (76 % der verfügbaren Plätze besetzt), Januar, September, Februar, März, April, Mai, Oktober, Dezember, Juni, Juli (58 % der verfügbaren Plätze besetzt).

Die Einnahmen des Theaterjahres 1899/1900 überschritten infolge des guten Besuchs, besonders auch infolge des gesteigerten Abonnements die im Voranschlag angenommenen Ziffern. Hierbei sind die Abonnementsgelder mit einem Mehr von rund M. 16000 beteiligt (in natürlicher Wechselwirkung gingen allerdings die Tageseinnahmen um M. 5000 zurück) und die Einnahmen aus Ensemblegastspielen mit zusammen M. 19000.

Die laufenden Einnahmen setzten sich in der Hauptsache aus folgenden Posten zusammen:

Staatszuschuß	M. 13714
Beitrag der Stadtgemeinde	„ 43714
Abonnements	„ 238354
Tageseinnahmen	„ 193985

Sie betrugen zuzüglich weiterer Posten kleinerer Art in Summa M. 502335.

Von den laufenden Ausgaben seien erwähnt:

Gagen- und Gehaltsetat	M. 454000
Tageskosten	„ 90970
Garderobe und Dekorationen je	„ 12000

In Summa betrugen die Ausgaben M. 637370. Der Gagenetat im einzelnen: Intendant M. 10000, Regisseur und darstellendes Personal M. 187000, Chorpersonal M. 50400, Ballet M. 18300, Orchester M. 98500, technisches Personal M. 72800, Verwaltungspersonal M. 17400.

Laut Bürgerausschuß-Beschluß vom 19. September 1899 wurden von dem damals auf M. 7—8000 berechneten Betriebsüberschuß des Jahres 1898/99 M. 4000 als Kassenvorrat für 1899/1900 eingestellt. Einschließlich dieser M. 4000 betrug der für 1899/1900 bewilligte außerordentliche Zuschuß der Stadtkasse ans Theater M. 156094, wovon jedoch infolge günstiger Einnahmeverhältnisse nur M. 134000 erhoben zu werden brauchten und M. 22000 der Stadtkasse verblieben.
Im Voranschlag für 1900/1901, der in der Stadtratssitzung vom 20. Juli und der Bürgerausschußsitzung vom 9. Oktober 1900 beraten und genehmigt wurde, sind berechnet: die Ausgaben zu M. 645600, die Einnahmen zu M. 491600, der für 1900/1901 zu leistende, voraussichtlich aber nicht völlig beanspruchte außerordentliche städtische Zuschuß auf M. 154000.
Um nach Fertigstellung der Festhalle einen regelmäßigen sonntägigen Nebenbetrieb des Hoftheaters dortselbst zu ermöglichen, genehmigte der Bürgerausschuß zur Errichtung einer hierfür geeigneten Bühne und für die infolgedessen nötig gewordenen Veränderungen des ursprünglichen Bauprojekts am 15. Mai einen Mehraufwand von M. 60000.
Nach dem am 20. Juni 1899 zwischen Großh. Staatsregierung und der Stadt Mannheim abgeschlossenen, am gleichen Tag vom Bürgerausschuß und am 16. August 1899 vom Staatsministerium genehmigten Vertrag (genehmigt durch die Landstände mit dem Finanzgesetz für 1900/01) wurden in das Verwaltungsstatut des Großh. Hof- und Nationaltheaters vier neue Paragraphen aufgenommen, wonach das Theatergebäude in den Besitz der Stadt überging (vgl. Seite 66), die Stadtgemeinde vom 1. Januar 1900 ab sämtliche Aufwendungen für das Gebäude übernahm, die Zahlung der staatlichen Aversalvergütung (jährlich 1124 Mark) für bauliche Unterhaltung des Theaters eingestellt, der staatliche Zuschuß zum Betrieb auf weitere 50 Jahre zugesichert und auf jährlich 23000 Mark festgesetzt wurde.

Die in den letzten Jahren akut gewordene Frage: Theaterumbau oder Theaterneubau wurde in der Bürgerausschußsitzung vom 11. Dezember zu Gunsten eines Umbaus entschieden, da derselbe im Interesse eines gesicherten Theaterbetriebs zur unabweislichen Notwendigkeit geworden war, ein Neubau aber nach Ansicht der Mehrheit auf spätere Zeit verschoben werden müsse.

Genehmigt wurden für die im Sommer 1901 begonnenen Umbauarbeiten: für Umgestaltung der Bühneneinrichtung M. 423867, für Tieferlegung des Bühnenbodens und Orchesters M. 13000, für Erneuerung der Plafond- und sonstigen Malerei, der Tapeten und Plüschbezüge, Vorhänge rc. im Zuschauerraum M. 29000. Abgelehnt dagegen wurde vom Bürgerausschuß der für die Neubestuhlung des Hauses, den Vorbau eines Balkons an den Logen des I. Rangs und die Ersetzung der senkrechten durch geschweifte Brüstungen an allen Rängen angeforderte Posten von M. 59396.

2. Das musikalische Leben

In der Saison 1899/1900 fanden acht musikalische Akademien des Hoftheaterorchesters unter Leitung des Hofkapellmeisters Willibald Kähler statt und zwar an folgenden Tagen: 10. Oktober, 31. Oktober, 21. November, 12. Dezember 1899, 9. Januar, 30. Januar, 13. Februar, 13. März 1900. Von größeren Orchesterwerken wurden aufgeführt (die mit * bezeichneten Kompositionen zum ersten Mal):

*Baußnern, W. von: Symphonie „Jugend" (Manuskript). Beethoven, Symphonie Nr. 5 (C-moll), Nr. 7 (A-dur) und Ouverture zu „Leonore" Nr. 2. Berlioz, H.: „Episode de la vie d'un artiste" (Sinfonie fantastique). Brahms, Joh.: Symphonie Nr. 1 (C-moll) und Akademische Fest-Ouverture. Bruckner, A.: Symphonie Nr. 7 (E-dur). Gluck: Ouverture zur Oper „Alceste" (ergänzt von Weingartner). *Händel: „Concerto grosso" in D-dur für Streichorchester. *Humperdinck, E.: Maurische Rhapsodie für großes Orchester. *d'Indy, V.: „Wallenstein's Lager", symphonische Dichtung. Liszt, F.: Zwei Episoden aus Lenau's „Faust" für großes Orchester: *a) Der nächtliche Zug. b) Der Tanz in der Dorfschenke. (Mephisto-Walzer.) Mendelssohn: 3. Symphonie (A-moll). *Mozart: Divertimento (D-dur) Nr. 17 für Streichorchester und 2 Hörner. *Schubert: Ungarischer Marsch, instrumentiert von F. Liszt, und Unvollendete Symphonie (H-moll). Schumann: Ouverture zu Byron's „Manfred". Strauß, Rich.: „Tod und Verklärung", symphonische Dichtung (unter Leitung des Komponisten) *Tschaikowsky, P.: „Elégie", Tema con variazioni, aus der III. Suite. Wagner, Rich.: Siegfried-Idyll. *Wagner, Siegfried: Ouverture zu „Der Bärenhäuter".

Ferner folgende größere solistische Instrumentalwerke mit Orchesterbegleitung:

*Bach, J. S.: Konzert (E-dur) für Violine (in der Bearbeitung von Gevaert). Beethoven: Klavierkonzerte in G-dur und Es-dur. *Lalo, E.: Konzert (F-dur) für Violine. Liszt, F.: Fantasie über ungarische Volksmelodien für Klavier. *Saint-Saëns, C.: Konzert (A-dur) für Violine. Spohr, L.: Konzert Nr. 8 für Violine.

Als Solisten wirkten mit:

Adrienne Osborne aus Leipzig (Mezzo-Sopran), Therese Behr aus Köln (Alt), Lillian Blauvelt aus New-York (Sopran), Alois Burgstaller, Großh. Hess. Kammersänger (Tenor), Wassili Sapellnikoff aus Odessa (Klavier), Professor Eugène Ysaye aus Brüssel (Violine), Konzertmeister Schuster von hier (Violine), Konrad Ansorge aus Berlin (Klavier), A. Geloso aus Paris (Violine).

Am 21. Oktober 1899 fand im Hoftheater ein Konzert des Mailänder Scala-Orchesters unter Leitung Pietro Mascagni's, am 23. Januar 1900 ebenda ein Konzert des Kaim-Orchesters aus München unter Leitung Felix Weingartners statt (Mozart: Symphonie Es-dur, Liszt: Hungaria, Beethoven: Eroica).

Von bedeutenderen Kammermusikaufführungen fanden statt:

3 Konzerte des Frankfurter Streichquartetts (Hugo Heermann, Fritz Bassermann, Joh. Naret-Koning, Hugo Becker) am 8. Oktober 1899, 14. Januar und 11. Februar 1900.

3 Konzerte des Mannheimer Streichquartetts (Hans Schuster, Arthur Post, Adolf Fritsch, Carl Müller) am 5. November und 10. Dezember 1899, 25. März 1900.

13. November ein Konzert des Joachim-Quartetts aus Berlin (Joachim, Halir, Wirth, Hausmann). Programm: Beethoven A-dur op. 18, 5; C-dur op. 59, 3; A-moll op. 132.

Von weiteren Künstlerkonzerten seien folgende erwähnt:

14. Oktober 1899: Sonaten-Abend von Ed. Risler, Pianist aus Paris, und Konzertmeister Cornelius Franke aus Chemnitz (Violine).

25. Januar 1900: Konzert von Ben Davies, Tenor der Royal Opera in London, unter Mitwirkung von Frau Paula Ehrenbacher-Edenfeld (Sopran) und Frau Leonie Größler-Heim aus Stuttgart (Klavier).

14. Februar 1900: Liederabend von Dr. Ludwig Wüllner.

2. März 1900: Liederabend von Dr. Felix Kraus und Frau Adrienne Kraus-Osborne.

9. März 1900: Konzert Edith Martin. Mitwirkende: Miß Edith Martin (Harfe), Frau Natja von Niessen-Stone und Franz Henry von Dulong (Gesang), Wassili Besekirsky (Violine), Heniot Levy (Violine).

Kirchen- und Orgelkonzerte fanden statt:

3. Dezember 1899: I. Orgelkonzert von Musikdirektor A. Hänlein in der Trinitatiskirche. Mitwirkende: Frl. Mali Teubner und Hofmusikus R. Hesse.

18. Februar 1900: II. Orgelkonzert von Musikdirektor A. Hänlein in der Trinitatiskirche. Mitwirkende: Frau Ernestine Fish aus Boston, Heinrich Lenz und der Verein für klassische Kirchenmusik.

3. April 1900: Konzert des Vereins für klassische Kirchenmusik in der Concordienkirche. Solisten: Frau Hofopernsängerin Rocke-Heindl, Hofopernsänger Maikl, Konzertsänger Keller.

Im Oktober 1900 trat Musikdirektor A. Hänlein, der Mitbegründer des 1874 in's Leben gerufenen Vereins für klassische Kirchenmusik und seitheriger musikalischer Leiter desselben, zum lebhaften Bedauern aller Vereinsmitglieder von der Leitung zurück, um sich die Ausübung seiner übrigen ausgedehnten beruflichen Thätigkeit zu erleichtern. Seinen eifrigen, langjährigen Bemühungen ist es zu danken, daß der Verein es zu allgemein anerkannter, schöner Leistungsfähigkeit gebracht hat und in seinen Konzerten meist wertvolle, selten zu hörende Kompositionen

aus der klassischen Kirchenmusik-Litteratur zur Aufführung bringen konnte. In dankbarer Anerkennung seiner 26jährigen erfolgreichen Thätigkeit ernannte der Vereinsvorstand Herrn Hänlein zum Ehrendirigenten, in der Zuversicht, daß er bei seinen reichen Kenntnissen auf dem Gebiet der klassischen Kirchenmusik auch ferner dem Verein sein warmes Interesse bewahren wird. An seiner Stelle wurde Hofmusikus A. Wernicke zum Dirigenten gewählt.

Von den 47 musikalischen Vereinen, welche das Adreßbuch aufzählt, kann hier aus räumlichen Gründen außer den Vereinsjubiläen nur die Konzert-Thätigkeit der wichtigeren Erwähnung finden:

Musikverein (Dirigent Hofkapellmeister Ferd. Langer). 24. Oktober 1899: Die Schöpfung von Haydn, aufgeführt in der Trinitatiskirche. (Solisten: Frl. Hiller-Stuttgart, Hofopernsänger Rüdiger und Fenten.) — 19. Dezember 1899: Scenen aus Goethes Faust von Rob. Schumann, aufgeführt im Saalbau. Solisten: Frau Hofopernsängerin Rocke-Heindl, Frau Kammersängerin Seubert, Hofopernsänger Krug und Mohwinkel, Kammersänger Büttner aus Coburg (der statt des erkrankten H. Ffrangeon-Davies aus London die Faustpartie übernahm). — 13. April 1900 (Karfreitag): Die Seligkeiten (Les béatitudes) von César Franck, aufgeführt im Saalbau. Solisten: Frau Hofopernsängerin Rocke-Heindl, Frl. Lula Gmeiner aus Berlin, Hofopernsänger Maikl und Kromer, Konzertsänger Keller.

Philharmonischer Verein (Dirigent: Musikdirektor Th. Gaulé). 9. Dezember 1899: Konzert im Hoftheater. Solisten: Frl. Leonore Jackson aus Boston (Violine), Ernst Wachter aus Dresden (Gesang). — 21. Januar 1900: Matinée im Hoftheatersaal. Solisten: Frl. Franziska Bailly aus Frankfurt (Gesang), Frl. Helene Ferchland aus Berlin (Violine). — 27. März 1900: Konzert im Hoftheater. Solisten: Frl. Estelle Liebling aus Berlin (Gesang), Arthur Schnabel aus Wien (Klavier). — Außerdem mehrere Aufführungen der Vorschule (Leiter: Hofmusikus Edm. Bärtich).

Richard Wagner-Verein. 28. November 1899: Lieder- und Klaviervorträge. Gesang: Frl. Hertha Ritter-München, Klavier: Philipp Bade.

Liedertafel (Dirigent: Musikdirektor Bieling). 25. November 1899: Konzert im Saale des Apollotheaters (unter Mitwirkung des hiesigen Vokalquartetts: Frau Fiora, Frau Seubert, Herr Rüdiger, Herr Kromer). — 12., 13. und 19. Mai 1900: Feier des 60jährigen Stiftungsfestes. Die Liedertafel wurde 1840 auf Anregung des Hofopernsängers Rauscher „zum Zwecke der Ausbildung des Männergesangs und der geselligen Unterhaltung" gegründet. Sie hat sich in den 60 Jahren ihres Bestehens weit über die Mauern Mannheims hinaus eine achtunggebietende Stellung errungen. Es wurde davon abgesehen, diese Jubelfeier in größerem Rahmen zu begehen; vielmehr beschränkten sich die Festlichkeiten auf ein Festkonzert, einen Festakt, ein Festmahl und einen Jubiläumsball. 12. Mai: Festkonzert im Saal des Apollotheaters. Mitwirkende: Frau Emma Rückbeil-Hiller aus Stuttgart, Kammersänger Max Büttner aus Coburg (Haupt-Programm-Nummer: „Frithjof" von Max Bruch).

Liederkranz (Dirigent: Hofkapellmeister Ferd. Langer). 11. Dezember 1899: I. Konzert im Saalbau. Solisten: Frau Marcella Lindh aus Budapest (Gesang), Heinrich Kiefer aus Berlin (Violoncell). — 6. Januar 1900: II. Konzert im Saalbau. Solisten: Frau Marie Wittich aus Dresden (Gesang), Frl. Fanny Levy aus New-York (Klavier), Franz Ondricek aus Wien (Violine).

Sängerbund (Dirigent: Konzertmeister Hans Schuster). 2. Dezember 1899: Musikalische Aufführung im Hoftheatersaal zum ehrenden Gedächtnis an J. W. v. Goethe (150. Geburtstag). Solisten: Frl. Betty Kofler, Herr und Frau Schuster, Jacob Eichellmann. Programm ausschließlich Kompositionen Goethe'scher Dichtungen.

Singverein (Dirigent: Chordirektor Joh. Starke). 2. Dezember 1899: Konzert im Apollotheater. Solisten: Frl. Louise Fladnitzer, Johannes Stegmann (Harfe).

Lehrergesangverein Mannheim-Ludwigshafen (Dirigent: Musikdirektor Karl Weidt). 16. Dezember 1899: I. Konzert im Stadtparksaale. Solisten: Frau Hofopernsängerin Mella Fiora, Hofmusikus Karl Müller. — 7. April 1900: II. Konzert im Gesellschaftshaus Ludwigshafen. Solisten: Frau Hofopernsängerin Rode-Heindl, Hofmusikus Joh. Stegmann. — 23. Mai 1900: Wohlthätigkeits-Konzert in Stuttgart im Festsaal der Liederhalle zu Gunsten der dortigen Knabenhorte und Ferienkolonien. Der Erfolg dieses Gastkonzertes war durchschlagend. Der Schwäb. Merkur schrieb u. a.: „Was der Männerchor unter Leitung des Musikdirektors Weidt geleistet hat, dürfte zum Besten gehören, das man überhaupt auf dem Gebiet des Chorgesangs erlebt. Die Stimmen sind so frisch und kräftig, vom Tenor bis zu des Basses Grundgewalt, daß man nur staunen muß."

Der Gesangverein Erholung (Dirigent: J. Strubel) feierte am 2.—5. Juni sein 25jähriges Stiftungsfest mit einem Festbankett, einem Gesangswettstreit u. s. w. An dem letzteren nahmen zahlreiche Stadt- und Landvereine teil.

Am 12., 13. und 14. August feierte die Sängereinheit (Dirigent: Hauptlehrer Popp) ihr 50jähriges Jubiläum mit einem Festkonzert im Apollo-Saale, einem Festbankett und einem Ausflug nach Heidelberg. Nächst der Liedertafel, dem Singverein und dem Sängerbund ist die Sängereinheit der viertälteste hiesige Gesangverein.

Die im Juli 1899 gegründete Hochschule für Musik eröffnete ihre Thätigkeit am 1. Oktober genannten Jahres. An die Spitze der Verwaltung trat Geh. Hofrat Dr. Felix Hecht, die Leitung wurde Musikdirektor Wilhelm Bopp übertragen. Die Zahl der Studierenden stieg während des ersten Unterrichtsjahres von 75 auf über 120. Das Protektorat der Anstalt übernahm I. K. H. die Frau Großherzogin. Der Stadtrat bekundete sein Interesse an der Hochschule, indem er eine Subventionierung mittelloser begabter Zöglinge beschloß; von diesem Anerbieten wurde bezüglich zweier Schüler Gebrauch gemacht. Da die in dem Hause B 2, 6 eingerichteten Unterrichtsräume nicht ausreichten, erwarb die Hochschule (als Gesellschaft mit beschränkter Haftung) das Haus M 1, 8, das im September des Berichtsjahres bezogen wurde.

Im Unterrichtsjahr 1899/1900 waren 14 Lehrer und 7 Lehrerinnen an der Hochschule thätig. Es wurden wöchentlich ca. 200 Unterrichtsstunden erteilt. Nach dem Stand am Ende des Unterrichtsjahres betrug

	männliche	weibliche	zusammen
die Zahl der Studierenden	30	57	87
in den Vorbereitungsklassen	5	20	25
der im Chorgesang Hospitierenden	8	8	16
der im Orchesterspiel „	8	—	8
der in den Vorlesungen „	—	—	12
Gesamtzahl der Besucher			148

Hiervon in Mannheim wohnhaft: 78, in Ludwigshafen: 26.

Der Unterricht erstreckt sich auf alle Zweige der Tonkunst: Vollständige theoretisch-praktische Ausbildung von Instrumentalisten, Sängern, Dirigenten, Komponisten und Lehrern, Ausbildungsklassen für Vorgeschrittene, Vorbereitungsklassen für Anfänger im Klavier- und Violinspiel, für Hospitanten Unterricht in einzelnen Fächern, Instrumentalschule, Gesang- und Opernschule, Schule der theoretischen Fächer, Kurse für Klavierlehrer und Klavierlehrerinnen. Bei einem Besuch, den Eugen d'Albert der Hochschule abstattete, äußerte sich derselbe sehr anerkennend über die Leistungen der Schüler. Von Januar bis Juni 1900 fanden fünf Vortragsabende und Anfangs Juli drei öffentliche Prüfungsaufführungen statt. Eine beträchtliche Anzahl von Studierenden wurde zu auswärtigen Konzertveranstaltungen berufen.

Dem musikalischen Unterricht widmeten sich ferner außer zahlreichen Privatlehrern und -Lehrerinnen die Vorschule des Philharmonischen Vereins und das Pohl'sche Konservatorium.

3. Öffentliche Sammlungen, Kunst- und wissenschaftliche Vereine

Im Bestand der Großh. Gemäldegalerie und des Großh. Kupferstichkabinets ist keine Veränderung eingetreten.

Das vom † Galeriedirektor C. Roux bearbeitete „Verzeichnis der Gemälde der Großh. Galerie zu Mannheim" erschien im Berichtsjahre in neuer Auflage, herausgegeben von Galeriedirektor W. Frey. Die Gemälde der holländischen und vlämischen Schule wurden für diese neue Ausgabe im Mai 1900 von dem holländischen Kunstgelehrten Corn. Hofstede de Groot genau untersucht und die betreffenden Meister dem jetzigen Stande der Kunstforschung entsprechend benannt.

Für die Städtische Gemäldesammlung, zu deren neueren Erwerbungen u. a. Bilder von Achenbach, Baisch, Dieffenbacher, Feuerbach, Grützner, Kallmorgen, Lenbach, Roux, Schönleber und Wenglein gehören, wurde neu angeschafft im Jahre 1899: „Winterlandschaft" von † Prof. Munthe und „Marktszene" von Prof. Hans Thoma; im Jahre 1900: „Junge Meute" von Galeriedirektor W. Frey und „Bildnis des Herrn Oberbürgermeisters Beck" von Ernst Nöther. Ferner wurde die städtische Gemäldesammlung im Jahre 1900 durch nachbezeichnete Geschenke bereichert: Von Frau Friedrich Lauer Witwe Clara geb. Sauerbeck: Genrebild von Professor Hildebrandt-Berlin „Fischerfamilie in einem Helgoländer Stranddorf"; von Frau August Gernandt geb. Roux in Carouge bei Genf: „Selbstportrait ihres Vaters, des † Mannheimer Galeriedirektors Carl Roux"; von Privatier Philipp Haußer zwei Gemälde: „Kriegsscene aus der Schlacht bei Waterloo" und „Mondschein und Lampenlicht".

Zur Goethefeier 1899 (150. Geburtstag) erwarb die Stadt eine Marmorbüste Goethes von Bildhauer J. Rumpf in Frankfurt, welche am 11. April 1900 im Foyer des Hoftheaters Aufstellung fand.

Die Mitgliederzahl des Kunstvereins betrug Anfang 1900: 888, Ende 1900: 900 (Zugang 41, Abgang 29). Die Beschickung der permanenten Ausstellung hat gegen früher bedeutend zugenommen, der Besuch gestaltete sich infolgedessen sehr rege; auch die Sonntag-Nachmittage, an denen der Eintritt für jedermann unentgeltlich ist, führten viele Interessenten in die Ausstellung.

Es waren ausgestellt:	im Jahre 1900	im Jahre 1895
Ölgemälde	1416	830
Aquarelle	238	96
Pastelle	28	5
Radierungen	75	13
Zeichnungen	72	25
Plastische Werke	17	12
zusammen	1846	981

Zur Verlosung unter die Mitglieder gelangten im Jahre 1900 90 Kunstwerke, darunter 33 Ölgemälde und 57 Aquarelle, Radierungen und Kupferstiche.

Der Mannheimer Altertumsverein erreichte im Vereinsjahr 1899/1900 einen Mitgliederstand von 605 Mitgliedern, den höchsten seit seinem Bestehen; einem Abgang von 40 Mitgliedern steht ein Zugang von 111 neueingetretenen Mitgliedern gegenüber. Die archäologischen Unternehmungen bestanden im Abschluß der von der Reichslimeskommission angeregten Untersuchung des römischen Straßennetzes hiesiger Gegend und in Ausgrabungen bei Ladenburg.

Die vereinigten Sammlungen des Altertumsvereins und des Großh. Hofantiquariums (Kustos: Prof. K. Baumann) erhielten namhaften Zuwachs durch Ankäufe und reiche Schenkungen. Für das Hofantiquarium wurden einige Thongefäße und eine Anzahl griechischer Terrakotten aus dem 5.—3. Jahrhundert v. Ch. erworben.

Im Sommer 1899 wurde eine Sonder-Ausstellung von Erzeugnissen der ehemaligen Frankenthaler Porzellan-Manufaktur und von Wachsbildnereien, im Sommer 1900 eine Ausstellung von Kupferstichen Mannheimer Meister des 18. Jahrhunderts (siehe S. 163) veranstaltet. Die Sammlungen wurden von Anfang April 1899 bis Ende März 1900 im ganzen von 5408 Personen besucht. In Anbetracht der bedeutend gestiegenen finanziellen Inanspruchnahme des Vereins mußte der Jahresbeitrag von M. 5 auf M. 6 erhöht werden. Der städtische Zuschuß wurde im Jahre 1900 von M. 2000 auf M. 3000 erhöht. Eine weitere Geldquelle für die Sammlungs- und Publikationsthätigkeit des Vereins sind namhafte Stiftungen Privater. Im Januar 1900 erschien als III. Band der vom Altertumsverein herausgegebenen „Forschungen zur Geschichte Mannheims und der Pfalz" eine „Geschichte der Kupferstechkunst zu Mannheim im 18. Jahrhundert" von Max Oeser, zur Porzellan-Ausstellung ein Katalog derselben von Emil Heuser mit einer Geschichte der Frankenthaler Porzellanfabrik von Dr. Friedrich Walter, zur Kupferstichausstellung ein Katalog derselben von Max Oeser. Seit Januar 1900 erscheint als Vereinsorgan die monatlich im Umfang von 1½ Bogen Quart erscheinende Monatsschrift „Mannheimer Geschichtsblätter", redigirt von Dr. Friedrich Walter. Ende 1900 erschien ein von Major

Seubert verfaßtes Verzeichnis der in den Sammlungen des Altertumsvereins befindlichen pfälzischen und badischen Münzen (mit 6 Lichtdrucktafeln). Über die Vorträge des Vereins wird an anderer Stelle berichtet. Der Vereinsvorsitzende Major Seubert wurde von der Großh. Regierung zum Bezirkspfleger in dem Sachverständigen-Kollegium ernannt, welches in Benehmen mit dem Großh. Konservator über die Erhaltung der geschichtlichen und Kunstdenkmäler zu wachen hat.

Die ethnographische Abteilung der Sammlungen, welche teils großherzoglicher, teils städtischer, teils Vereinsbesitz ist, erfuhr durch Zuwendung einer großen Anzahl von Gegenständen aus China und Südamerika aus dem Nachlaß des † Dr. med. Otto Nieser eine wertvolle Bereicherung. Von der Erwägung ausgehend, daß mit der Zunahme unserer Handelsbeziehungen zu außereuropäischen Ländern und mit der Weiterentwicklung unseres Kolonialwesens auch das Interesse an der Völkerkunde sich steigern müsse, hat die Stadtverwaltung die Förderung dieser ethnographischen Abteilung sich angelegen sein lassen und im vorigen Jahr eine namhafte Sammlung von Gegenständen aus Kaiser-Wilhelms-Land (Neu-Guinea) angekauft. Im Hinblick auf die außerordentlich reichen Zuwendungen, die u. a. der Großh. Staatssammlung in Karlsruhe von badischen Landsleuten in überseeischen Ländern gemacht worden sind, hat vor zwei Jahren der hiesige Stadtrat und der Vorstand des Altertumsvereins einen gemeinsamen Aufruf zur Vermehrung des ethnographischen Museums ergehen lassen, aber der Erfolg war bis jetzt sehr gering. Die kaufmännischen Kreise, auf die man hierbei besonders gerechnet hatte, haben ihre überseeischen Beziehungen vorerst noch nicht in dem gehofften Maße verwertet. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese noch sehr der Erweiterung und Ergänzung bedürftige Sammlung für Völkerkunde in weitesten Kreisen Berücksichtigung und Gönnerschaft fände!

Für die Gypsabgußsammlung (Kustos: Prof. K. Baumann) wurde im Berichtsjahr aus städtischen Mitteln eine größere Anzahl von Abgüssen nach Antiken in den Museen von Berlin, München und Dresden neu erworben.

Der Gesamtbestand stellte sich auf 1. Januar 1901 folgendermaßen dar:

	Statuen	Büsten und Köpfe	Reliefs	Sonstiges
Erwerbungen aus städtischen Mitteln 1900	17	11	9	6
frühere Erwerbungen aus städtischen Mitteln . . .	23	7	1	2
zusammen: städtischer Besitz	40	18	10	8
Alter Besitz des Großh. Hofes	25	62	15	5
	65	80	25	13

Die Gypsabgußsammlung ist ebenso wie die Altertumssammlung von April bis Oktober Sonntags von 11—1 und 3—3 Uhr dem unentgeltlichen Besuch geöffnet.

Das Großh. Naturhistorische Museum (Kustos: Prof. Zettler) hat folgende Neuerwerbungen aus staatlichen Mitteln erhalten: eine Anzahl von Mineralien aus Elba, Biologie des Seidenspinners, ferner als Geschenk von Dr. Rudel in Sumatra eine Sammlung von Schlangen und Fasanen.

Das Museum ist den Sommer über Mittwochs und Sonntags Jedermann bei unentgeltlichem Eintritt zugänglich. Eine Besuchsstatistik besteht nicht, doch ist zu konstatieren, daß der Besuch leider sehr viel zu wünschen übrig läßt. Das Publikum sollte dieser wertvollen und reichhaltigen Sammlung ein weit größeres Interesse entgegenbringen.

Der Verein für eine öffentliche Bibliothek, dessen Bestrebungen die Stadtverwaltung durch einen namhaften Zuschuß unterstützt, ließ sich die Vermehrung und Vervollständigung seiner reichen Büchersammlung angelegen sein. Einen überaus wertvollen Zuwachs erhielt diese dadurch, daß Oberamtmann Dr. Nieser in hochherziger Weise die namentlich an kunstlitterarischen Werken reiche Bibliothek seines verstorbenen Vaters (ca. 1000 Bände) zum Geschenk machte.

Wie der Jahresbericht hervorhebt, würde dem Besuche des Lesezimmers und den Bedürfnissen der Leser sehr zustatten kommen, wenn es möglich wäre, die öffentliche Bibliothek auch während der Abendstunden offen zu halten. Man hofft, dieser Frage näher treten zu können, sobald das Großh. Schloß mit elektrischer Installation versehen werden sollte. Neben der Beleuchtungsfrage käme dann auch die nicht minder wichtige zweite in Betracht, wie die Mittel für die durch diese Änderung erwachsenden namhaften Mehrkosten aufzubringen wären.

Die Zahl der Mitglieder (jährlicher Mitgliedbeitrag M. 9) war am 1. Januar 1900: 220. Der Verein bezog außer den Mitgliederbeiträgen von rund 2000 Mark eine städtische Subvention von 3000 Mark. Für Bücher, Zeitschriften und Buchbinderarbeit wurden verausgabt rund 2500 Mark. Bibliothekar: M. Oeser.

Bücherbestand am 1. Januar 1899		22322 Bände,
Anschaffungen	270 (gegen 347 im vorigen Jahr)	
Geschenke (soweit katalogisiert)	542 „ 160 „ „ „	
Zeitschriften und Fortsetzungen	41 „ 41 „ „ „	
zusammen	853 (gegen 548 im vorigen Jahr)	853 „
Daher Bestand aller der öffentlichen Bibliothek zugehörigen Druckwerke (Bände und Broschüren) am 1. Januar 1900		23175 Bände.
Gesamtbücherbestand (einschließl. der deponierten Bibliotheken) circa		54750 „

Die Gesamtzahl der 1899 an Mitglieder ausgeliehenen Werke betrug 2772 Bände, die Zahl der im Durchschnitt gleichzeitig ausgeliehenen Bände 662. Das jedermann unentgeltlich zugängliche Lesezimmer war 1899 von 4192 (1898 von 3800) Lesern besucht, durchschnittlich Wochentags von 13, Sonntags von 28 Lesern.

4. Die bemerkenswertesten Vorträge

Dieser Abschnitt gehört zu denjenigen der Chronik, die noch am meisten der Vervollständigung bedürfen. Da nur von einer kleinen Anzahl der hier in Betracht kommenden Vereine 2c. authentisches Material vorlag (einige ließen eine diesbezügliche Bitte völlig unbeachtet), so enthält dieser erste Versuch einer Zusammenstellung der wichtigeren Vorträge des letzten Jahres bezw. der vorletzten Wintersaison leider manche unvermeidliche Lücken, bezüglich deren der Verfasser auf den Schluß des Vorwortes hinweisen muß. Während in anderen Chroniken die Vortragsliste rein chronologisch aufgestellt ist, wurde die folgende nach den Veranstaltern der Vorträge geordnet. Dem übrigen Inhalt des Kapitels entsprechend wurden nur solche Vorträge aufgenommen, welche Themata künstlerischer oder wissenschaftlicher Art behandelten;

ausgeschlossen also blieben insbesondere Vorträge politischer oder religiöser Natur oder solche in rein wirtschaftlichem Interesse, deren wichtigste künftig in den entsprechenden früheren Kapiteln Berücksichtigung finden (vgl. auch S. 89, 90 u. 133).

Akademisch-fachwissenschaftliche Vorträge, veranstaltet vom Kaufmännischen Verein in Gemeinschaft mit der Handelskammer und dem Börsenvorstand. (Die Vorträge sind populärwissenschaftlichen Charakters und sollen bei dem niedrigen Eintrittspreis von M. 1.— pro Cyklus weiten Kreisen des Handelsstandes Belehrung verschaffen. Vgl. S. 185.) I. Cyklus: Zwei Vorträge über das bürgerliche Gesetzbuch, Rechtsanwalt Dr. Max Hachenburg. 12. Oktober 1899: Die ethischen Prinzipien des bürgerlichen Gesetzbuches; 26. Oktober 1899: Die Stellung der Frau im bürgerlichen Gesetzbuch. — II. Cyklus: Zoll- und Steuerpolitik, Professor Dr. R. van der Borght-Aachen. 3. Januar 1900: Die Steuerpolitik im allgemeinen; 10. Januar: Die Zölle als Mittel der Steuerpolitik; 24. Januar: Die Zölle als Mittel der Handelspolitik. — III. Cyklus: Versicherungswesen, Dr. K. Sammer, Direktor der Lebensversicherungsbank Gotha. 20. März 1900: Grundlagen der Versicherung; 27. März: Arten der Versicherung.
Der Jahresbericht des Kaufm. Vereins bemerkt hierzu: „Wie anderwärts, so haben auch hier die fachwissenschaftlichen Vortragscyklen nach erst zweijährigem Bestande ihre anfängliche große Zugkraft verloren. Während im Winter 1897 die Zahl der Besucher 1000 häufig überstieg, ist sie bis zum letzten Winter teils auf 100—150 gefallen. Dieser auffallende und bedauerliche Rückgang legt eine Änderung des Systems nahe."

Kaufmännischer Verein (1899/1900). A. Einzelvorträge. 19. Oktober 1899. Professor Dr. Richard Schmitt-Berlin: Bismarck und Napoleon III. im Kampf um das linke Rheinufer 1866. — 9. November. Physiker Claussen und von Bronk-Berlin: Neue Wunder auf dem Gebiete der Elektrizität und der Photographie in natürlichen Farben (mit Demonstrationen). — 16. November. Dr. Kurt Boeck-Dresden: Durch die Heimat des Schnees. — 28. November. Frl. E. Tordai-Budapest: A. Petöfi. — 8. März 1900. Dr. Heinrich Kräger-Zürich: Wilhelm Busch in Wort und Bild. — 13. März. Prof. Dr. Erich Marcks-Leipzig: Spaniens Größe und Fall. — B. Vortragscyklen (subventionirt von der Stadtverwaltung). I. Kunsthistorische Vorträge. Universitätsprofessor Henry Thode-Heidelberg: Florenz, Kunst und Kultur der Renaissance (Die Frührenaissance) am 30. November, 7., 21., 22. Dezember 1899. — II. Litterarhistorische Vorträge. Professor Dr. Harnack-Darmstadt. 31. Januar 1900: Goethe und das Theater; 6. Februar: Goethe und die bildende Kunst; 13. Februar: Goethes Faust. — III. Vorträge über moderne Malerei. Professor Dr. Max Schmid-Aachen. 21. Februar 1900: Böcklin; 1. März: Lenbach und die Münchener Schule.

Volkshochschulkurse (vergl. über sie: S. 189). Prof. Dr. Klaatsch-Heidelberg: Darwins Leben und Lehre (12. 19. 26. Januar, 2. 9. 16. Februar 1900). — Dr. Aschaffenburg-Heidelberg: Verbrecher und Verbrechen (15. 22. 29. Januar, 5. 12. 19. Februar). — Dr. Cohnheim: Ernährung und Verdauung (23. Februar, 2. 8. 16. 23. 30. März). — Prof. Dr. Deißmann-Heidelberg: Geschichte der Entstehung des neuen Testaments (5. 12. 19. 26. März, 2. 9. April). — Dr. Schaeffer-Heidelberg: Gesundheitspflege für junge Frauen und Mädchen (7. 14. 21. 28. Mai, 11. 18. Juni). — Dr. Pfeiffenberger: Die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen des bürgerlichen Rechts (am 18. Mai beginnend). — Prof. Dr. Klaatsch-Heidelberg: Darwins Leben und Lehre (Wiederholung des I. Kurses, am 19. Juni beginnend). — Prof. Dr. Hettner-Heidelberg: Wanderungen auf der Erdoberfläche (am 6. November beginnend). — Prof. Dr. Schröder-Heidelberg: Ausgewählte Teile des Familienrechts (am 8. November beginnend).

Altertumsverein. 8. Januar 1900. Oberstabsarzt Dr. Wewer: Altgermanien zur See. — 5. Februar und 5. März. Rektor Schmidt-Ludwigshafen: Die Erziehung der pfälzischen Wittelsbacher I und II. — 4. April. Major Seubert: Die deutschen Landsknechte. — 8. Oktober. Dr. Friedrich Walter: Collini, ein Freund Voltaires am kurpfälzischen Hofe. — 12. November. Emil Heuser-Speier: Der spanische Erbfolgekrieg am Oberrhein. — 8. Dezember. Professor Dr. Wille-Heidelberg: Pfalzgräfin Elisabeth, Äbtissin von Herford.

Diesterweg-Verein. 24. Januar 1900. Professor Hoffmann: Byròn, sein Einfluß auf die europäische, besonders die deutsche Litteratur. — 24. März. Schulinspektor Scherer-Worms: Der Handfertigkeitsunterricht vom sociologischen, physio-psychologischen und pädagogischen Standpunkt betrachtet. — 28. Juni. Feier des 10jährigen Bestehens im Badner Hof. Der erste Vorsitzende Hauptlehrer Reinmuth hielt die Festrede und gab darin eine Geschichte des 1890 gegründeten Vereins, der im Laufe dieser 10 Jahre nicht weniger als 102 Zusammenkünfte und 86 Vorträge veranstaltet und die stattliche Zahl von ca. 300 Mitgliedern erreicht hat. — 16. Oktober. Rezitation des Urfaust durch Aloys Prasch und Hedwig Niemann-Raabe unter Mitwirkung von Herrn und Frau Jacobi. — 13. November. Oberlehrer Lutz: Lenau (mit Rezitation Lenau'scher Gedichte durch Hauptlehrer Martin).

Verein Frauenbildung — Frauenstudium. 5. Januar 1900. Dr. Fr. W. Förster-Zürich: Der deutsche Philister und die Frauenbewegung. — 1. Februar. Dr. Max Ernst Mayer: Recht und Gerechtigkeit. — 19. Februar. Frl. Alice Salomon-Berlin: Etwas vom Glück. — Frl. Bertha Meyer-Mannheim: Volkswirtschaftslehre in der Schule. — Frl. Ika Freudenberg-München: Was nützt der Frau wissenschaftliche Bildung? — 3. April. Frl. Paula Schlodtmann-Freiburg: Die Berechtigung und Bedeutung der Mädchengymnasien. — 21. November. Frl. Pappritz-Berlin: Frauennot und Frauenhilfe. — Vortragscyklen. Frl. Dr. Ella Mensch-Darmstadt: Henrik Ibsen (3. 10. 17. 24. 31. März). — Prof. Dr. Dietrich Schäfer-Heidelberg: Die Weltpolitik im 19. Jahrhundert (1. 8. 15. 22. 29. Oktober, 5. November).

Kunstgewerbeverein Pfalzgau. 18. Januar 1900. Direktor Vollert-Ludwigshafen: Die Kunstvölker des Altertums. — 8. Februar. Architekt Thomas Walch: Das Holz im Kunstgewerbe. — 13. März. Gewerbelehrer Karl Stöckle: Die Entwickelung der Kunst in den Grabdenkmälern. — 22. Mai. Bibliothekar Max Oeser: Kunstpflege in Mannheim. — 16. November. Architekt Thomas Walch: Ausstellungen und ihre Bedeutung.

Arbeiterfortbildungsverein. 2. April 1900. Rechtsanwalt Dr. Stern: Der rechtliche und soziale Inhalt der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs über den Arbeitsvertrag. — 22. Oktober. Herm. Fröbel: Paris und die Weltausstellung. — 12. November. Zahnarzt G. J. Dietrich: Zahnverderbnis und ihre Folgen. — 19. November. Jens Lützen-Berlin: Ein Ausflug in den Weltenraum. — 3. Dezember. Dr. Th. Friedmann: Die Mittel zur Hebung und Erhaltung der Gesundheit.

Freidenker-Verein (Zweigverein des deutschen Freidenkerbundes). 19. April. Johannes Guttzeit: Der sittliche Schuldennachlaß des 19. an das 20. Jahrhundert. — 4. November. Freiherr Zucco von Cucagna: Ursache und Wirkung des politischen Verbrechens.

Kolonialgesellschaft. 12. Februar. Dr. Holder-Heidelberg: Durchquerung Asiens mit Dr. Futterer.

Mannheimer Bezirksverein deutscher Ingenieure. 25. Januar 1900. Hofrat Prof. Dr. Meidinger-Karlsruhe: Verschiedenes aus dem Gebiete von Heizung und Ventilation. — 15. Februar. Ingenieur K. Brockmann-Offenbach: Bau der Jungfraubahn. — 14. März. Prof.

Ernst-Stuttgart: Einfluß der eigentümlichen Eingriffsverhältnisse von Schneckentrieben auf ihre Lebensdauer und Operationstisch für Pferde. — 3. April. Ingenieur Kafemann-Mannheim: Städtebau in alter und neuer Zeit. — 7. Juni. Kommerzienrat Klein-Frankenthal: Bericht über den Frankfurter Patent-Kongreß. — 26. April. Direktor Schmidt-Waldhof: Jutefabrikation. — 13. November. a) Direktor Boetz-Ludwigshafen: Kleinbeleuchtung mit Trockenelementen; b) Ingenieur Altmayer-Mannheim: Zirkulationsvorrichtungen an Dampfkesseln; c) Kommerzienrat Klein-Frankenthal: Bericht über die Pariser Weltausstellung. — 18. Dezember. Direktor P. Wittsack: Ein- und mehrphasige elektrische Wechselströme.

Gelegentlich der technischen Ausflüge wurden besichtigt: am 26. April die Süddeutsche Jute-industrie Waldhof; am 19. Mai die in Mannheim im Rhein vor Anker liegenden Torpedoboote; am 7. Juni die Mannheimer Eisengießerei und Maschinenbau A.-G., Abteilung Eisengießerei und Emaillierwerk; am 27. September das Stahlwerk Mannheim; am 7. November die Sunlight Seifenfabrik.

5. Publizistik

In der hiesigen Tagespresse sind keine Veränderungen erfolgt. Gegenwärtig bestehen hier folgende 6 Tageszeitungen: Mannheimer General-Anzeiger (Amtsblatt, Organ der nationalliberalen Partei), Neue badische Landeszeitung (Organ der demokratischen und freisinnigen Partei) und die im gleichen Verlage erscheinende Badisch-Pfälzische Volkszeitung, Mannheimer Tageblatt (parteilos), Neues Mannheimer Volksblatt (Organ der Centrumspartei), Volksstimme (Organ der sozialdemokratischen Partei). Die beiden erstgenannten Blätter erscheinen an Wochentagen zweimal. Die 1890 gegründete Volksstimme blickte am 23. April auf ein zehnjähriges Bestehen zurück. Die Gesamtinteressen der hiesigen Presse werden vertreten durch den seit einigen Jahren bestehenden Schriftsteller- und Journalisten-Verein.

Zu den hier erscheinenden Fachzeitschriften: Deutscher Bau- und Ziegelei-Anzeiger, Das Rheinschiff, Süddeutsche Tabakzeitung, Allgemeiner Anzeiger für Brauereien ꝛc., Hundezucht und Sport, Kalk-, Gyps- und Chamotte-Zeitung, Centralblatt der Kunstdüngerindustrie, sind neu hinzugetreten: Der Radtourist (anstelle der eingegangenen Süddeutschen Touristen- und Radfahrerzeitung, Verlag: Mannheimer Vereinsdruckerei) und seit 1. Oktober 1899 die Süddeutsche Zimmermeisterzeitung (Verleger und Redakteur: Ernst Müller).

Eine Anzahl litterarischer Veröffentlichungen aus Mannheim oder über Mannheim wurde bereits in verschiedenen früheren Abschnitten erwähnt und braucht deshalb an dieser Stelle nicht nochmals angeführt zu werden. Hier sei noch nachträglich genannt die von Dekan E. Nüßle in Ilvesheim (früher Vikar in Mannheim) verfaßte Schrift: Bilder und Beiträge aus und zur kirchlichen Geschichte der Stadt Mannheim 1652—1689 I. Heft. Vom Januar 1900 ab erscheint monatlich die der Geschichts-, Altertums- und Volkskunde Mannheims und der Pfalz dienende Zeitschrift „Mannheimer Geschichtsblätter", herausgegeben vom Altertumsverein, redigiert von Dr. Friedrich Walter.

XVI. Geselligkeit, Sport, Erholung und Vergnügen

1. Die geselligen Vereine

An dieser Stelle war beabsichtigt, eine statistische Übersicht über die sämtlichen hiesigen Vereine mit besonderer Berücksichtigung der unter obige Rubrik fallenden zu geben. Da sich jedoch die Sammlung und Verarbeitung des hierzu erforderlichen authentischen Materials als sehr zeitraubend und schwierig herausstellte, mußte dies Vorhaben für einen der nächsten Bände zurückgestellt werden. Bei einer derartigen Vereinsstatistik ließen sich die vorhandenen und neugegründeten Vereine etwa nach dem Vereinszweck in folgende Hauptrubriken einordnen: Politik, Religion, Heer und Marine, Berufs- und wirtschaftliche Interessen, Gemeinnützigkeit und Wohlthätigkeit, Bildung und Wissen, Musik und Künste, Sport, Unterhaltung und Geselligkeit, aber die Schwierigkeit einer statistischen Beurteilung würde vornehmlich darin bestehen, daß eine große Anzahl von Vereinen streng genommen in zwei oder drei dieser Gruppen aufgeführt werden müßte, eine scharfe Scheidung daher in vielen Fällen mit mancherlei Mängeln behaftet wäre. Denn beispielsweise dürfte bei der Betrachtung des geselligen Vereinslebens nicht außer Acht bleiben, daß zahlreiche Sportvereine, Gesangvereine u. s. w. auch auf dem Gebiet der Unterhaltung und Geselligkeit eine rege, zum Teil sogar ihre Hauptthätigkeit entfalten. Ferner ständen unter der Rubrik Geselligkeit Korporationen der verschiedensten Art neben einander: neben altangesehenen, festbestehenden Vereinen würden kleine und kleinste Neugründungen, Vergnügungsvereine von teils ephemerem Charakter mitgezählt werden müssen. Ebenso verschiedener Natur wird auch sein, was die Chronik von bemerkenswerten Ereignissen aus dem Vereinsleben in den einzelnen Vereinen zu verzeichnen haben wird. Das Berichtsjahr war an derartigen Ereignissen arm. Die Klage über die Zunahme der lediglich

Vergnügungszwecken gewidmeten Vereine und das Überhandnehmen anspruchsvoller, kostspieliger Festveranstaltungen ertönte auch hier wie an vielen anderen Orten.

Besondere Erwähnung möge an dieser Stelle nur noch ein Verein finden, der sich in den wenigen Jahren seines Bestehens große Popularität errungen hat: die Karnevalsgesellschaft „Feuerio," deren verdienstvolle Bemühungen um die Hebung des hiesigen Karnevals auch seitens der Stadtverwaltung durch Gewährung eines Zuschusses anerkannt werden. Der Feuerio veranstaltete am 20. Februar eine große karnevalistische Fremdensitzung und am Fastnacht-Sonntag den 25. Februar wie im Vorjahre einen großen Karnevalzug, der in 50 Nummern abwechslungsreiche humoristisch-satirische Gruppen und farbenreiche Kostümgruppen enthielt. Der Umzug durch die Hauptstraßen der Stadt begann um ½3 Uhr und dauerte gegen drei Stunden. Das bunte karnevalistische Treiben übte auf die Bewohner der Umgegend eine große Anziehungskraft aus. Ein großer Fremdenstrom ergoß sich am Fastnacht-Sonntag nach Mannheim.

2. Sport

Der Sport in seinen verschiedenen Erscheinungen findet in hiesiger Stadt eifrige Bethätigung. Wenden wir uns zunächst dem vornehmsten, dem Rennsport zu. Der Badische Rennverein in Mannheim (gegründet 1868) hat sich aus bescheidenen Anfängen heraus in stetigem Fortschritt und erfreulichem Aufschwung zu seinem heutigen Ansehen und seiner heutigen Leistungsfähigkeit entwickelt. Im Berichtsjahr hat der Verein wieder einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan mit der gründlichen und durchgreifenden Veränderung der Rennbahn und ihrer baulichen Anlagen, deren unabweisliche Notwendigkeit sich bei den Rennen der letzten Jahre herausgestellt hatte.

Von der Seckenheimerstraße führt jetzt eine doppelte Fahrstraße nach dem Rennplatz; zu beiden Seiten der Fahrstraße sind bequeme Wege für Fußgänger angelegt. Der Haupteingang zur ganzen Anlage befindet sich hinter den beiden Rondellen des Luisenparkes. Rechts hinter dem Eingang liegt der neueingerichtete Wagenpark. Die einfahrenden Wagen biegen hier rechts ab und gelangen so an die verschiedenen Eingänge zu den Tribünen. Die leeren Wagen fahren entweder zur Stadt zurück oder gelangen in dem Wagenpark zur Aufstellung. Die Standreihen sind so breit bemessen, daß jeder Wagen bequem vorfahren oder von seinem Besitzer leicht erreicht werden kann. Der eigentliche Rennplatz ist vollständig eingefriedigt und zerfällt in zwei große Teile. Durch die Einfriedigung wird eine genaue Kontrole ermöglicht, welche früher nicht leicht durchzuführen war, was oft zu berechtigten Klagen Veranlassung gegeben hatte. In der rechts gelegenen größeren Abteilung befinden sich die große Tribüne für Mitglieder, das Dienstgebäude mit Pavillon des Komités, Sekretariat, Wage u. s. w., ferner der Totalisator und der Sattelstand. In der linken Abteilung befinden sich die Tribüne des ersten Platzes (3 Mark pro Person) und eine unnummerierte Tribüne (2 Mark pro Person). Die Einfriedigung der beiden Abteilungen gegen die Rennbahn wird durch ein leichtes, gefälliges Gitter bewirkt, welches das Betreten der eigentlichen Bahn durch das Publikum nicht mehr gestattet. Die große Tribüne für Mitglieder macht einen imposanten Eindruck und beseitigt die früher oft



Der Rennplatz mit den neuen Tribünen.

erhobenen Klagen über Platzmangel gründlich. Sie steht auf dem Platze der ehemaligen Mitgliedertribüne, welche auf den ersten Platz verlegt wurde. Errichtet wurde sie von der hiesigen Firma F. A. Ludwig nach dem Muster der von Baurat Otto March-Berlin erbauten Kölner Renntribüne. Sie ist so lang wie die Façade des Kaufhauses gegen den Paradeplatz und in den beiden Treppentürmen über 17 Meter hoch. Vor der Tribüne sind Rasenplätze angelegt. In der Mitte der Logenplätze befindet sich die Großh. Loge und vor derselben ein Blumenparterre. Nach rückwärts führt von dieser Loge aus eine bequeme Treppe zu einem Salon für die höchsten Herrschaften, dessen vordere Wand fast ganz aus Spiegelscheiben besteht, sodaß bei etwa eintretendem Unwetter die Rennen auch von dem Salon aus übersehen werden können. Rechts und links von der Hofloge befinden sich sechssitzige Logen für Mitglieder, welche auf ein Jahr gemietet werden können. Vor den Logenreihen befinden sich in der ganzen Länge der Tribüne zwei treppenartig abgestufte, breite Wandelbahnen aus Cement, welche selbst bei schlechtem Wetter eine angenehme Verbindung sichern. Vor diesen Wandelbahnen liegen zwei gut unterhaltene Rasenflächen, worauf einige hundert Stühle in gefälligen Formen und Farben Aufstellung finden. An die Logen schließen sich die Sitzplätze an, welche sehr bequeme Zugänge haben und so überhöht angeordnet sind, daß niemand an der freien Aussicht behindert ist. Die Sitze sind aus Pitchepineholz.

Von der letzten Sitzreihe aus führen zwei Treppentürme zu der Stehtribüne auf dem Dache, welche einen herrlichen Ausblick auf die Rennbahn, auf die Stadt und die Bergstraße ermöglicht. Die Dimensionen der treppenartig angelegten Stehtribüne sind so bemessen, daß die Zuschauer nirgends am Ausblick behindert sind. Der ausgedehnte Raum unter der Tribüne ist als Restaurationssaal eingerichtet. Von diesem Raum aus kann man auch durch die beiden Treppentürme zu den Sitzplätzen und zur Dachtribüne gelangen.

Die Logen fassen 216 Personen, die Sitzreihen 800 und die Dachtribüne 560, zusammen also gegen 1600 Personen. Hierzu kommen auf den Rasenplätzen noch 300 Stühle, welche bei gutem Wetter vor der Tribüne als Sitzgelegenheit benutzt werden können. Rechts neben der großen Tribüne gelangt man zum Dienstgebäude, welches mit dem Pavillon des Comités vereinigt ist. Es sind hier die nötigen Räume für Sekretariat, Wage, Herrengarderobe, Presse, Post und Telegraph beschafft worden, welche früher in dem Pavillon untergebracht waren, der sich gegenüber der Tribüne befunden hatte. Dieser Pavillon mit seiner ganzen Umgebung ist aus der Bahn verschwunden. Der Dienst war durch die Lage desselben zu sehr behindert, die Aussicht von der Tribüne aus zu sehr beeinträchtigt, und was als größter Übelstand empfunden wurde, es war bei dieser Disposition nie möglich, die Bahn frei zu halten. Dicht vor dem Dienstgebäude befindet sich der Eingang zur Rennbahn, sodaß der Reiter zum Zurückwiegen bequem vor den Wiegeraum gelangen kann. Rechts schließt sich der Sattelplatz an, auf welchem sich ein Sattelstall für ungeberdige Pferde findet, zu dem die Reiter, Trainer und Personal leicht von der Rückseite der Garderobe gelangen können. Hinter dem Dienstgebäude befindet sich das neue Totalisatorgebäude.

In der zweiten kleineren Abteilung des eingefriedigten Tribünenplatzes befinden sich die zwei Tribünen des ersten Platzes, von welchen die eine schon seit zwei Jahren steht. Dieselbe ist mit einer Dachtribüne versehen. Diese Tribüne hat nur nummerierte Sitze erhalten (pro Person und Tag 3 Mark). Unmittelbar daneben befindet sich eine größere unnummerierte Tribüne (pro Person und Tag 2 Mark), welche früher die Mitgliedertribüne war. Dieselbe ist nicht in der gleichen Front mit den anderen Tribünen erstellt, sondern steht mit dem westlichen Ende näher an der Barrière, so daß dem Publikum eine sehr vorteilhafte Aussicht über die ganze

Rennbahn gesichert ist. Hinter den beiden Tribünen ist für Restauration gesorgt, während vorn schöne Rasenflächen und Gehwege unmittelbar bis an das Gitter führen, welches die Flachrennbahn begrenzt. Auch diese Bauten sind in lichten Farben gehalten und bedeuten den früheren Verhältnissen gegenüber eine enorme Verbesserung.
Die Rennbahn wurde von Grund aus verbessert, und die Hindernisse wurden alle so gelegt, daß die ganze Bahn und alles, was sich darauf abspielt, von allen Tribünen aus mit der größten Bequemlichkeit beobachtet werden kann.
Sonntag 22. April 1900 fand auf dem Rennplatze die Besichtigung dieser neuen Einrichtungen und feierliche Flaggenhissung statt. Das musterhaft durchgeführte Werk fand allgemeines Lob und brachte dem Direktorium, welches diese Reorganisation des Mannheimer Rennsports verwirklicht hat, insbesondere Kommerzienrat und Generalkonsul Reiß, Kommerzienrat Röchling und Direktor Fuchs lebhafte, aufrichtige Anerkennung.

Die Pferderennen, welche am 29., 30. April und 1. Mai auf dem neugestalteten Rennplatze abgehalten wurden, nahmen einen glänzenden Verlauf. Die neuen Einrichtungen bewährten sich auf's beste und fanden den Beifall der Sportsleute und aller übrigen Besucher. Die Tribünen und die Promenadenplätze boten ein farbenreiches Bild. Von nah und fern hatten sich viele hunderte von Fremden eingestellt. Besonders stark war der Besuch am ersten und dritten Tag, dem Maimarkt-Sonntag und -Dienstag, während der Montag wie auch in den früheren Jahren an Zahl der Besucher bedeutend zurückblieb. S. K. H. der Großherzog konnte leider aus gesundheitlichen Rücksichten der Einladung zum Besuch der Rennen nicht Folge leisten. Die einzelnen Rennen, deren Felder gut besetzt waren, verliefen sehr interessant und glücklicherweise ohne ernstlicheren Unglücksfall. Am Totalisator, der diesmal für alle Tribünenbesucher zugänglich war, wurden hohe Summen umgesetzt, im ganzen circa 131 400 Mark. Für 1901 beschloß der Rennverein, außer dem Frühjahrsrennen ein zweites Meeting Ende September zu veranstalten und das Frühjahrsrennen anstatt Sonntags, Montags und Dienstags jeweils am Samstag vor Maimarkt-Sonntag, Maimarkt-Sonntag und Maimarkt-Dienstag abzuhalten.

Das Radfahrwesen, welches hinsichtlich seiner Bedeutung für den Verkehr auch im X. Abschnitt hätte besprochen werden können, findet lediglich aus äußeren Gründen hier seinen Platz. In der Benutzung des Fahrrades als Verkehrsmittel und Sportartikel hat sich ein Rückschlag geltend gemacht, oder wenigstens: die enorme Nachfrage nach Fahrrädern in den letzten Jahren ist zurückgegangen und damit zusammenhängend hat das überreichliche Angebot, die ungesund überspannte Produktion wieder in ruhigere Bahnen eingelenkt.

Ein von der Handelskammer mitgeteilter Bericht besagt darüber: „Die Fahrradindustrie hatte im abgelaufenen Jahre vermehrt unter der bisher allgemein schon ungünstigen Lage der Branche zu leiden, die zurückzuführen ist auf das Mißverhältnis zwischen dem starken Angebot

und dem verminderten Bedarf; die Folge war ein stetiger Rückgang der Preise, die heute kaum noch die Unkosten decken. Das Fahrrad selbst ist mehr und mehr Verkehrsmittel geworden und wird als solches ungleich mehr ausgenützt als in früheren Jahren, wo es zum größeren Teil als Sport- und Modeartikel galt; insbesondere das Damenradfahren hat ganz wesentlich nachgelassen. Infolge dieser Verhältnisse, deren ungünstiger Einfluß allerdings auch durch eine nicht entsprechend eingeschränkte Produktion noch unterstützt wurde, bestehen derzeit bedeutende Lagervorräte, eine Thatsache, die eine Besserung der Lage in absehbarer Zeit nicht erwarten läßt." Diese Beobachtungen lassen sich durch die Statistik der beim Bezirksamt angemeldeten Radfahrer belegen. Im Berichtsjahr wurden beim hiesigen Bezirksamt insgesamt 2217 Radfahranmeldungen eingereicht (1899: 2270), worunter 2079 (2081) Radfahrer und 138 (189) Radfahrerinnen. Berufslose Radlerinnen meldeten sich 1899 171 an, 1900 nur 92, dagegen ist die Zahl der Anmeldungen berufsthätiger Radlerinnen gewachsen, sie betrug 1899 16, 1900 41. Bei den Radfahrern ist die Anmeldeziffer in allen Berufen zurückgegangen, nur die Anmeldungen aus Kreisen kleinerer Gewerbetreibender und Landwirtschafttreibender ist in die Höhe gegangen. Die Wichtigkeit des Rades als Verkehrsmittel bei der Ausübung des Berufs kommt dadurch deutlich zum Ausdruck.

Der Radfahrsport wurde von den hiesigen 9 Radfahrvereinen in ausgiebiger Weise ausgeübt, in Rennen, Touren und Sportsfesten. Auf dem Sportplatz im Louisenpark fanden zahlreiche Rad-Wettfahrten statt. Das Hauptkonsulat Mannheim der Allgemeinen Radfahrer-Union veranstaltete im Januar ein Winterfest und im Juli ein Sommerfest mit großer Preis-Blumen-Festauffahrt und nachfolgendem Unterhaltungsabend auf dem Rennplatz.

Eine Automobilfernfahrt Mannheim-Pforzheim-Mannheim (165 Kilometer) veranstaltete am Sonntag, 13. Mai der 1899 gegründete „Rheinische Automobilklub" unter Aussetzung wertvoller Preise.

Der Start erfolgte am Viehhof von 8 Uhr 30 ab. An der Fernfahrt beteiligten sich Automobilfahrzeuge folgender Klassen: Klasse I: Rennwagen, II: Tourenwagen, III: leichte Wagen, IV: Dreiräder. Der Sieger in Klasse I traf nach einer Fahrzeit von 1 Stunde 48 Minuten in Pforzheim und punkt 1 Uhr wieder am hiesigen Start ein, er hatte zur Zurücklegung der ganzen Strecke nur 4½ Stunden gebraucht.

Den Rudersport pflegten die drei hiesigen Rudervereine: der Ruderklub, der Ruderverein Amicitia und die Rudergesellschaft auch im verflossenen Jahre mit großem Eifer. Der Ruderklub beging am 30. Juni und 1. Juli 1900 das Fest seines 25jährigen Bestehens. Festakt und Festbankett im Saalbau nahmen einen schönen Verlauf.

Der bei dieser Gelegenheit herausgegebenen Festschrift ist zu entnehmen, daß der Ruderklub der älteste derartige Verein in hiesiger Stadt ist. Er wurde 1875 von Mitgliedern des Turnvereins, zunächst in Anschluß an diesen, gegründet und erhielt erst am 19. Juni 1876 seinen jetzigen Namen. Am 18. Februar 1878 gründete der Ruderklub mit dem Ruderverein „Amicitia"

den Mannheimer Regattaverein zum Zweck alljährlicher Wettfahrten im Rheinhafen. Die Festschrift kann von zahlreichen Siegen des Klubs auf hiesigen und auswärtigen Regatten berichten. Zur Feier seines Jubiläums stiftete der Klub zu der Regatta am 1. Juli einen Preis für ein Vierer-Rennen, das die Bezeichnung „Jubiläums-Vierer" erhielt.

Die XXII. Oberrheinische Regatta, welche zugleich die Jubiläumsregatta des Ruderklubs war, fand am 1. Juli im Mühlauhafen statt. Das schöne Ruderfest war vorzüglich vorbereitet, die einzelnen Rennen waren unter Teilnahme zahlreicher auswärtiger Vereine gut besetzt, und das Interesse der in großer Menge erschienenen Zuschauer wurde bis zuletzt aufs höchste gefesselt.

Von den hiesigen Vereinen gelang es diesmal nur dem Ruderklub, die Mannheimer Farben zum Siege zu führen und zwar im I. und VIII. Rennen (Viererboot). Den von S. M. dem deutschen Kaiser für die hiesige Regatta neugestifteten Wanderpreis für Achter (die siegende Mannschaft erhält außerdem vom Regattaverein 9 silberne Becher und 9 silberne Ehrenzeichen) errang die Frankfurter Rudergesellschaft „Germania".
Die hiesigen Vereine beteiligten sich wie in den Vorjahren an zahlreichen auswärtigen Regatten und trugen dabei ehrenvolle Erfolge davon.

Dem Turnen widmeten sich vier Vereine (Turnverein, Turnerbund Germania, Freie Turnerschaft und Turngesellschaft). Der älteste und stärkste dieser Vereine ist der Turnverein, welcher 1846 gegründet wurde und gegenwärtig über 500 Mitglieder zählt.

Der Turnverein veranstaltete am 20. Mai in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste ein Schauturnen für Damen. Hierbei traten die beiden neugegründeten Damenabteilungen auf und führten unter lebhafter Anerkennung der Anwesenden Stab- und Keulenübungen, Übungen an der wagrechten Leiter, am Rundlauf, am Reck, an Schaukelringen u. s. w. aus.
Nachdem die Turnhalle des Vereins im Jahre 1890 infolge der Arbeiten an der östlichen Stadterweiterung hatte niedergelegt werden müssen, waren die Bestrebungen des Vereins auf Errichtung eines neuen eigenen Hauses gerichtet. Am 21. Dezember 1900 beschloß der Stadtrat nach längeren Verhandlungen mit dem Turnverein, demselben zum Zwecke der Erbauung einer Turnhalle den Bauplatz Ecke der Prinz Wilhelmstraße und Charlottenstraße im Maße von 1947 qm abzutreten unter der Bedingung, daß im Falle einer etwaigen späteren Verlegung der Turnhalle auf einen andern Platz und Veräußerung des Bauplatzes ein Kaufpreis von 60 Mark pro qm an die Stadtgemeinde nachträglich zu bezahlen ist, und daß die Turnhalle während bestimmter Tagesstunden der Stadtgemeinde zum Zwecke des Schulunterrichts zur Verfügung gestellt wird. Die diesbezügliche Vorlage gelangte erst im Jahre 1901 an den Bürgerausschuß, der sie nach längerer Debatte genehmigte.

Die Schützengesellschaft veranstaltete auch im Berichtsjahre ein Maischießen (13. und 20. Mai), wie es im vorigen Jahre mit der Einweihung des hübsch ausgestatteten neuen Schießhauses bei Feudenheim verbunden war.

Die Beteiligung war lebhaft, da die Schützengesellschaft den erhöhten Betrag von 7000 Mark gestiftet hatte und die Anzahl der Preise auf Stand und Feld verdoppelt war, wobei die ersten

Preise je 300 und die letzten 20 Mark betragen; außerdem kamen auf Stand-, Feld- und Pistolenscheiben 75 % der Einnahmen zur Verteilung.

Bei dem Deutschen Bundesschießen in Dresden im Juli 1900 waren einige Mannheimer mit ehrenvollen Erfolgen beteiligt.

Der Mannheimer Fechtklub, der sich im Juli am XXI. Gauverbandsfest mittelrheinischer Fechtklubs in Darmstadt beteiligte, errang dort sieben Preise. Der Fußballsport findet gegenwärtig durch sechs Vereine eifrige Pflege, die Athletik wird durch drei Klubs ausgeübt.

Der im Jahre 1900 neugegründete Mannheimer Schwimmverein veranstaltete am 2. September in der Militärschwimmschule ein Wett- und Schauschwimmen mit 12 Programmnummern.

Ebenfalls eine Neugründung des Berichtsjahres ist der Lawn-Tennis-Klub, der sich am 14. Juli mit 76 Mitgliedern konstituierte und bei dem starken Interesse, das dieser schöne und gesunde Sport gegenwärtig auch hier findet, schnell weiteren Zuwachs erhielt. Der Klub fand weitgehendes Entgegenkommen der Stadtverwaltung bei der Anlage von fünf Spielplätzen auf dem Parkplatz zwischen Goethe- und Hebelstraße und Errichtung eines Garderobehäuschens daselbst.

Im weiteren Sinn, wenn auch keineswegs ausschließlich kann zum Sport auch die Touristik gezählt werden, die hier durch eine Reihe von Vereinen vertreten wird. Als deren bedeutendste seien genannt: Die Sektion Pfalzgau (Mannheim-Ludwigshafen) des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, die Sektion Mannheim-Ludwigshafen des Schwarzwaldvereins und die Sektion Mannheim-Ludwigshafen des Odenwaldklubs. Letztere zählt gegen 800 Mitglieder und veranstaltet zahlreiche Touren, die sich großer Beliebtheit und starker Teilnahme erfreuen.

3. Erholungs- und Vergnügungs-Etablissements u. ähnl.

Ein Lieblingsplatz des erholungsbedürftigen Mannheimers, sofern er nicht die ausgedehnten städtischen Anlagen und Wälder aufsucht, ist der Stadtpark. Die Parkgesellschaft sorgte auch in der Saison 1900 für Abwechslung in Konzerten hiesiger und auswärtiger Kapellen und für sonstige Unterhaltungen.

Ein mehrmals wegen ungünstiger Witterung verschobenes Feuerwerk wurde am 14. Juli in großem Stil von den Gebrüdern Weiffenbach aus Stuttgart arrangiert. Das schön gelungene pyrotechnische Fest fand großen Beifall. Am 26. August und 2. September fanden im Stadtpark Auffahrten des Luftschiffers Paul Spiegel aus Chemnitz mit seinem Ballon „Tropon“ statt, wodurch ebenfalls ein äußerst zahlreiches Publikum angezogen wurde.

Von den hier bestehenden Vergnügungs-Etablissements seien als die beiden größten angeführt der **Saalbau** und das **Apollotheater**, die beide im Winter mit Varieté-Aufführungen, im Sommer mit Gastspielen von Operetten- und Schauspieltruppen dem unterhaltungsbedürftigen Publikum die Zeit vertreiben.

Der Saalbau ging aus dem Besitz der bisherigen Aktiengesellschaft an C. Thoma aus Frankfurt über, der den großen Saal neu herrichten ließ und das Etablissement am 1. September neu eröffnete. Im Saalbau- und Apollotheater fanden hin und wieder auch Vorstellungen statt, die der ernsten Kunst dienen, so z. B. im April das Gastspiel des „Modernen Theaters" unter Emil Meßthalers Leitung, wobei Stücke von Sudermann, Zola, Ibsen und Strindberg im Apollotheater aufgeführt wurden.

Wachsender Beliebtheit erfreut sich die Vorstadtbühne über dem Neckar, das **Kolosseumtheater**, dessen guter Besuch beweist, wie sehr das abwechslungsreiche Repertoire dem Geschmack seines Publikums entspricht. Bei seinen niederen Eintrittspreisen kommt es dem Theaterbedürfnis weiter Schichten der minderbemittelten Bevölkerung entgegen.

Im Juli gab der Zirkus **E. Blumenfeld** in einem auf dem Meßplatz der Neckarvorstadt errichteten großen Zeltbau eine Reihe von Vorstellungen. Am 29. 30. September und 1. Oktober stattete der amerikanische Riesenzirkus **Barnum und Bailey**, die sog. größte Schaustellung der Erde, Mannheim einen Besuch ab. Im Zeitraum von wenigen Stunden war auf der ehemaligen Schafweide am Neckar eine ganze Zeltstadt aufgeschlagen, deren Hauptvorstellungszelt 15000 Personen faßte. Die stark besuchten Vorstellungen wirkten haupsächlich durch das Massenartige der Darbietungen.

Anhangsweise finde hier noch Erwähnung ein Etablissement, daß allerdings weniger dem Vergnügen als der Belehrung gewidmet ist, das **Panorama** (fester Bau an der Collinistraße), wo periodische Ausstellungen großer Rundbilder stattfinden. Auf das zuerst ausgestellte Gemälde „Die Schlacht bei Nuits" folgte im verflossenen Jahre „Die Schlacht bei Orleans".

XVII. Witterung, Wasserstand, Naturerscheinungen, Ereignisse verschiedener Art

1. Witterung, Wasserstand und Naturerscheinungen

Zufolge den Beobachtungen der meteorologischen Station Mannheim war der mittlere Barometer-Tagesstand im Jahre 1900 752,81 (1899: 754,43, 1898: 754,3), die mittlere Jahres-Temperatur: 10,38° — Celsius wie in allen folgenden Angaben — (1899: 10,42°, 1898: 10,58°), die relative Feuchtigkeit im Mittel: 79,7% (1899: 74,7%, 1898: 79,9%). Der tiefste Barometerstand wurde am Mittag des 20. Februar erreicht mit 732,9, der höchste am Morgen des 20. April mit 768,6. Das Jahr 1900 gehörte zu den wärmsten, aber bei der glücklichen Verteilung der Niederschläge auch zu den fruchtbarsten Jahren der letztverflossenen Zeit.

Der Wärmemesser, der im Januar des Berichtsjahres (am 3.) ein Maximum von + 11° erreichte, sank im selben Monat (am 15.) auf ein Minimum von — 7,08°, die tiefste Temperatur des Jahres. Im Februar hielt sich die Temperatur zunächst in der Nähe der Nullgrenze, stieg dann aber am 25. bis auf 16° (tiefster Stand am 11. Februar — 5,7°). Sehr rauh und winterlich ließ sich der März an. An den kühlen Tagen zu Anfang des März verzeichnete der Thermograph am 4. den tiefsten Stand mit — 4°, das Maximum in diesem Monat war 15,5° am 21. Bezüglich der mittleren Monatstemperatur waren diese drei ersten Monate, besonders aber der März ungünstiger als die Parallelmonate des Vorjahres: Januar 3,20 (4,13), Februar 3,79 (4,39), März 3,19 (5,19). Der April zeigte sich wie gewöhnlich großen Temperaturschwankungen unterworfen: am 3. April wurde — 3,2° Minimal-, am 22.: + 25° Maximaltemperatur verzeichnet. Auch der Mai, der sich den Vorwurf eines mißratenen Wonnemonats gefallen lassen mußte, brachte noch eine Reihe kühler und trüber Tage. Nach einem

höchsten Stand von 26° am 6. kam der Thermograph wenige Tage später, am 11. Mai mit einem Tiefstand von 1,1° noch einmal der Gefriergrenze nahe. Im Monatsmittel blieb die Temperatur des April und Mai gegen die des Vorjahrs zurück: 9,26 gegen 9,85 im April und 12,49 gegen 13,35 im Mai. Die erste Juniwoche brachte schöne, warme Pfingsttage, dann stieg die Hitze dreimal (am 5., 6. und 12.) bis auf 28°. Im Juni und Juli stand die Temperatur durchschnittlich 1 bis 2° höher als in den Parallelmonaten des Vorjahres. Am 20. Juli wurde der höchste Hitzegrad des Berichtsjahres erreicht: 35,5°, die Temperatur sank allerdings im Verlauf dieses Tages wieder auf 18,7°, betrug also im Tagesmittel immerhin noch 27°. Der August brachte anfangs eine Reihe trüber und verhältnismäßig kühler Tage. Am 5. und 6. wurde ein Minimum von 10° erreicht, doch stieg in der zweiten Hälfte dieses Monats die Temperatur wieder und gelangte am 20. zu einem Maximum von 30,5°. Während im Jahr 1899 der August bezüglich der mittleren Monatstemperatur mit 19,99° den höchsten Stand des Jahres erreichte, war im Berichtsjahr der Juli mit 20,98° Durchschnittstemperatur der wärmste Monat. Im September stand dem Maximum von 24,5° am 24. ein Minimum von 6,3° am 22. gegenüber, doch brachte er im übrigen eine ziemlich gleichmäßige, milde Temperatur, deren Monatsmittel 15,60° das vorjährige 15,01° etwas übertraf. Der Oktober 1900 war bezüglich der Temperatur günstiger gestellt als der des Vorjahres, wie sich aus dem Vergleich der Monatsmittel ergiebt: 1900: 10,22°, 1899: 9,47°. Am 1. Oktober war ein Maximum von 23,4° zu konstatieren; in der zweiten Monatshälfte kam der Herbstcharakter zum Durchbruch; bereits der 23. brachte eine Minimaltemperatur von 1,1°. Die mittlere Tagestemperatur differierte in diesem Monat zwischen 18,65° und 3,75°. Im November erreichte der Thermograph am 2. seinen höchsten Stand mit 13°, seinen tiefsten am 30. mit — 0,7°. Als mittlere Monatstemperatur wurde berechnet 5,81° gegen 7,37° im Vorjahr. Der ziemlich milde Dezember mit 3,72° mittlerer Temperatur gegen — 1,32° des Vorjahres erreichte noch am 6. ein Maximum von 12,6°, gleich darauf am 9. sein Minimum mit — 2,7°.

Die höchste Niederschlagsmenge erreichten im Berichtsjahre der Juli mit 91,9 mm, der Januar mit 88,5 mm und der August mit 72,3 mm, die geringste der April mit 13,3 mm. Im Jahresmittel betrug die Niederschlagshöhe pro Monat des Jahres 1900: 54 mm (1899: 46 mm).

Die Tage der größten Niederschlagshöhe waren der 5. Dezember und der 20. August mit 23 mm. Das Jahr 1899 hatte am 13. Juli mit 31,5 mm, das Jahr 1898 am 9. Juni mit 35,8 mm seine größte Niederschlagshöhe. Inbezug auf die relative Feuchtigkeit wurde jedoch das Vorjahr vom Berichtsjahr übertroffen, dieselbe betrug im Mittel 79,7 % gegen 74,7 %.

Der Rheinwasserstand sank seit Mitte Februar fast ununterbrochen (18. Februar 6,04 m) bis zum 27. Oktober, wo er mit 2,08 m den tiefsten Punkt erreichte. Er war an diesem Tage nur 4 cm von dem in den letzten 10 Jahren ermittelten Oktober-Minimum entfernt. Seit Anfang September wurde die Schiffahrt durch das Sinken des Wasserstandes ungünstig beeinflußt. Mitte September mußte die Güterschiffahrt im Neckar eingestellt werden. Noch im November kam der Rheinwasserstand nicht über 3 m hinaus. In den wenigen Tagen vom 4.—8. Dezember stieg aber dann der Rhein von 2,23 m auf 6,64 m, womit er seinen höchsten Stand im Berichtsjahre erreichte, sank aber schnell wieder und gelangte bereits am 23. Dezember zu einem Tiefstand von 2,82 m.

Eine partielle Sonnenfinsternis war am 28. Mai zu beobachten; sie dauerte in Mannheim etwa zwei Stunden von 3 Uhr 58 bis 6 Uhr Nachmittags. In Spanien, Portugal, Algier und dem südöstlichen Teil der Vereinigten Staaten war die Verfinsterung eine totale.

2. Ereignisse verschiedener Art

Als Ereignisse verschiedener Art fügt der Chronist diesem Kapitel noch an: bemerkenswerte Unglücksfälle, Verbrechen u. dgl. Über die im Berichtsjahre vorgekommenen Großfeuer wurde bereits in Kapitel VI berichtet.

Am 17. Januar wurde der Schreiner Alois Link von Lauda, welcher am 22. Oktober 1899 die 6 Jahre alte Thekla Hüttler von Unterschefflenz bei diesem Orte ermordet hatte (Lustmord), vom Schwurgericht Mannheim zum Tode verurteilt und am 27. April Morgens 5 Uhr im Hofe des Amtsgefängnisses durch den Scharfrichter Müller von Ladenburg hingerichtet. Die vorletzte Hinrichtung war hier vor acht Jahren, am 9. April 1892 erfolgt, wo das Todesurteil an dem Raubmörder Michael Reiter von Angkofen, der am 3. November 1891 den Wirt Eugen Dümig von Boxthal auf einem Waldweg zwischen Boxthal und Nassig durch zwei Revolverschüsse getötet und dann beraubt hatte, vollstreckt wurde.

In der Sylvesternacht, die wegen des offiziell proklamierten Jahrhundertwechsels noch geräuschvoller als sonst verlief, wurden von der Polizei nicht weniger als 200 Personen zur Anzeige gebracht. Eine Reihe schwerer Verbrechen beschäftigte die Gerichte; im Stadtbezirk kamen im Berichtsjahr 9 Totschlagsfälle vor.

Besonderes Aufsehen erregte die am 27. Mai im Neckarauer Wald gemachte Auffindung der Leiche eines Unbekannten, der durch Schläge mit einem Prügel getötet und dann ins Waldinnere geschleppt worden war. Erst im folgenden Jahre gelang es nach eifrigster Thätigkeit der Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei, das rätselhafte Verbrechen aufzuklären und den Thäter zu ermitteln.

Die Zahl der tötlich verlaufenen Unglücksfälle hat sich im Berichtsjahre von 54 des Vorjahres auf 76 vermehrt.

Bei dem schweren Eisenbahnunglück, welches sich am Sonntag, den 7. Oktober zwischen 6 und $^1/_2$7 Uhr Abends kurz vor der Station Heidelberg-Karlsthor durch Auffahren eines von Schlierbach kommenden Personenzugs auf die drei hintersten Wagen eines stark besetzten Lokalzugs ereignete, trugen auch zahlreiche Mannheimer Verwundungen schwerer oder leichterer Art davon. Unter den Getöteten befand sich Frl. Julie Munte aus Mannheim. Im Anschluß an diese schwere Katastrophe wurde in der Presse auf die Mängel des Lokalzugsverkehrs und auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Mannheim-Heidelberger Bahnverbindung hingewiesen (Vergl. S. 121). Im Bereich des Mannheimer Rangierbahnhofs auf Seckenheimer Gemarkung erfolgte in der Nacht vom 24. auf 25. Dezember ein Zusammenstoß zweier Güterzüge, wobei ein großer Materialschaden entstand.

Chronologische Zusammenstellung der bemerkenswertesten Ereignisse des Jahres 1900

(Auszug aus der Chronik der Statistischen Monatsberichte)

Januar

3. Eröffnung des ersten Mädchenhorts im K 5-Schulhaus.

5. Mit der Umgestaltung der Planken wird durch Fällen der Promenadenbäume begonnen.

12. Gegen die beabsichtigte unbefriedigende Gestaltung des Posterweiterungsbaues wenden sich Stadtrat und Handelskammer in gemeinsamer Petition an den Reichstag. — In der Aula der Oberrealschule beginnen die Volkshochschulkurse.

16. Der Bürgerausschuß beschließt einstimmig die Erwerbung der Mannheim-Feudenheimer Dampfstraßenbahn, bewilligt 4679000 Mark zum Ausbau des linken Ufers des Industriehafens und der Bonadiesinsel und eine weitere Rate von $1^1/_2$ Millionen für die Herstellung der elektrischen Straßenbahnen.

Februar

1. Errichtung eines städtischen Straßenbahnamts. — Der Reichstag stimmt dem Beschluß der Budgetkommission betreffend den Mannheimer Posterweiterungsbau debattelos zu.

20. Angesichts der immer bedenklicher werdenden Kohlennot richtet die Handelskammer eine Petition an den Reichstag um Aufhebung der Ausfuhrtarife für Kohlen und Kokes und Beförderung fremder Kohlen zu den Sätzen des Rohstofftarifs. — Der Bürgerausschuß bewilligt u. a. die Kosten für die Vorarbeiten zur Herstellung eines zweiten Wasserwerks im Haardtwald bei Schwetzingen, genehmigt die Geländeerwerbungen von nahezu 2 Millionen Quadratmeter auf der Friesenheimer Insel zur Erweiterung des Industriehafens, bewilligt 127000 Mark für die Erbauung einer Leichenhalle im christlichen Friedhof und 514000 Mark für den Neubau eines Schulhauses in Neckarau.

21. Das Reichsgericht verwirft die eingelegte Revision der Gemeinden Ludwigshafen und Oppau gegen das Urteil des Großh. Oberlandesgerichts vom 23. Juni 1899, wonach denselben für ihr an die Stadt Mannheim abgetretenes Gelände auf der Friesenheimer Insel 263700 Mark statt der geforderten 1332400 Mark zuerkannt wurden.

23. Der Bürgerausschuß erklärt sich in vertraulicher Sitzung mit Ueberlassung von 204000 qm städtischen Geländes in Gewann Niederfeld zum Preis von 4 Mark pro qm an Geh. Kommerzienrat Lanz zwecks Errichtung neuer Fabrikanlagen durch den letzteren einverstanden.

28. Versteigerung der ersten drei Arkadenbauplätze am Friedrichsplatz.

März

4. Auf die Vorstellungen der Handelskammer betreffend die Überlastung des Mannheimer Hauptbahnhofs verspricht die Großh. Generaldirektion Abhilfe durch beschleunigte Erstellung des neuen Rangierbahnhofs und anschließende Umgestaltung des Personenbahnhofs.

14. Die evangelische Kirchengemeindeversammlung beschließt die Einteilung der Innenstadt-Kirchengemeinde in vier Pfarrbezirke.

15. Der Betrieb der Verbindungsbahn nach dem Industriehafen und die neue Bahnstation „Mannheim-Industriehafen" wird eröffnet.

18. Eine Versammlung rheinischer Partikulierschiffer spricht sich für engeren Zusammenschluß der Berufsgruppe zu einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht aus, deren Sitz nach Mannheim kommen soll.

20.—22. Nach dreitägiger Debatte genehmigt der Bürgerausschuß den Voranschlag für 1900.

31. Enthüllung des Bismarckdenkmals.

April

4. Der Bürgerausschuß genehmigt debattelos die Aufnahme eines neuen vierprozentigen städtischen Anlehens von 10 Millionen Mark und die endgiltige Festsetzung der Gebühren für den Schlachthofbetrieb.

9. Letzte Versteigerung von Arkadenbauplätzen am Friedrichsplatz.

8.—22. Kunstgewerbliche Ausstellung in der Aula der Oberrealschule (Skizzen und Entwürfe der Darmstädter Künstlerkolonie).

10. Die jährliche Sitzung der Kreisversammlung Mannheim findet unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Beck im Rathaus statt; auf Befürwortung durch den Vorsitzenden wird die Gewährung von Kreis-Stipendien an bedürftige Besucher der hiesigen Ingenieur- und der Werkmeisterschule in Aussicht genommen.

20. Der Stadtrat beschließt, sich der Petition des Stadtrats Karlsruhe an die Großh. Regierung um Zulassung der Realgymnasiums-Abiturienten zum medizinischen Studium unter Wegfall der lateinischen Ergänzungsprüfung anzuschließen.

20.—22. Internationale Hundeausstellung im Marstall des Großh. Schlosses.

23. Feierliche Einweihung des für 2300 Kinder Unterrichtsgelegenheit gewährenden Moll-Schulhauses an der Seckenheimer Straße.

29. Erster Tag der diesjährigen Pferderennen. Die neugeschaffenen Anlagen des Rennplatzes finden die einstimmige Anerkennung der Sportswelt.

30. Zweiter Tag der Pferderennen und Beginn des Mai-Viehmarkts.

Mai

1. Dritter Tag der Mannheimer Pferderennen und Maimarkt-Prämiierung. — Die Gemeinde Seckenheim wird von Schwetzingen abgetrennt und dem Amt und Amtsgericht Mannheim zugeteilt.

3. Der neue Schlachthof an der Seckenheimer Straße wird unter Beteiligung zahlreicher auswärtiger Gäste feierlich eröffnet. — Im Hoftheater findet das zweite Gesamtgastspiel der Karlsruher Hofoper statt.

4. Die Centralkommission für die Rheinschiffahrt tritt zu einer außerordentlichen Tagung hier zusammen. — Das Schauspielensemble des Mannheimer Theaters gastiert in Karlsruhe.

7.—9. Zweite Zählung der leerstehenden Wohnungen.

10. Nach dem Vorbild anderer Städte wird ein Mieterverein zum Schutz der gemeinsamen Interessen der Mieter gegründet.

12.—13. Das 60 jährige Bestehen der Mannheimer Liedertafel wird festlich begangen.

14. Der Rheinische Automobilklub veranstaltet eine Fernfahrt Mannheim-Pforzheim-Mannheim.

15. Der Bürgerausschuß bewilligt nach lebhafter Debatte mit 53 gegen 42 Stimmen den aus der Einführung des dreimaligen statt zweimaligen Schichtwechsels für die Feuerhausarbeiter des Gaswerks entstehenden Mehraufwand von jährlich 17000 Mark, außerdem u. a. einen Nachtragskredit von 60000 Mark für die Festhalle, die Erwerbung des Stammel'schen Rhein-Bades und die Erstellung eines Brausebades auf dem Lindenhof.

17. Die auf Befehl des Kaisers den Rhein befahrende Torpedoboots-Division trifft zu mehrtägigem Aufenthalt in Mannheim-Ludwigshafen ein und wird durch zahlreiche festliche Veranstaltungen gefeiert.

26. Die XIV. ordentliche Generalversammlung der Deutschen Seeberufsgenossenschaft tagt in Mannheim und damit erstmals in einem Binnenhafen.

29. Der Bürgerausschuß genehmigt einstimmig die stadträtliche Vorlage betreffend die Erlassung eines Ortsstatuts über die Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

Juni

1. Das Kaufhaus geht vollständig in den Besitz der Stadtgemeinde über.

11. Bei der Neuwahl des Oberbürgermeisters für eine neunjährige Amtsperiode wird Oberbürgermeister Beck mit 101 Stimmen einstimmig wiedergewählt.

15. Kommerzienrat Generalkonsul Reiß giebt der Stadtverwaltung seinen Entschluß kund, die Stadtgemeinde zum Erben der ihm gehörenden Fasaneninsel einzusetzen. Der Stadtrat spricht Herrn Reiß für dieses hochherzige Vorhaben den wärmsten Dank aus.

17. Der Bezirksverein Mannheim des Verbandes der deutschen Buchdrucker begeht den 500. Geburtstag Gutenbergs durch eine akademische Festfeier in der Aula der Oberrealschule.

19. In der Sitzung des Bürgerausschusses beglückwünscht Stadtverordnetenvorstand Fulda Oberbürgermeister Beck im Namen des Kollegiums zu seiner glänzenden Wiederwahl. — Der Bürgerausschuß beschließt nach erregter Debatte, in der Frage des Ankaufs des alten Gymnasiums zwecks Durchführung der Bismarckstraße den Stadtrat zur Erlangung günstigerer Bedingungen um Fortsetzung der Verhandlungen mit der Großh. Regierung zu ersuchen.

28. 10 jähriges Stiftungsfest des Mannheimer Diesterweg-Vereins.

Juli

1. Die Mannheimer Pferdebahn geht in das Eigentum der Stadtgemeinde über. — Das 25 jährige Jubiläum des Mannheimer Ruderklubs findet gleichzeitig mit der XXII. Oberrheinischen Regatta statt.

6. Der Stadtrat beschließt, beim Großh. Oberschulrat und beim Bürgerausschuß die Ausgestaltung der Höheren Mädchenschule zur höheren weiblichen Lehranstalt mit dem vollständigen Lehrplan der Oberrealschulen zu beantragen.

16. Die Nebenbahn Mannheim-Neckarvorstadt-Sandhofen wird in Betrieb genommen. — Die Brotpreise erfahren eine Steigerung um einen Pfennig auf ein Kilogramm.

17. Der Bürgerausschuß beschließt die Wasserversorgung und Gasbeleuchtung des Stadtteils Waldhof, die Einführung einer Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung für die städtischen Arbeiter und den Ankauf eines Teiles des alten Gymnasiums zwecks Durchführung der Bismarckstraße. Außerdem bewilligt der Bürgerausschuß 60800 Mark für Instandsetzung des Stadtarchivs und die Herausgabe eines für das 300jährige Stadtjubiläum 1906 bestimmten Prachtwerks über die Stadt Mannheim in Vergangenheit und Gegenwart. Die Abfassung des I. Teils (Geschichte) wird Dr. Walter, die Redaktion des II. Teils (Gegenwart) dem statistischen Amt übertragen.

19. Erste öffentliche Prüfung der Teilnehmerinnen an den im Vorjahr gegründeten Handelskursen für Mädchen.

23. Zur Bekämpfung der fortgesetzten Steigerung der Kohlenpreise wird die Gründung einer Kohleneinkaufsgenossenschaft am Platze beschlossen.

30./31. Schlußprüfungen und Schlußakt an den Mittelschulen.

August

12. Fünfzigjähriges Jubiläum des Gesangvereins „Sänger-Einheit".

24. Das Preisgericht der Pariser Weltausstellung erkennt der Stadtgemeinde Mannheim für ihre Beteiligung an der Ausstellung deutscher Ingenieurwerke die goldene Medaille zu.

31. Die Centralkommission für die Rheinschiffahrt tritt zu ihrer ordentlichen Sitzung hier zusammen.

September.

3. Erlassung einer Feuerbestattungsordnung für die Stadt Mannheim.

5. Die im Vorjahr begonnenen eingehenden Untersuchungen der Wohngebäude durch die hierfür bestellten Wohnungskontrolleure werden wieder aufgenommen.

8. Infolge des außerordentlich gesteigerten Güterverkehrs stellt sich ein empfindlicher Wagenmangel auf hiesiger Station ein.

10. Eröffnung des zweiten Mädchenhorts im Hildaschulhaus der Neckarvorstadt.

13. Bei den Wahlen zur Handwerkskammer werden die von den Gewerbevereinen des Kammerbezirks aufgestellten Mitglieder unter schwacher Beteiligung einstimmig gewählt.

14. Zwecks leichterer Kreditbeschaffung für den Handwerkerstand wird die Gründung einer Gewerbebank beschlossen.

30. Beginn der Generalversammlung des badischen Lehrervereins, zu welcher ca. 1500 Lehrer hier eingetroffen sind.

Oktober

1.—2. Generalversammlung des badischen Lehrervereins.

7. In der Nähe des Bahnhofs Heidelberg-Karlsthor fährt Abends $^1/_2$7 Uhr ein Personenzug in einen auch mit Mannheimer Ausflüglern stark besetzten Lokalzug. Eine Mannheimerin wird getötet, zahlreiche andere, zum Teil schwer, verwundet.

9. Der Bürgerausschuß beschließt die Schaffung neuer Lagerplätze am Rhein und Neckar und die Übernahme des Krematoriums durch die Stadt, genehmigt den Voranschlag des Großh. Hoftheaters für das Jahr 1900/01 und bewilligt 217000 Mark für die Herstellung der Breiten Straße in Asphalt.

20. Im Güterbahnhof macht sich wieder ein chronischer Wagenmangel in störendster Weise fühlbar.

26. Anläßlich der 100jährigen Geburtstagsfeier des Feldmarschalls Grafen Moltke konstituiert sich unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Reiß ein Komité zur Errichtung eines Moltke-denkmals in hiesiger Stadt. — Die Städte Worms, Speyer und Germersheim richten an den Reichstag eine gegen die Einfuhr von Fäkalien in den Rhein protestierende Eingabe. — Der Stadtrat genehmigt die generelle Aufbesserung der Lohnsätze der städtischen Arbeiter nach den Vorschlägen der Gehaltskommission.

30. Der Bürgerausschuß genehmigt nach längerer Debatte die Gewährung eines Funktionsgehaltes an die Oberlehrer der Volks- und Bürgerschulen und nimmt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die in der letzten Sitzung zurückverwiesene Vorlage betreffend einen Geländeaustausch mit der Rheinau an. — Stadtverordneter Kommerzienrat Reiß wird zum Mitglied des Badischen Eisenbahnrats ernannt.

31. Der Trambahnbetrieb durch die Dammstraße wird wegen Eröffnung der neuen Linie nach dem Industriehafen durch die Mittelstraße eingestellt.

November

1. Die Trambahn nach dem Industriehafen durch die Mittelstraße wird in Betrieb genommen.

3. Der Rennverein beschließt, außer den Mairennen Ende September künftig auch ein Herbstmeeting abzuhalten. — Der Verein zur Hebung der Neckarschiffahrt veröffentlicht eine ausführliche Denkschrift über das Projekt, den Neckar zur Großschiffahrtsstraße umzugestalten.

13. Inbetriebnahme des neuerbauten II. Gaswerks Luzenberg.

15. Besichtigung der neuerbauten Fabrik für Elektrizitätsbedarf von Brown, Boveri & Co. durch die bürgerlichen Kollegien.

16. Die Arbeitslosigkeit nimmt nach den Aufstellungen der Centralanstalt für Arbeitsnachweis wie in andern Städten so auch hier zu. — Erstmalige Gasabgabe aus dem neuen Gaswerk.

17. Die Jahresversammlung des badischen Sparkassenverbandes findet in Mannheim statt. — Erste Probefahrt der elektrischen Straßenbahn durch die Mittelstraße.

23. Das wiederholte Gesuch des Stadtrats um Genehmigung zur Umführung des Schlosses mit der elektrischen Straßenbahn durch die Schloßgartenstraße zum Rheinbrückenaufgang wird von der Generalintendanz der Großh. Civilliste abschlägig beschieden.

28. Eine starkbesuchte Versammlung von Vertretern aller Arbeiterorganisationen diskutiert die von der Stadtverwaltung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Aussicht genommenen Maßnahmen.

Dezember

1. Die Volkszählung in Verbindung mit einer Haus- und Wohnungszählung und die Viehzählung finden gleichzeitig statt.

6. Neckar und Rhein bringen Hochwasser.

10. Eröffnung des elektrischen Betriebes der Straßenbahnen zunächst auf der Linie Rundbahn-Nordschleife.

11. Der Bürgerausschuß beschließt nach längerer Debatte den Umbau der Bühneneinrichtung im Großh. Hoftheater und eine teilweise Erneuerung des Zuschauerraumes im Gesamtbetrage von 466000 Mark, sowie die Herstellung von 8 weiteren Querstraßen in den Neckargärten. — Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter werden neuerdings mit einem Gesamtaufwand von 28350 Mark jährlich aufgebessert.

16. Eröffnung des neuerbauten katholischen Vereinshauses Bernhardushof.

24. Zusammenstoß zweier Güterzüge im neuen Rangierbahnhof, wodurch 3 Beamte leicht verletzt und 6 Güterwagen zertrümmert werden.

Personen- und Sachregister

16*

Berichtigungen

Seite 48:
Die Fläche der Gemarkung München beträgt nach dem neuen Stand: 869 200 ar (nicht 684 794).

Seite 54, Zeile 14 von unten:
..... an vierter Stelle unmittelbar ꝛc. .... (nicht an zweiter).

Seite 151, Tabelle:
Der Armenunterstützungsaufwand pro 1000 Einwohner ist in den statistischen Tabellen für das Jahr 1900 mit Einschluß der Kreisbeiträge zum Pflegegeld der Armenkinder, für 1899 ohne solche berechnet, woraus sich zum Teil die namhafte Mehrausgabe für 1900 erklärt.



